



Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser

Israel ist zur „Endlösung des Palästinenserproblems“ angetreten: Nach massiven Luftangriffen auf Beirut marschieren starke israelische Verbände am 6. Juni in den Libanon ein. Wenige Tage später ist der gesamte Südlibanon, besonders die Küstenregion, weitgehend zerstört. Die UNO-Truppen (UNIFIL) berichten von katastrophalen Zuständen in der Region: 200.000 Menschen befinden sich allein im Süden auf der Flucht (Libanon hat rund 3 Millionen Einwohner), die Bevölkerung der Städte und Ortschaften flüchtet vor den brutalen Bombardements in die Umgebung, während die israelische Armee systematisch alles zerstört, was in Reichweite ihrer Geschütze kommt: Flüchtlingslager, Wohnhäuser, Krankenhäuser, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Schon am Mittwoch, also drei Tage nach Beginn der Invasion, sprach die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von 8.000 Toten

unter der Zivilbevölkerung. Diese Zahl dürfte inzwischen bei weitem überschritten sein. Hinzu kommen Tausende Verwundete.

Am 11. Juni verkündete die israelische Regierung einen Waffenstillstand mit Syrien, nachdem die israelische Armee den Syrern in den ersten Kriegstagen schwere Verluste zugefügt hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren die israelischen Truppen bis auf drei Kilometer an die Straße Beirut-Damaskus vorgestoßen, die sie nun mit ihrer Artillerie kontrollieren, die Verbindung mit den libanesischen Fischerorten, die das Gebiet von Ostbeirut bis Batroun beherrschen, ist damit praktisch hergestellt — auch wenn die libanesischen Fischer bisher nicht in die Kämpfe eingegriffen haben (Die im Frühjahr letzten Jahres von Faschisten und Syrern heiß umkämpfte Stadt Zahlé in den Faschisten von den Syrern übergeben worden).

Westbeirut ist von der israelischen

Armee eingeschlossen, niemand kann die Stadt verlassen. Die libanesischen Marine hat entlang der gesamten libanesischen Küste eine Seeblockade verhängt, die israelische Luftwaffe kontrolliert vollständig den libanesischen Luftraum. Die syrischen SAM 6 Luftabwehrbatterien im Bekaa-Tal sind zerstört, ebenso auch ein großer Teil der syrischen Luftwaffe.

Der israelische Kriegsminister Sharon ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen: Die Feuerstellung geht ununterbrochen gegen die syrische Armee. Aktionen gegen bisher nicht ausgeschaltete PLO-Einheiten würden nicht eingestellt. In dem von der israelischen Armee besetzten Gebiet wird weitergekämpft, besonders in den Städten Sar (Tyros), Saïda und De-

Fortsetzung S. 3

Hamburg-Wahl:

Quittung für rechte SPD-Politik

„Hamburg unregierbar“ — das war der vereinheitlichte Schreckensruf der Einheiten und der Presse, kaum daß das „vorläufige amtliche Endergebnis“ der Hamburger Bürgerschaftswahl verkündet war. Schon in der Wahlnacht wurde über baldige Neuwahlen spekuliert — wenn der „mündige Bürger“ sich nicht einmal auf seine vorrangige staatsbürgerliche Pflicht, das Wählen, richtig versteht und mit seinen Kreuzen ein derartiges Durcheinander anrichtet, muß er eben die Folgen tragen.

Die 8,7% Verluste der SPD sind nur zum Teil der CDU zugute gekommen. Sie hat 5,6% hinzugewonnen und ist — schlimm genug — stärkste Partei und mit einem Sitz mehr als die Sozialdemokraten auch stärkste Fraktion in der Bürgerschaft.

Die FDP wiederholte mit 4,8% ihr Ergebnis von 1978. Nicht nur die Liberalen selbst sind darüber besorgt, daß das Ende der FDP als mündig verfügbarem Mehrheitsbeschaffer sich abzeichnet. Falls sie bundesweit unter die 5% rutscht, gäbe es nur noch die Alternative Große Koalition oder Minderheitsregierung. Beides kann nicht im Interesse der Herrschenden liegen, denen an einer möglichst reibungslosen Durchsetzung ihres scharfen Aufrüstungs- und Krisenkurses gelegen sein muß.

Entsprechend ist abzusehen, daß das relativ wohlwollende Interesse, mit dem die Medien derzeit der GAL begegnen, in nicht allzu langer Zeit wieder in offene Feindschaft umschlägt.

Fortsetzung S. 10

Malvinen-Kolonialkrieg

Die EG an der Seite Großbritanniens

Die Ausweitung der NATO als militärisches Instrument zur weltweiten „Verteidigung“ imperialistischer Interessen kommt gut voran. Großbritannien konnte sich in seinem atlantischen Kolonialkrieg auf die Solidarität der EG verlassen. Dafür sorgten in erster Linie die Sozialdemokraten bzw. „Sozialisten“ in Bonn und Paris, die diesen Kurs auch gegen den Widerstand einiger schwächerer EG-Staaten durchdrückten. Ganz offen und frei konnte diese Politik aber nicht betrieben werden: Innen- und außenpolitische Rücksichten veranlassen die Regierungen in Bonn und Paris, ihre praktische Solidarität mit verbalen Bekundungen der Besorgnis über diesen Krieg zu verbinden und zu vernebeln. Für den Liebhaber des gehobenen Schmierentheaters gab es wieder einmal viel Unterhaltsames.

Die ersten Sanktionen...

Am 2. April besetzten argentinische Truppen die Malvinen/Falkland-Inseln. Sofort kontierte Großbritannien mit der Bekanntgabe, daß „derzeit ein starker Flottenverband mobilisiert“ werde und daß „Interventionskräfte in größerem Umfang“ in Marsch gesetzt würden. Der Transport in den Südatlantik werde allerdings „mehr als zwei Wochen dauern“ („Welt“, 3.4.).

Die extrem schnelle britische Reaktion läßt sich mit dem Hinweis erklären, daß — laut Thatcher — die Regierung bereits 5 Tage vor der argentinischen Invasion Satelliten-Fotos aus den USA erhalten hatte, aus

denen die argentinischen Vorbereitungen deutlich hervorgingen. („Frankfurter Rundschau“, 3.4.) Die britische Regierung hat also in Wahrheit gar nicht so blitzschnell gehandelt, wie es den Anschein hatte, und sie hatte Zeit genug, ihre Reaktion noch mit ihren Verbündeten zu beraten. Daß dies geschehen ist — auf jeden Fall mit den USA — kann als sicher angenommen werden.

Am 5. April — dem Auslaufdatum der argentinischen Kriegsflotte — erklärte die EG erstmals ihre „Verurteilung“ der argentinischen Militäraktion. In diesem Sinne äußerte sich auch die Bundesregierung, während der französische Außenminister Chevènement sogar versicherte, sein Land fühle sich mit Großbritannien „solidarisch“. Am 6. April verhängte die britische Regierung ein Embargo gegen alle Importe aus Argentinien. Am 7. April beriet die EG über dieselben Sanktionen. Daß die Bundesregierung Sanktionen mittragen würde, galt in der Presse bereits am 8. April als sicher. Bedenken machten die Vertreter Dänemarks, Griechenlands und Italiens geltend. Trotzdem erfolgte bereits am 10. April im Prinzip eine Einigung, die aber noch nicht ausformuliert bekanntgemacht wurde. Die „Frankfurter Rundschau“ spekulierte am 13.4. noch, daß der Embargo-Beschluß vermutlich auf zwei Wochen begrenzt sein würde. Dasselbe meldete die „Welt“ noch am 14.4.

Fortsetzung S. 8



RGO-Betriebsrat in der DDR verhaftet

KBW: Auflösung abgelehnt

Am 12. Juni fand eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des KBW statt. Anlaß und wichtigster Tagesordnungspunkt war ein Antrag auf Auflösung des KBW und „Vergesellschaftung“ seiner auf stichhaltige Millionen Mark bezifferten Besitztümer. Dieser Antrag war auch von einigen Kadmern der Leitungsgremien des KBW unterstützt worden. Die Leitungsmehrheit des KBW hatte dagegen Antrag auf Nichtbefassung des Auflösungsantrags gestellt. Das hätte von vornherein Verweigerung der Debatte bedeutet und stieß weithin auf Ablehnung. Stattdessen lag nun ein neuer Leistungsantrag vor, der im ersten Teil in schlichten Worten die Ablehnung des Auflösungsantrags festhielt, während im anderen Teil einige Begründungszusammenhänge und die Aussicht auf eine Suche nach neuen organisatorischen Formen formuliert wurden. Die Ablehnung des Auflösungsantrags wurde mit 142 gegen 14 Stimmen beschlossen (2 Enth.), der inhaltliche Teil mit 122 gegen 18 Stimmen (10 Enthaltungen). Auffallend ist die Schwäche der Auflösungs-Befürworter, die auf der ursprünglich von ihnen selbst geforderten DK auch kaum noch agierten. Vermutlich werden viele von ihnen den KBW jetzt sang- und klanglos verlassen.

Bei der Mehrheit des KBW hingegen zeichnet sich immer deutlicher die Tendenz ab, engeren Kontakt zu Gleichgesinnten zu suchen: vor allem zur KBW-Abspaltung „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (derzeit noch in der ISP) und zu den „99ern“, einer Fraktion der 1980 aufgelösten vaterländischen KPD, die sich in letzter Zeit angeblich wieder ein bißchen zu sammeln versucht. Ein auf der DK verabschiedeter Beschluß hält bereits den Willen fest, die theoretische KBW-Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ zukünftig in Zusammenarbeit mit anderen Strömungen herauszugeben. Eine ausdrückliche Favorisierung von „Komitees“ und „99ern“, die dabei teilweise beauftragt worden war, fand auf der DK keine Mehrheit. Letzteres ist darin begründet, daß man nicht den Anschein eines „ML“-Blocks machen will und daß die Chancen zur Zusammenarbeit mit antikomunistischen Grünen nicht beeinträchtigt werden sollen.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7683, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Abrechnung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00 Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurücknahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abnehmer mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ein Betriebsrat von der Hamburger Hovakitswerft und zwei seiner Kollegen sind in der DDR inhaftiert worden. Der politische Hintergrund der Verhaftung liegt offenbar in der Tätigkeit zumindest des HDW-Betriebsrats für die RGO („Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“), die der KPD/ML nahesteht. Letztere unterhält in der DDR eine illegale Parteigruppe. In diesem Zusammenhang sind schon wiederholt Genossen und Genossinnen aus diesem Spektrum in der DDR verhaftet, teilweise sogar

abgeurteilt und zumeist wochenlang eingesperrt und verhört worden. Zu fragen ist bei diesen Vorgängen nach der Rolle von Mitgliedern der DKP, die offenbar als Spitzel und Denunzianten in vielen Fällen Daten und Material an die einschlägigen Behörden der DDR weiterreichen.

Zur Unterwärtigung der Verhafteten und ihrer Angehörigen ist ein Spendenkonto eingerichtet worden: Horst Frey, Volkbank Plauenberg, KontoNr. 02/365780, BLZ 22191403, Stichwort: DDR-Haft

Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!

Auf Seite 23 berichten wir über den „Gedeltzer Aufruf“ zur Solidarität mit den beiden im Brokdorf-Prozess Verurteilten, Markus und Michael. Die Forderung nach Einstellung aller Brokdorf-Verfahren wurde dort leider „vergessen“. Sie sollte alle kommenden Aktivitäten zur Freilassung von Markus und Michael begleiten, wobei die uneingeschränkte Solidarität mit allen AKW-Gegnern selbstverständlich sein sollte!

Kay Belligmann und Uwe Zabel vom Aktionskreis Leben wurden am 28.2. aus der Fahrerkabine des AKL-Lautsprecherwagens gestürzt und ursprünglich wegen Landfriedensbruch, Transport von Waffen (!), Körperverletzung etc. angeklagt. Mittlerweile ist die Anklage geschrumpft auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Vergewaltigung nach dem Versammlungsgesetz. Mit der Eröffnung des Verfahrens muß demnächst gerechnet werden.

Gegen Jo Leinen wurde Anfang April '82 durch Zusendung der Anklageschrift das Verfahren eingeleitet. Vorgeworfen wird ihm die „Leitung einer verbotenen Demonstration“.

Edeltraut aus Tübingen soll Steine auf Polizisten geworfen und Widerstand geleistet haben. Vor Gericht fielen die konstruierten Be-

scheidungen in sich zusammen. Obwohl selbst der Staatsanwalt Freispruch gefordert hatte, wurde gegen diese Entscheidung des Gerichts vom höhergestellten Staatsanwalt Wieduwik Berufung beim Landgericht Itzehoe eingelegt.

Gegen Norbert Brungs, Düsseldorf, wird ermittelt wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Mit der Eröffnung des Verfahrens ist zu rechnen. Norbert wurde auf dem Weg nach Griechenland im September 81 auf dem Düsseldorf Flughafen vom BOS kurzzeitig festgenommen und für 14 Tage in Untersuchungshaft gesteckt.

Berücksichtigt wurden in dieser Aufstellung lediglich die a.Zt. bekannten Verfahren wegen der Beteiligung an der Brokdorf-Demo zum 28.2.81

Horst Frey

Hauptstadt 83
Postfach 101, den 7.6.82
Tel. (05301) 8 43 22

Presseerklärung

Am 28.5.1982 fuhr mein Mann Horst Frey zusammen mit zwei Bekannten in ein Auto nach Berlin, um dort über Flüchtlingshelfer zu berichten. Die drei kamen dort nicht an. Als wir dann am Sonntag nicht, wie abgesprochen, zurückkamen begann ich mir Sorgen über den Verbleib zu machen. Nachdem eine Vielzahl von Telefonaten mit der Polizei und mit Behörden in West- und Ostberlin keinen Aufschluß brachte, erfuhr ich dann am vergangenen Mittwoch, dem 2.6.1982, daß Horst und seine Bekannten auf dem Transit durch die DDR verhaftet worden waren. Die Begründung der Haftnahme lautet: „Verdacht des Verstoßes gegen das Transitabkommen“. Im Weiteren wird dann gesagt, daß wegen „Verstoßes“ von der Transit-Straße abgewichen, und dies kann nach dem Strafrecht der DDR mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Da Einzelheiten über die Verhaftung und über die Haftbedingungen selbst der Ort wo sie inhaftiert sind, wird mir nicht mitgeteilt, wenn den DDR-Behörden nicht bekanntgegeben werden, bin ich am Mittwoch, dem 2.6.1982 nach Berlin gefahren, um dort direkt mit den zuständigen Behörden in Westberlin Kontakt aufzunehmen und um eine Besuchsanweisung für meinen Mann zu bekommen und Schritte zu seiner Freilassung einzuleiten.

Jedoch ohne Erfolg. Die Behörden gingen in wesentlichem Maße aus, daß Flüchtlingshilfe, Toleranz, Verantwortlichkeit oder Ähnliches im Spiel sei. Horst wurde mit gesagt, ich müsse 5 bis 6 Wochen warten, bis die Besuchsanweisung erteilt. Eine einstündige Audienz für mich - ich habe drei kleine Kinder -, daß ich in dieser Zeit ohne Einkommen bin, da ich zur Zeit nicht arbeite. Deshalb kann ich mir einen teuren Rechtsanwalt für meinen Mann auch nicht leisten.

Die Begründung der Haftnahme durch die DDR erscheint mir absurd, zumal meinem Mann bekannt ist, daß er die Transitstrasse nicht verlassen darf.

Ich bin überzeugt, daß Horst und seine Bekannten von der DDR wie Kriminelle behandelt werden und fordern die sofortige Freilassung meines Mannes und seiner beiden Bekannten aus der DDR-Haft.

Horst Frey

Personendaten: Horst Frey
geb. am 3.12.1950 in Hamburg
Zimmermann
beschäftigt bei der HfW in Hamburg
verheiratet, 3 kleine Kinder



Presseerklärung:

Bombenanschlag auf das türkische Konsulat in Hamburg??? Nein! 1.000facher Mord und Folter der faschistischen Militärjunta in der Türkei!

Heute am 4.6.1982 wurde von uns vor dem türkischen Generalkonsulat in Hamburg ein Protestschild gegen die verbrecherische Militärjunta angebracht und mit einer Bombenstrasse versehen. Das Schild trägt die Aufschrift: Evren Mörder, Fasist Katilimlarin Hesabini Soracagiz (wir werden für die faschistischen Massaker abrechnen).

Auf der „Bombe“ (ein Pappkarton mit Wecker) stand: Hitler Franco D'Abulsson Evren Resgan ... Katililer (Mörder) İskence, İdam Katilim Mücadelemiz Öurduramaz (auch mit Folter, Hinrichtung und Massakern ist unser Kampf nicht aufzuheben).

Nach unserm klugen Abriegelung des Gebiets um das Konsulat gelang es einem Sprengkommando der Hamburger Polizei den Pappkarton mit einem lauten Knall unschädlich zu machen.

Um unseren Abscheu über die Gräueltaten der faschistischen Junta auszudrücken, die täglich das Blut des kurdischen und türkischen Volkes vergießt, haben wir literweise Blut und blutiges Fleisch vor die

Tür des Konsulats gegossen.

Seit dem Militärputsch am 12.9.1980 sind von der Junta 180 Menschen durch Folterungen und ihre Folgen ermordet 16 Menschen hingerichtet

100 Menschen erschossen

170.000 Menschen verhaftet, womit sie in jedem Fall der grausamen Folter ausgesetzt sind.

Gegen mehr als 4.000 Menschen wird die Todesstrafe gefordert. Obwohl die politischen Massenprozesse ohnehin eine Farce auf einen juristischen Prozess darstellen und die Angeklagten ohne jedes Recht sind, ist die Junta jetzt dazu übergegangen (wie in Diyarbakir und Amed) die Revolutionäre im Gefängnis zu massakrieren. Aber auf die Dauer werden die Mörder den Widerstand des Volkes nicht unterdrücken können!

Wir unterstützen mit unserer Aktion den Hungerstreik von über 1000 politischen Gefangenen im Militärgefängnis Metris in Istanbul und den kollektiven Hungerstreik der seit dem 24.5.82 in über 25 Städten Europas gegen Folter und Massaker in der Türkei und Kurdistan durchgeführt wird.

der antifaschistische Kampf ist international!

Fortsetzung von Seite 1

Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser



mour. Diese „Säuberung des Südlibanon von Terroristen“ bedeutet vor allem: Luft- und Artillerieangriffe gegen die Zivilbevölkerung. Mit unverminderter Heftigkeit setzte die israelische Luftwaffe auch ihre Angriffe gegen die südlichen „Vororte“ Beirut fort, d.h. gegen die Flüchtlingslager sowie den von den Palästinensern kontrollierten Stadtteil Al-Fakhani.

In der Presse wird allgemein behauptet, die USA hätten auf die israelische Regierung Druck ausgeübt und sie dadurch zum Waffenstillstand veranlaßt. Den Rückzug der israelischen Truppen hatten die USA nicht verlangt und gegen eine entsprechende UNO-Resolution sogar ihr Veto eingelegt. Mit dieser Unterstützung durch die USA kann Israel völlig zufrieden sein, denn ein Waffenstillstand zu diesem Zeitpunkt entspricht ohnehin den außenpolitischen und militärischen Notwendigkeiten.

Israel konnte bei seiner Aggression davon ausgehen, daß die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte und zugleich auch Syrien sehr isoliert dastehen würden.

Monate vorher schon hatte der israelische Kriegsminister Sharon immer wieder seine Vier-Punkte-Strategie deutlich gemacht: die die endgültig

wurde dieser Anschlag als Bruch des im Juli letzten Jahres geschlossenen Waffenstillstandsabkommens zwischen der PLO und Israel ausgelegt, das Israel (mit Rückendeckung der US-Administration) auf die ganze Welt bezog. Die PLO stecke hinter dem Anschlag, wurde behauptet. Inzwischen soll es laut bürgerlicher Presse, die „palästinensische Splittergruppe“ Abu Nidal gewesen sein, die seit dem Anschlag auf die Wiener Synagoge im Sommer letzten Jahres durchaus als Synonym für den israelischen Geheimdienst verwendet werden kann.

Israel weitete seine offiziell erklärten Kriegsziele schrittweise aus: Zuerst schien es nur einer jener begrenzten „Vergeltungsschläge“ zu sein, bei dem nach Nazi-Vorbild für einen toten Israeli 100 oder 200 Palästinenser sterben müssen. Etwas später erklärte Begin, man wolle eine 40 km breite „Sicherheitszone“ schaffen, um die zionistischen Wehrdörfer in Nordgaliläa vor palästinensischer Artillerie zu schützen.

Diese Erklärungen hatten lediglich den Zweck, die israelische Bevölkerung über das wahre Ausmaß der zionistischen Kriegsziele zu täuschen und innerhalb weniger Tage eine ausreichenden Kriegsziele zu täuschen und innerhalb weniger Tage eine ausreichenden

taktischer Natur und der eigenen Machtpolitik untergeordnet war. Sie zeigt aber auch die objektive Schwäche des unterdrückten syrischen Regimes, das sich erheblicher Opposition von rechts (Muslimbrüder) und links gegenübersteht, in Machtkämpfen mit anderen arabischen Regimes gebunden ist (Irak und Jordanien) und das militärisch der israelischen Armee nicht gewachsen ist.

Nach Lage der Dinge muß man auch davon ausgehen, daß die Sowjetunion außer wortreichen Verurteilungen der israelischen Regierung und der USA sowie der Forderung nach Rückzug der israelischen Armee keinerlei Druck ausgeübt hat und auch keine wirksame Hilfe geleistet hat. Die Politik der Sowjetunion beschränkt sich auf die Betonung der Notwendigkeit einer internationalen Konferenz für die Ausarbeitung einer umfassenden friedlichen Lösung unter Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser; daran will die Sowjetunion beteiligt werden. Also: Neuaufgabe der Genfer Konferenz. Bei dieser Verhandlungslösung bliebe selbstverständlich der zionistische Staat unangetastet; die Palästinenser erhielten bestenfalls einen Ministerrat in den besetzten Gebieten. Selbst das wäre jedoch angesichts der israelischen Haltung mehr als unwahrscheinlich.

Die arabischen Staaten waren so wenig wortradikal wie nie. Erst nach Beschwerden der PLO und Bitten um Unterstützung wurde der zionistische Angriff verteidelt und ein neuer arabischer Gipfel einberufen. Auch Ghaddafi blieb vergleichsweise still: Libyen bot Luftunterstützung an und setzte sich unter Umgehung Saudi-Arabiens (das der Kollaboration mit den USA und deshalb der Mitverantwortlichkeit für den zionistischen Angriff beschuldigt wurde) für eine arabische Gipfelkonferenz ein. Der jordanische Ministerpräsident erklärte, freiwillige Kämpfer könnten zur Unterstützung der Palästinenser in den Libanon gehen, die jordanischen Behörden schlossen aber gleichzeitig für Freiwillige die Grenzen.

Der Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangi beklagte die Zerrissenheit des arabischen Lagers, die das palästinensische Volk dem Massenmord preisgebe. Die barbarische Aktion der Zionisten im Libanon zeigt jedoch nur, was es heißt, wenn die US-Imperialisten 99% der Karten in Nahost in der Hand haben (wie es nach Jerusalems Fall ausdrückte, bevor er nach Jerusalem ging), und wie es manche verhandlungsbereite Palästinenser meinen, die in Verhandlungen mit den USA eine Lösung des Palästina-Konfliktes anstreben.

Gerade in den letzten Jahren ist es den USA gelungen, die „radikalen“ arabischen Staaten in die Defensive zu drängen und die imperialistischen Staaten zu vollständigen Saubereien zu machen. Die Isolierung des libanesischen Regimes und die völlige Einbindung Saudi-Arabiens in die US-imperialistische Militärstrategie im Nahen Osten sind dafür gute Beispiele. Hinzu kommt die aktive Beteiligung der USA (sowie anderer imperialistischer Staaten) am Schüren von inneren Unruhen und Putsch.

Eine kleine Pause auf dem Weg zur „Endlösung“

Zur Stunde sieht es so aus, als hielte die israelische Armee nicht nur gegenüber dem syrischen Truppen, sondern auch gegenüber den Palästinensern einen

„Waffenstillstand“ ein. Dieser Waffenstillstand schließt aber mit Sicherheit den Fortgang der „Vernichtung der Terroristennester“ in der von Israel besetzten Zone des Libanon ein. Dort findet eine gnadenlose Menschenjagd auf die beim israelischen Vormarsch einfach überrollten Gruppen palästinensischer Kämpfer und Kader statt.

In der Praxis der israelischen Kriegführung stellt der augenblickliche Waffenstillstand also eine nutzbringende Atempause dar, um das Hinterland der Front vom Feind zu „säubern“ und um die militärische Infrastruktur in der besetzten Zone des Libanon zu konsolidieren.

Das Lügenspiel mit den israelischen Kriegszielen ebenso wie die betrügerischen Zusicherungen an Syrien zeigen schon, daß der momentane Waffenstillstand kaum von langer Dauer sein wird und von Israel jederzeit wieder gebrochen werden kann — sobald den Zionisten die Bedingungen für einen weiteren Vormarsch ausreichend erscheinen. Das Ziel Israels ist nichts Geringeres als die vollständige politische Vernichtung der palästinensischen Nation: Durch die physische Ausrottung ihrer Kämpfer und Kader und durch die Vernichtung des politischen Spielraums und des nationalen Zusammenhalts. Das die Palästinenser bisher noch die Vernichtung des politischen Spielraums und des nationalen Zusammenhalts, den die Palästinenser bisher noch im Libanon hatten. Das traditionelle zionistische Motto „Es gibt kein palästinensisches Volk“ soll gewaltsam verwirklicht werden. Israels Militäri träumen von dem Tag, an dem sie der Welt verkünden können: „Beirut ist palästinenserfrei!“

Für dieses Kriegsziel ist die momentane Konstellation in der arabischen Welt extrem günstig, denn die Ohnmacht und Fäulnis des arabischen Nationalismus hat einen Tiefpunkt erreicht. Diese Konstellation macht es leicht, das momentane Waffenstillstand an der Front mitten im Libanon länger als militärisch und außenpolitisch unabdingbar nötig einhalten wird. Vorwände zu einem jederzeitigen Bruch des Waffenstillstands sind billig zu haben — bei einer völlig unüberschaubaren Situation der Front und bei fortdauernden „Säuberungsaktionen“ der israelischen Besatzungstruppen gegen die Palästinenser im Südlibanon.

Probleme mit den imperialistischen Großmächten wird Israel dabei voraussichtlich kaum haben. Die USA sind ohnehin ein absolut sicherer Verbündeter Israels, die zwar zu den Taten ihres Schützlings manchmal eine kritische Miene aufsetzen, aber deshalb doch kein Prozentteil weniger an Waffen und Dollars zur Verfügung stellen würden. Was die imperialistischen Großmächte Europas angeht, so werden die Interessen an entspannten Beziehungen zu den arabischen Regimes und ihre daraus resultierenden (für Israel manchmal irritierenden) Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser wohl doch sehr überschätzt. Gerade eben wird am Malvinen-Krieg vorgeführt, daß mit den „guten Beziehungen“ zu Staaten der Dritten Welt nötigenfalls sehr grob umgesprungen

wird, wenn die imperialistische „Solidarität“ auf dem Spiel steht. Der Loyalität der meisten Staaten der Dritten Welt, bzw. ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus, ist man sich ohnehin ziemlich sicher.

Die Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes in großen Teilen des Libanon wird für Israel sicher keine leichte militärische und politische Aufgabe werden — zumal die Zionisten schon in den „alten“ besetzten Gebieten (Westjordan-Land) große Probleme mit der Bevölkerung haben. Genau dieser Gesichtspunkt spricht aber für eine rasche Weiterführung des Krieges bis zur weitgehenden Vernichtung der Kampfkraft der Palästinenser im Libanon, um dann die Herrschaft in Beirut

BILD-Kommentar

Israels Gründe

Nacht für Nacht, Tag für Tag kroachten Geschosse in israelische Häuser und Gütern im Grenzgebiet zum Libanon. Gefeuert hatten immer Palästinenser auf libanesischem Gebiet.

Immer Palästinenser auf libanesischem Gebiet.

Nun macht Israel dem Treiben ein Ende. Es beseitigt an seiner Nordgrenze ein Stück Lebensgefahr. Das Unternehmen gleicht einer Notoperation. Denn seit dem „Waffenstillstand“ im vergangenen Jahr hat die PLO auf libanesischem Gebiet gewaltsam ausgerüstet: 90 Panzer, 100 Geschütze, 80 Mehrfach-Raketenerwerfer, 150 Luftabwehr- und Panzerabwehrwaffen.

Die Israelis wollen kein fremdes Land besetzen. Sie wollen nur das eigene schützen.

aus „Bild“, 10.6.82

und im ganzen Land an ein loyales Regime zu übergeben, das sich in erster Linie auf die libanesischen Faschisten („Christen“) stützen wird.

Ohne die Kampfkraft und den bewundernswerten Widerstandswillen der Palästinenser unterschätzen zu wollen, muß wohl doch festgestellt werden, daß die Verhinderung der eingeleiteten zionistischen „Endlösung“ wesentlich davon abhängt, in einem Teil der arabischen Welt wieder eine nationalrevolutionäre Massenmobilisierung und entscheidende politische Veränderungen im Verhältnis zum Imperialismus und zu Israel zu bewirken. Nie zuvor galt in dieser Schärfe, daß die palästinensische Revolution und Befreiung nur als Teil einer gesamtarabischen Revolution und Befreiung überleben und siegen kann.

Nahost-Korrespondent und AK-Redaktion, 13.6.82



— — — Demarkationslinie

Die südlichen Stadtteile Beirut: Flüchtlingslager. Die im Ostteil der Stadt liegenden Lager wurden im libanesischen Bürgerkrieg ausgelöscht. Taf As-Satir wurde zum Symbol des palästinensischen Widerstandes.

Annexion des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens und die Errichtung einer faschistischen, den Zionisten ergebenden Zentralregierung im Libanon ermöglichen soll. Voraussetzung dafür seien:

1. Einführung einer begrenzten administrativen „Autonomie“ in den besetzten Gebieten.
2. Politische Vernichtung der Palästinenser im Süden des Libanon und im ganzen Land mit einem Schlag, der, wenn nötig, bis Beirut geführt werden müsse.
3. Schwächung der syrischen Armee, die im Libanon 30.000 Mann stationiert hat und des syrischen Regimes.
4. Schließlich Realisierung der „jordanischen Option“ unter Einschränkung der Macht König Husseins (nach „Le Monde Diplomatique“, Mai 1982).

Kein Überwachungsangriff also, sondern ein Vernichtungskrieg mit Wissen und stillschweigender Billigung des US-Imperialismus. Für einen Überraschungseffekt sorgte allenfalls der von Menachem Begin gewählte Zeitpunkt: Die Weltöffentlichkeit war zu diesem Zeitpunkt durch den Falkland-Konflikt abgelenkt. Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten den vorgeschobenen Anlaß der israelischen Invasion — das Attentat auf den israelischen Botschafter Schlomo Argov in London — so scheint es naheliegend, daß es vom israelischen Geheimdienst Mossad verübt worden ist. Offiziell

de militärische Ausgangsposition zu schaffen.

Erst als die israelische Armee wenige Kilometer vor Beirut stand, wurde das wirkliche Ziel Israels bekanntgegeben: Neuordnung des Libanon unter israelischer Kontrolle, politische Vernichtung der Palästinenser, Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon.

Die „strategischen Verbündeten“ des palästinensischen Volkes und der PLO, die Sowjetunion und Syrien, wußten jedenfalls Bescheid, ebenso wie die arabischen Staaten. Syrien versuchte, sich so weit wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten. In den ersten Tagen räumten syrische Truppen vor einer möglichen Konfrontation mit der israelischen Militärmaschinerie die Stellungen und überließen sie den Palästinensern zur Verteidigung — oder den Faschisten. Erst als (entgegen Begin verlogener Zusicherung, Israel werde die syrischen Truppen nicht angreifen!) ihre Raketenstellungen in der Bekaa-Ebene zu Lande und aus der Luft angegriffen wurden, kämpften die Syrer, um kurz darauf die Waffenstillstandsbedingungen Israels zu akzeptieren: Keine erneute Aufstellung von SAM 6 Batterien, völlige Passivität angesichts des israelischen Vernichtungskampfes gegen die Palästinenser.

Die Reaktion der Syrer zeigt einmal mehr, daß ihre Unterstützung für die Palästinenser in den letzten Jahren (seit dem Jerusalem-Besuch Sadats) rein



Gefangene Palästinenser im besetzten Südlibanon.

Schluß mit der Polizei mentalität im Friedensbündnis

Daß die „UZ“ aktiv für „Recht und Ordnung“ eintritt und dabei auch vorm Kriegsrecht in Polen nicht halt macht, ist bekannt.

Daß sich diese Kräfte hier gern als Ordnungshüter der „Einheit“ gegenüber linken Kräften aufspielen, ist ebenfalls jahrelange Tradition. Auch die Bonner Demo blieb von solchen Ordnungsvorstellungen nicht verschont, allerdings blieben handfeste Auseinandersetzungen – dank linker Besonnenheit – erfreulicherweise aus.

Im Bündnis war festgelegt, daß es namens des gemeinsamen Bündnisses keine Distanzierungen geben werde, da darüber keinesfalls ein gemeinsamer Konsens herzustellen wäre. Nachdem der Antrag aus Hamburg abgelehnt worden war, eine Demonstration um die Bannmeile herum anzumelden, wie es anfangs noch der Plan des gesamten Bündnisses gewesen war, konnte immerhin (wenn auch nur mit etwas Nachhilfe) durchgesetzt werden, daß man diejenigen, die trotzdem in Bonn Richtung Bannmeile ziehen würden, auf keinen Fall mit Ordnungskräften daran hindern wolle. Vorichtshalber hatte die ESG es übernommen, an den entsprechenden Stellen die Ordnungskräfte zu stellen. Tatsächlich hatten sich an der entsprechenden Stelle dann ein Kordon von SDAJ-Ordern aufgebaut (für Nichtkenner der Szene eigens mit SDAJ-Buttons ausgerüstet), die versuchten, Abbiegende durch eine SDAJ-Buttons ausgerüstet, die versuchten, Abbiegende durch eine Kette daran zu hindern und entsprechende Durchsagen per Megaphon machten (s. Bericht in diesem AK). Der Rundfunkbericht konnte dann auch vermeiden, daß das Bündnis erklärt habe, man habe versucht, den Zug in Richtung Bannmeile zu verhindern.

Daß es sich dabei um keinen „Ausreißer“, sondern um eine zentrale SDAJ-Anweisung handelte, läßt sich leicht belegen und war auch vorher dem Koordinationsausschuß bekannt gemacht worden:

Der SDAJ-Vertreter im Bündnis schrieb dazu an die Hamburger DFG/VK: „Wir würden uns freuen, wenn ihr, entsprechend Euren Mitteln, in Hamburg darauf Einfluss nehmen könnt, daß dieser Demonstrationsweg (gemeint war der Weg vom Hauptbahnhof auf die andere Rheinseite – Anm. AK) auch von solchen Kräften eingehalten wird, die nach eigenen Angaben sich aus der großen, gemeinsamen solidarischen und friedlichen Demonstration abtrennen wollen, um einen anderen Weg zu geben“.

Wenn man jemand abhalten will, der ausdrücklich einen anderen Weg gehen will, dann kann das ja nur auf eine Kraftprobe (mit Fäusten) hinauslaufen. Ein entsprechender Protest aus Hamburg wurde im Bündnis nicht ernst genommen.

Ganz dreist wurde von den DKP'ern in Bochum namens des dortigen „Friedensplenum“ gelogen. Man wußte, daß die Bochumer Aktion gegen Krieg über die Rheinbrücke mit zum Hauptbahnhof gehen wollte. Deshalb erklärte die DKP als „Friedensplenum“ auf dem an alle Teilnehmer verteilten Text: „Linkshänder besteht ein Demonstrationsverbot!“ ... (Alle würden rechtsrheinisch zum Abschlusskundgebungsort ziehen – Anm. AK.) ... „Es liegt im durchschnittlichen Interesse der Gegner konsequenter Abrüstung, die Friedensbewegung zu kriminalisieren“.

Ähnliche Verbotsgerüchte wurden auch an anderen Orten verbreitet (z.B. Hannover). Man darf gespannt sein, ob sich der Koordinationsausschuß in seiner Nachbereitungsitzung von solchen Methoden distanzieren wird. Man darf ebenfalls gespannt sein, ob er dann sich ausdrücklich gegen das in Westberlin verhängte Demonstrationsverbot während des Reagan-Besuchs ausspricht, nachdem dies auf der Bonner Demo „vergessen“ worden war, oder ob sich hier auch die DKP-Linie durchsetzt, die jede linke militante Aktion, die gegen solche staatlichen Verbotsakte angeht, zu einer „Provokation“ erklären möchte.

400.000 IN BONN



Foto: argus

400.000 Demonstranten und Demonstrantinnen am 10. Juni in Bonn und noch einmal fast 100.000 in Westberlin – das sprengte alle vorherigen Erwartungen. Anfangs hatten die Organisatoren dieser Demonstration 100.000 erwartet, und noch am Vorabend war nur mit 200.000 Teilnehmern/innen gerechnet worden. Bis nach Köln hatten sich die abfahrenden Fahrzeuge auf den Autobahnen gestaut. In vier Zügen gingen die Demonstrant/innen zum Kundgebungsgelände auf den Rheinufer. Gegenüber, auf der anderen Seite des

Rheins tagte in den Regierungsgeländen der NATO-Gipfel. Ein kleiner Teil von 4000 Demonstrant/innen hatte sich zum Regierungsgelände durchgeschlagen, obwohl dort in allen Straßen Mannschaftswagen der Polizei stationiert waren. Ein Heer von 17.000 Sicherheitskräften von BGS und Polizei war in Bonn zusammengezogen worden. Einige US-Fahnen gingen in der Nähe des Regierungssitzes in Flammen auf (siehe Bericht).

Kein Wunder, daß bei diesem gigantischen Zusammentreffen die Or-

ganisation in vieler Hinsicht nicht ausreichte. Ein großer Teil der Anwesenden bekam von den vier Foren, die ab 14 Uhr begannen (Themen: Internationale Friedensbewegung; Frieden und Selbstbestimmung in der 3. Welt; Rüstung, Umwelterörderung und Sozialabbau; NATO-Politik), gar nichts mehr mit. Noch während der Hauptkundgebung zogen immer mehr Menschen auf den Platz, während die ersten schon bald wieder gehen mußten, um rechtzeitig zu ihren Abfahrtsorten zu gelangen. Die Friedensbewegung hat eine der-

artige Breite erreicht, daß überlegt werden muß, ob zentrale Manifestationen zukünftig besser in anderer Form durchgeführt werden.

Aufgrund dieser Entwicklung haben sich schließlich auch alle sozialdemokratischen Kräfte anschließen müssen, die sich anfangs gegen eine Demonstration in Bonn – am Ort des Geschehens – ausgesprochen hatten. Zum ersten Mal hatte der DGB einen Beschluß gefaßt, in dem er sein Verständnis und die Berechtigung dieser Demonstration hervorhob. Dennoch sprach Ernst Urban, stellvertretender HBV-Vorsitzender in Vertretung der HBV-Vorsitzender in NRW, auf der Abschlusskundgebung nicht im Auftrag des DGB oder der HBV. Er wies darauf hin, daß es auch innerhalb der Gewerkschaften klare Beschlüsse gegen die Aufrufung gebe. Er sprach hier, um einen Beitrag dazu zu leisten, daß diese Beschlüsse möglichst schnell Gemeingut werden. Er forderte alle Gewerkschafter auf, sich hierfür einzusetzen.

Auch Erhard Eppler, der sich in der Gustav-Heinemann-Initiative noch für eine Ablehnung der Bonner Demonstration stark gemacht hatte – glücklicherweise ohne Erfolg – fand sich dann am 10. Juni an der Rednertribüne ein und hielte gerne noch das Wort ergreifen. Selbst sozialdemokratische Unterlegungen wie die SPD Schleswig-Holsteins hatten nach Bonn aufgerufen, obwohl im Februar noch die Drohung Schmidts, man werde solche SPD-Mitglieder aus der Partei ausschließen, die Ründe machte.

Der saarländische SPD-Vorsitzende und Mitglied des Bundesvorstandes Lafontaine jedoch lehnte ein kurzfristiges Redeangebot des Bonner Koordinationsausschusses konsequent ab (ob wie schade...).

Zu einer eigenen Demonstration im Norden Bonns rief die Marxistische Gruppe gemeinsam mit dem BWK auf. Sie kritisierte das Bonner Bündnis „per Vollhafter die eigene Harmlosigkeit zur Schau“ stellen zu wollen. „Nein, eine Protestveranstaltung gegen Reagan ist das heute nicht“, heißt es in ihrem Begrüßungsflugblatt für Bonner Demonstranten. Immerhin waren weit über 10.000 Menschen zu diesem ökologisch garantierten lupenreinen Aufmarsch gekommen.

Tatsächlich ist Kritik am Bonner Bündnis angebracht. Immer wieder versuchten Teile dieses Zusammenschlusses, der Demonstration eine klare Stoßrichtung gegen die NATO und den US-Präsidenten zu nehmen. So hatten General Bastian und Petra Kelly in einem „Offenen Brief“, für den die Grünen Unterschriften sammelten, ausdrücklich gefordert, dies solle keine Demonstration gegen Reagan und die NATO sein, sondern eine für Abrüstung und Frieden. Am 8. Juni veröffentlichte die Geschäftsführung für die Demo eine Presseerklärung: „Wir veranstalten kein Anti-Reagan-Fest!“ Man sei nicht auf die Gegner der Friedensbewegung hereingefallen, die versuchten, die Demo auf eine emotionale Gegnerschaft gegen Reagan festzulegen.

Nicht nur während der Vorbereitungen, auch auf der Abschlusskundgebung fand eine bestimmte Tendenz innerhalb der Friedensbewegung starken Eingang: die Orientierung auf die Verhandlungsebene, das Vertrauen,

Bundeskongress Autonome Friedensinitiativen BAF

1. Wir begrüßen das Zustandekommen eines breiten Bündnisses für eine Demonstration am 10.6. in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels und des Reagan-Besuchs in der Bundesrepublik. Wir werden diese Demonstration voll unterstützen und uns an der zentralen Vorbereitung weiter beteiligen. Im gemeinsamen Aufruf der Friedensinitiativen zu dieser Demonstration kommt zum Ausdruck, wogegen sich die Demonstration richtet:

- gegen den Nato-Gipfel, weil auf ihm die Nato auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden soll
- gegen die Gefahren der weltweiten Aufrüstung
- gegen den Nato-„Nachrüstungsbeschluss“
- gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der USA in Mittelamerika
- gegen eine Unterstützung der Militärregierung in der Türkei durch die Nato
- gegen jegliche Einmischung in Polen und Afghanistan.

Wir unterstützen diese Ausrichtung der Demonstration. Gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Versuche verschiedener politischer Kräfte, die Zielsetzung der Demonstration zu verzerren. Durch öffentliche politische Erklärungen (z.B. die von P. Kelly und G. Bastian) und durch eine einseitige Orientierung der Hauptkundgebung auf allgemeine Rüstungsfragen gehen wir die Gefahr, daß der ursprüngliche Anlaß, nämlich das Nato-Gipfel-Treffen in Bonn, in seiner zentralen Bedeutung stark abgeschwächt wird und der Charakter der Demonstration in eine allgemeine Abrüstungsdemonstration umgewandelt wird. Auch wir

sind selbstverständlich für Abrüstung, aber eine Demonstration gegen den Krieg muß auch die Verantwortlichen nennen. Deshalb treten wir allen Versuchen entgegen, die Demonstration zu derzistieren, als richte sie sich gar nicht gegen Reagan und den Nato-Gipfel. Für uns ist eine Ablehnung der Kriegspolitik von Reagan und der Nato insgesamt von zentraler Bedeutung. Eine scharfe und konstante Kritik am Nato-Politik zu diesem Anlaß erfolgt auf dem Hintergrund unserer Verurteilung als unabhängige Friedensbewegung, sich weder für die Interessen der einen, noch der anderen Großmacht funktionalisieren zu lassen. Unkritik gegenüber den beiden Machtblöcken heißt für uns Kampf für die Loyalität aller Kriegsgegner und Friedensfreunde untereinander.

2. Der gemeinsame Aufruf beinhaltet zwei Forderungen, die auf die Genter Verhandlungen und auf eine „Fortsetzung der Entspannungspolitik“ durch die Bundesregierung orientieren. Für uns ist eine autonome Friedensbewegung eine Bewegung, die Forderungen grundlegend. Wir wissen, daß Reagan überhaupt keine „ernsthaften“ Verhandlungen führen will. Wir können uns nicht auf die „ernsthaften“ Verhandlungsbereitschaft von Politikern verlassen, die das Geschick des Krieges betreiben. An diese Ernsthaftigkeit wird aber in den Forderungen appelliert. Grundprinzip einer autonomen Friedensbewegung ist es, nicht auf die Verhandlungsbereitschaft oder den guten Willen von Regierungen zu vertrauen oder sie zu appellieren, sondern auf die Entfaltung der eigenen Kräfte im praktischen Widerstand und eine massenhafte Beschäftigung – gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt zu orientieren.

Daraus folgt für uns:

- Wir unterstützen den Aufruf zur Demonstration am 10.6.
- gleichzeitig erklären wir, daß wir die Orientierung auf die Genter Verhandlungen und den Aufruf an die Bundesregierung zur Fortsetzung ihrer Entspannungspolitik ablehnen.
- wir treten dafür ein, daß auf der Hauptkundgebung unbedingt ein Vertreter der Befreiungsbewegung in El Salvador spricht, wie dies auch dem Aufruf entspricht.
- wir treten dafür ein, daß sich auf der Hauptkundgebung ein Sprecher gegen den Nato-Gipfel und die Nato-Politik insgesamt wendet.
- wir treten dafür ein, daß die Demonstration auf beiden Rhein-Seiten stattfinden kann.
- wir fordern die Geschäftsführung auf, sich in den Verhandlungen mit der Polizei auf keine Regelungen einzulassen, die den Anmarsch und die Demonstration selbst durch schikanöse Auflagen behindern.

Vom 1.8.-10.8. wird eine Anti-Nato-Woche stattfinden. In dieser Woche ist Gelegenheit, in der international gespannten Aufmerksamkeit vor dem Nato-Gipfel von uns aus kurzumachen, in welchem Umfang und mit welcher Konsequenz der Kriegskurs der Nato von uns abgelehnt wird. Sie gibt den Rahmen und Zeit für sehr viele Aktionen gegen Einrichtungen der Nato und der USA, Zeit für viele Diskussionen und Informationsveranstaltungen, mit anderen Worten: Die Durchführung der Anti-Nato-Woche ist für uns die politische Basis unserer Mobilisierung nach Bonn.

Presseerklärung der BAF vom 25.4.82

Diese Presseerklärung wurde auf dem BAF-Treffen am 25.4. in Göttingen ohne Gegenstimmen angenommen!

Kontaktadressen der BAF für die Demonstration am 10.6.:
Herbert Meyer
Dorsten Str. 115
463 BOCHUM (Tel. 0234/513382)

Bernd Weidmann
Hermann-Föge Weg 14a
34 GÖTTINGEN

An dem Treffen nahmen teil:
Anti-Kriegsgruppe Göttinger AK, Krieg dem Krieg Bremen, BUJ 8 Bremen, AGS, Göttingen, Frauen gegen Krieg, BWG/Südost Nds., Frieden durch Neutralität, Frauen gegen Krieg und Militarismus Hamburg, Bundesautonome Frauen Hannover, BI Oststadt-Lied Hannover, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, GSG, BUJ Oldenburg, Al. Br-

merhaven, Dreifache Ff, Friedenskomitee Neckargemeinschaft, Kreis für dt.-dt. Treffen Bochum, Ostniederrhein, OPR, Anti-Nato-Gruppe 184, AK gegen Atomenergie Emden, Lister Friedens, Kom. Jugend Deutschlands, RPD, Volkfront, Aachener Friedensinitiative AFI, Bochumer Aktion gegen Krieg/Bio 1 Atomenergie-

probleme, Frankfurter BI gegen Flughafen-erweiterung (Fried. AG), Friedensinit. Ideen, Aktionsgemeinschaft Braunschweiger Friedensgruppe ADBF und Gewaltfreie Aktion Göttingen, Hamburger Friedenskoordination FRIKO).

die bürgerlichen Politiker würden doch noch "vernünftig" werden und endlich abtreten. Schlimmsten Ausdrucks fand diese Position wohl auf der Kundgebung in dem Dank Bastians an den Bundeskanzler, der die Demonstration "vor Verdächtigungen in Schutz genommen hat. Wir sehen darin ein begrüßenswertes Anzeichen für eine wachsende Bereitschaft, den innenpolitischen Verhältnissen in höherem Maße Rechnung zu tragen, als das bisher leider der Fall gewesen ist", meinte Bastian.

Doch insbesondere die Tatsache, daß auf dieser Demonstration die Konflikte in der 3. Welt nicht ausgepart wurden, sorgte dafür, daß auch klarere Worte gesprochen wurden. Wohl am deutlichsten wurde Julia Esquivel aus Guatemala: Reagan wolle "sein Land in den großen Cowboy des Westens verwandeln, das durch Terror und Krieg herrscht, das reich wird durch Herrschaft, die in der Welt befiehlt und die Richtung angibt und das in seinen imperialistischen Träumen Europa für seinen Vorhof und dessen Einwohner als Kanonenfutter bei einem möglichen und hypothetischen Zusammenstoß mit dem Feind im Osten ansieht".

Sowohl Bastian als auch Sölle verglichen in ihren Beiträgen die heutige Situation mit der vor dem ersten und zweiten Weltkrieg. So erklärte Dorothea Sölle: "Als Josef Goebbels im Berliner Sportpalast fragte: 'Wollt ihr den totalen Krieg?', schrie das dort versammelte Volk 'Ja'. Heute stellt sich die Frage: Wollt ihr die totale Aufrüstung? Mühen wir unter der Gewaltherrschaft des Pentagon leben oder gibt es tatsächlich eine neue Definition von Freiheit für uns?" Und General Bastian betonte, wir wüßten doch nur zu gut, daß "sich überwältigende Mehrheiten im Deutschland dieses Jahrhunderts meist auf dem Weg in den Abgrund zusammengefunden haben". Die Friedensbewegung heute sei eine Minderheit, aber gerade bei den wachsenden, kritischen Minderheiten seien Vernunft und Menschlichkeit besser aufgehoben.

BBU-Sprecher Jo Leinen bezeichnete die Demonstration als "Warnung" an die Parteien. Wenn es nicht zu deutlichen Abrüstungsschritten komme, werde die Bundesrepublik "unregierbar" werden.

"Wir rufen zum Widerstand ... Verweigern wir uns dem System der NATO", hieß es eigentlich in der Abschlusserklärung des Bündnisses. Typisch und bezeichnend für das Bündnis, daß der Sprecher dieser Erklärung, Klaus Mannhard von der DFG-VK, dies im Alleingang abschwächte

und daraus machte: "Verweigern wir uns dem Rüstungswahn der NATO".

Wie aus dieser kurzen Zusammenfassung zu sehen ist, spiegeln sich die politischen Widersprüche innerhalb der Friedensbewegung auf der Kundgebung am 10. Juni wider. Wenngleich der radikal-oppositionelle Teil der Friedensbewegung hier noch immer unterrepräsentiert war, muß es doch als Fortschritt gegenüber der Demonstration am 10. Oktober gesehen werden, daß es gelungen ist, die Anti-NATO-Stoßrichtung dieses Mal an vielen Stellen deutlich zu machen. Daß es so viele waren, die anlässlich des NATO-Gipfels nach Bonn kamen, gibt Anlaß zu Mut und Hoffnung. Doch heute ist es sicherlich nur eine Minderheit der 400.000, die sich tatsächlich radikal und grundsätzlich gegen das System der NATO wendet. Und da gibt gerade ein Blick auf die britische Friedensbewegung, die bis heute keine eindeutige Stellungnahme gegen die Kriegspolitik ihrer Regierung zustandegebracht hat, auch Anlaß zu Zweifeln und Befürchtungen: wie würden sich die 400.000 verhalten, befände sich die BRD in einer ähnlichen Situation wie das britische Empire ...? Diejenigen Kräfte, die sich von vornherein für eine deutliche Stoßrichtung der Demo gegen die NATO ausgesprochen haben, werden sich künftig stärker zusammenraufen müssen, um in der Friedensbewegung zu einer klaren Orientierung beitragen zu können.

Jürgen Fuchs: Rede zur Demonstration am 10. Juni in Bonn

Liebe Freunde, gestattet mir eine kurze Vorbemerkung: Es gab Diskussionen, wer heute hier sprechen soll. Pfarrer Eppelmann aus Ostberlin wurde eingeladen. Das Schreiben hat ihn sehr spät erreicht. Er macht sich auch Sorgen um seine Rückreise, wollte nicht vor verschlossener Grenze stehen nach einem offenen Wort zu Militarisierung und Frieden ohne Waffen. Ich weiß nicht, ob seine Bedenken berechtigt waren. Er hätte auf jeden Fall gern hier gesprochen. Ganz ohne Zweifel wären auch viele DDR-Bürger nach Bonn gekommen, um gemeinsam mit Euch für ein atomwaffenfreies Europa und eine Welt ohne nukleare Zerstörungsdrohung zu demonstrieren. Aber ihr kennt ja die real existierenden Verhältnisse und die Beschaffenheit des militärischen Sperrgebietes, das sich „Staatsgrenze“ nennt. Vielleicht finden bald von unten organisierte Friedensdemonstrationen, wie diese, in Leipzig und Dresden statt. Dann beantragt rechtzeitig die Einreise und seid dabei. Ich bedauere auch, daß Persönlichkeiten wie Christa Wolf, Stefan Heym und Stefan Hermlin hier nicht ebenfalls sprechen. Ich habe diese Einladung angenom-

men, weil ich mich als sozialkritischer Schriftsteller, der wegen „pazifistischer Texte“ im Gefängnis saß und eine Staatsbürgerschaft verlor, zugehörig fühle zur internationalen Friedensbewegung.

Mit 18 Jahren wurde ich eingezogen zur Armee. Der Einberufungsbefehl kam per Einschreiben ins Haus. Der Gedanke an eine Verweigerung war da, ich hatte Borchert und Böll gelesen, kannte die Lieder von Brecht und Wolf Biermann. Aber es reichte nicht zu einem klaren Nein. Zu viele Rücksichten, zu viele Ängste. Man wollte studieren und nicht als „Staatsfeind“ gelten, der etwas gegen den „Ehrendienst für Frieden und Sozialismus bei der Nationalen Volksarmee“ hat. Das sind alles gute Worte, nicht wahr? Freiheit kommt bei Euch hinzu, Demokratie. Diese großen Worte. Die eineinhalb Jahre als Soldat in einem mecklenburger Heer, auf der untersten Stufe der Hierarchie, im Schlaraffenland, auf Schießständen und Kasernenhöfen, haben mir die Augen geöffnet. Das Geschrei der Unteroffiziere, all das Jawoll und Zu-Befehl, gelte mir jetzt noch in den Ohren. Ich halte das für eine große Gefahr: Jahr für Jahr kommen Hunderttausende in diese Mühle. Aus jungen Leuten werden Untertanen gemacht, die parkieren. Auch die Atomwaffen, gegen die wir hier demonstrieren, sind Menschenwerk. Zur Herstellung und Anwendung ist Personal erforderlich, das funktioniert.

Liebe Freunde, wir sind uns einig in der Forderung: Keine weiteren Atomraketen sollen stationiert werden in diesem Land. Es ist genug, wir haben diesen lebensfeindlichen Überlegenheitsstreben satt. Ich weiß, daß auf der anderen Seite Ähnliches gefordert wird. Nicht ganz so öffentlich, einige Risiken kommen hinzu, aber diese Stimmen sind unüberhörbar. Und sie meinen die eigenen Waffenwälder. In diesem Zusammenhang fällt mir das Wort „Großmacht“ ein. Ein trauriges Wort. Es klingt nach Aufspielen, nach Gangstermoral. Schwächere werden da nicht viel zu lachen haben. Entweder sie machen, was der Boß sagt, oder sie werden fertig gemacht.

Nun ist in diesen Tagen ein Boß zu Besuch, Gäste soll man schonen, aber ich kann es nicht ändern: Ich habe kein Vertrauen zu Menschen wie Ronald Reagan. Ich möchte ihn nicht verhöhnen und zum wiederholten Male von seiner Schauspielerei anfangen. Ich will diesen negativen Personenkult nicht mitmachen. Das ist ein eckler, äußerlicher Mensch, der sich an Kameras orientiert und immerzu Rollen spielt, das stimmt schon. Aber die anderen sind nicht anders. Viel wichtiger, viel beweiskräftiger ist das, was eine Gruppe von Leuten, die ihn als Sprecher und Figur benutzt, im eigenen Land mit den Armen und Schwachen macht. Wie da materielle Lebensgrundlagen und minimale soziale Sicherheiten demonstriert werden. Wenn ich das sehe, weiß ich, was uns blüht, auch „global-strategisch“.

Ich erlebe im Westberliner Arbeiterviertel Moabit, wie sich steigende Mietpreise und Arbeitslosigkeit auswirken. Ängste, Aggressionen und Verzweiflungstendenzen nehmen zu, besonders unter Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Ich spreche auch in meiner Verantwortung als Sozialpsychologe. Die Herrschenden sind offenbar überfordert, die uns bedrängenden Probleme zu lösen. Sie leben in privilegierten Gruppen, sind viel beschäftigt mit dem Erhalt ihrer Macht. Sie müssen Rivalen abwehren und auf ihren Gesundheitszustand achten. Sie müssen täglich eine selbstische Pose produzieren und so tun, als hätten sie alles „im Griff“. Ein entfremdeter Job, der in keinem Verhältnis steht zur Verantwortung, die auf ihnen liegt. Wir dürfen nicht viel von ihnen erwarten, wir müssen selber handeln. Der einzige Ausweg, Kriege, Katastrophen und Unrecht abzuwehren, besteht darin, solidarische Gemeinschaften, gleichberechtigtes Miteinander zustande zu bringen, Bürgerinitiativen. Die Oberen in Ost und West sind offenbar unfähig, Schritte in diese Richtung zu wagen. Sie „warten durch“ und verordnen Gewaltkuren. Sie geben von sich aus und sorgen sich nicht allzu sehr um andere. Wer so handelt, plant Opfer und „Verluste an Menschen und Material“ ein, wie es dann zynisch heißt. Dieser Weg führt ins Verderben. Vom Hunger, vom Sterben in anderen Ländern und von der Bereitschaft, das hinzunehmen, kann ich jetzt nicht sprechen, auch wenn es zu den alarmierendsten und widerwärtigsten Realitäten unserer Zeit gehört. Ich kann dies alles nicht trennen vom Nein zur atomaren Aufrüstung, vom Kampf gegen Krieg und Gewalt. Und man muß es sich vorstellen: Neue Raketen sollen aufgestellt werden zur abermaligen Vernichtung der Völker. Milliarden werden ausgegeben. Das ist notwendig, verkünden Politiker mit ernsten Gesichtern. Und die Nachrichtensprecher geben kurz vor der Wetterkarte die „Kürzung von Sozialausgaben“ bekannt. Was das aber bedeutet, wird nicht in der „Tagesschau“ gezeigt. Das erleben wir vor Ort, wenn Menschen verzweifeln, wenn sie nicht mehr ein noch aus wissen und zur Flasche oder zur Spritze greifen. Ich weiß wovon ich spreche, ich kann Namen nennen.

Am Tag der Alliierten Parade in Westberlin, Mitte Mai, kam unsere Tochter Lili, sie ist in der 1. Klasse, und wir saßen im Schulgarten in Westberlin, Mitte Mai, kam unsere Tochter Lili, sie ist in der 1. Klasse, weinend aus der Schule gerannt. Sie fürchtete sich vor „bösen Demonstrationen und Steinwerfern“. Der Direktor hatte aus „Sicherheitsgründen“ alle Klassen nach Hause geschickt und ein paar Worte verloren über „nichtangemeldete Demonstrationen“. Und einer stand vorn an der Kreuzung, ein ganz junger mit flatterigen Hosen und dünnem Hemd, hielt ein Plakat hoch: „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Panzer rollten vorbei Richtung Parade,

Fortsetzung nächste Seite



Foto: argus

An der Bannmeile am 10.6. — Ein Erlebnisbericht —

Wir waren mit ca. 15 Leuten um 11.30 Uhr am Hauptbahnhof in Bonn. Einige Leute, die schon früher mit dem Auto angereist waren und in der Thomas-Mann-Straße (am Aufmarschplatz auf der linken Rheinseite) unsere Flugblätter für eine Demo zum Regierungsviertel verteilt hatten, berichteten, daß sie von vielen Leuten Zustimmung erhalten hätten, aber allgemeines Gerücht und Orientierungslosigkeit herrschte.

Auch sonst hatte nichts für die Vorbereitung geklappt. Der Lautsprecherwagen der Bremer war nicht durchgekommen, „die Bonner“ haben wir nicht getroffen, und die Demo zum rechten Rheinufer war, als wir in Bonn ankamen, schon mindestens seit einer Stunde im Abmarsch begriffen. Wir wollten die ganze Geschichte schon abblasen und standen ziemlich deprimiert an der Abbiegung zum Regierungsviertel (kurz vor der Kennedy-Brücke über den Rhein). Dann aber kam im Demozug ein größerer Block Autonome und Punks, die rechts abbogen und stehenblieben. Wir faßten wieder Mut und verteilten unsere 6.000 mitgebrachten Flugblätter innerhalb einer halben Stunde. In dieser Zeit sammelten sich ca. 3.000 Leute an. DKP-Leute (Ordner) bildeten eine Kette, um keine Leute ausscheren zu lassen. Trotzdem ließen sich viele Leute nicht davon abhalten — und dies alles ohne Lautsprecherwagen. Die anfänglich aufgestellte lockere Polyzirkette an dieser Stelle hatte sich verzogen. Wir sind dann losgezogen. Schon nach ca. 200 Metern war das Tor, das zum Hofgarten führte, von der Polizei dichtgemacht worden. Wir sind dann links abgebogen,

zum Rhein runter und dort wieder rechts in Richtung Regierungsviertel. Dort kamen dann ca. 200 Bullen, die uns von hinten im Laufschrift überholten. Weitere machten hinter uns die Straße dicht.

Hier kurz etwas über den weiteren Verlauf vor der Kennedy-Brücke: Es wurde dort weiter mobilisiert, Richtung Bannmeile abzubiegen, auch mit dem Hamburger Lautsprecherwagen. Diesen wollten die Bullen kurz vorher auch aus dem Zug beordern, doch zur Begeisterung der Demonstranten/innen fuhr der Wagen weiter. Über den Lautsprecherwagen wurden die DPK-Ordner aufgefordert, die Leute nicht am Abbiegen zu hindern. Obwohl dies im Bündnis so vereinbart worden war, zeigten sich die DPKler ungerührt. 1.000 Leute — vor allem aus Hamburg, Bremen und Düsseldorf — zogen auch in Richtung Regierungsviertel. Nach 500 Metern wurde ihnen der Weg von BGS-Truppen versperrt. Ein Großteil zog zurück in Richtung Kundgebung, nur ein kleiner Teil versuchte sich zu den Vorausgegangenen durchzuschlagen. (Einschleife AK)

Die Bullen die uns überholt hatten, machten vor uns die Straße dicht, und wir gingen rechts hoch in Richtung Hofgarten und dann links in die Adenauerallee. An dieser Stelle tauchte ein Bullen-Lautsprecherwagen auf, und teil kund, daß wir umkehren könnten, da die Kennedy-Brücke wieder zu passieren sei. Ein dummer Trick, oder die dachten immer noch, wir hätten uns verlaufen. Wir zogen die Adenauerallee unbehelligt weiter, dabei gingen

zahlreiche, vorwiegend US-Fahnen in Flammen auf. An der Bannmeile stießen wir auf Bullen, die uns zum Abbiegen zwangen. Es ging dann durch kleinere Straßen (wie ich später auf der Karte sah, teilweise innerhalb der Bannmeile) bis wir an die Bahnstrecke gelangten und auf der Kaiserstraße weitergingen. Von da an nahm die Polyzirkette zu, und am Bundeskanzlerplatz wurden wir eskortiert, allerdings immer nur auf der linken Straßenseite (in Richtung Sicherheitsbereich). Unsere Bullenbegleitung wurde dann nach und nach ausgetauscht durch Bullen in voller Kampfmontur mit Feuerwaffen auf dem Rücken. Auf der Friedrich-Ebert-Allee spitzte sich die Lage zu. Ich glaube, der Anlaß war eine Fahne, die in Brand gesetzt worden war. Jedenfalls stürmten die Bullen an der Spitze des Zuges plötzlich in die Leute. Ich sah, daß von hinten massiv BGSler ankamen, die dann aus den Autos sprangen. Ich habe mich dann nach hinten, also hinter die Bullen, noch absetzen können und konnte nicht mehr verfolgen, was vorne passierte. Durchkommen war nicht mehr möglich. Ich bin dann zurück in die Innenstadt, wobei ich voll durch die Bannmeile laufen konnte. Ich bin dann nicht mehr auf die rechte Rheinseite gegangen und habe in der Innenstadt viele Leute getroffen, die sauer waren über die lahmefischnische Demo. Ich denke, mit etwas besserer Öffentlichkeitsarbeit und entsprechender Organisation hätten sich zehntausende an einer Demo zum Regierungsviertel beteiligt.

Peter (BBU-Hamburg)

Eine heftige Kontroverse hatte es im Bündnis um die Frage eines Redners aus der DDR-Friedensbewegung auf der Bonner Demonstration gegeben: Während die Alternative Liste und die Grünen es zur Bedingung ihrer Unterstützung machen wollten, daß die Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung zentraler Bestandteil der Kundgebung sein müsse, paßte dies der DPK und ihren Bündnispartnern überhaupt nicht. Eine Mehrheit im Koordinationsausschuß für die Vorbereitung hatte durchgesetzt, daß ein Redner aus der DDR, u.a. von der staatlich unabhängigen Bewegung, eingeladen wird.

Pfarrer Eppelmann und Stefan Heym erhielten eine Einladung. Stefan Heym, der ein ständiges Visum für den Aufenthalt in Westeuropa hat, lehnte ab. Pfarrer Eppelmann, der gerne in Bonn gesprochen hätte, lehnte schließlich ab, weil ihm das Risiko, nicht wieder in die DDR zurückkehren zu können, zu groß war. Aus dem gleichen Grunde lehnte das Seminar in Lückenwalde von Kriegsdienstverweigerern in der DDR ab, einen Sprecher zu entsenden. Tatsächlich wurde Peter Schneider, der auf der Demo in Westberlin sprechen wollte, an der Grenze nach Westberlin von DDR-Behörden ohne Begründung festgehalten. Es sprach dann der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der heute in Westberlin lebt, nachdem er wegen „pazifistischer Texte“ im Gefängnis der DDR gesessen hatte und schließlich ausgewiesen worden war. Der BDAJ-Vertreter im Bündnis entblödete sich nicht, Fuchs deshalb abzulehnen, weil er ja inzwischen den Weg gewählt habe, nicht in der DDR zu arbeiten und er somit nicht für die Friedensbewegung sprechen könne. Zudem warf er ihm allen Ernstes vor, in ein Land des Westens gegangen zu sein. Andere Gruppen, die durch DPKler vertreten waren, enthielten sich der Stimme, der Vertreter der demokratischen Sozialisten stimmte gegen Jürgen Fuchs, entschuldigte sich später offiziell dafür, war aber nicht bereit, dies in eine eindeutige Für-Stimme umzuwandeln.

Wir drucken hier die Rede von Jürgen Fuchs ab und verstehen dies auch als einen eindeutigen Solidaritätsbeitrag.

Fortsetzung von voriger Seite

die Polizeiwagen waren schnell zur Stelle, eine Stimme schrie durch ein Megaphon: „Weitergehen, weg da von der Straße, sonst werden Sie festgenommen. Wir geben Ihnen eine Minute.“ Die Freunde in Jena und Plauen dürfen keine Abzeichen mehr tragen, auf denen diese drei Worte stehen, die er hochhielt. Das kommt im Radio, SFB, RIAS: „DDR-Regierung verbietet christliches Friedenssymbol.“ Und hier an der Straße: „Weitergehen, weg da“.

Ich muß das nicht kommentieren. In Polen bevölkert zur selben Zeit überwiegend das Militär die Straßen und bewacht Lager, in denen Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle sitzen, die für eine vom höchsten Gericht des Landes genehmigte Gewerkschaft eintreten. Sie trägt den Namen „Solidarität“. Über 10 Millionen sind Mitglied. Das ist zur Zeit die stärkste Friedenskraft im Warschauer Pakt, denke ich. In der Türkei soll dem Sozialdemokraten Ecevit der Prozeß gemacht werden. Ihm wird „Verunglimpfung“ des Staates vorgeworfen. Die Militärs haben die Macht und wollen Gewerkschaftsführer zum Tode verurteilen.



Liebe Freunde, die Friedensbewegung ist eine internationale Bewegung. Sie lebt davon, daß sie strategisch-taktische Ausgrenzungen und geheimdiplomatische Geflüster überwindet. Es zumindest versucht. Das setzt voraus, für möglich zu halten, daß man selbst irren kann und der andere sein könnte. Ich kenne nun beide „Systeme“, habe einen doppelten Film und erziehe oft, wie schwer es fällt, sich die „andere Seite“ vorzustellen. Bevorzugt werden einfache Lösungen, entweder gut oder schlecht. Bei friedlichen Leuten überwiegt die Glorifizierung des angeblichen „Feindes“ und die Abwertung der eigenen Regierung. Auch so kann ein mystifiziertes Weltbild entstehen. Ich finde, es ist sehr wichtig, daß die Friedensbewegung aufmerksam verfolgt, was in anderen Ländern geschieht. Nicht, um von den eigenen Aufgaben und Problemen abzulenken, sondern um den Zusammenhang und den solidarischen Zusammenhalt herzustellen. Es interessiert uns sehr, was die amerikanischen Bürgerrechtler tun. Was sie sagen zum Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien. Kann nicht so der große, letzte Krieg ausgelöst werden? Mit einem Hin und Her, mit guten und schlechten Gründen? Mit Junta-Generälen und kolonialen Ansprüchen einer westlichen Demokratie? Keiner weiß, auf welche Seite er sich stellen soll. Und die Pazifisten der jeweiligen Länder, was sagen sie? Stimmt es, daß sie moralisch stets im Recht sind und in tiefen Schweigen verfallen, wenn die Waffen sprechen? Ist die Sowjetunion ein Friedensstaat? Und wenn nicht, was folgt daraus? So viele offene Fragen.

In der DDR diskutieren in letzter Zeit viele über die Frage: Was führt zum Frieden, was nicht? Was ist das, Frieden? Es wird über Sinn und Unsinn von Militärparaden, Kriegsspielzeug und Wehrkundeunterricht nachgedacht. Ein sozialer Friedensdienst anstelle des Grundwehrdienstes wird gefordert. Und gleichzeitig gibt es Tendenzen einer gespenstischen Militarisierung des öffentlichen Lebens. Übungen finden statt, Schulkinder werden auf den Atomkrieg vorbereitet, ohne daß ihnen die tödliche Wahrheit gesagt wird. Im Gegenteil, es ist vom Sieg der eigenen Armee die Rede. Frauen sollen zukünftig zwangsverpflichtet werden können. So entsteht Angst und Niedergeschlagenheit, der alles egal ist. Aber auch, und damit hat die Abteilung Propaganda wahrscheinlich nicht gerechnet: „Ich habe nichts mehr zu verlieren. Ein Krieg steht bevor. Warum soll ich die politische Polizei fürchten?“ Solche Menschen sind dann auch bereit, etwas zu tun. Und die christlichen Friedensfreunde Ekkehard Hübner und Klaus Tessenmann sitzen seit August letzten Jahres in Haft. Der Drucker Roland Braukner wurde verhaftet, weil er Plakate herstellte mit der Aufschrift: „Frieden schaffen ohne Waffen“. Dem Jener Bildhauer Matthias Blumhagen wurde eine Plastik weggenommen, er soll jetzt aus Gründen der Bewusstseinsbildung am 13. Juni zur Ar-

mee. Wenn er sich weigert, was er vorher, befindet er sich doch am selben Tag hinter Gittern. Der Bürgermeister von Berlin-Weißensee sprach Anfang Mai vor geladenen Pfarrern über die „ideologische Unterwanderung der Jugend“. Er sagte: „Wer das Emblem 'Schwerter zu Pflugscharen' trägt, schwenkt morgen die BRD-Fahne und übermorgen das Hakenkreuz.“ Daraufhin verließen alle Zuhörer den Saal.

Und weil wir hier auf solch einer großen und wichtigen Demonstration zusammengekommen sind, die zu Recht die eigene Aufrüstung attackiert und nicht bloß mit langen, selbstgerechten Fingern auf die Nachbarn zeigt, kann ich es mir erlauben, noch ein Beispiel anzuführen: In der DDR gibt es in letzter Zeit nicht nur spontane Friedensdemonstrationen wie in der Dresdner Kreuzkirche, sondern auch genehmigte, staatlich angeordnete. Am 27. Mai fanden in vielen Städten Kundgebungen statt. Auf den Plakaten konnte man lesen: „Gegen Nato-Waffen, Frieden schaffen“ und „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee ist Friedensdienst“. Die eigenen Waffenarsenale wurden lobend erwähnt. Das erinnert mich an die selbstgerechte Haltung von Parteien in diesem Lande, die sich christlich nennen. Sechs junge Leute, die in Ostberlin ein Plakat entrollen wollten zur Demonstration am 27. Mai, wurden festgenommen. Sicherheitskräfte zerrissen das Spruchband, auf dem stand: „Du sollst nicht töten“.

Liebe Freunde, ich will keine „Fälle“ präsentieren, sondern an diese Menschen erinnern, weil sie Hilfe brauchen und weil sie einstehen für unsere gemeinsame Sache. Es ist nicht zu erwarten, und ich sage das ohne Ironie, daß die Bewacher von Alliierten Paraden und staatlich-inszenierten „Friedensveranstaltungen“ widerspruchlos akzeptieren, daß vor ihren Augen ketzerische Bibelsprüche entrollt werden. Denn es ist ja wahr: Das bisherige Leben dieser Menschen, ihre Grundsätze von Macht und Gehorsam, werden in Frage gestellt, wenn sie diese Aussagen auf sich beziehen. Und das tun sie offenbar, was auch hoffen läßt. Es wird viel Zeit, Mut und Geduld nötig sein, um weiterzukommen. Ich wünsche mir kein „Durchdrehen“ der Herrschenden. Wir müssen Wege finden, um die Mißbestimmung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten zu garantieren. Argumente, wie sie der „Friedensappell der Schriftsteller Europas“ und die Resolution der Teilnehmer des Haager Autorentreffens geben, werden dabei eben so wichtig sein wie Initiativen, die von jungen Menschen, von „truppenverwendungsfähigen“ Jugendlichen ausgehen. Ich denke an die Aufklärungsarbeit von polnischen Lyrikern wie Zagajewski und Baranicki, an die DDR-Autoren Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal und Frank-Wolf Matthies, an Václav Havel, den tschechischen Bürgerrechtler, der für seine Überzeugung noch immer im Gefängnis sitzt. Ich denke an die Schülerin Kathrin Meinel, die von der Schule verwiesen wurde und kein Abitur ablegen darf, weil sie sich weigerte, den Aufmäher „Schwerter zu Pflugscharen“ abzutrennen. Ich denke an den jungen Liedermacher Karl Winkler, der für seine Friedenslieder inhaftiert und ausgewiesen wurde, an Detlef Amica Rudolf und Lutz Heise, die in Cottbus gegen Militärdiktaturen demonstriert haben. Ich denke an die Maler Eve und Frank Rub, an Lutz Leibner, die mit Ausstellungen seit Jahren das befördern, was heute „Friedensbewegung“ genannt wird. Dabei ist weniger etwas Organisatorisches gemeint, mehr eine Bewegtheit, ein Nachdenken, ein Meinungsstreit, die Suche nach neuen Wegen der Verständigung und des Widerstandes gegen Militarismus, Zensur und Machtverherrlichung. Daß hierbei die Erfahrung der Kirchen und das Bekennen vieler Pfarrer und Gemeindeglieder, für ihre Gewissensentscheidung einzutreten, eine sehr große Rolle spielt, ist bekannt. Und was Robert Havemann getan und gesagt hat, daran muß ich nicht erinnern.

Liebe Freunde, laßt mich zum Schluß sagen, daß die Sache des Friedens die ganze Wahrheit und unsere ungeteilte Solidarität braucht. Verständigen wir uns von unten her, über die ideologischen und militärischen Schützengräben hinweg! Die Rekruten, das Fußvolk, das Kanonenfutter, die Opfer müssen miteinander sprechen und sich verständigen! Warten wir nicht auf Gipfeltreffen und „vertrauensbildende Maßnahmen“. Und es ist sehr wichtig, daß ihr, daß die westdeutsche, die weimeuropäische, die internationale Friedensbewegung das unterstützt, was sich in der DDR und anderswo regt, denn dort kämpfen Menschen wie ihr gegen Raketen, die auf Euch gerichtet sind. Sie begeben sich damit in einen Konflikt mit ihren Regierungen. Aber die Friedensbewegung, das sind eben die Unruhigen, die Aufständigen aller Länder, die sich nicht mit dem abfinden, was ist.



Foto: argus

Ausnahmezustand in Westberlin

„Das sind eingereiste Profi-Schläger! Abkommandierte Verbrecher! Hergelaufene Killer-Trupps, die uns ins Chaos stürzen wollen!“

aus BZ, 12.6.82

Es begann mit dem „Lappenkrieg“: Mit Hilfe alliierter Verordnungen wurden mißliebige Parolen und zeitweise auch der „Konkret“-Aufkleber „Reagan go home“ beschlagnahmt. Bis zum 8.6. brachten es die Behörden auf die stolze Bilanz von 752 Eingriffen gegen Transparente und Farbparolen.

Der Großteil der westberliner Friedenskräfte hatte für den 10.6., den Vorabend des Reagan-Besuchs, zu einer Demonstration aufgerufen, zu der dann gut 80.000 Menschen kamen. Linke Teile mobilisierten auch zu einer Demo am Vormittag des 11. Juni. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Reagan mit 20.000 ausgewählten Jubel-Berlinern im Charlottenburger Schlossgarten.

Bürgermeister Weizsäcker lobte vorher den großartigen Schutz der USA für Berlin: „Bei uns darf mit friedlichen Mitteln gegen die demonstriert werden“. Demgegenüber betonte die Alternative Liste: „Berlin präsentiert sich gegenwärtig als besetztes Gebiet“. Denn für den 11.6. waren während Reagans Aufenthalt alle Demonstrationen (ohne Jubel-

ausweis) untersagt worden. Lediglich die Frauendemo wurde zu einem späteren Zeitpunkt per Gericht zugelassen. Nach dreistündiger Diskussion am 9.6. im AL-Delegiertenrat blieben diejenigen, die die Demo abblasen wollten, in der Minderheit: Die AL wird am 11.6. vormittags um 10 Uhr vom Nollendorfplatz mobilisieren. „Während Präsident Reagan am Flughafen Tempelhof amerikanische GI-Lyrik vorliest, hat die Berliner Polizei damit begonnen, den Nollendorfplatz in ein Massengefängnislager zu verwandeln“, erklärte die AL in einer Presserklärung, als die Polizei damit begann 4-5000 Demonstranten wie unter „chilenischen Verhältnissen“ für drei Stunden einzusperrten. Alles weitere ist dem Telefonbericht aus Westberlin zu entnehmen, den wir abdrucken.

Telefonbericht von einem Mitglied der AL (AG Demokratie und Recht) über den 11.6.

Am Donnerstag Abend (10.6.) wurden an den Grenzübergängen nach

Westberlin (Dreilinden, Stecken) ca. 150 Leute, die zur Demo anreisten, nach ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) in Vorbeugehaft genommen, weil sie Helme etc. bei sich hatten.

Am Freitag wurde vor der Demo das besetzte Haus in der Pfingststraße durchsucht, angeblich nach Brandsätzen. Sämtliche Anwesende wurden ebenfalls in Vorbeugehaft - nach ASOG - genommen, aber schon um ca. 11.30 Uhr wieder freigelassen. Während des ganzen Tages gab es Vorbeugehaftungen in der Stadt. Um ca. 10 Uhr, als sich ca. 4-5000 Menschen auf dem Nollendorfplatz versammelt hatten, wurde der Platz von der Polizei vollständig abgeriegelt, z.T. mit Stacheldraht. Den Demonstranten wurde über Polizei-Megaphon gesagt, sie würden dort festgehalten bis Reagan wieder abgeflogen sei. Dann sollen die ersten Steine geflogen sein. Die „AG Bürger beobachten die Polizei“ berichtet hingegen, daß Polizisten einen Demonstranten aus einer Telefonzelle gezerrt und verprügelt haben. Erst dann sei ein Stein geflogen. Von Polizeiseite aus wurde mit Tränengas markter Treibladung gezielt auf Demonstranten geschossen. Die Auseinandersetzungen am Nollendorfplatz/Winterfeldplatz gingen bis zum Abend weiter.

Im Anschluß an die Demo wurde ein besetztes Haus durchsucht, angeblich suchten die Bullen einen „Straftäter“ wegen Barrikadenbaus, Anzünden eines privaten PKW, Steinwürfen ... Als der Polizeisprecher den Betroffenen nicht fand, schossen die Polizisten Tränengas ins Haus, durchsuchten alles, zerstörten die Inneneinrichtung vollständig und machten das Haus praktisch unbewohnbar. Während der Demo streute die Polizei das Gerücht aus, zwei Kollegen seien schwer verletzt worden. Gegen 17 Uhr, als dieses Gerücht nicht mehr zur Motivierung der Bullen nötig war, wurde es von der Polizeiführung zurückgenommen.

Auch die anderen Demos in der Stadt wurden von der Polizei attackiert. So hatte die AL dazu aufgerufen, notfalls in der Wilmerdorfer Straße zu demonstrieren. Die Demo hatte sich dort kaum gebildet, als sie schon mit Prägelatex aus der Polizei aufgelöst wurde. Die Frauendemo, die per Gerichtsentscheid doch noch zugelassen war (wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt als geplant), wurde mit Tränengas beschossen (Charlottenburg) und mußte sich daraufhin auflösen.

Donnerstagsabend und im Verlauf des Freitags sind insgesamt 297 Menschen festgenommen worden. Davon wurden 32 am Samstag um 12 Uhr dem



Dies ist kein Demonstrant

Foto: taz

Haftrichter vorgeführt, die anderen waren zu diesem Zeitpunkt schon weiter entlassen. Unter den Festgenommenen sind mindestens neun Demonstrations-Sanitäter, die nach ASOG in Vorbeugehaft genommen wurden. Genaue Zahlen der Verletzten sind noch nicht bekannt. Von Demonstranten wurden rund 300 Verletzte versorgt, davon 20 Brüche (Hand, Arm, Bein, Gelenk ...), 5 Schädelverletzungen (ein Schädelbruch-Verletzter lag am Sonntag um 14.00 Uhr noch im Krankenhaus), 1 Lungenverletzung, sehr viele Nieren- und Leberprellungen.

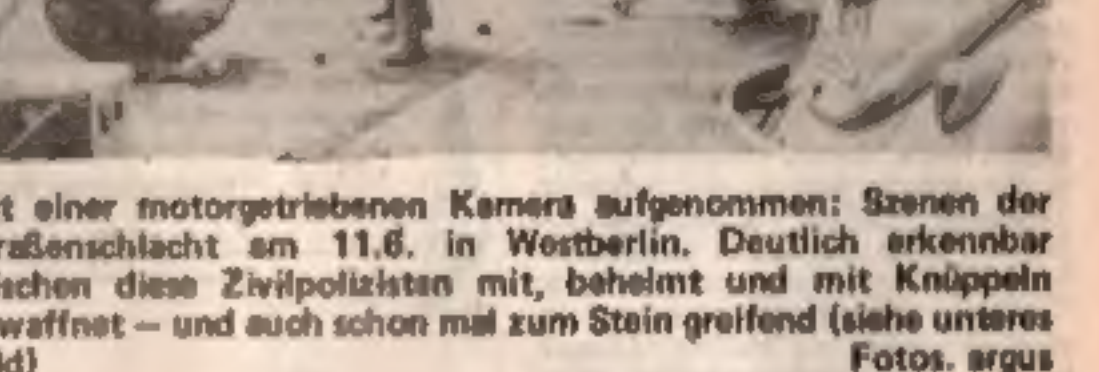
Festgenommenen Verletzten wurde z.T. sechs Stunden lang ärztliche Hilfe verweigert. Eine festgenom-

me Frau, die die Bullen darauf hingewiesen hatte, daß sie Epileptikerin ist, bekam einen epileptischen Anfall. Eineinhalb Stunden lang war ihr ärztliche Hilfe verweigert worden. In einem Krankenhaus wurden 12 Polizisten und 13 Demonstranten behandelt, die Polizisten nur ambulant, weil sie nur Prellungen hatten. Von den Demonstranten konnte nur einer ambulant behandelt werden, neun größere Kopfplatzwunden mußten versorgt werden, zwei kamen in stationäre Behandlung, einer auf die Intensivstation. In der "TAZ" vom 12.6. ist ein Foto von einem Zivillen mit Knarre. Das SEK hatte wieder einmal Pionierarbeit zu leisten (am Nollendorfplatz). Sie fuhr in die Demonstrationen, prügelten für die restlichen Bullen

eine Gasse, damit diese auch zum Zuge kommen konnten. Am Morgen des 12.6. hat die AL/Ermittlungsausschuß eine Pressekonzferenz gemacht, auf der aber nur die "TAZ" und die "Wahrheit" (SEW) waren. Daß am Freitag angeblich eine Ausnahmezustand von der Polizei erklärt worden ist, trifft nicht zu. Nur die Feuerwehr hat für sich zeitweise eine Ausnahmezustand erklärt, weil sie sich wohl von glimmenden Papierkörben etc. überfordert sah. Die Alternative Liste sieht keinen Grund, sich von den Demonstrationen zu distanzieren, da es berechtigt ist, ein solches Demonstrationsverbot zu durchbrechen. Nicht einverstanden ist sie damit, daß ein Möbelgeschäft in einem Privathaus geplündert und die Möbel angesteckt worden sind. Sie sieht das nicht als Politik an, die die AL vertreten kann, würde das aber in dieser aufgeheizten Situation verstehen. Telefonbericht vom 12.6., Westberlin

Bombenattentat auf AL-Büro in Wilmsdorf

Nach der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6. setzte die schon berühmte Westberliner Hotzmaschine los, die schon Ende der 60er Jahre für das Attentat auf Rudi Dutschke verantwortlich war, an dessen Folgen er 10 Jahre später verstarb. Springers "BZ" sah am Sonntag schon "die ganze Stadt ... voller Wut". "Das sind eingekerkerte Profischläger! Abkommandierte Verbrecher! Hergelaufene Killer-Truppe, die uns ins Chaos stürzen wollen!" zitierte "BZ" "eine Frau am Telefon". Damit war aber nicht Reagans Interventionstruppe gemeint, sondern die Demonstration am 11. Juni. Innensenator Lummer machte gleich den Schuldigen aus, nämlich die Alternative Liste: "Sie hat ein gerichtliches Demo-Verbot missachtet, so daß die Krawalle entstehen konnten." Genauso warf die FDP der AL "grobe Mißachtung grundlegender Prinzipien des Rechtsstaates" vor (bei Verbot darf man weder gegen Reagan und wohl auch nicht gegen Hitler demonstrieren). "Wer sich so beliebt über Gerichtsurteile hinwegsetzt, muß sich der Verantwortung für die Folgen stellen." Schon eine Nacht später hat es dann bei den "Feinden der Demokratie" (so auf der Tagung von FDP-Fraktionsvorsitzenden) eingeschlagen. Am Sonntag um 22 Uhr wurde das Büro der AL in Wilmsdorf durch einen Brandanschlag vollkommen verwüstet. Bereits um 24 Uhr hatten sich 1.000 Demonstranten zu einer spontanen Demonstration versammelt.



Mit einer motorgetriebenen Kamera aufgenommen: Szenen der Straßenschlacht am 11.6. in Westberlin. Deutlich erkennbar machen diese Zivilpolizisten mit, behelmt und mit Knüppeln bewaffnet - und auch schon mal zum Stein greifend (siehe unteres Bild) Fotos. argus



Fotos: argus

Was die CDU dem KBW zu bieten hat

"Die CDU hat etwas zu bieten", behauptete ein Leitartikel der "KVZ" des KBW am 4.6. Gemeint war die direkt bevorstehende zentrale Kundgebung der CDU in Bonn für die NATO und für die Unterwerfung unter die Politik der USA. "Es werden nicht alle wenige sein, die mitmarschieren", spekulierte der Autor. Zu dieser Prognose gehört nicht sehr viel Weisheit: Die CDU liegt in der Wählergunst immerhin rund um die 50%, und für ihren Aufmarsch in Bonn hatte sie die Vollmobilisierung ihrer nach Hunderttausenden zählenden Parteimitglieder, samt Opas und Enkelkindern, angeordnet. Am Ende konnte man sich eher wundern und freuen, daß trotzdem nur ein so kleiner Teil der "Schweigenden Mehrheit" die Gelegenheit einer von der CDU bezahlten Ausflugsreise nach Bonn wahrgenommen hatte. Daß Millionen Menschen jahrelang auf irgendeinen Bißchen abfahren und sich für manchen reaktionären Mist vielleicht sogar mobilisieren lassen, ist gerade in Deutschland eigentlich keine neue Entdeckung. Neu hingegen ist die Bereitschaft mancher altgewordenen "neuen" Linken, aus diesem Umstand große Beweisführungen herzuleiten. In der Argumentation des "KVZ"-Leitartikels: Wenn die CDU so viele Menschen mobilisieren kann, dann muß sie ihnen doch wohl etwas "zu bieten" haben. Und genau diesen Punkt gelte es herauszufinden, um ihn "ernst zu nehmen" und ihn nicht der CDU zu "überlassen". Bei diesem Punkt geht es nach Ansicht von ihm um Folgendes: "Die CDU hat offensichtlich ein, wenn man so will, alternatives Konzept gegenüber der SPD und der Friedensbewegung. Daß sie damit Erfolg hat, kann ihr kaum jemand abstreiten. Ei-

ne Stärke besteht darin, daß sie die Erhaltung des Friedens mit Inhalt füllt ... Für die Mehrheit der Bürger ist es unbestritten, daß es Wichtigeres als den Frieden gibt, z.B. die Verhinderung einer Unterjochung oder die Erhaltung einer besseren Gesellschaft. Indem die Friedensbewegung propagiert, es gäbe nichts wichtigeres als den Frieden, übersieht sie der CDU das weite Feld der eigentlichen Inhalte des Lebens." Diese Polemik geht ziemlich daneben, denn es kann eigentlich kein Mensch übersehen, daß die Friedensbewegung allererstens mit dem Kampf um eine umfassende Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden ist und diese Verbindung auch im öffentlichen Bewußtsein deutlich macht (siehe Erfolge grüner und alternativer Listen), während die CDU/CSU nur den real existierenden Kapitalismus als die beste aller Welten vertritt. Was die CDU dazu im Detail fordert (Ruhe und Ordnung, Ausländer raus, Kinder müssen wieder gehorchen lernen, die Frau ist zuallererst Mutter etc.pp.) sollten wir ihr auch zukünftig getrost "überlassen". Übrigens geht es dem "KVZ"-Autor wohl gar nicht um die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern um den zweiten von ihm angeführten Gesichtspunkt, die "Verhinderung einer Unterjochung", die bekanntlich von der Sowjetunion (und nur von ihr!) ausgeht. Das ist das Feld, auf dem die CDU nach Meinung von ihm "etwas zu bieten" hat, das man ihr nicht "überlassen" darf. "Gegenüber der SU als nun wirklich realer Kriegsgefahr wie auch als unterdrücktes Regime, entwickelt die CDU ein Konzept der Schwächung der Kraft der SU durch Stärkung der

bürgerlichen Demokratie in ihrem Machtbereich. Damit erweist sie sich für einen größeren Teil der Volkswegung für Solidarität mit dem polnischen Volk, die sich davon ja auch eine Milderung der Kriegsfahr erhofft, als konsequenter und erfolgversprechender als die in dieser Beziehung schüchternen Friedensbewegung". Man dürfe, so ihm, sich nicht gegen die "richtigen Feststellungen" der CDU wenden, daß die sowjetische Gesellschaft viel schlimmer als die westliche sei und daß unsere Freiheit gegen die aggressive Sowjetunion verteidigt werden muß. Die Friedensbewegung könne sich gegen die CDU nur behaupten, wenn sie eine "eigenständige Kritik der Sowjetunion" entwickelt und wenn sie für ein "realistisches Konzept einer Verteidigung gegen eine etwaige Aggression durch die SU" eintritt. "Ohne ein solches Konzept ist auch eine einseitige Ablehnung auf Dauer nicht vertretbar". Alles, was ihm in seinem Leitartikel vorliegt, sind die bekannten Positionen, die der KBW mit langem der Friedensbewegung, den Grünen etc. aufdrängen möchte. Begründet werden sie diesmal mit dem Argument, daß gerade entlang dieser Positionen die CDU einen Masseneinfluß habe. Von allen denkbaren Argumenten ist das wirklich das allerdümmste. Oder wird der KBW nun demnächst auch "alternative Konzepte" zur Austreibung der Ausländer, zur Verdrängung der Frauen aus Lohnarbeit usw. offerieren? Es bleibt der extrem schlechte Nachgeschmack, daß der KBW mit der Mobilisierungsfähigkeit der CDU Politik zu machen versucht. Allerdings hat ihn die CDU dabei mit ihrer eher bescheidenen Vollmobilisierung am 5. Juni in Stich gelassen.

Die EG an der Seite Großbritanniens

Fortsetzung von Seite 1

Am 15.4. wurde von der EG ein totaler Einfuhrstopp gegen argentinische Waren für einen Monat beschlossen. Eine solche Maßnahme der EG war bis dahin beispiellos („FR“, 16.4.) - und sie erhält ihren speziellen Wert vor dem Hintergrund, daß Massenmord und Folter in Argentinien die EG-Staaten bisher zu keinen auch nur annähernd vergleichbaren Schritten hatten veranlassen können.

Über die wirtschaftlichen Konsequenzen des EG-Boykotts läßt sich nur mutmaßen. Die EG übernimmt ca. 28% der argentinischen Exporte. Das ist ein monatlicher Warenwert von durchschnittlich 160 Mio. Dollar (über 380 Mio. DM) („FR“, 16.4.), was die „Welt“ zu der etwas kurzschlüssigen Rechnung brachte, Argentinien verliere durch das EG-Embargo Devisen-Einnahmen von wöchentlich 40 Mio. Dollar (3,5.). Von dem Boykott-Beschluß sind aber alle Waren ausgenommen, die zum Zeitpunkt des Beschlusses bereits auf dem Transport waren bzw. über die es schon Lieferverträge gab. Wie die „FR“ sichtlich notierte, wurden in den Tagen unmittelbar vor dem EG-Beschluß noch rasch auffüllend viele Lieferverträge abgeschlossen (16.4.).

Demnach muß vermutet werden, daß der ökonomische Effekt des Boykotts bisher nicht allzu hoch zu veranschlagen ist. Umso deutlicher stellt sich der Boykott als politische Maßnahme dar. Er demonstrierte ohne jeden öffentlichen Vorbehalt die Solidarisierung mit der britischen Position. In der Befristung bis zum 17. Mai drückte sich auch das prinzipielle Einverständnis mit britischen Militärsanktionen aus: Es stand fest, daß die Kriegsflotte schon spätestens Ende April „gefechtsbereit“ am Schauplatz sein würde. Aus den seitdem bekannten Gründen - wegen des Wetters und wegen der politischen Wirkung könne die Flotte nicht endlos bloß um die Inseln herumfahren - stand fest, daß dann der Krieg beginnen würde, falls bis dahin keine Verhandlungslösung ausgetauscht worden sei.

... Gar nicht so gemeint?

Der Beginn des Krieges - mit der absolut kriminellen Verankerung eines argentinischen Kreuzers außerhalb der Kriegszone und mit der Verankerung eines britischen Zerstörers im Gegenzug - löste zunächst einen starken Schock aus. Die führenden Politiker reagierten darauf rein taktisch: Unterhalb der offiziellen Schwelle ließen sie ihre Besorgnis und ihr Nicht-Einverständnis mit der britischen Kriegsführung andeuten. Der Bundeskanzler ließ im „Spiegel“ (3.5.) unwidersprochen behaupten, er habe im internen Kreis das britische Vorgehen als „Domestikationsaktion nach den Methoden des 19. Jahrhunderts“ kritisiert und einen „Blankoscheck“ für die britische Politik abgelehnt. Der Bundesaußenminister ließ durchblickern, die Bundesregierung sei eigentlich von Anfang an der Meinung gewesen, „es dürfe hier nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen“. Nun sei die Bundesregierung sehr besorgt. Und die „Frankfurter Rundschau“ gab noch einen drauf: „Allem Anschein nach preist die Bonner Besorgnis bereits an Ungeduld, wenn nicht Verdrüssung“ (3.5.). „Solidarität der EG faktisch zerbrochen“, behauptete die „Welt“ (6.5.). Brüsseler EG-Diplomaten seien „bestürzt“ über das britische Vorgehen. Die EG sei „durch die öffentliche Wirkung“ ihrer Sanktionen „in die Zwickmühle geraten“. Nun sehe es so aus, als habe sich die EG „ohne Wena und Aber“ hinter Großbritannien gestellt, was gar nicht die Absicht der Sanktionen gewesen sei. „Niemand, so heißt es heute, habe man die wahren Absichten Londons als so weitgehend angesehen, wie sie sich heute darstellen... Ein bißchen wirtschaftlicher Druck auf Argentinien, so die damals vorherrschende Ansicht, werde wohl ausreichen, um den Konflikt zu beenden. Heute ist mancher klüger. Wir sind von den Briten aufs Kreuz gelegt worden“, kommentierte gestern ein Brüsseler Diplomat („Welt“, 6.5.). Die EG-Staaten seien bei ihrem Sanktionsbeschuß davon ausgegangen, daß „britische Militärschritte nicht vorgesehen seien“ („Hamb. Abendblatt“, 5.5.). Verschiedentlich war unter der Hand sogar zu vernehmen, die EG-Staaten hätten die Sanktionen eigentlich bloß verhängt, um

mäßigend auf Großbritannien zu wirken und britische Militärbestrebungen zu verhindern.

Eine Verlängerung der Sanktionen über den 17. Mai hinaus sei zumindest fraglich. Als Gegenpart einer Verlängerung wurde außer Irland - das sich schon zu diesem Zeitpunkt als einziges ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatte - auch Dänemark und Italien, aber sogar die Bundesrepublik genannt (Tagesspiegelungen am 5.5. und 6.5.). Von Regierung bis Opposition (Kohl, Stoltenberg,

non gegen Argentinien den Charakter eines offensichtlichen „Blankoschecks“ für die britische Kriegsführung zu nehmen. Aber schäme weise war davon später überhaupt nicht mehr die Rede.

Am 12. Mai schlug die EG-Kommission vor, die EG solle die Sanktionen entweder um einen Monat oder aber bis zu einer Verhandlungslösung verlängern. Dieser Vorschlag entsprach den britischen Maximalwünschen und ging sogar noch ein gutes Stück über diese hinaus.

(vom 17. bis zum 24. Mai) einen Aufschub der politischen Entscheidung in der EG. Damit stand fest, daß die Frage sieben Tage später erneut zur Diskussion stehen würde. Die Verlängerung um bloß eine Woche machte also nur unter der Voraussetzung Sinn, daß sich in dieser Woche wesentliche Veränderungen auf dem Kriegsschauplatz ergeben würden. Worum es dabei vermutlich ging, zeigt ein Blick auf den Verlauf der britischen Kriegsführung: Ungefähr am 10./11. Mai war der

bloß eine Woche eine Aufforderung der EG-Partner an die britische Regierung, sehr schnell eine militärische Entscheidung auf den Inseln herbeizuführen. Ganz in diesem Sinn kommentierte die „FAZ“ am 19.5. sichtlich, die Verlängerung um nur eine Woche habe „den Charakter eines Ultimatum, bei dem unklar bleibt, gegen wen es sich richtet. Könnte es gar die Briten dazu treiben, nun ganz rasch zuzuschlagen?“ In der Propaganda ließ sich diese extrem knapp befristete Verlängerung jedoch immer noch als Ausdruck von Distanz gegenüber dem britischen Vorgehen verkaufen. Von dieser Möglichkeit wurde in den Medien voller Gebrauch gemacht.

Seitens der EG bestand das ganze Problem eine Woche später offensichtlich überhaupt nicht mehr: Nun entschied sich die EG mehrheitlich - gegen die Stimmen Irlands, Italiens, Griechenlands sowie auch Dänemarks - für eine unbefristete Weiterführung der Sanktionen gegen Argentinien. Die Entscheidung fiel in extremer Kürze, ohne große Debatten und fast ganz ohne Beachtung der Öffentlichkeit. Damit hatte die britische Regierung nunmehr auch ganz offiziell den Blankoscheck für eine rein militärische Lösung des Konflikts. Diesen Blanko-Scheck hatte sie zwar der Sache nach auch schon vorher gehabt, aber die zweimalige Befristung der Sanktionen - und damit zweimal die Notwendigkeit, über deren Verlängerung zu entscheiden - hatte zumindest dem Anschein nach noch ein Element der „mühsamen“ Einflußnahme auf Großbritannien enthalten.

Verbunden war die Ausstellung des militärischen Blanko-Schecks für Großbritannien mit einer Vereinbarung über die heftig umstrittene Frage der EG-Agrarpreise, in der es seit langem schweren Streit mit der britischen Regierung gegeben hatte. Daß zwischen beiden Fragen ein „Junktim“ (zwingende Verbindung) bestand, wurde in den konservativen Medien nicht einmal verheimlicht: „... Auch liegt Paris klar durchblicken, daß es als Gegenleistung für seine Solidarität (mit dem britischen Krieg um die Malvinen) ein britisches Entgegenkommen in der Frage der Neufestsetzung der Agrarpreise 1982 erwartet ... Paris weiß sich in dieser Erwartung auch mit Bonn einig“ („Welt“, 18.5.). Es ist eben alles ein Geschäft: Die Agrarpreise der EG ganz genauso wie das organisierte Menschen-Schlachten mit modernen Vernichtungsmitteln. Beide Geschäfte sind engstens miteinander verbunden. Die unbefristete Verlängerung der Sanktionen gegen Argentinien und die Einigung im EG-Agrar-Streit gingen gleich in einem Rutsch über die Bühne.

Die Probleme mit der Solidarität

Agrar-Streit gingen gleich in einem Rutsch über die Bühne.

Die Probleme mit der Solidarität

Daß sich die EG letztlich doch sehr eindeutig hinter Großbritanniens Kolonialkrieg stellte, ist in erster Linie dem politischen Einfluß Frankreichs und der BRD zu verdanken, die bekanntlich von Sozialisten bzw. Sozialdemokraten regiert werden. Beide Länder haben damit ihren Anspruch als politische Vormächte der EG und des kapitalistischen Europa unterstrichen. Der britischen Regierung blieb zwar freundlicherweise der rein militärische Teil des Geschäftes exklusiv überlassen, aber der britische Imperialismus wird dafür mit verstärkter Abhängigkeit von seinen deutschen und französischen Konkurrenten bezahlen müssen.

Die Solidarität mit dem britischen Kolonialkrieg hat zugleich eine Reihe von Problemen für die imperialistischen Hauptmächte aufgeworfen. Da ist erstens die Entwicklung der Widersprüche in der EG selbst. Irland hat sich der Verlängerung der EG-Sanktionen nicht angeschlossen, weil es historisch betrachtet selbst Opfer des britischen Kolonialismus ist und weil es innenpolitisch auf starke anti-britische Stimmungen Rückgriff zu nehmen hat. Ebenso hat sich Italien der Verlängerung nicht angeschlossen: Einen entsprechenden Beschluß faßte das italienische Parlament mit riesiger Mehrheit (von der Neuen Linken bis zu den Faschisten); nur einige kleinere bürgerliche Parteien waren anderer Meinung. Als Hauptgrund für die Haltung Italiens wird die enge Verflechtung beider Nationen angeführt: Ein großer Teil der Argentinier sind italienischer Nationalität oder Herkunft. (Als Minimum des italienischen Anteils in



Strauß) schlen man sich zu diesem Zeitpunkt ziemlich einzig im Ruf nach einem sofortigen Waffenstillstand im Südatlantik zu sein.

Die erste Verlängerung der Sanktionen

Was von dem ganzen Gerede praktisch zu halten war, mußte sich zeigen, sobald nach Ablauf der Frist die Debatte um den weiteren Umgang mit den Sanktionen zur Entscheidung stand. Da inzwischen der Krieg voll entbrannt war, fiel das Schein-Argument weg, man habe die Sanktionen in der Annahme verhängt, daß es gar nicht zur militärischen Konfrontation kommen würde. Falls man sich in dieser Hinsicht von der britischen Regierung „aufs Kreuz gelegt“ fühlte, hätte es nahegelegen, keine Verlängerung der Sanktionen über den 17. Mai hinaus zu beschließen. Ausdrücklich wurde das zunächst von Irland gefordert. Inzwischen war aber auch die italienische Regierung wegen ihrer Unterstützung für die EG-Sanktionen heftigen innenpolitischen Angriffen ausgesetzt.

Ein Treffen der EG-Außenminister am 9. Mai, bei dem die britischen Vertreter am liebsten schon die Ver-

längerung der Sanktionen geben würde, war mit dem Votum von Schmidt und Mitterrand am 16. Mai entschieden: Sie „erklärten übereinstimmend, es gebe keinen Grund, die ... ausstehenden EG-Sanktionen gegen Argentinien aufzuheben. Die Solidarität mit dem Partner Großbritannien bleibe bestehen, solange argentinische Truppen die das Völkerrecht verletzende Besetzung der Falkland-Inseln aufrechterhielten“. Schmidt fügte hinzu, die Bundesregierung habe den Sanktionen nur „schweren Herzens“ zugestimmt, „da Bonn gute Handelsbeziehungen zu Argentinien und den anderen lateinamerikanischen Staaten unterhalte“ („Welt“, 17.5.).

Eine förmliche Entscheidung der EG fiel erst in allerletzter Stunde, nämlich in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai. Beschlossen wurde eine Verlängerung um nur eine Woche. Zudem erklärten Irland und Italien, sie würden die Sanktionen nicht mehr mittragen, würden sie allerdings auch nicht „unterlaufen“ wollen. Diese Beschlüßfassung sei in London als „erheblicher diplomatischer Rückschlag“ aufgenommen worden, behauptete die „Welt“. Die britische Regierung sei „verblüfft wegen mangelnder EG-Unterstützung“. „Schließlich aufgenommen worden, behauptete die „Welt“. Die britische Regierung sei „verblüfft wegen mangelnder EG-Unterstützung“. („Welt“, 19.5.). Tröstlich mag es für Großbritannien immerhin gewesen sein, daß genau am folgenden Tag die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister ihre „volle Unterstützung“ für Großbritanniens Kolonialkrieg erklärte.

Die zweite Verlängerung

De facto bedeutet die Verlängerung der Sanktionen um bloß eine Woche

Aufmarsch der britischen Hauptkräfte vor den Malvinen/Falkland-Inseln im Wesentlichen abgeschlossen. Seit diesem Zeitpunkt wurde fast täglich über eine unmittelbar bevorstehende britische Landung auf den Inseln spekuliert. Am 15. Mai meldeten die Tagesspiegelungen übereinstimmend, daß noch am selben Tag, spätestens am folgenden, die Invasion erwartet werde. Das sei notwendig, weil sich das Wetter drastisch verschlechterte und eine längere Blockade der Inseln kaum möglich sei.

Die Verlängerung der Sanktionen um zunächst bloß eine Woche spekulierte darauf, daß es in dieser Woche die britische Landung und möglicherweise kriegsentscheidende britische Erfolge geben würde. Gleich am 18. Mai verkündete Mrs. Thatcher eine 48-Stunden-Frist. Sollte Argentinien bis zu diesem Zeitpunkt nicht kapituliert haben, wäre „eine militärische Aktion durch nichts mehr aufzuhalten“. Die „Frankfurter Allgemeine“ kommentierte zufrieden:

„Die Sanktionen, die Europa von Anfang an nicht als Mandat zu einer Rückeroberung verstanden hat, sondern nur als ein Druckmittel bei der Suche nach Frieden, helfen aber Großbritannien, Argentinien und der

Rückeroberung verstanden hat, sondern nur als ein Druckmittel bei der Suche nach Frieden, helfen aber Großbritannien, Argentinien und der Welt eine „geante europäische Front“ vorzuführen... Unter dem politischen Zwang zur Eile glauben die Briten, daß ihnen eine militärische Lösung auf den Falkland-Inseln innerhalb von 48 Stunden möglich ist“ („FAZ“, 21.5.). Am 21. Mai begann die britische Lande-Operation.

Ihrer tatsächlichen Wirkung nach war die Verlängerung der Sanktionen um

WAS EIN KÖNIGLICH BRITISCHER SOLDAT KOSTET

Die Briten haben eine Berufsarmee. Das ist eine verrückte Idee für Arbeiter in Glasgow oder Liverpool: man verpflichtet sich auf ewig und dem Tage, bekommt ein paar Pfund auf die Hand und kommt nie wieder weg, weil man dann eine riesige hohe Kommandohierarchie zahlen muß. Woher soll ein einfacher Soldat, irgendein Arbeiter, 45 000 DM nehmen, um seinem Soldatenhosen den Rücken zu zahlen? Dieser Zusammenstoß fördert eine falsche Treue zur Armee.

Das aber geht in jüngerer Zeit ins Verfallene. Es gibt definitiv britische Soldaten, die ihrer Royal Army den Rücken kehren wollen: Schnauze voll von Hierarchie & die Feldzüge vor Augen. Wir wollen denen helfen, aber wir? Einige haben Kinder & Familien und möchten gern leben. Die Armee dagegen, können die Kinder wegen kaum illegal passieren. Also muß das Geld her für die demütigsten Konventionen. Andere sind ledig und benötigen nur einen Zettel für die Feiertage Richtung ankommen.

Wir sollten uns die Finanzen sparen können: einen Soldaten, der keiner mehr sein will. Geld wurde gesammelt für Waffen in El Salvador. Gut so. Wir sammeln hier einmal für die Schneeflocke. Die Chancen sind gering, weil die Moral der britischen Royal Army miserabel ist. Letzte rufen mit uns die Gurus der Sonne. Klar, daß wir nicht alle Soldaten der Briten auf diese Weise wegnehmen können: aber jeder, der demoralisiert geht, ist ein harter moralischer Schlag und eine öffentliche Niederlage für Margaret Thatcher. Sinnvoller ist Geld kaum je anzulegen worden.

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK) D 637 OBERURSEL 6 - Postfach 35 -
POSTSHECKKONTO: WISK 406 293-808 PFM

Argentinien wird 40% angegeben; andere Quellen gehen über 50%). Eine spezielle Haltung zu den Sanktionen nimmt Dänemark ein, das sich zwar formal daran beteiligt, aber nicht unter der Regie der EG, sondern autonom. (Was das praktisch für einen Unterschied macht, scheint schwer zu ermitteln. Jedenfalls liegt der politische Sinn in der Bekundung der Distanz zur britischen Politik).

Gegen die Sanktionen hat im übrigen auch Griechenland votiert, das schon die diversen EG-Maßnahmen gegen Polen und die Sowjetunion nach dem 13. Dezember nicht mitgetragen hat.

Deutlich hat sich der Trend verstärkt, für Beschlüsse in der EG nicht mehr das bisher als Regel praktizierte Konsens-Prinzip zur Voraussetzung zu machen, sondern den politischen Willen der Hauptmächte als Mehrheitsbeschluss durchzusetzen. Die Unterordnung der kleineren Mitgliedsstaaten hat zugenommen, was aber auch zur Verschärfung der Widersprüche in der EG beiträgt.

Ein zweites Problem sind die Auswirkungen dieser EG-Solidarität auf die Beziehungen zu Lateinamerika. Verschlechterungen der handelswirtschaftlichen Chancen, Gefährdung von Investitionen, diplomatische Rückschläge werden während an die Wand gemalt. Immerhin können sich die Imperialisten aber mit dem Gedanken trösten, daß sie sich mit ihrem Verhalten fast alle in Lateinamerika unbeliebt gemacht haben, sodaß nicht einfach irgendein Konkurrent daraus Vorteile ziehen kann - von Japan und Italien einmal abgesehen. (Die ansonsten ständig zitierte Sowjetunion stellt als Handelsmacht und Kapitalexporteur kaum eine Konkurrenz dar, die zu fürchten wäre). Imperialistisches Selbstvertrauen strahlt daher Richard W. Rahn, Vizepräsident der US-Handelskam-

mer und Wirtschaftsberater Reagans, aus: "Die Südamerikaner sind wirtschaftlich von uns abhängig, und auf lange Sicht gehen werden sie keinen Selbstmord begehen und die wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen" (nach "Welt", 4.6.).

Trotzdem bleiben einige außenpolitische Probleme - nicht zuletzt die Gefahr engerer Kontakte lateinamerikanischer Länder zur Sowjetunion, was von Waffen aus der SU u.ä. Vor allem die Bundesregierung wird deshalb bemüht sein, nach dem Ende des militärischen Konflikts wieder in die Rolle des ehrlichen Maklers zu schlüpfen, der zwar die britische Kriegsführung unterstützt hat (wegen des Prinzips, wegen der Freiheit Westberlins etc.), aber der eigentlich von Anfang an eine Verhandlungslösung bevorzugt hätte. Dort, wo ohnehin pro-imperialistische Regimes herrschen und wo der ökonomische Einfluß des deutschen Kapitals bedeutend ist, kann dieser Kostümwechsel vermutlich auf Erfolg rechnen.

Das dritte Problem ist innenpolitischer Natur: Der Krieg um die Malvinen/Falkland-Inseln ist - abgesehen von den chauvinistischen Wahnzuständen in Großbritannien selbst - im übrigen Europa sehr unpopulär. Dieses Mißverhältnis britischer Namen nährt sich nicht so sehr aus purer Friedfertigkeit, sondern vor allem aus der "Sinnlosigkeit" dieses speziellen Krieges, dem "irrationalen" Mißverhältnis zwischen Kriegsanlaß und Kriegsfolgen. Immerhin jedenfalls ließ diesen Mißverhältnis eine sehr dankbare Unterstützung Großbritanniens durch die übrigen Regierungen der EG nicht zu. Es müßte das Kunststück vollbracht werden, einerseits gegenüber Großbritannien vollkommene Solidarität darzustellen und andererseits gegenüber der eigenen Bevölkerung den Ansehens von Distanz, Besorgnis etc. verbreiten zu lassen. Tatsächlich hat, von sehr wenigen anerkanntswerten Ausnahmen abgesehen, kaum ein linker SPD-Politiker Kritik an der Haltung der Bundesregierung geübt. In Frankreich er-

trug die PCF ohne ernsthaften Protest die Solidarität der Regierung - an der sie immerhin direkt beteiligt ist - mit Großbritannien Kolonialkrieg. Hinzu kam, daß bis weit in die radikale Linke hinein die Rolle Großbritanniens und Argentiniens ziemlich gleichwertig verurteilt wurde, zumal mit Hinweis auf den faschistischen Charakter der Junta in Buenos Aires.

Praktisches Ergebnis dieser schlichten Sicht der Dinge war die Drosselung des Engagements gegen den britischen Kolonialkrieg fast bis zum Nullpunkt. Die westeuropäische Linke wird erst noch lernen müssen, daß man einen imperialistischen Kolonialkrieg, an dem die eigene Regierung direkt oder indirekt beteiligt ist, auch durch Schweigen, Passivität und Ignoranz unterstützt.

Und wo machen wir den nächsten Krieg?!

Zur grundsätzlichen Einordnung der Problematik gab EG-Präsident Gaston Thorn einen in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig beachteten wichtigen Hinweis: "Die Falkland-Inseln gehören zu England und damit auch zur EG. Wenn etwas England berührt, dann berührt es auch die Deutschen oder die Italiener ..." (Bild, 21.5.).

Herr Thorn hat recht: Laut EG-Vertrag gehören die "überseeischen Territorien" ihrer Mitglieder zum Bereich der EG. Das gilt seit dem EG-Beitritt Großbritanniens auch für dessen verbliebenen Kolonialbesitz, der in einer Vielzahl potentieller Militärschützpunkte besteht. Die "Zeit" kommentierte die Dimension des Konflikts: "Nicht um ein paar Schafherden wird dort gekämpft, sondern um ein gewaltiges Binnenmeer von der Größe Europas mit all seinen Reichtümern in und un-

Keine Feier ohne Meier

Am 20. Mai 1982 bekam der spanische König Juan Carlos - seinerzeit von Franco zu seinem Nachfolger gemacht - in Aachen den „Karlpreis der Stadt Aachen“ verliehen.

Der „Karlpreis“ wird zumeist rechten Politikern für ihre Verdienste um ein einiges Europa verliehen. Da nun Spanien endgültig der EG einverleibt werden soll, lag es nahe, den spanischen König zu ehren. Nicht zuletzt ist er ja auch Oberbefehlshaber des spanischen Militärs, das jetzt fest zur NATO gehört. Aachens Oberbürgermeister sprach denn auch aus, was die Herren sich von Spanien noch alles erhoffen: „Spanien wird uns helfen, die Brücke zu schlagen nach Nordafrika und den Ländern Lateinamerikas ...“ (Zitat nach „Aachener Nachrichten“ vom 21.5.).

Aachen sollte Juan Carlos feiern als Symbol der alten und neuen Weltmacht Europa

Die Mächtigen Europas kamen nach Aachen, um sich vom Volk feiern zu lassen. Die Aachener Zeitungen taten ihr Bestes, J.C. als Freiheitskämpfer (er habe Spanien die Demokratie gegeben), sein Familienleben, alles wurde begeistert beschrieben.

Am 20.5. kamen sie dann - Hermann Joseph Abs, der Bankier, sein Kollege Lamsdorff im Außendienst, Politiker wie Schmidt, Helmut, Carstens und Tindemann, Otto von Habsburg und Aachener CDU-Großen nicht zu vergessen, begleitet von einer Truppe von Bischöfen.

Der „Klenkes“ 6/82 (Aachener Stadtzeitung) berichtet über ihre Ankunft: „Der feine Herr im Nadelstreifenanzug ist verärgert. Das hätten die Aachener doch verhindern können. Er steht oben auf der Rathausstufe, die Einladungskarte zur Karlpreisfeier in der Tasche, und blickt kopfschüttelnd nach unten auf das Gedränge hinter den rot-weißen Absperrgittern. „Kommunisten“ sagt ein anderer und schielt seine Frau ins Portal. Was da bei einigen der Gäste das Gefühl verpatzter Familienfeierlichkeit auskostet, sind zwei (in Wirklichkeit waren es drei) ungeladene Empfangskomitees.“

Spanier und Basken protestierten mit einem Transparent und Flugblättern gegen Folter im Baskenland.

Eine Gruppe verkleideter Gestalten begrüßte ironisch „ihren König“. Spielzeughändler mit tödlichem Öl, die Guardia Civil mit ihren Gewehren, ein Schreibfischgeneral der NATO und Kapitalisten riefen: „Jubel“, „Spurt für den Adel“ ... In einem Flugblatt schrieben sie, König J. C. bekäme den Karlpreis, weil es der spanischen Arbeiterklasse schlecht gehe, weil er Faschisten duldete und stütze und Gallionsfigur der reaktionären Herrschaft in Spanien sei.

Der globale Zusammenhang stellte Mrs. Thatcher her: „... Was würde sonst mit Gibraltar, Beliza und ähnlichen Orten geschehen?“ („Welt“, 22.4.). In der Tat, das wäre gar nicht auszudenken! Und man könnte die Liste britischer Besitztümer in aller Welt natürlich noch beträchtlich in die Länge ziehen. Übrigens: Beliza liegt in Mittelamerika, es grenzt an Guatemala und Mexiko, außerdem ist es einer der strategischen Punkte zur militärischen Kontrolle über die westliche Karibik. Auch das ist selbstverständlich ein verteidigungswertiger „Außenposten des freien Europa“.

Großbritanniens Kolonialkrieg im Südatlantik und die Unterstützung dieses Krieges durch die EG und die USA demonstrieren den Anspruch des Imperialismus auf kollektive und weltweite „Verteidigung“ seiner Interessen. „Verteidigt“ wird dabei nicht bloß der kolonial erworbene Territorialbesitz, sondern ebenso auch Rohstoffgebiete und Transportwege, die der Imperialismus ganz wie sein Eigentum behandelt, obwohl es dafür keinen noch so abstrusen Rechttitel gibt. Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Kriege nicht örtlich begrenzt bleiben, sondern u.a. auch auf Europa „übergreifen“, ist extrem groß - zumal die unbegrenzte Ausweitung lokaler Konflikte auf ganz andere Teile der Welt und der Einsatz von Atomwaffen sowie zentrale Elemente der NATO-Doktrin sind.

Wer dem realsozialistischen Polen den Rücken gekratzt hat, um sich im realdemokratischen „freiesten Staat“, der jemals auf deutschem Boden existierte, niederzulassen, knistert neben manchem anderen vielleicht auch einen Brief vom Koordinierungsausschuß für die Alliierten Streitkräfte, Sitz in München, ins Haus geschickt. In diesem Brief steht dann beispielsweise: „Sehr geehrter Herr ... Im Rahmen eines Forschungsauftrages führt die amerikanische Zweigstelle des Koordinierungsausschusses für die alliierten Streitkräfte Gespräche mit Personen, die über einschlägige Kenntnisse verfügen. Wir möchten Sie bitten, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen und sich mit einem Besuch unserer Dienststelle einverstanden zu erklären. Die Gespräche werden sehr detailliert behandelt, darum bitten wir Sie, sich möglichst auf einen zweitägigen Aufenthalt, notfalls auch kürzeren Besuch vorzubereiten. Wir sorgen für Ihre kostenlose Unterkunft und Verpflegung.“

An- und Rückreise, eventueller Verdienstaufschlag sowie sonstige Unkosten werden von uns getragen. Bitte bedienen Sie sich der beigefügten Antwortkarte mit Freimarschlag für alle Mitteilungen an uns. Auch bitten wir Sie, Ihren Besuche termin zu festzulegen, daß uns etwa zwei Wochen für interne Planung und eventuelle Bahnkartenüberweisung verbleiben. Unsere Büros in München-Giesing, Sintpert Str. 42, er-

reichen Sie per Taxi vom Hauptbahnhof. Die Taxikosten werden von uns sofort nach Ankunft ersetzt. Falls erforderlich, gilt diese Einladung als Bezeichnung für Ihren Arbeitsplatz zu entschuldigen. Eine Verdienstscheinigung vom Arbeitgeber ist für die Verdienstaufschlagverpflichtung erforderlich.

Wir würden uns über Ihre Zusage freuen und wünschen Hochachtungsvoll ...

Ein paar Fragen wird man da schon stellen müssen: Daß der in dem Brief erwähnte „Forschungsauftrag“ sich beispielsweise um das Brunnverhalten polnischer Laubfrösche drehen könnte, ist wenig wahrscheinlich. Die „einschlägigen Kenntnisse“, an denen die US-Dienststelle interessiert ist, werden wohl eher mit alten Gebieten der Spionage zu tun haben, schwerpunktmäßig vermutlich mit militärischen Fragen. Man darf also getrost davon ausgehen, daß unter dem weiten Deckmantel des Beauftragungsstatuts der US-Geheimdienste ganz offen in der Münchner Sintpertstraße revidiert und Verhöre durchgeführt. Daß von solchen Befragungen schließlich auch die bundesdeutschen Geheimdienste profitieren, darf man immerhin vermuten. Eine weitere Frage stellt sich ein: Wer verschafft der Dienststelle des US-Geheimdienstes eigentlich die Adressen von Ausländern aus Polen (und anderen osteuropäischen Ländern)? Vermutet werden muß, daß die US-Dienststelle auf dem Weg der Amtshilfe von ihren BRD-Kollegen solche Adressen, vielleicht auch Personalakten und Ähnliches, rübergeschoben bekommt. Hierüber Näheres zu erfahren, könnte sicher interessant werden.

21.5.). Weiter hieß es im Text, Spanien werde in das Europa der Militärs und Terroristen voll integriert, und die spanische Bevölkerung (bis auf die reichen Schweine) solle für die EG-Imperialisten bluten. Und das wollten die EG-Politiker bejubeln lassen.

Im Namen des ASIA der technischen Hochschule rief ein Flugblatt zum Protest in Form eines Jubelchors auf.

Die Aktion gegen die Karlpreisverleihung war recht kurzfristig angesetzt



Am 20. Juli 1982 übernahm der spanische König Juan Carlos die Amtsgeschäfte von seinem Vater, dem Könige Juan Carlos I. Er ist der erste spanische Monarch, der die deutsche Hauptstadt besucht. Im Bild: Juan Carlos I. mit seiner Frau, Königin Sofia, und anderen Mitgliedern der spanischen Königsfamilie. Die Aufnahme zeigt die königliche Familie bei der Verleihung des Karlpreises in Aachen.

kleinsche nämlich kaum jemand. Als dann noch vor dem Rathaus „Solidarität mit der ETA-militär“ gerufen wurde, wurden die Beschützer von J. C. ganz hektisch.

Es war wahr geworden, was ein anonymes Flugblatt wenige Tage vorher gefordert hatte: „Stört den Jubel für den Imperialistenbettel Juan Carlos“ (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung“).

Es war wahr geworden, was ein anonymes Flugblatt wenige Tage vorher gefordert hatte: „Stört den Jubel für den Imperialistenbettel Juan Carlos“ (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung“).

worden, fast schon spontan. Vielleicht 80 Linke (Reis und Jusos o.ä.) waren nicht dabei konnten nicht nur die Feier veranlassen, sondern sie konnten auch massenhaft Flugblätter an die 500 (?) eher neugierigen Zuschauer verteilen. Nur einige monarchistische Alte und spanische Zivilisten belästigten die Demonstrationen.

Aachen, 3. Juni
Der neugierigen Zuschauer verteilten. Nur einige monarchistische Alte und spanische Zivilisten belästigten die Demonstrationen.

Aachen, 5. Juni

US-Geheimdienst verhört Polen-Aussiedler

Wer dem realsozialistischen Polen den Rücken gekratzt hat, um sich im realdemokratischen „freiesten Staat“, der jemals auf deutschem Boden existierte, niederzulassen, knistert neben manchem anderen vielleicht auch einen Brief vom Koordinierungsausschuß für die Alliierten Streitkräfte, Sitz in München, ins Haus geschickt.

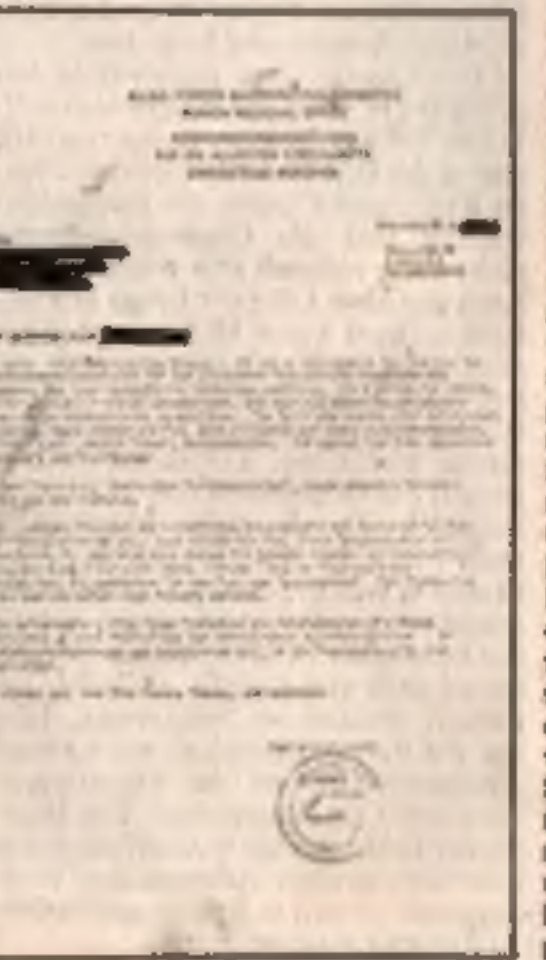
In diesem Brief steht dann beispielsweise: „Sehr geehrter Herr ... Im Rahmen eines Forschungsauftrages führt die amerikanische Zweigstelle des Koordinierungsausschusses für die alliierten Streitkräfte Gespräche mit Personen, die über einschlägige Kenntnisse verfügen. Wir möchten Sie bitten, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen und sich mit einem Besuch unserer Dienststelle einverstanden zu erklären. Die Gespräche werden sehr detailliert behandelt, darum bitten wir Sie, sich möglichst auf einen zweitägigen Aufenthalt, notfalls auch kürzeren Besuch vorzubereiten. Wir sorgen für Ihre kostenlose Unterkunft und Verpflegung.“

An- und Rückreise, eventueller Verdienstaufschlag sowie sonstige Unkosten werden von uns getragen. Bitte bedienen Sie sich der beigefügten Antwortkarte mit Freimarschlag für alle Mitteilungen an uns. Auch bitten wir Sie, Ihren Besuche termin zu festzulegen, daß uns etwa zwei Wochen für interne Planung und eventuelle Bahnkartenüberweisung verbleiben. Unsere Büros in München-Giesing, Sintpert Str. 42, er-

reichen Sie per Taxi vom Hauptbahnhof. Die Taxikosten werden von uns sofort nach Ankunft ersetzt.

Falls erforderlich, gilt diese Einladung als Bezeichnung für Ihren Arbeitsplatz zu entschuldigen. Eine Verdienstscheinigung vom Arbeitgeber ist für die Verdienstaufschlagverpflichtung erforderlich.

Wir würden uns über Ihre Zusage freuen und wünschen Hochachtungsvoll ...



beitgeber ist für die Verdienstaufschlagverpflichtung erforderlich.

Wir würden uns über Ihre Zusage freuen und wünschen Hochachtungsvoll ...

Ein paar Fragen wird man da schon stellen müssen: Daß der in dem Brief erwähnte „Forschungsauftrag“ sich beispielsweise um das Brunnverhalten polnischer Laubfrösche drehen könnte, ist wenig wahrscheinlich. Die „einschlägigen Kenntnisse“, an denen die US-Dienststelle interessiert ist, werden wohl eher mit alten Gebieten der Spionage zu tun haben, schwerpunktmäßig vermutlich mit militärischen Fragen. Man darf also getrost davon ausgehen, daß unter dem weiten Deckmantel des Beauftragungsstatuts der US-Geheimdienste ganz offen in der Münchner Sintpertstraße revidiert und Verhöre durchgeführt. Daß von solchen Befragungen schließlich auch die bundesdeutschen Geheimdienste profitieren, darf man immerhin vermuten. Eine weitere Frage stellt sich ein: Wer verschafft der Dienststelle des US-Geheimdienstes eigentlich die Adressen von Ausländern aus Polen (und anderen osteuropäischen Ländern)? Vermutet werden muß, daß die US-Dienststelle auf dem Weg der Amtshilfe von ihren BRD-Kollegen solche Adressen, vielleicht auch Personalakten und Ähnliches, rübergeschoben bekommt. Hierüber Näheres zu erfahren, könnte sicher interessant werden.



mer und Wirtschaftsberater Reagans, aus: "Die Südamerikaner sind wirtschaftlich von uns abhängig, und auf lange Sicht gehen werden sie keinen Selbstmord begehen und die wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen" (nach "Welt", 4.6.).

Trotzdem bleiben einige außenpolitische Probleme - nicht zuletzt die Gefahr engerer Kontakte lateinamerikanischer Länder zur Sowjetunion, was von Waffen aus der SU u.ä. Vor allem die Bundesregierung wird deshalb bemüht sein, nach dem Ende des militärischen Konflikts wieder in die Rolle des ehrlichen Maklers zu schlüpfen, der zwar die britische Kriegsführung unterstützt hat (wegen des Prinzips, wegen der Freiheit Westberlins etc.), aber der eigentlich von Anfang an eine Verhandlungslösung bevorzugt hätte. Dort, wo ohnehin pro-imperialistische Regimes herrschen und wo der ökonomische Einfluß des deutschen Kapitals bedeutend ist, kann dieser Kostümwechsel vermutlich auf Erfolg rechnen.

Das dritte Problem ist innenpolitischer Natur: Der Krieg um die Malvinen/Falkland-Inseln ist - abgesehen von den chauvinistischen Wahnzuständen in Großbritannien selbst - im übrigen Europa sehr unpopulär. Dieses Mißverhältnis britischer Namen nährt sich nicht so sehr aus purer Friedfertigkeit, sondern vor allem aus der "Sinnlosigkeit" dieses speziellen Krieges, dem "irrationalen" Mißverhältnis zwischen Kriegsanlaß und Kriegsfolgen. Immerhin jedenfalls ließ diesen Mißverhältnis eine sehr dankbare Unterstützung Großbritanniens durch die übrigen Regierungen der EG nicht zu. Es müßte das Kunststück vollbracht werden, einerseits gegenüber Großbritannien vollkommene Solidarität darzustellen und andererseits gegenüber der eigenen Bevölkerung den Ansehens von Distanz, Besorgnis etc. verbreiten zu lassen. Tatsächlich hat, von sehr wenigen anerkanntswerten Ausnahmen abgesehen, kaum ein linker SPD-Politiker Kritik an der Haltung der Bundesregierung geübt. In Frankreich er-

trug die PCF ohne ernsthaften Protest die Solidarität der Regierung - an der sie immerhin direkt beteiligt ist - mit Großbritannien Kolonialkrieg. Hinzu kam, daß bis weit in die radikale Linke hinein die Rolle Großbritanniens und Argentiniens ziemlich gleichwertig verurteilt wurde, zumal mit Hinweis auf den faschistischen Charakter der Junta in Buenos Aires.

Praktisches Ergebnis dieser schlichten Sicht der Dinge war die Drosselung des Engagements gegen den britischen Kolonialkrieg fast bis zum Nullpunkt. Die westeuropäische Linke wird erst noch lernen müssen, daß man einen imperialistischen Kolonialkrieg, an dem die eigene Regierung direkt oder indirekt beteiligt ist, auch durch Schweigen, Passivität und Ignoranz unterstützt.

Fortsetzung von S.1

Friedrich Karl Fromme hat in der „FAZ“ (8.6.) angedeutet, welche Richtung die „Auswanderung“ der Etablierten mit der GAL demnächst wieder nehmen könnte. Er schreibt über die GAL: „Es handelt sich nicht um eine neue Partei innerhalb des Systems, mit welchen abschätzigen Worten die Grünen ebenso wie die Alternativen unsere Staatsordnung gern belegen. Es handelt sich vielmehr um die politisch organisierte Ablehnung dieses Systems.“

Alt-Bürgermeister Weichmann, stramm rechter Sozialdemokrat, macht sich ähnliche Gedanken. Plato sitzend, beklagt er den zu liberalen Umgang der Älteren mit der aufässigen Jugend. Wo die starke Hand fehle, drohe der „schöne Jugendfrohe Anfang der Tyrannei“ (Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“, 8.6.).

Der Wahlkampf der Etablierten

Die CDU hat eine gigantische Materialschlacht betrieben. Auch Nebenstraßen wurden mit dem Porträt ihres Kandidaten beplankt. Neben der Aufforderung an die Wähler, „den Wechsel“ herbeiführen zu helfen, beschränkte man sich auf drei „Argumente“: Hamburg brauche „Schulfrieden“, Arbeitsplätze und ein „wirksames Finanzkonzept: Sparen“.

Demgegenüber die SPD: es gelte, „dem Hamburger Kurs treuzubleiben“ und „Helmut nicht im Stich zu lassen“. Der SPD-Wahlkampf war insgesamt müde und defensiv. Gewisse Aktivitäten entwickelten die SPD-Linken — allerdings nicht in Konfrontation zur CDU, sondern in dem Bemühen, doch noch ein paar Linke wider zur Wahl des „kleineren Übels“ zu bewegen. Mehrere Veranstaltungen (u.a. mit Klose, Duwe, Eppler) wurden allein zu diesem Zweck durchgeführt.

Die FDP hat völlig auf politische Inhalte verzichtet. Ihr zentraler Slogan lautete „Hamburg regierbar machen — deshalb FDP“. Das Ergebnis ist bekannt: „der Wähler“ fand die Regierbarkeit der Stadt offensichtlich nicht so wichtig — und die Mitwirkung der FDP dabei schon gar nicht.

Das Wahlergebnis — Verschiebungen zwischen SPD und CDU

Die CDU hat nach den Berechnungen der Statistiker 35000 Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern erhalten. Weitere 15000 Wähler hat sie neu mobilisiert. Das deutliche Plus bei den Briefwählern (49,1% gegenüber 36,3% der SPD) ist ein weiterer Beleg für die Offensive der CDU. Den größten Zuwachs hat die CDU in Arbeiterbezirken außerhalb des Innenstadtbereichs zu verzeichnen (u.a. Veddel, Steilshoop, Billstedt, Rothenburgsort, Hamm). Diese Stadtteile sind nach wie vor über SPD-Hochburgen.

Die SPD hat neben den 35000 zur CDU gewechselten Wählern etwa 12000 Stimmen an die GAL verloren. Ihr Verlust von insgesamt 82000 Stimmen ist nur dadurch zu erklären, daß

enorme Gewinne gebracht haben. Geradezu sensationell ist die Stimmenverteilung in Altona: SPD 7,1%; CDU 54,8%; FDP 0,0%; GAL 38,1%. Hier ist die SPD ebenso das Opfer ihrer eigenen Kahlchlag-Politik geworden wie auf der Billerhuder Insel, von der sie Kleingärtner und Behelfsheimbewohner vertreiben will: der Stimmenanteil der SPD sank von 62,6% auf 29,8%; die GAL erreichte 10,2%.

Das Ergebnis der HLA

Die Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) konnte das Ergebnis ihrer Kieler Vorläuferin (3,7%) nicht wiederholen. Ihre besten Ergebnisse erzielte die HLA in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil; das beste Einzelergebnis lag bei 1,8% in St. Pauli. Zu dieser erfreulichen Niederlage trug vermutlich der Nicht-Wahlkampf der HLA (abgesehen von streng konspirativen Aktionen und nächtlichen Schmierereien) ebenso bei wie die „Erfolge“ Bilanz der Etablierten auf dem Gebiet ausländerfeindlicher Maßnahmen. Wenn der SPD-Senat z.B. stolz darauf hinweisen kann, daß er 97% aller Asylanträge ablehnt, ist das für manchen eingeleiteten Rassist einfach glaubwürdiger als das Geschrei der Neonazis.

Die in Sachen Ausländerfeindlichkeit der HLA nicht nachstehende ÖDP (vgl. AK 221, S.3) hat eine vernichtende Niederlage erleben müssen. Von den 10000 Stimmen der GLU bei der Wahl 1978 (= 1%) blieben diesmal nur noch knapp 1700. Dabei hat die ÖDP ihre gesamte Bundesprominenz in Hamburg aufbringen lassen (Gruhl, Springmann, Heinz Brandt, Delphine Brox, Holger Ströhm u.a.).

...und linke Splittergruppen

Die DKP hat ihre Stimmenzahl erneut fast halbiert. Über 2,2% 1974 und 1% 1978 ist sie jetzt bei ganzen 0,6% (= 3500 Stimmen) angelangt und bewegt sich auch in ihrer ehemaligen Hamburger Hochburg auf den DKP-Bundesschnitt zu. Mit einer Hauswurfsendung, in der 2700 Nicht-DKP-Mitglieder zur Wahl der „einzigen Arbeiterpartei“ aufriefen, hatte die DKP kurz vor der Wahl noch einmal „Hamburgs größte Wahlinitiative“ präsentiert und massenhafte Unterstützung suggeriert. Nun stellt sich heraus, daß nicht einmal alle Aufrufenden — wahrscheinlich auch nicht alle 3200 Parteimitglieder — ihr Kreuz für die DKP gemacht haben.

Die KPD(ML) hat ebenfalls eine weitere glänzende Niederlage erlitten: „Wenn der Feind uns nicht wählt, ist das gut und nicht schlecht...“. Die Kandidatur der KPD(ML) wurde vom BWK unterstützt; einzelne BWK-Mitglieder kandidierten auch auf der Bürgerchaftsliste. Die Hoffnung, daß sich in diesen Kreisen doch noch bündnispolitische Einsichten durchsetzen, hat sich damit nicht erfüllt, das Sektierertum von DKP, KPD(ML) und BWK treibt weiter seine Blüten und wird die Tendenz zur Bedeutungslosigkeit verstärken, wenn keine Wende vorgenommen wird.

Die KPD(ML) hat ebenfalls eine weitere glänzende Niederlage erlitten: „Wenn der Feind uns nicht wählt, ist das gut und nicht schlecht...“. Die Kandidatur der KPD(ML) wurde vom BWK unterstützt; einzelne BWK-Mitglieder kandidierten auch auf der Bürgerchaftsliste. Die Hoffnung, daß sich in diesen Kreisen doch noch bündnispolitische Einsichten durchsetzen, hat sich damit nicht erfüllt, das Sektierertum von DKP, KPD(ML) und BWK treibt weiter seine Blüten und wird die Tendenz zur Bedeutungslosigkeit verstärken, wenn keine Wende vorgenommen wird.

Was folgt aus der Hamburger Wahl?

Am schnellsten von allen Beteiligten hat die FDP ihre Konsequenzen gezogen. Am 17.6. soll ein Sonderparteitag der hessischen FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU verabschieden. Falls ihr Kalkül aufgeht und Hessen nach dem 26. September von einer CDU/FDP-Koalition regiert wird, dürfte auch das Ende der Bonner Koalition gekommen sein.

Diese Entwicklung werden die Grünen und Alternativen nicht aufhalten können. Sie ist direkte Folge der Politik der sozialliberalen Koalition.

Die Chance liegt gegenwärtig tatsächlich in der „Unregierbarkeit“. Wenn Erhard Eppler davon spricht, daß in der BRD künftig mehrheitsfähige Regierungen gegen die Friedensbewegung und die Ökologiebewegung nicht mehr möglich sein werden, dann kann das nach Lage der Dinge nur heißen: es wird keine Mehrheiten gegen die alternative Wahlbewegung mehr geben (mal abgesehen von dem stets im Reichweite befindlichen Rettungsanker Große Koalition). Zumindest besteht aktuell die Möglichkeit der „Unregierbarkeit“. Damit diese Möglichkeit auch Wirklichkeit wird, muß das oppositionelle Wahlerpotential optimal ausgeschöpft werden. Allerdings wie die der hessischen Grünen müssen entsprechend noch viel schärfer als bisher bekämpft werden — bundesweit. Hier hat die Parteiboralethik ein Ausmaß angenommen, daß die Machtergreifung der CDU demnächst die Hamburger GAL und ihr Wahlerfolg haben künftigen grünen Alleingängen überzeugende — weil in Zahlen meßbare — Argumente entgegengesetzt.



„Thea freut sich“ (Foto: Argus)



Bürgerchaftswahlergebnisse 1982 mit Vergleichszahlen	Gültige Stimmen für SPD	Bürgerchaftswahl 1982	Bundestagswahl 1980	Bürgerchaftswahl 1978
		408.261 42,8 % 55 Sitze	572.157 51,7 %	493.340 51,5 %

Bürgerchaftswahlergebnisse 1982 mit Vergleichszahlen	Gültige Stimmen für	Bürgerchaftswahl 1982	Bundestagswahl 1980	Bürgerchaftswahl 1978
	SPD	408.261 42,8 % 55 Sitze	572.157 51,7 %	493.340 51,5 %
	CDU	413.361 43,2 % 56 Sitze	345.005 31,2 %	360.409 37,6 %
	FDP	46.344 4,9 %	155.701 14,1 %	45.903 4,8 %
	DKP	5.588 0,6 %	5.488 0,5 %	9.373 1,0 %
	KPD	716 0,1 %	...	888 0,1 %
	GAL (Grüne 1980, Buß 1978)	73.484 7,7 % 9 Sitze	25.278 2,3 %	33.279 3,5 %
	HLA	6.221 0,7 %
	ÖDP (GLU 1978)	1.666 0,2 %	...	10.641 1,0 %

Bezirkswahlergebnisse 1982	Bezirk	SPD % Sitze	CDU % Sitze	FDP % Sitze	GAL % Sitze
	Mitte	42,4 21	36,9 16	4,6 ...	8,8 3
	Altona	37,3 15	44,9 19	4,9 2	9,8 4
	Eimsbüttel	37,8 16	42,2 17	5,8 2	12,1 5
	Noord	41,3 17	40,6 17	5,7 2	10,4 4
	Wendisch	38,2 16	45,9 19	6,0 2	7,1 3
	Bergedorf	42,5 17	43,5 18	5,2 2	7,5 3
	Harburg	46,5 20	39,7 17	4,9 ...	6,9 3
	% insgesamt	40,9	42,4	5,5	9,0

Diese Übersicht macht deutlich, daß es auch in den Bezirksversammlungen (abgesehen von Hamburg-Mitte) keine eindeutigen Mehrheiten mehr gibt. Hier wird es interessant, ob und ggf. welche Angebote die SPD der GAL zu machen bereit ist.

Diese Stadtteile sind nach wie vor über SPD-Hochburgen.

Die SPD hat neben den 35000 zur CDU gewechselten Wählern etwa 12000 Stimmen an die GAL verloren. Ihr Verlust von insgesamt 82000 Stimmen ist nur dadurch zu erklären, daß mehrere Zehntausend früherer SPD-Wähler diesmal nicht zur Wahl gegangen sind.

Woher kommen die Wähler der GAL?

Die gegenüber der Bürgerchaftswahl 78 neu für die GAL gewonnenen Stimmen dürften sich folgendermaßen zusammensetzen: ehemalige SPD-Wähler, laut Statistik 12.000, möglicherweise eher mehr; mehr als 8.000 Stimmen von GLU-Wählern; knapp 4000 von DKP-Wählern. Hinzu kommen mindestens 10.000 Erstwähler. Darüberhinaus dürfte es relativ wenige für die GAL gewonnene frühere Nicht-Wähler geben. Der Hinweis der „faz“, die GAL solle sich künftig verstärkt gerade um dieses Potential (insgesamt 22,4%) bemühen, wird wohl kaum umsetzbar sein. Weitere Einbrüche in die SPD-Wahlerschaft scheinen da eher möglich: Internat ist hier insbesondere das Stimmen-„Splitting“ von weiteren 13000 Wählern, die der GAL bei der Wahl der Bezirksversammlungen die Stimme gaben, auf Bürgerchaftsebene aber (noch) „auf Nummer sicher“ gingen und für das „kleinere Übel“ stimmten.

Ein Großteil der Stadtteilhochburgen der GAL ist mit denen der Buntan Liste von 1978 identisch. Wieder wurden im Innenstadtbereich, Rotherbaum (Uni-Gegend) und den von der „Szene“ bevorzugten Altbaugebieten mit hohem Wohngemeinschafts-Anteil (Eimsbüttel, Altona, St. Pauli, St. Georg) überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Neu hinzu kommen allerdings „Problemgebiete“ wie Moorburg und Altonaerwerder (die der Hafenerweiterung zum Opfer fallen sollen), die der GAL

SPD und GAL nach der Wahl — Was kann daraus werden?

Beschluß der GAL über das Verhalten im Parlament gegenüber bürgerlichen Parteien

Die Wahlen am 6. Juni haben der Hamburger Bürgerschaft genau die Konstellation beschert, von der linke Realpolitiker zwischen Bielefeld und Kreuzberg seit langem träumten: 33 Abgeordnete für die SPD, 56 Abgeordnete für die CDU und 9 für die GAL. Die FDP blieb an dem Stalperdraht hängen, den sie zwecks Abwehr von „radikalen Splittergruppen“ einst selbst mitgezogen hatte. Mit nur 4,9 % der Wahlstimmen ist die FDP wie schon in den vergangenen vier Jahren nicht in der Bürgerschaft vertreten.

Auf dem Papier hätte es kaum günstiger kommen können, denn die GAL hat nun eine Schlüsselstellung bei der Gestaltung der zukünftigen Regierungspolitik. Wenn die SPD bei dieser Konstellation weiterregieren will, wird kaum ein Weg an der GAL vorbeiführen. Dafür könnte die GAL in der klassischen Rolle des „Züngleins an der Waage“ der SPD einen statischen politischen Preis abverlangen. — Soweit der Stand der Dinge durch die Brille linker Realpolitik.

Die GAL hat gut daran getan, daß sie bereits vor einigen Monaten das Verhalten ihrer Abgeordneten für die nun tatsächlich eingetretene Situation einigermmaßen genau festgeschrieben hat. Dadurch war die GAL sofort nach Vorliegen des Wahlergebnisses handlungs- und reaktionsfähig, ohne erst noch Tage oder gar Wochen bis zu einer internen Klärung verstreichen lassen zu müssen. Diese Festlegung vor der Wahl stellt auch eine Bindung der

einer tiefen Äußerung versprechen lassen zu müssen. Diese Festlegung vor der Wahl stellt auch eine Bindung der GAL-Abgeordneten dar und kann somit als starke Bremse gegen rauschhafte Höhenflüge und staatsmännische Anwendungen, wie sie sich vielleicht als Ergebnis der beeindruckenden Konstellation in der Bürgerschaft einstellen könnten, wirken. Zudem hat eine solche Festlegung vor der Wahl den Vorteil der Ehrlichkeit und Transparenz gegenüber Basis und Wählerschaft.

Die Festlegung der GAL besagt in einer Situation, wie sie jetzt tatsächlich eingetreten ist, wäre die GAL unter näher definierten Bedingungen bereit, einen Minderheitsantrag der SPD zu tolerieren, d. h. faktisch in entscheidenden Situationen zu unterstützen. Diese Bedingungen wurden in einem detaillierten Forderungskatalog festgehalten. Hinzugefügt wurde, daß man zwar zu Verhandlungen über Einzelheiten dieser Forderungen bereit sei, nicht jedoch zu substantiellen Abstrichen. Damit wäre rein theoretisch der Rahmen für ein weitreichendes Reformprogramm als Regierungsgrundlage in Hamburg gegeben.

In ihren öffentlichen Äußerungen machten Repräsentanten der GAL allerdings ziemlich übereinstimmend deutlich, daß der hier angebotene Kompromiß ein radikales Umdenken und eine völlige Neuorientierung der SPD erfordere. Für eine solche Entwicklung der Dinge wurden die Chancen allgemein als sehr niedrig eingeschätzt. Denn die SPD hat sich gerade in den letzten Jahren noch stärker nach rechts gewendet, wofür die Beteiligung von Bürgermeister Klose und Kräfteverschiebungen in der Hamburger SPD-Führung bezeichnend sind.

Die CDU hatte im Wahlkampf starken Druck auf die SPD und namentlich auf Bürgermeister Dohnanyi ausgeübt, sich von der „kommunistisch gelenkten und unterwanderten“ GAL wegzuklammern. Die SPD sollte sich verbindlich darauf festlegen, keine Wege eines von der Tolerierung durch die GAL abhängigen Minderheitsantrags zu bilden.

Eine solche Vorab-Erklärung wurde von der SPD während des Wahlkampfes nicht gegeben. In der Praxis wurde arbeitsteilig vorgegangen: Einerseits erklärte Dohnanyi mit beachtlicher Sturheit, die GAL interessiert ihn überhaupt nicht, da sie nicht politischfähig sei. Andererseits initiierten linke SPD-Politiker zwei nicht-offizielle „Schnupper-Gespräche“ (Klose) mit der GAL. In diesen Gesprächen wurde ziemlich unversteht die Frage in den Mittelpunkt gerückt, auf welche Forderungen die GAL eventuell verzichten könnte. Außerdem wurden die Vertreter der GAL da, über belehrt, daß man im Parlament nicht alles auf einmal wollen könne und daß man selbst — die linken SPD-Politiker — diese Forderungen nächste Woche



„Hier spricht der Automat...“ Klop äußert sich zum Erfolg der CDU



Bedröppelte Milne bei SPD-Bürgermeister Dohnanyi



FDP-Spitzenkandidat Brunnein begrüßt die letzte Hoffnung auf Erreichen der 5 % —

1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für einen CDU-Bürgermeister zu heben oder dessen Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren.
 2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen einleitet.
 3. Falls auch in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einer Minderheitsregierung regieren könnte, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat zur Mehrheit zu verhelfen. Die von uns für eine solche Situation aufgestellten Bedingungen orientieren sich an den Fragen und Problemen, die der Verwirklichung einer sozialen, ökologischen und auf den Frieden ausgehenden Politik dienlich sind und die mit entsprechend gravierenden Auswirkungen in der nächsten Zeit zur Entscheidung anstehen.
- Diese Bedingungen lauten:
- Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich, verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitslosen oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschichtet werden. Kein Abbau der Planstellen im öffentlichen Dienst.
 - Ein wirksames Sofortprogramm zur Beschäftigung der Arbeitslosigkeit (Beschäftigungsprogramm), für das die Mittel durch Entlasten der Steuerbelastung und Anhebung der Gewerbesteuer im Großbereich sowie Beseitigung der Sparmaßnahmen gesichert werden. Ein solches Programm soll seine Maßnahmen auf die Bereiche Soziale Dienste, kommunaler Wohnungsbau, Umwelt und Energie konzentrieren und die Vergabe der Mittel mit Beschäftigungsgarantie verbunden sein. Außerdem fordern wir Sonderprogramme für Jugendliche, Frauen und Behinderte.
 - Eine grundlegende Änderung des Energiekonzepts des Senats für den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Katastrophe der AKW Biederitz, keine Inbetriebnahme des AKW Krümmel, Abschaltung der AKW Bunsbühl und Südring. Die Strompreiserhöhungen bei Haushaltsstromtarifen müssen gestoppt werden. Die Verstaatlichung der NIEW unter demokratischer Kontrolle als Voraussetzung für eine andere Energiekonzeption ist einzufordern.
 - Die Pläne zur Flächenentwicklung müssen überprüft und auf die Nutzung der heutigen Flächen begrenzt werden. Moorburg und Fraport müssen vollständig erhalten bleiben.
 - Die notwendige Wende in der Wohnungspolitik, weg vom Wohnumbau als Ware hin zu einer sozial ausgerichtetem Politik, erfordert zum einen Sofortmaßnahmen wie: Stop der Abrisspolitik, konsequente Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung sowie Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Darüber hinaus muß ein kommunales Wohnungsbauprogramm entwickelt werden, müssen die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften staatlich garantiert werden und eine wirkungsvolle Mitbestimmung bei der Wohnungsverwaltung, Sachanweisung und dem Wohnungsbau durchgesetzt werden. Kein Polizeieinsatz bei Hausbesetzungen, keine Strafverfolgung der Mieter.
 - Damit Frauenfragen nicht weiter so nebenbei unter dem Stichwort „Soziales“ abgehandelt werden, fordern wir die Einrichtung eines Frauenausschusses in der Bürgerschaft. Außerdem muß die Finanzierung der Hamburger Frauenprojekte — dem Bedarf entsprechend — durch die Schaffung eines Frauen-Baus gesichert sein.
 - Zur Demokratisierung Hamburgs fordern wir ein Verbot der Tätigkeit der „Grauen Wölfe“ und ihrer Terrororganisationen. Neben unserer prinzipiellen Ablehnung der Sammellager für Asylanten fordern wir das unmittelbare Asylrecht.
 - Gegen die zunehmende Einschränkung des Demonstrationsrechts ist es erforderlich, den Einsatz von Polizeischutts auf Demonstrationen zu verbieten ebenso wie den Einsatz chemischer Kampfstoffe.
 - Eine Zusage, daß es keine Berufsverbotspolitik in Hamburg geben wird, ist für uns selbstverständlich.
 - In der Friedenspolitik fordern wir ein Votum Hamburgs im Bundesrat gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse.

Für den Fall, daß die SPD sich nach der Wahl an die Grünen Alternative Linie wendet, sind wir zu Verhandlungen über Einzelheiten unserer Forderungen bereit. Die Substanz unserer Forderungen — insbesondere unser prinzipielles Nein zum Sozialhaushalt und zur Sparpolitik, das Beschäftigungsprogramm, der Ausstieg aus der Atomenergie, der Abbau der Steuerbelastung, die Sicherstellung der Arbeitsplätze, die Demokratisierung — lassen wir in solchen Verhandlungen nicht antasten. Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (Tausch Zustimmung zur Sparpolitik gegen Ablehnung der Atomenergie). Wir werden keine allgemeinen Zusagen und Versprechungen akzeptieren, sondern nur bindende Vereinbarungen, in denen die Verhandlungsergebnisse festgeschrieben werden und ein Vermerk über die Verwirklichung der Ergebnisse enthalten ist.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der GAL-Hamburg am 14.5.82

Fortsetzung von voriger Seite

fahrung auch erst habe machen müssen. Diese Mahnung aus berufenem Munde wurde mit der Andeutung gekoppelt, alle Register der Rhetorik und Propaganda zu ziehen, falls die GAL sich den realpolitischen Anforderungen verweigern würde.

Die aktuelle Lage

Rein theoretisch könnte der SPD-Senat „auf ewig“ regieren. Abgewählt werden könnte er nur, wenn eine absolute Mehrheit der Abgeordneten bereit wäre, einen neuen Senat zu unterstützen. Diese Möglichkeit ist jedoch erst einmal aus. Andererseits ist der Senat aber gezwungen, sich für jede politische Entscheidung eine Mehrheit in der Bürgerschaft zu suchen. Mit 53 von 120 Sitzen hat die SPD diese Mehrheit nicht mehr, sie wäre also gezwungen, sich wechselnde Mehrheiten mit Hilfe von Abgeordneten der CDU oder der GAL zu schaffen. Als besonders heikler Punkt gilt die jährlich ansteigende Haushaltslast über den Haushalt. Praktisch wäre ein Senat, der für seine Haushaltsvorlage keine parlamentarische Mehrheit zusammenbekommt, nicht mehr funktionsfähig. (Theoretisch könnte der Senat allerdings selbst dann noch versuchen weiterzuwirken)

Als Ausweg bieten sich drei Alternativen an:

Die SPD oder die CDU bilden einen Minderheitsrat, der von der anderen Partei toleriert wird. Das wird von der CDU gefordert, die den Anspruch erhebt, als stärkste Partei müsse jetzt von der SPD zur Regierungsfähigkeit gebracht werden. De facto wäre das nichts anderes als eine verschleierte Form von Großer Koalition.

Theoretisch denkbar wäre auch ein Minderheitsrat der SPD, der sich mit der GAL verständigt und der der GAL einige Zugeständnisse macht, um beispielsweise deren Stimmen zur Verabschiedung des Haushalts zu bekommen. Die dritte Alternative wären Neuwahlen, die der Senat jederzeit veranlassen könnte.

Gegen die erste Möglichkeit wird allgemein angeführt, daß von Großer Koalition zwischen SPD und CDU erfahrungsgemäß eine negative Wirkung ausgeht: Verlust an Glaubwürdigkeit für das parlamentarische System, Einbrüche insbesondere im Potential der SPD. Gegen die zweite Möglichkeit — Zusammenarbeit mit der GAL — spricht, daß die SPD überhaupt nicht daran denkt, auf deren Forderungen einzugehen; andererseits sind aber auch die Aussichten für die SPD, eine ausreichende Zahl von GAL-Abgeordneten weit unterhalb des festgelegten Forderungskatalogs der GAL einkaufen zu können, sehr gering.

Die SPD setzt darum eindeutig auf Neuwahlen in einigen Monaten. Auch von der CDU werden Neuwahlen als einzig möglicher Ausweg gesehen. Aber immerhin kann es sich die CDU leisten, nach außen hin demagogisch gegen Neuwahlen aufzutreten und diese als Betrug am Wähler zu geißeln.

Für die SPD ist es ein Ziel, nach außen hin demagogisch gegen Neuwahlen aufzutreten und diese als Betrug am Wähler zu geißeln.

Ist ein Regierungsbündnis GAL-SPD möglich?

Erste Umfrage-Ergebnisse und Meinungsäußerungen deuten darauf hin, daß ein beträchtlicher Teil von SPD-Wählern es begrüßen würde, wenn SPD und GAL jetzt den Versuch einer Zusammenarbeit zwecks Wiederherstellung der Regierbarkeit Hamburgs unternehmen würden. Neben den Ju-

sen haben sich auch schon mehrere SPD-Politiker öffentlich für einen solchen Versuch ausgesprochen. Unter ihnen ist der Abgeordnete Schumann, der direkt für die Bildung eines Minderheitsrats in Absprache mit der GAL plädiert. Schumann verweist darauf, „daß es in wichtigen Punkten Übereinstimmung zwischen GAL und SPD“ gebe. Als Beispiele nennt er die Wohnungsbaupolitik, einen „Teilbereich der Kernenergie“ (Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf) und die Sozialpolitik. „Das Problem ist ja nicht, daß die Linke von SPD und GAL total unterschiedlich wäre. Das Problem besteht vielmehr in dem Radikalismus, mit dem die GAL-Forderungen durchgesetzt werden sollen.“ („Hamburger Abendblatt“, 9.6.). Auch der Abgeordnete und Ex-Bürgermeister Klose sieht „die einzige echte Chance“ zu einer Regierungsbildung „in der Kooperation von SPD und GAL“. In Gesprächen mit der GAL solle ausgetestet werden, „ob sie überhaupt zur Übernahme parlamentarischer Pflichten bereit ist“ (ebenda).

Der Versuch des Abgeordneten Schumann, die politischen Ziele von SPD und GAL als weitgehend gleichgerichtet darzustellen, wirkt in seiner naiven Dreistigkeit schon wieder lebenswert. Tatsächlich reicht ein Blick ins GAL-Programm aus, um zu erkennen, daß es hier nicht bloß um Unterschiede im Grad der Radikalität und der Unerbittlichkeit geht, sondern um prinzipiell

unterschiedliche Ziele und Absichten. Diese Unterschiede ergeben sich im Kern daraus, daß die SPD ihre Politik an den Interessen des herrschenden Großkapitals orientiert, während die Absichten der GAL genau entgegengesetzt sind. Wenn Dohnanyi nach der Wahl noch einmal die Linie der Hamburger SPD bekräftigt, jeden Versuch einer Hausbesetzung brutal zusammenknüppeln zu lassen, während sich GAL-Abgeordnete selbst an Hausbesetzungen beteiligen, wird der Unterschied im Grundsätzlichen offensichtlich. Oder, um ein anderes Beispiel zu wählen: Wenn die SPD sich in Hamburg allen Ernstes damit rühmt, daß hier 97 % aller Asylbewerber im Schnellverfahren abgelehnt werden, dann liegt die Differenz zur GAL ganz bestimmt nicht bloß auf der Ebene faktischer Meinungsverschiedenheiten über das Machbare.

In dieser Weise könnte man wirklich Punkt für Punkt die Regierungspraxis der SPD und die Forderungen der GAL miteinander konfrontieren. Es mag ein, daß sich linke SPD-Politiker im Lauf der Jahre daran gewöhnt haben, die riesigen Widersprüche und Gefälle zwischen ihren radikalen Ansprüchen einerseits und der Regierungspraxis andererseits auszuweichen und dabei noch sanft mit dem Radikalismus zu federn. Die GAL aber ist gerade aus dem Widerwillen gegen eine solche Art von Realpolitik entstanden. Wenn die GAL das

wollte, was ihr jetzt einige linke SPD-Politiker antragen möchten, dann hätte man sich auch gleich bei den Jusos und in der SPD organisieren können. Die bloße Existenz der GAL ist eine Absage an solche Art von Politik des Machbaren.

Der Spielraum für Zugeständnisse der SPD an die Forderungen der GAL, ist also sehr gering zu veranschlagen. Niemand — und gar nicht die klugen linken Realpolitiker — sollte sich der Illusion hingeben, als wäre von der SPD plötzlich eine radikale Kehrtwende zu erwarten. Eine Rückkehr der SPD-Politik auf das Niveau der Amtszeit von Klose wäre schon ein ganz gewaltiger, aktuell kaum vorstellbarer Schritt — aber trotzdem noch weit von den Forderungen der GAL für ein Tolerierungsangebot entfernt.

Daß die SPD überhaupt in einem Tolerierungs-Pakt mit der GAL ernsthaft bereit wäre, wird man bezweifeln müssen. Ein solcher Pakt hätte, unabhängig von seinen konkreten Bedingungen, eine weithin destruktive Signalwirkung auf das gesamte Bundesgebiet. Die Entscheidung darüber mußte zwangsläufig in Bonn direkt in der Parteipolitik der SPD fallen. Denkbar wäre eine solche Entscheidung nur im Rahmen einer generellen Umorientierung der SPD auf eine systematische Integrationspolitik nach links. Der Diskussions- und Abstimmungsverlauf auf dem Münchner Parteitag, die Degradierung Epplers und ähnliche Indizien sprechen jedoch gegen eine solche Umorientierung und weisen sogar in die entgegengesetzte Richtung.

Die Taktik der SPD

Eine realistische Einschätzung wird davon ausgehen müssen, daß die SPD nichts anderes als Neuwahlen anstrebt. Neuwahlen haben für die SPD allerdings nur Nutzen, wenn sie ein günstigeres Ergebnis erbringen als die gerade durchgeführten. Ein derartiges günstigeres Ergebnis könnte nach einem darin bestehen, daß die FDP doch noch über die 5 %-Hürde gehievt wird, an der ihr kaum viel mehr als 2.000 Stimmen fehlen. Und ein günstigeres Ergebnis müßte zweitens eine Positionsverbesserung der SPD auf Kosten der GAL beinhalten. Dieses taktische Ziel wird in der nächsten Zeit das Hauptaugenmerk der SPD gelten. Die demnächst anstehenden Verhandlungen zwischen SPD und GAL um ein Tolerierungs-Abkommen, sowie möglicherweise auch kontroverse Abstimmungen in der Bürgerschaft, werden der wichtigste Hebel dieser Taktik der SPD sein.

Ausgangspunkt der taktischen Überlegungen der SPD ist der Umstand, daß die GAL als Wahlbündnis ein ziemlich breites Spektrum von Meinungen und Vorstellungen überdeckt. Ziel der SPD ist die Aufspaltung dieses Spektrums. Die tendenziell angelegten Widersprüche sollen bis zu Brüchen innerhalb der GAL vorangetrieben werden, das Wahlerpotential der GAL soll „angeknabbert“ werden. In diesem Sinn wird die SPD immer wieder versuchen, die GAL in Situationen zu verwickeln, in denen ein Teil ihres Spektrums bereits allen Kompromißbereitschaft und Unzuverlässigkeit, dem anderen Teil hingegen immer noch viel zu wenig realpolitisch und kompromißbereit erscheint.

Diese taktische Grundlinie deutet darauf hin, daß die SPD der GAL in den nächsten Wochen durchaus einige Angebote machen wird. Nach bisherigen Erfahrungen in anderen Städten werden diese Angebote in erster Linie in einigen kleinen Appetithäppchen be-

stehen, die politisch irrelevant und finanziell verschmerzbar sind; also etwa ein zusätzliches Frauenhaus und/oder Jugendzentrum, ein paar neue Radfahrwege, vielleicht auch die Bildung irgendwelcher letztlich kompetenzloser und folgsamer Ausschüsse zur „Prüfung“ irgendwelcher Umweltbelange. Vielleicht wird man auch das ebenso alberne wie folgenlose Besuchsakademie mit den „Ausstieg aus der Kernenergie“ noch einmal in Bewegung setzen. Immerhin müßten die Angebote bedeutend genug erscheinen, um den einen oder anderen GAL-Abgeordneten doch noch ins Reich der staatsmännischen Träume abzuholen und seine Verwirrung in die Reihen der GAL zu tragen. Zudem ist nicht zu übersehen, daß die SPD-Spitzen auch gegenüber Teilen ihrer eigenen Basis im Druck ist, ähnliche Verhandlungsangebote gegenüber der GAL vorzulegen zu müssen. Die GAL könnte sich dann beispielsweise überlegen, ob sie sich mit einem großzügigen Angebot für den Ausbau der Radwege darüber hinwegsetzen läßt, daß in unserer Stadt Ausländer weiterhin wie der allerletzte Dreck behandelt werden. Allerdings haben in die Repräsentanten der GAL übereinstimmend abgelehnt, sich auf derartige „Tauschgeschäfte“ einzulassen. Das ist eine gute Ausgangsbasis, an der man unbedingt festhalten sollte. Denn die GAL würde sich völlig unglaubwürdig machen, wenn die Interessen des einen Teils ihrer Basis gegen die Interessen anderer Teile auszuspielen lassen würde.

Andererseits wird die GAL erhebliche Aktivitäten investieren müssen, um in den nächsten Wochen ständig und offensiv allen Versuchen der SPD entgegenzutreten, der GAL den Schwarz- Peter für die „Unregierbarkeit“ der Stadt und für das Nicht-Zustandekommen von „konstruktiven“ Verhandlungen zuzuschreiben. Dabei kann die GAL sich darauf stützen, daß sie real die einzige Partei in der Bürgerschaft ist, die ein positives Regierungsprogramm hat und die nicht bloß mit alten taktischen Finessen auf Positionsverbesserung für Neuwahlen aus ist. Von der SPD wird im Konkreten der Beweis verlangt werden müssen, was an den GAL-Forderungen eigentlich „nicht machbar“ sein soll — und auf Grund welcher Interessen es für die SPD „nicht machbar“ ist.

Bei aller gebotenen Skepsis über die Chancen, der SPD heute schon wesentliche Zugeständnisse zu entlocken, muß allerdings auch die längerfristige Wirkung des Vorgangs gesehen werden. Es ist immerhin eine außerordentliche Entwicklung, daß die SPD jetzt überhaupt öffentlich über Regierungsbündnisse und Blockbildungen mit den Grün-Alternativen nachdenken und streiten muß (in Hamburg hat die traditionell rechte AIA/Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD sich vehement gegen eine Zusammenarbeit mit der GAL ausgesprochen. Sie fordert Neuwahlen. Andererseits befürwortet die AIA/Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD eine Öffnung der SPD in Richtung GAL und betont besonders, daß es „starke Berührungspunkte“ mit der GAL in der Frauenpolitik gebe).

Langfristig scheinen tatsächlich Möglichkeiten denkbar, mit der SPD bzw. Teilen der SPD gemeinsam eine „Trendwende“ der Kräfteverhältnisse im Land zu erreichen. Damit das geschehen könnte, müßten sich in der SPD allerdings noch gewaltige Umwälzungen ereignen. Gerade um solche Prozesse zu begünstigen, müssen die Kräfte links von der SPD noch mehr gestärkt werden.



und AL-Spitzenkandidatin Thon probt vorerst nur den Handstand.

Foto: argus

Hamburg Wandsbek: Grüner Alleingang gescheitert

Im Hamburger Bezirk Wandsbek kam es zu dem Versuch einer Alleinkandidatur der Grünen. Die Mehrheit der Grünen-Bezirksgruppe hatte sich dafür ausgesprochen und gleichzeitig erklärt, daß man auf Bürgerrechtsebene die GAL unterstützt. Erklärmaßen wurde die Ablehnung des Bündnisses mit der AL mit deren Linkslastigkeit begründet. Wandsbek wollte Teilfall und Signal dafür sein, daß eine grüne statt grün/alternative Kandidatur größere Erfolgsaussichten hat. Dagegen stand die Kandidatur der GAL-Bezirksgruppe Wandsbek, die von der AL und der relevanten Minderheit der Grünen (ca. 40% der Mitglieder) kurz vor Listenabgabebeschluß gebildet wurde.

Das Wahlergebnis war für die GAL höchst erfreulich, für die Grünen-Alleingänger eine vernichtende Niederlage.

GAL: 16521 Stimmen = 7,1% (3 Sitze)
Grüne: 3404 Stimmen = 1,5%

Noch deutlicher macht diese Niederlage der Vergleich zu 1978, wo die

den Grünen vergleichbare GLU 2,2% erhielt (die Bunte Liste kandidierte 1978 nicht für das Bezirksparlament). Das Ergebnis für die rechtsökologische grüne Strömung wurde auch durch das Abscheiden der ÖDP nicht viel besser, die in Wandsbek 480 Stimmen (0,2%) erhielt.

Das Wandsbeker Abscheiden ist unter mehreren Gesichtspunkten wertvoll: Es bestätigt, daß das Bündnis von Grünen und Alternativen, also einer ökologisch orientierten Liste mit ausgeprägtem linken Profil durchaus vom Wähler honoriert wird und es sollte Ermunterung für die Auseinandersetzung in anderen Städten und Bundesländern sein, die Zusammenarbeit von Grünen, linken Alternativen und Sozialisten zu verstärken und schädliche grüne Alleingänge zu verhindern. Insbesondere das rapide Rechtsabdriften der SPD bei gleichzeitigem rapidem Wählerverlust sollte am Hamburger und Wandsbeker Wahlergebnis deutlich gemacht haben, daß die Zukunft einer Alternative zur SPD links von dieser liegt.

Anderer als bei der Bunte Liste 1978 haben sich die Grünen und Alternativen der GAL aber bescheiden. Starker war allerdings die Aktivität auf Stadt- und Bezirksniveau mit einer Vielzahl von Veranstaltungen.

Für Hamburg beschiedene 3000 Stellchukler hatte die GAL im Wahlkampf aufgestellt.

Viele von der GAL nicht getragene (aber unterstützte) Aktivitäten waren große Nähe zu den Forderungen der GAL auf (das gilt besonders für das Elbfischerfest und die Elbe-Aktionswoche).

Die Wandsbeker Wahlkampf war ein stilles GAL-Großveranstaltungs-Wahlkampf teil, dem Friedensfest unter dem Motto „Nachrüstung kommt Krieg“ mit u.a. Karl Heinz Hansen, Henning Venske, Pastor Wolfgang Orell, Udo Lindenberg, Philipp Berrigan (USA), Gebrüder Engel. Höhepunkt des Festes war der populäre GAL-Kantatenchor, der das treudeutsche Lied von Nicole, „Ein bisschen Frieden“ parodierte.

Über 1000 Menschen besuchten die GAL-Veranstaltung unter dem Titel „Wir leben gern zusammen mit Ausländern“, die von GAL und Ausländergruppen zusammen durchgeführt wurde.

Die GAL beteiligte sich an einer Demonstration gegen die HLA vier Tage vor der Wahl. 6500 Menschen folgten dem Aufruf vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis, GEW, UKP, KB, Jungsozialisten, GAL und verschiedenen linken Gruppen und Initiativen.

4000 Demonstranten beteiligten sich eines Tag vor der Wahl an der Demonstration gegen den Reagan-Beschuß und den NATO-Gipfel. Aufgerufen hatten links und autonome Gruppen sowie die GAL. Mit Rückblick auf die Wandsbeker Niederlage und Juso-Schmerz gegen diese Demo geklopft.

Einer der „Wahlkampf“-Höhepunkte war eine Initiative „Gewerkschafter für die GAL“. Über 200 Betriebs- und Personalräte, Vertrauens-

leute und Jugendvertreter unterschrieben diesen Aufruf, der fünf Tage vor der Wahl als Aufruf in der „Hamburger Morgenpost“ erschien. Unter den Unterzeichnern waren nicht nur 7 Betriebsratsvorsitzende, sondern auch eine Reihe von Gewerkschaftern, die Mitglied in der SPD sind, was dort erhebliche Unruhe hervorrief.

Ebenfalls per Anzeige riefen Kulturschaffende für die GAL auf. Neben bekannten linken Künstlern wie Udo Lindenberg, Marita Müller Westermarck, Wolf Biermann, Tom Kirsche Scherben, Michael Naara waren viele Hamburger Bezirkskünstler darunter, 21 Mitarbeiter vom Schöppehaus, eine Reihe Journalisten (u.a. von NDR und „Hamburger Morgenpost“).

Die größte Stimmung herrschte am Abend des 6.6. bei der Wahl-Fete in der „Fabrik“. Mehr als 2000 Besucher nahmen im Laufe des Abends daran teil. Der Erlös der Fete, ca. 8.700 DM wird für den Befreiungskampf in El Salvador gespendet.

Streiflichter aus dem GAL-Wahlkampf

DKP vom Wähler enttäuscht

Als „enttäuschend“ beklagt der Bezirksvorstand Hamburg der DKP das Wahlergebnis. „Trotz eines intensiven Wahlkampfes“ (der wie üblich eine Stärkung der DKP zur Folge hatte) stehende das Wahlergebnis „in deutlichem Widerspruch zu den gewachsenen Anerkennung der DKP in außerparlamentarischen Bewegungen“. Mit 0,6% gleich 5136 Stimmen hat die DKP das meiste Ergebnis aller Zeiten erreicht. 1974 hatte sie noch bei 1,8% gelegen, war dann beim Auftreten der Hansen Liste 1978 auf 1% gesunken und kam seit 1974 zwei Drittel ihrer Wähler eingebüßt. Wenn man weiß, daß die DKP ihre Mitgliederzahl in Hamburg mit 3200 angibt, so läßt sich schlussfolgern, daß die Stimmen der DKP fast ausschließlich aus den Reihen der Mitglieder, Verwandten und engeren Bekannten stammen. Eine Wirkung der Partei nach außen ist im Wahlergebnis kaum noch zu erkennen. Als Ursachen des Fiaskos nennt der Bezirksvorstand Hamburg der DKP an erster Stelle, die den Wahlkampf beherrschende Polarisierung zwischen CDU und SPD. „An zweiter Stelle kommen die Wirkungen der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel“, und an dritter Stelle „die Fehleinschätzung, von den Massenmedien systematisch geförderter Vorbehalte gegen unsere Politik“, die der GAL zugute gekommen seien.

der ganze Inhalt dieses Pamphlets, der nur noch knapp durch den Vorwurf angereichert wurde, die GAL betreibe einen „Rückzug von der Basis“. Dieser Vorwurf bildete überhaupt den Leitfaden in allen Polemiken der DKP gegen die GAL, wobei die DKP sich immer wieder selbst als wahre Fürsprecherin und Repräsentantin der Basis in Empfehlung brachte.

Der DKP-Bezirksvorsitzende W. Gebrecke polemisierte am 28.5. in der DKP Zeitung „LZ“ in einem langen Artikel gegen die GAL. Als Hintergrund dieser auffallend giftigen Polemik ist anzumerken, daß gerade Gebrecke sich 1981 sehr stark für eine Öffnung der DKP gegenüber der Neuen Linken und für Beteiligung der DKP an einem Wahlbündnis engagiert hatte. In dem Artikel heißt es nun beispielsweise: „...Auch in der Wahlkampfführung der Grün-Alternativen-Liste ist deutlich die Verchiebung zugunsten 'eurer Parlamentsaufgaben' und ein Rückzug aus der außerparlamentarischen Bewegung zu beobachten... Insbesondere ist die Entfernung von der Basis außerparlamentarischer Bewegungen vorprogrammiert. Daß unter diesen Vorzeichen bei GAL-Kandidaten Barte fallen, Anträge ungeachtet werden, Fraktionsmitglieder in den Rathäusern zu Grundrissdiskussionen führen, und aus spöttischen Mäanderschleifen des abgeblätterten Lackes, eines Kampfbündnisses zwischen Grünen und Alternativen, das einzig durch den Wunsch, hinein ins Parlament, zusammengehalten wird.“ (Und an diesem Kampfbündnis hatte sich die DKP gar nicht beteiligt?!)

Zu erwartende Wahlergebnisse seien übrigens, so Gebrecke, überhaupt kein Argument. Und die DKP gilt eben immer noch als „klein, aber fein“. Es fehlt auch nicht der Hinweis, daß die DKP ihre Aufgabe gar nicht im Parlament, sondern im „Vertreten der wirklichen Bewegung“ sieht. Warum die DKP trotzdem zur Teilnahme ihrer Wahlkämpfe mit der zentralen Parole „DKP im Rathaus“ bestanden hat, bleibt unverständlich. Sicher scheint jedenfalls, daß die DKP in der nächsten Zeit nicht nachlassen wird, sich als die weitaus konsequenter, radikalere, basnähere, bewegungsbezogenere etc. Alternative zur GAL darzustellen. Aber: Wer glaubt ihr diese Rolle?

An klugen Ratschlägen des Bezirksvorstands wie die DKP zu besseren Wahlergebnissen kommen könnte, fehlt es auch diesmal nicht. „Dies ist nur möglich durch eine beträchtliche zahlenmäßige Stärkung der DKP und eine wachsende Verankerung insbesondere in Betrieben und Arbeiterwohngebieten“. Und wie fängt man Hasen? Ganz einfach: Man hält sie an den Beinen fest und streut ihnen Salz auf den Schwanz!

ders in Betrieben und Arbeiterwohngebieten“. Und wie fängt man Hasen? Ganz einfach: Man hält sie an den Beinen fest und streut ihnen Salz auf den Schwanz!

Man fragt sich schon, was die DKP eigentlich dazu treibt, sich derzeit demütigende (und vor allem, vorausschaltbare) Wahlergebnisse einzuhandeln, statt lieber in einer Rheinbar soßen und politisch klugen Geste zugunsten der GAL auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Unfehlbar ist die Partei inzwischen so stark angeschlagen, daß sie auf aufwendige Eigenkandidaturen zum Zweck des Zusammenhalts ihrer Leute nicht mehr verzichten kann.

Nur aus dieser Logik heraus läßt sich erklären, daß die DKP ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen die GAL geführt hat. Mit Unversämlichkeiten, wie man sie von der DKP im Umgang mit anderen Linken seit Jahren gewohnt ist, wurde dabei auch diesmal nicht gespart. Vorbei sind die sehr kurzen Zeiten des vorigen Jahres, als die DKP um einen Platz im Wahlbündnis warb und zu diesem Zweck ihren Wahlkreis kilometerweit veränderte.

Einige Beispiele für die intensive Wahlkampfführung der DKP gegen die GAL seien hier kurz genannt:

4. Im April erschien eine Broschüre des Bezirksvorstands gegen die GAL, in der die GAL glattweg verdächtigt wurde, sie strebe eine „sachliche Zusammenarbeit mit der CDU“ an und sei im Grunde „so alternativ wie die CDU“. Da sich dieser Unfug nicht an Programmen und Punkten der GAL beweisen läßt, führte die DKP-Broschüre vielmehr Beispiele von der rechten BGL (Bremen), von den Grünen Baden-Württemberg, von den deutschen Grünen und über einen zur CDU übergetretenen Grünen in Niedersachsen an. Alles das, was aus der GAL abstrahiert, wird aber als billige Polemik sehr viel Stoff. Soweit

Bremen: Nach der BGL nun eine „Offene Liste“

Die wohl bittersten Erfahrungen in Sachen Wahlbewegung hat in der Vergangenheit die Bremer Linke machen müssen. Was sie doch maßgeblich daran beteiligt zum Teil durch Nichtverhalten, vor allem aber durch massive Unterstützung, 1979 die Bremer Grüne Liste (BGL), nach der Spaltung in Grüne und Alternative, ins Parlament zu hieven. Die rechtswidrige Parlamentspolitik der BGL ist weit über Bremens Grenzen hinaus zu trauriger Berühmtheit gelangt.

Ob die Bremer Linke aus diesen bitteren Erfahrungen Lehren gezogen hat, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Das Distanzieren von der BGL läuft allemal gut ab, dazu gehört aber auch nicht mehr viel, als die BGL zu einem bedeutungslosen Häufchen geworden ist, und besonders seit Peter Willers sich öffentlich von der BGL Politik abgesagt hat. Aber zu mehr als das bisher auch nicht gereicht, keine Selbstkritik aus dem damaligen BGL-Unterstützerkreis „Links für Grün“, keinerlei Bereitschaft zur Aufarbeitung der schlechten Erfahrungen.

Neuer Anlauf für ein Wahlbündnis

Im Herbst '83 sind in Bremen wieder Wahlen und nachdem in einigen Kreisen wie Alternative Liste, ISP-Spektrum und auch in DKP-Kreisen eine öffentliche Diskussion über den Aufbau einer Bündnis-Liste begonnen hat - es entstand ein „Initiativ-Kreis Grün-Alternative Politik“ für Bremen (HAP) - meldete sich jetzt auch der Landesverband der Grünen Partei zu Wort. In einer Pressemitteilung vom 24.5. gehen sie den Beschluß ihrer Mitgliederversammlung vom Freitag bekannt, zu den Bürgerstabsgruppen eine „offene Liste“ unter dem Namen „Die Grünen“ zu bilden. Dem Beschluß war eine Mitgliederversammlung vorausgegangen, auf der die Grünen überhaupt erstmals ihre Position zur Wahl '83 diskutierten. Das hat allerdings nicht inhaltlich, sondern ausschließlich formal, nach dem Motto: erst müssen die Bedingungen geklärt werden, über Inhalte können wir immer noch reden. Diese Diskussion hatte verfluchte Ähnlichkeit mit der Argumentation, mit der die BGL '79 ihren Alleingang durchzog. Kurioserweise mubten die

schlechten Erfahrungen mit der BGL herhalten, um mit den gleichen Methoden, wie Antikommunisten Ausgrenzung anderer Positionen formale Festlegungen, wie sie die BGL seinerzeit anwandte, das eigene Vorgehen zu rechtfertigen.

So schreibt z.B. der Landesverband der Grünen in seiner Beschlussvorlage für die Mitgliederversammlung: „Die BGL war ein erster Versuch, in Bremen den Fuß ins Parlament zu bekommen. Der Versuch ist aus vielerlei Gründen gescheitert, doch sollten wir darin auch eine Chance sehen, aus den gemachten Fehlern zu lernen und die vorliegenden Erfahrungen zu nutzen.“

Longelöst von der Bremer Basisbewegung soll ein Listengedanke auf gebaut werden, das zwar immer in den Namen Grün trägt (und das allein ist ja eingermaßen Garant für Wahlerfolg), aber kaum verankert ist. Da sollen zwar Vertreter der Basisbewegung kandidieren dürfen, aber die Bedingungen werden von den Grünen diktiert. Auch Peter Willers, der an diesem Abend Mitglied der Grünen wurde, warnte vor dem „fetischistischen“ das hätte bei der BGL auch schon nicht geklappt. Na sowas! Ebenso griff er den „fetisch vom Bündnis“ an. Auch wenn die Grünen mal a hen reden wollen, gebe es Trennungslinien. Die Positionen der Grünen seien klar, davon könnten sie nicht mehr abbringen. Alle die diese Positionen akzeptieren könnten mitmachen, die anderen grenzen sich selbst am. Auf keinen Fall möchte er „Hamburger Verhältnisse“ was hat er denn nun eigentlich gelernt?

Auch der Antikommunismus ist der linke geliebte Wiederwieser K-Suppen und Ähnliches herhalten, um Bündnisse auszuschließen. So ist in der Beschlussvorlage des Landesverbandes der Grünen zu lesen: „Der Landesverband der Grünen ist r.Z. die einzige politische Kraft, die sich als parlamentarische Alternative mit Aussicht auf Erfolg zur Wahl stellen kann. Der Wahltritt könnte in einem Wahlbündnis (z.B. Grün-Alternative Liste) oder nur als Grüne mit einer offenen Liste (wie in Hamburg) erfolgen.“

Gegen den Vorschlag einer Grün-Alternativen Liste spricht Bündnispartner für eine Grün-Alternative-Liste in Bremen wären die möglicherweise konstituierenden demokratischen Sozialisten, die DKP, die entsprechende Vorstöße macht, die Alternative Liste die weitgehend in ihren Positionen identisch mit dem KB (Kommunistischen Bund) ist, und der andere Rest der sich auflösenden Marxistisch-Leninistischen (ML) Spektrums (Initiative Sozialistische Politik, KBW). Eine solche Grün-Alternative-Liste in Bremen wäre keine Verbreiterung des grünen Spektrums, sondern eher eine Einengung hin zu einer links-sozialistischen Exoten-Partei.“ (Es folgen drei weitere Punkte). Was ist daran eigentlich anders als damals bei der BGL? Nur daß das heute von Leuten kommt, die - wie der ehemalige KP'D'er Martin Thomas - sich selbst einmal zu Linken zählen.

Das Bremer Bundesausschlußmitglied der Grünen, Peter Puppe, geht in der von ihm eingebrachten Resolution zum Selbstverständnis der Grünen noch ein Stück weiter: „Bündnisse so unterschiedlicher politischer Ansätze und Auffassungen sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die Überwindung grundlegender inhaltlicher Widersprüche spätestens nach der Wahl zu inneren Differenzen führt, die letztlich kaum zu überwinden sind und eine gemeinsame, langfristige parlamentarische Arbeit unmöglich machen.“ Dies lehrt auch die jüngste Geschichte der Bremer Grünen Liste.

Von Jo Müller, der 1979 mit seinem „Links für Grün“-Engagement die BGL unterstützte und heute zu den Hauptgeheimern der Grünen gehört, wurde diese Aussage noch konkretisiert: ein Bündnis wie die GAL in Hamburg könne nicht gelingen, so unterschiedliche Positionen könnten im Parlament nicht zusammenarbeiten.

Warum so eilig?

Interessant ist die Affengeschwindigkeit, mit der die Grünen ihr Mode durchziehen. Wenn sie heute noch nichts gekostet, in den eigenen

Reihen ein b. haben inhaltlich zu diskutieren, und wenn es nur wäre, um den Schein zu wahren. Stattdessen wurde schon aus der Einladung zur MV deutlich, daß die formale Festlegung auf „Offene Liste“ im Vordergrund stand. Und dabei und es noch 14 Jahre hin bis zur Wahl!

Sollten wieder einmal die Bremer Grünen diejenigen sein, die die Zeichen setzen? Es wird möglicherweise bald Bundestagswahlen geben. Die Grünen haben anscheinend daher nicht viel im Sinn mit einem grün-alternativen Bündnis wie in Hamburg.

Schon einmal waren Bremer Grüne - nämlich die BGL - Wegbereiter für grüne Alleingänge. Die letzten Bremer Wahlen waren kurz vor Gründung der Grünen Partei eine gemeinsame Liste in Bremen oder eine Abgabe der Linken an die Spaltung der BGL, wodurch diese nicht ins Parlament gekommen wäre, hätte damals die Diskussion und Entscheidung bundesweit anders bestimmt. Und nun ziehen schon wieder Grüne in Bremen ihren Kurs durch.

Da macht es keinen nennenswerten Unterschied, daß durch den Änderungsantrag eines Linken die Abstimmung auf dieser MV noch nicht definitiv Beschluß für „Offene Liste“ hieß, sondern als Kompromiß dargestellt wurde. Statt einer förmlichen Erklärung zur Bildung einer „Offenen Liste“ heißt es jetzt: „Der Landesverband 'Die Grünen', Bremen spricht sich zur Bürgerstabswahl 1983 für eine offene Liste unter dem Namen 'Die Grünen' aus.“

Auch ein weiterer Passus des grünen Beschlusses, die inhaltlichen, personellen und organisatorischen Fragen in einer „Arbeitsgruppe Grün 83“ zu klären, sagt nichts über Möglichkeiten des Einwirkens auf die Grünen aus, wie so viele Linke gern hängeninterpretieren.

Was macht die Linke?

Es gibt im Bremer Landesverband der Grünen einige Linke (ISP-Spektrum und SB), die aber in der Mehrheit sind und wenig Einfluß haben. Sie versuchten auf der MV eine Auseinandersetzung, ließen sich aber auf die Logik der „offenen Liste“ ein. Sie propagierten erst inhaltliche Diskussion, dann könne am Ende auch eine „offene Liste“ dabei rauskommen. Sie konzentrierten sich sehr auf die „AG Grün 83“, für die durchgewirbt wurde, daß sie offen auch für Nichtgrüne ist. Nicht ein Beitrag der linken Grünen ankommen. Ende auch eine „offene Liste“ dabei rauskommen. Sie konzentrierten sich sehr auf die „AG Grün 83“, für die durchgewirbt wurde, daß sie offen auch für Nichtgrüne ist. Nicht ein Beitrag der linken Grünen argumentierte gegen eine „offene Liste“.

Das ISP/SB/KBW-Spektrum setzt auf die „AG Grün 83“, um über die inhaltliche Diskussion und Zusammenarbeit mit den Grünen das Kräfteverhältnis innerhalb der Grünen zu verändern. Ein Teil von ihnen ist bereit, die „offene Liste“ zu akzeptieren, wenn aus das Programm stammt. Aber Programme sind wirklich nicht der Knackpunkt in der Wahlbewegung. Das Sachverständigenprogramm der Grünen z.B. ist ja nicht das Schlechteste, was aber noch gar nichts über die Arbeit und die Basisdemokratie bei den Grünen aus, z.B. über Zusammenarbeit mit Initiativen, Bereitschaft zur Kontrolle, imperatives Mandat. Das und die Knackpunkte, und wenn es auch unvollständig ist in der „AG Grün 83“ mitzubearbeiten. Die Auseinandersetzung mit den Grünen zu führen, so wird sicherlich Kompromissbereitschaft nur durch entsprechenden Druck von außerhalb der Grünen erreicht werden. Das heißt, in Bremen müßten sich die Kräfte wie z.B. die Demokratischen Sozialisten, die den Beschluß der Grünen als Affront sahen, die Alternative Liste, gegen die bei den Grünen ein Unvereinbarkeitsbescheid existiert (der wurde gerade vor einigen Wochen aufgehoben) die AHO, die im Gewerkschaftsbereich aktiv ist und sich nicht den grünen Positionen unterordnet wird, und Initiativen, wie z.B. das Netzwerk, die bereits einen Offenen Brief an die Grünen verfaßten, zusammenschließen, um die Grünen mit ihren Positionen und der Forderung zur gleichberechtigten Zusammenarbeit zu konfrontieren.

Es ist zu hoffen, daß die Linke Bremens selbstbewußt genug ist, sich nicht vom grünen Affront der Grünen abschrecken zu lassen.

EL-Gruppe Bremen

Kleines AK-Lexikon:

Die niederländische Friedensbewegung

(Teil 1)

Der wichtigste Partner der westdeutschen Friedensbewegung ist im internationalen Maßstab die niederländische Friedensbewegung, die ihrerseits zu den bedeutendsten Friedensbewegungen Europas gehört.

Die niederländische Friedensbewegung hat seit ihrem (neuerlichen) Aufbruch 1977 eine Reihe wichtiger Erfolge erkämpft. 1,2 Millionen Unterschriften gegen die Neutronenbombe 1978, fast eine halbe Million Demonstranten gegen die „Nachrüstung“ 1981 zeigten auf, welche Kraft und Breite die niederländische Friedensbewegung erreicht hat. Eine Breite und eine Kraft, der auch das niederländische Parlament Rechnung tragen muß: 1978 sprach sich dieses Parlament mit großer Mehrheit gegen die Neutronen-Bombe aus (während die BRD-Regierung der Einführung dieser Waffe damals ohne größere Proteste zugestimmt hatte und erst nach den Protesten der Friedensbewegung von der Schmidt-Regierung derzeit die Forderung nach Nicht-Stationierung der Neutronen-Bombe aufgenommen wurde). Die Beschlussfassung über die Zustimmung zur „Nachrüstung“ vertagte das niederländische Parlament um zwei Jahre und schiebt auch heute noch die Entscheidung vor sich her, obwohl u. a. bundesdeutsche Politiker den Niederlanden mit „schweren Konsequenzen“ (Apel) für den Fall einer Ablehnung der „Nachrüstung“ gedroht haben.

Die niederländische Friedensbewegung im Sinne einer einheitlichen Gruppierung — wie sie hierzulande meist gehandelt wird — gibt es natürlich nicht. Politisch teilweise äußerst unterschiedliche Gruppierungen der Friedensbewegung kommen vielmehr aus fast allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und beeinflussen diese wiederum, woraus ja gerade die Breite der Bewegung entstanden ist.

Im ersten Teil dieses Artikels stellen wir die kirchlichen Friedensorganisationen vor, die Gruppierungen der Kriegsdienstverweigerer, die

Im ersten Teil dieses Artikels stellen wir die kirchlichen Friedensorganisationen vor, die Gruppierungen der Kriegsdienstverweigerer, die Plattform der radikalen Friedensgruppen und das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe“. Im zweiten Teil (in einer der nächsten Ausgaben des AK) folgt die Darstellung der Frauenfriedensbewegung, der Soldatengruppen, der Berufsgruppen gegen Atomwaffen, der politischen Parteien, die Teil der Friedensbewegung sind und der Position der Gewerkschaften zur Friedensfrage. (Diese Einteilung stellt keine Rangordnung dar, sondern erfolgt aus rein praktischen Gründen; am zweiten Teil des Artikels arbeiten wir noch). Die Bearbeitung dieses umfangreichen Themas wäre uns nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung, die uns niederländische Freundinnen und Freunde des AK in Form von Materialien und eigenen Beiträgen zukommen ließen. Ein kräftiges „Freundschaft“ dafür über die Grenze und „tot ziens“ in Amsterdam, Bonn und Washington!

Kirchen

Der Interkirchliche Friedensrat

Die größte und einflussreichste Gruppierung aus dem kirchlichen Bereich ist der Interkirchliche Friedensrat (IKV), der seit dem Hamburger Kirchentag auch in der BRD in Erscheinung getreten ist.

Der IKV wurde 1966 von Vertretern der drei größten Kirchen (Römisch-Katholische Kirche, Reformierte Kirche in den Niederlanden, Niederländische Reformierte Kirche) aus Sorge vor dem „Wettrüsten“ gegründet (1). Neben diesen drei größten Kirchen sind im IKV sechs weitere, kleinere Kirchen vertreten.

Der IKV ist das offizielle ökumenische Organ dieser neun Kirchen, das für „Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit auf der Welt“ (2) zuständig ist. Als offizielle Mitglieder des IKV gelten nur die von den Kirchenleitungen benannten 25 Vertreter dieser Kirchen. Sie bilden den Rat, der das höchste Organ des IKV ist. Dem Rat zur Seite steht ein Sekretariat mit inzwischen einem Dutzend von den Kirchen bezahlten Kräften.

Der IKV-Basis wird gebildet von einigen hundert autonomen regionalen und lokalen „Kernen“. Die Aktivisten dieser Kerne haben einen Sympathisanten-Status. Diese Kerne haben keinen strukturell festgelegten Einfluß auf die zentrale Politik des IKV.

Der IKV ist zwar einerseits das offizielle ökumenische Friedens-Organ der ihm angeschlossenen Kirchen, kann aber andererseits „seinen allgemeinen Auftrag unter eigener Verantwortung erfüllen, ohne dabei die angeschlossenen Kirchen zu binden“ (3). D. h., daß die Standpunkte des IKV nicht unbedingt mit denen der angeschlossenen Kirchen identisch sein müssen. Von den neun Kirchen vertreten z. B. nur die Niederländische Reformierte Kirche, die Mennoniten und die Quaker, auch selbst die — derzeit wichtigste — Forderung des IKV nach sofortiger, einseitiger Entferrnung aller Atomwaffen aus den Niederlanden.

Das politische Spektrum des IKV reicht von Teilen der christdemokratischen (CDA) und sozialdemokratischen Partei (PvdA) bis hin zur Pazifistisch-Sozialistischen Partei, wobei verschiedene sozialdemokratische Strömungen am stärksten vertreten sind.

In den ersten zehn Jahren bestand die Hauptaktivität des IKV in der Organi-

sierung der jährlich stattfindenden „Friedenswoche“ zu Themen wie „Hunger und Gewalt in der Welt“, „Die Zukunft Europas“, „Die Kriegsfrage nach 25 Jahren UNO“. Diese „Friedenswoche“ wirkte jedoch kaum über kirchliche Kreise hinaus.

Zudem stellte der IKV 1976 fest, „daß eigentliche Rüstungsfragen fast vollständig von der Tagesordnung verschwunden waren“ (4), obwohl die Verbreitung von Atomwaffen, „Wettrüsten“ und Kriegsgefahr ständig zugenommen hatten. Der IKV beschloß daher, die „Friedenswoche“ künftig „in den Dienst eines Zieles zu stellen, eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Sicherheitssystem, das nicht länger auf der permanenten Bereitschaft gründet, alles zu opfern, was uns Menschen lieb ist und wozu wir bestimmt sind“ (5).

Dies war der Anfang der Kampagne „Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden“.

Der Erste Sekretär des IKV, Mient-Jan Faber, sagte zur Ausrichtung der Kampagne: „Erstens mußte das Ziel konkret sein, wir wollten nicht länger nur abstrakt über das Wettrüsten sprechen. Wir wollten den Menschen die Gefahren direkt klar machen, ihnen zeigen, zu welchem System die Niederlande gehören, wo die Atomwaffen liegen, welche neuen Atomwaffen produ-

ziert werden. Zweitens mußte es eine Bewegung werden, wir wollten die Massen mobilisieren. Und drittens wollten wir für Wirbel im Parlament sorgen, die Politiker zu einer anderen Sicherheitspolitik bewegen“ (6).

Die Massenmobilisierung für ein konkretes Ziel gelang dem IKV. Eine Flut von Enthüllungen über u. a. Aufgaben und Lagerung der Atomwaffen auf niederländischem Boden strömte in die Öffentlichkeit; Massenmobilisierungen, die zum Teil auf die außerordentlich erfolgreiche Kampagne gegen die Neutronen-Bombe in den Jahren 1977/78 (s. u.) aufbauen konnten, folgten. Innerhalb eines Jahres wuchs die Zahl der IKV Kerne auf 200, heute hat der IKV 400 solcher Kerne und über 20 000 aktive Sympathisanten.

Die ersten Massendemonstrationen bei denen der IKV als mobilisierende und organisierende Kraft auftrat, fanden im November und Dezember 1979 statt, im Vorfeld der NATO-Beschlüsse über die „Nachrüstung“, mit nicht als 60.000 Teilnehmern ihren bisherigen Höhepunkt erreichte diese Massenmobilisierung am 21. November 1981 mit der Amsterdamer Demonstration, an der sich etwa eine halbe Million Menschen beteiligten und für deren Zustandekommen der IKV die wichtigste Kraft war. Diese Demonstration bestätigte, was solche Meinungsumfragen zuvor schon ergeben hatten: Der IKV hat mit seiner Kampagne gegen die Atomwaffen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Das ermöglichte es dem IKV zwar, bei seiner Kampagne gegen die Atomwaffen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu ziehen.

Das ermöglichte es dem IKV zwar, auch im Parlament und bei den beiden größten, der christdemokratischen und der sozialdemokratischen Partei für den beabsichtigten „Wirbel“ zu sorgen, die Resultate der IKV-Arbeit auf dieser Ebene sind jedoch mager. Gerade der Versuch, die parlamentarische Politik zu beeinflussen, hatte ein Großteil der Energie des Sekretariats und der Basis verschlungen. Mient-Jan Faber: „Wir haben außergewöhnlich intensiv gelobbyt im Zentrum der Macht, um die großen politischen Parteien hinter unsere Kampagne zu bekommen“ (7). Weder im Parlament, noch bei den Christdemokraten oder den Sozialdemokraten konnte der IKV, entgegen seiner Hoffnung, eine Mehrheit für seine Forderung nach sofortiger und einseitiger Entferrnung aller Atomwaffen aus den Niederlanden finden.

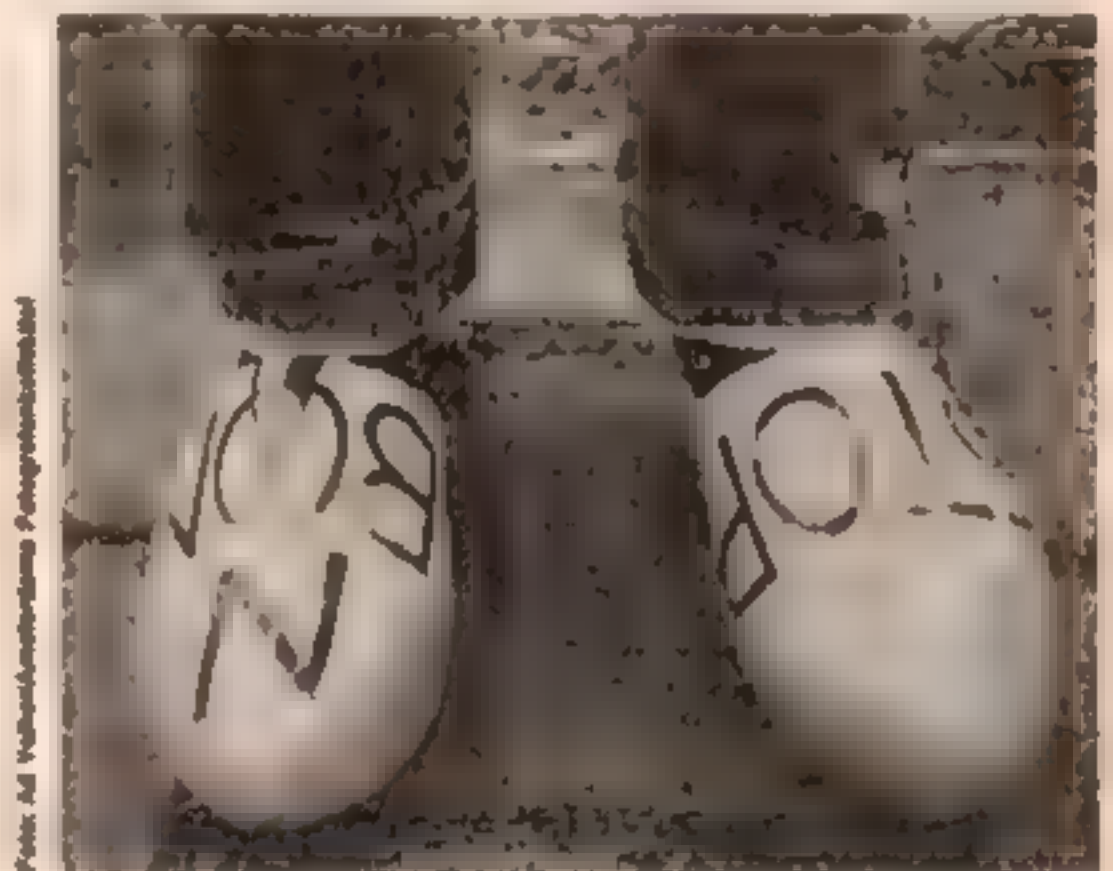
Seit der sozialdemokratische Spitzenkandidat (und jetzige Vize-Premier) Joop den Uyl den Wahlkongreß seiner

Partei erfolgreich mit der Drohung erpressen konnte, nicht zu kandidieren, wenn der Kongreß auf der Forderung nach Entferrnung sämtlicher Atomwaffen aus den Niederlanden beharre, verheißt, schrieb Mient-Jan Faber, seien die Erwartungen der Friedensbewegung, die sie in die niederländische Politik gesetzt hatte, „hinweggeffegt“ und „die Illusion, daß in den Niederlanden etwas Dramatisches geschehe, (werde) seitdem eigentlich nur noch im Ausland gehegt“ (8).

Was bisher auf der Ebene der parlamentarischen Politik erreicht werden konnte, ist die Ablehnung der „Nachrüstung“ durch die sozialdemokratische Partei — was im Vergleich zur bundesdeutschen Schwesterpartei SPD allerdings großartig ist. Die Position der Sozialdemokraten hat zur Folge, daß die Regierung, an der die PvdA beteiligt ist, ihre Beschlussfassung über die Stationierung der für die Niederlande vorgesehenen 48 Cruise Missiles vornehmlich bis 1983 vor sich herziehen wird.

Im Zentrum der IKV-Strategie steht die Forderung nach einseitiger Abrüstung. Diese Forderung wird nicht aus einer Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses abgeleitet, sondern stützt sich zum einen auf die von dem Psychologen Osgood entwickelte Auffassung, das „Wettrüsten“ sei nur über eine einseitige Abrüstungsschritte anzuhalten, um das für die allgemeine Abrüstung erforderliche Vertrauen herzustellen. Diese Forderung steht zum anderen im Zusammenhang mit zuhalten, um das für die allgemeine Abrüstung erforderliche Vertrauen herzustellen. Diese Forderung steht zum anderen im Zusammenhang mit einer vom IKV entwickelten „Politik der kleinen Länder“. Die „kleinen Länder“ — z. B. Dänemark, die Niederlande, Rumänien — müssen aus der „Rüstungsdynamik“ ihrer Blöcke ausbrechen und zusammen mit anderen „kleinen Ländern“ und der Dritten Welt eine „Gegenmacht“ atomwaffenfreier Staaten aufbauen, was sowohl als Beispiel für weitere Länder wirken als auch die großen Mächte unter Druck setzen würde.

Die Haltung gegenüber der NATO ist im IKV umstritten. Während eine Strömung ausdrücklich die niederländische NATO-Mitgliedschaft erhalten wissen will, nimmt die wohl derzeitige Mehrheitsströmung eine neutrale Position ein: „Wir fordern nicht den Austritt aus der NATO, aber wenn die NATO uns rauschmeißen will, dann ist das ihre Sache.“ Vor allem an der IKV-Basis wird die Forderung nach einer eindeutigen Position gegenüber der



NATO lautet: „Eine wirklich andere Politik und tatsächliche Abrüstung sind nur möglich, wenn wir aus der NATO austreten.“ (10)

Pax Christi

Pax Christi ist die für die größte der niederländischen, die römisch-katholische Kirche, zuständige Friedensorganisation. Pax Christi vertritt diese Kirche im IKV, besteht daneben aber als selbständige Organisation.

Pax Christi wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und war 1966 der Hauptinitiator für die Gründung des IKV. Erst seit dieser Zeit etwa kann Pax Christi zur Friedensbewegung gerechnet werden, denn vorher stand diese Organisation kaum in Opposition zur Politik der niederländischen Bischöfe und damit zur Regierungs- und Pro-NATO-Politik.

1968 kam es zum ersten größeren Konflikt mit der katholischen Kirche, als Pax Christi sich öffentlich gegen die Absicht der Regierung wandte, die Militärausgaben um 225 Millionen Gulden zu erhöhen.

Vor rund einem Jahr hat Pax Christi den Bischöfen eine Empfehlung vorgelegt, sich für einseitige Abrüstung auszusprechen und hinter die IKV-Kampagne zu stellen. Dem Vernehmen nach sind die Bischöfe noch dabei, die Gültigkeit dieser Frage zu konsultieren.

In der praktischen Arbeit konzentriert sich Pax Christi hauptsächlich auf die Entwicklung von Friedensunterricht und auf Informationsarbeit.

Kirche und Frieden

Eine mit 3.000 Mitgliedern zwar wesentlich kleinere, aber radikalere Gruppierung ist „Kirche und Frieden“ (Kirk en Vrede).

„Kirche und Frieden“ ist eine 1934 entstandene pazifistische Organisation aus dem Spektrum der protestantischen Kirchen. Sie ist „eine der wenigen Organisationen, die den Riß, der durch den zweiten Weltkrieg entstand, überbrücken konnte und die Tradition einer starken antimilitaristischen und Friedensbewegung in den Niederlanden zwischen beiden Weltkriegen fortsetzt“ (9).

„Kirche und Frieden“ ist die niederländische Sektion der „International Fellowship of Reconciliation“ (IFOR) und arbeitet in den Niederlanden eng mit der Mennonitischen Bruderschaft zusammen, mit der sie etwa 100 Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer unterhält.

Die Pazifistisch-Sozialistische Partei ist in den fünfziger Jahren u. a. aus Teilen von „Kirche und Frieden“ entstanden. Die Bande zwischen der Friedensorganisation und der PSP sind seither recht eng geblieben. Bei den Parlamentswahlen 1981 empfahl „Kirche und Frieden“ die Wahl der PSP.

Neben der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bestehen die Aktivitäten von „Kirche und Frieden“ vor allem in der Organisation von Kursen, Aktionen und theologischen Studien zum Problem „Krieg und Frieden“.

Die Pazifistisch-Sozialistische Partei ist in den fünfziger Jahren u. a. aus Teilen von „Kirche und Frieden“ entstanden. Die Bande zwischen der Friedensorganisation und der PSP sind seither recht eng geblieben. Bei den Parlamentswahlen 1981 empfahl „Kirche und Frieden“ die Wahl der PSP.

Neben der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bestehen die Aktivitäten von „Kirche und Frieden“ vor allem in der Organisation von Kursen, Aktionen und theologischen Studien zum Problem „Krieg und Frieden“ und der Unterstützung der gewaltfreien Bewegung in Lateinamerika und Afrika.

Der Einfluß von „Kirche und Frieden“, heißt es in einem von einer Arbeitsgruppe des IKV und des Raus der Kirchen erzielten Bericht, liegt „mehr in der Kraft ihrer Ideen und ihrer Monatszeitschrift „Milite Christi“, als in ihrem zahlenmäßigen Anhang“ (10).

Kirchliche Basisgruppen

Neben den kirchenoffiziellen Friedensorganisationen sind in den letzten Jahren zahlreiche „kirchliche Basisgruppen“ entstanden, die als „nationale Bewegung von Basisgruppen und kirchlichen Gemeinden“ über einen „Informationsdienst in Verbindung stehen.“

Diese Basisgruppen mit insgesamt rund 10.000 Mitgliedern diskutieren derzeit, ob sie geschlossen dem IKV beitreten. Ihrem Selbstverständnis nach stehen sie – wie auch die an der Basis der Kirchen aktiven „Christen für den Sozialismus“ – links vom IKV. Sie sehen – im Gegensatz zum IKV, der die Ursachen des „Weltkriegs“ in Ost und West ortet – den Hauptverantwortlichen im „Militär-Industrie-Komplex der Welt, in dem sich die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegeln“ (11).

Radikal-Pazifisten

In der im Herbst 1980 gegründeten „Plattform radikaler Friedensgruppen“ (Platform van Radikale Vredesgroepen) hat sich ein gutes Dutzend radikal-pazifistischer Organisationen zusammengefunden. Kriegsdienstverweigerer, die „Arbeitsgemeinschaft für Pazifismus, Ökologie und Sozialismus“, kirchliche Gruppen, Organisationen für gewaltfreie Aktionen, etliche teils regional, teils lokal tätige Friedensgruppen.

Die Plattform ist ein relativ lockerer Verband zum Meinung- und Informationsaustausch und zur Koordination. Ein weitergehender Zusammenschluß wird nicht angestrebt, da die Gruppen teils sehr verschiedenartig arbeiten und sehr unterschiedliche geschichtliche, theoretische und ideologische Hintergründe haben und die Eigenständigkeit der Gruppen nicht aufgegeben werden soll. Die grundsätzliche Ablehnung der „Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Konflikten“ wird von den Gruppen im Konkreten durchaus unterschiedlich gehandhabt. Zu bestimmten Anlässen, wie z. B. zur Amsterdamer Demonstration im November 1981, treten die Gruppen über den lokalen Plattform-Zusammenhalt hinaus gemeinsam auf.

Was die Gruppen verbindet, ist ihre grundsätzliche Ablehnung des Militärs, ihr Eintreten für einseitige und totale Abrüstung und ihre Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, sowie ihre Kritik an den großen Friedensorganisationen IKV, Pax Christi und Stop de N-bom, da sich diese nur gegen einzelne Aspekte des Militarismus aussprechen.

In den Gruppen der Plattform lebt, schrieb Henk Branderhorst (Sprecher der Plattform bei der Amsterdamer Demonstration), trotz der unterschiedlichen Hintergründe „ein globales Gefühl, daß die Gesellschaft, auf die wir hinarbeiten, sozialistisch sein muß. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Für die Beseitigung der Ursachen des Krieges ist eine gerechte, sozialistische Gesellschaft notwendig“ (12). Der IKV hingegen hat nie sagen wollen, daß die Rüstungspolitik mit dem kapitalistischen System zusammenhängt (13).

In der derzeitigen Diskussion in der Friedensbewegung hat für die Plattform die Forderung nach dem Austritt der Niederlande aus der NATO große Bedeutung. Die NATO, sagte Branderhorst in Amsterdam, „ist eine Fessel an unserem Bein und es wird Zeit, daß wir uns dieser Fessel entledigen. Die Niederlande müssen raus aus der NATO!“ (14).

Ebenso wie der Kapitalismus und die NATO werden von den Plattform-Gruppen auch der „real existierende Sozialismus“ und der Warschauer Pakt abgelehnt. „Es muß klar sein, daß es um die Atomlobby in Ost und West geht“ (15).

In der Konzentration der großen Friedensorganisationen – IKV, Pax Christi, Stop de N-bom – auf das Parlament sehen die Plattform-Gruppen die Gefahr der (Re-)Integration der Friedensbewegung insbesondere durch die Sozialdemokratie (16).

„In Amsterdam“, so eine Forderung in unserem Bein und es wird Zeit, daß wir uns dieser Fessel entledigen. Die Niederlande müssen raus aus der NATO“ (14).

Ebenso wie der Kapitalismus und die NATO werden von den Plattform-Gruppen auch der „real existierende Sozialismus“ und der Warschauer Pakt abgelehnt. „Es muß klar sein, daß es um die Atomlobby in Ost und West geht“ (15).

In der Konzentration der großen Friedensorganisationen – IKV, Pax Christi, Stop de N-bom – auf das Parlament sehen die Plattform-Gruppen die Gefahr der (Re-)Integration der Friedensbewegung insbesondere durch die Sozialdemokratie (16).

Die Aktivitäten der Plattform-Gruppen reichen von Training in gewaltlosem Widerstand über eine vielfältige Informationsarbeit und die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bis hin zur Organisation von antinuklearen Demonstrationen.

International arbeiten die Gruppen der Plattform teilweise sehr eng zusammen mit War Resisters International. Drei der Plattform-Gruppen bilden die niederländische Sektion dieses 1921 gegründeten internationalen Dachverbandes pazifistischer Kriegsgegner, der in vielen Ländern der Welt Sektionen unterhält (in der BRD die DFG/VK, bzw. Graswurzelgruppen) und Hauptorganisator der seit 1976 jährlich stattfindenden internationalen Friedensmärsche ist.

Kriegsdienstverweigerer

Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer

In den Niederlanden verweigern derzeit jährlich etwa 3.000 Menschen aus Gewissensgründen den 14-monatigen Wehrdienst und leisten stattdessen einen 19-monatigen Ersatzdienst ab.

Die „Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer“ (Vereeniging Dienstweigerners, VD) wurde 1971 als Organisation von und für Kriegs-



dienstverweigerer gegründet. Derzeit hat die VD 1.300 Mitglieder. Die VD setzte in gewisser Hinsicht die Arbeit des BVD (siehe Teil 2 dieses Artikels) fort, der bis 1970 der „Bund für (Kriegs-)Dienstverweigerer“ war, sei aber als Soldatenorganisation „Bund für Wehrpflichtige“ arbeitet.

Der BVD hatte sich, auch in seiner Anfangsphase, vornehmlich als politische Organisation verstanden und seine Hauptaufgabe in der Propagierung der Kriegsdienstverweigerung gesehen. Die VD hingegen sah ihre Aufgabe vor allem in der „Vertretung der materiellen und geistigen Interessen aller, die den Militärdienst verweigern, ob sie nun gesetzlich als Verweigerer anerkannt werden oder nicht“ (VD-Statut). In der Praxis geht es dabei hauptsächlich um die Verbesserung des Anerkennungsverfahrens (auch in den Niederlanden gibt es einen „Gewissenstest“) und um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Zivildienstleistenden.

Die jahrelangen Verhandlungen der VD mit dem Verteidigungsministerium (das die VD faktisch als Verhandlungspartner anerkennt) erbrachten lediglich die Freistellung von jeweils zwei Zivildienstleistenden für das VD-Sekretariat. Die Gesetzesänderung zum Anerkennungsverfahren von 1979 geht völlig an den VD-Forderungen vorbei und brachte abgesehen von der neuerlichen Anerkennung des „Atomparasiten“ (Verweigerung des Kriegsdienstes an Atomwaffen) als Verweigerungsgrund, kaum Verbesserungen.

1979 hat die VD diese Verhandlungen abgebrochen und orientiert sich stärker auf die eigenständige Organisation der Zivildienstleistenden und auf „härtere“ Aktionen. In den letzten Jahren wurden regionale und lokale Streiks von Zivildienstleistenden organisiert.

Neben der direkten Informationsarbeit wie z. B. an den Schulen, sieht die VD (auch) die Propagierung der Kriegsdienstverweigerung und antimilitaristischen Arbeit in weiterem Sinne sowie an auch für Berufstätigen vor und brachte, abgesehen von der neuerlichen Anerkennung des „Atomparasiten“ (Verweigerung des Kriegsdienstes an Atomwaffen) als Verweigerungsgrund, kaum Verbesserungen.

1979 hat die VD diese Verhandlungen abgebrochen und orientiert sich stärker auf die eigenständige Organisation der Zivildienstleistenden und auf „härtere“ Aktionen. In den letzten Jahren wurden regionale und lokale Streiks von Zivildienstleistenden organisiert.

Neben der direkten Informationsarbeit wie z. B. an den Schulen, sieht die VD (auch) die Propagierung der Kriegsdienstverweigerung und antimilitaristischen Arbeit in weiterem Sinne als ihre Aufgabe. „Die Verneinung liegt in ihrem Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft durch die Grundsätze leiten, die in der Universalen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind“ (Statut).

Mit der Bildung der Gruppe „Onkrut“ 1974, die zunächst als VD-interne Arbeitsgruppe zur Totalverweigerung entstand, hat dann aber als Aktionsgruppe verselbständigte und abtrennte, entstand in der VD eine Strömung, die an der bisherigen Arbeit kritisierte, daß zu einseitig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen agiert werde und die politischen Aspekte der Kriegsdienstverweigerung sowie die antimilitaristische Arbeit im umfassenderen Sinne vernachlässigt würden. Das Verhältnis von Interessenvertretung und breiter angelegtem antimilitaristischem Wirken ist auch heute noch in der VD die umstrittenste Frage.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die VD nicht nur eine Organisation von Kriegsdienstverweigerern, sondern eine antimilitaristische Gruppierung. Die VD ist in der Plattform der Friedensgruppen (s. o.) vertreten und gehört zur niederländischen Sektion der War Resisters International. Sie tritt für den Austritt der Niederlande aus der NATO ein und für totale Abrüstung.

Inwieweit die VD auch eine pazifistische Organisation ist, ist intern umstritten, wie es sich in den Diskussionen um die Unterscheidung von „unverdrückender Gewalt“ und „befreiender Gewalt“ ausdrückt und den Kampf der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Onkrut

Die Gruppe Onkrut (17) entstand 1974 als Arbeitsgruppe von gut zwei Dutzend Leuten innerhalb der „Vereinigung der (Kriegs-)Dienstverweigerer“ zu Fragen der Totalverweigerung.

Onkrut verselbständigte sich als Aktionsgruppe und trennte sich von der VD, da diese sich zu viel mit den gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsdienstverweigerung beschäftigte und zu wenig mit den wirtschaftlichen und politischen Aspekten des Militarismus (18). Onkrut kritisierte weiter, daß die VD sich bei der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern auf ein Verfahren einläßt, in dem „nicht der Militär, sondern das Gewissen des Verweigerers“ (19) zur Diskussion gestellt wird. Onkrut sah in der Berufung auf die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kriegsdienstverweigerung „eine Form des Protests, die den Militarismus erhält. Protestieren nach den Regeln des Staates“ (20).

Diesem „Protest nach den Regeln des Staates“ stellte Onkrut als Alternative die Totalverweigerung gegenüber. Und zwar, wie ein Totalverweigerer schrieb, nicht so sehr aus einer pazifistischen Haltung heraus, „sondern aufgrund der Überzeugung, daß man das System erhält, ob man nun Militär- oder Zivildienst leistet“ (21).

Dieser Form des Antimilitarismus gegenüber zeigte der sonst vergleichsweise liberale niederländische Staat entschieden Flagge. Premier Andries Maria van Agt: „Keine einzige Nation, die sich selbst respektiert, kann es zulassen, daß der Militärdienst verweigert wird aufgrund der Auffassung, die Gesellschaft sei es nicht wert, verteidigt zu werden. Diese Leute müssen auswandern und auch von den Vorteilen des Staates absehen“ (22). Totalverweigerer verschwinden dieser Linie entsprechend für mindestens zwölf Monate im Kasten.

Diese schweren Verurteilungen und aufgrund der Überzeugung, daß man das System erhält, ob man nun Militär- oder Zivildienst leistet“ (21).

Dieser Form des Antimilitarismus gegenüber zeigte der sonst vergleichsweise liberale niederländische Staat entschieden Flagge. Premier Andries Maria van Agt: „Keine einzige Nation, die sich selbst respektiert, kann es zulassen, daß der Militärdienst verweigert wird aufgrund der Auffassung, die Gesellschaft sei es nicht wert, verteidigt zu werden. Diese Leute müssen auswandern und auch von den Vorteilen des Staates absehen“ (22). Totalverweigerer verschwinden dieser Linie entsprechend für mindestens zwölf Monate im Kasten.

Diese schweren Verurteilungen und der Umstand, daß bisher recht individualistisch und isoliert gearbeitet worden war, führten 1977 zu Diskussionen über die Onkrut-Strategie. Onkrut beschloß, „den antimilitaristischen Kampf (zu) erweitern und mit der Praxis (zu) brechen, bei der der Kampf ausschließlich von den direkt Betroffenen, den Totalverweigerern, geführt wurde“ (22a).

Die erste einer Vielzahl von zuletzt sehr spektakulären antimilitaristischen Aktionen war der Besuch der Onkrutgruppe bei einem von der Luftwaffe veranstalteten „Tag der offenen Tür“ im Juni 1977. Ein F-16-Kampfbomber wurde so nachhaltig mit Farbbeuteln eingedockt, daß er zur Rundumverneuerung zurück ins Werk mußte. Es folgten Sit-in-Aktionen gegen militäristische Veranstaltungen, Proteste in Gerichtssälen, Blockaden von Ministerien, die öffentliche Vernichtung von Kriegsspielen in Kaufhäusern, die Überführung einer kompletten NATO-Ausstellung im Volksgemeinschafts- und Besetzungsmuseum im Verteidigungsministerium, einer Munitionsfabrik, eines NATO-Instituts und anderer Militäreinrichtungen, Sabotage-Aktionen und eine Gefangenenerlöschung aus einem Militärgefängnis.

Einbergt und glänzender Höhepunkt war der Überfall auf das Provinziale Militärkommando Nord-Holland (PMC-NH) in Amsterdam im Mai 1981 (das PMC ist für die „innere Verteidigung“ zuständig und in die NATO-Struktur eingebunden).

Bei dieser Aktion erbrachten die Onkrut-Leute einige Zentner teils als „geheim“ eingestuftes Akten, die z. T. nach und nach publiziert und im Januar 1982 öffentlich ausgestellt wurden.

Der Staatsapparat reagierte auf die

Onkrut-Aktionen mit zunehmender Gewalt und dem erfolglosen Versuch, Onkrut zu infiltrieren.

Die Zunahme der Anhängerschaft von Onkrut hat das bisher nicht hindern können. Derzeit gibt es zwanzig aktive lokale Gruppen. „Schon schnell zeigte sich, daß derartige Formen von aktivem und konfrontierendem Antimilitarismus viele Menschen ansprechen und für eine Vergrößerung der Gruppe sorgen. Frauen, ehemalige Wehrpflichtige, für wehrdienstunfähige Erklärte, Arbeiterjugendliche und Schüler wurden aktiv in Onkrut. Diese Tendenz setzt sich bis heute fort. Durch die Betonung direkter Aktionen entstanden viele Initiativen auf örtlicher Ebene. Onkrut war nicht länger eine nationale Gruppe, sondern wurde immer stärker eine Ansammlung von autonomen, örtlichen Gruppen, eher eine „Gruppe Aktionen“ als eine Aktionsgruppe“ (23).

Onkrut hat weder ein Statut noch offizielle Mitglieder, es gibt nur „Sympathisanten“. Vertreter der örtlichen Gruppen tauschen regelmäßig Ideen und Erfahrungen aus. Eine „zentrale Linie“ gibt es nicht, jede Gruppe ist für ihre eigenen Aktivitäten verantwortlich. Nur bei sehr großen Aktionen wird national mobilisiert. Einen einheitlichen Standpunkt zur gelegentlich heiß umstrittenen Gewaltfrage gibt es nicht, lediglich eine Art allgemeiner Übereinstimmung, vorläufig nur – wenn notwendig – Gewalt gegen Sachen anzuwenden.

„Onkrut unterscheidet sich nachdrücklich von anderen Aktionsgruppen. Onkrut richtet sich mit direkten Mitteln gegen die Aspekte in der Gesellschaft, die ihr nicht passen“ (25).

Die Entwicklung von Onkrut hängt sehr eng zusammen mit der Entwicklung der „neuen sozialen Bewegungen“ in den Niederlanden, der Klink-Bewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der Frauenbewegung – auffallend sind die (personellen) Überschneidungen zwischen diesen Gruppenbewegungen. Onkrut sowie der verhältnismäßig starke Anteil von Frauen bei Onkrut.

Die Aktionen zielen nicht auf „alternative Krisenlösungen“. Es geht um die Konfrontation, um die Organisation des Widerstands. Onkrut steht bei den Aktionen die Forderungen. Bei einer Bewusstseinsaktion antwortete ein Onkruter auf die Frage nach den Forderungen: „Wir haben keine Forderungen. Wir sind gekommen, um dem Militär den Krieg zu erklären. Das ist alles“ (25a).

Allerdings spielt in den letzten zwei Jahren, wie z. B. an der PMC-Aktion und der anschließenden Veröffentlichung der Dokumente ersichtlich, die gerechte Enthüllungsbewegung eine zunehmend wichtigere Rolle bei Onkrut.

Ihrem Selbstverständnis nach ist Onkrut, wie ein Amsterdamer Aktivist formulierte, „eine radikal antimilitaristische, anti-parlamentarische, anarchisch inspirierte, direkte Aktionsgruppe“.

Stop de N-Bom

Die Initiativgruppe „Stoppe die Neutronen Bombe“ (Stop de N-bom) wurde im August 1977 von Mitgliedern der (revisionistischen) Kommunistischen Partei (CPN) gegründet. Die Gruppe hatte sich zunächst zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung über die Neutronenbombe zu informieren und gegen die geplante Produktion der Waffe und deren Stationierung in Europa zu mobilisieren. Alle Positionen und Ak-

tionen sollten sich ausdrücklich und ausschließlich auf „einen konkreten Punkt“, auf die Ablehnung der Neutronen-Bombe beziehen, um — so die Begründung — ein breitest mögliches Bündnis zustande zu bringen.

Obwohl die Initiativgruppe offiziell in Form eines Personen-Komitees auftrat (in dem zunächst nur die CPN und ab Dezember 1977 auch die Radikalpolitische Partei PPR als Organisationen vertreten waren), befand es sich in der Praxis — sowohl was den organisatorischen Apparat als auch die Aktivitäten betrifft — in den Händen der CPN. Da eine gleichberechtigte Mitarbeit für andere Organisationen nicht möglich war, lehnte z. B. die Pazifistisch-Sozialistische Partei den offiziellen Eintritt in das Komitee ab. Ungeachtet dessen erreichte die Kampagne des Komitees — aufgrund der Totalmobilisierung der CPN für diese eine Aufgabe und aufgrund der großen Zustimmung aus kirchlichen und universitären Kreisen — eine bis dahin unbekannte Mobilisierung der Bevölkerung.

Die Volkspetition gegen die Neutronenbombe wurde binnen eines halben Jahres von 1,2 Millionen Niederländer/innen unterschrieben. Am 18. März 1978 wurde ein internationales Forum mit 1.500 Gästen aus 29 Ländern veranstaltet, das sich mit den moralischen und medizinischen Aspekten des Einsatzes der Neutronenbombe befaßte, mit der Auswirkung der N-Bomben-Produktion auf die internationale Lage und die Widerstandsfähigkeit.

Am 19. März saßen 50.000 Menschen durch die Straßen Amsterdams und bildeten die größte Friedensdemonstration seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Niederlanden (27).

Die Kampagne wurde getragen von den seit 1977 entstandenen rund 300 örtlichen Aktionsgruppen (die inzwischen allerdings größtenteils dahingegangen sind). Hunderte von Veranstaltungen mit zusammen etlichen zehntausend Teilnehmern, der Verkauf von hunderttausenden von Plakaten, Aufklebern, Buttons und Bulletins propägierten den Protest gegen die Neutronenbombe bis in die äußersten Winkel der Niederlande.

Unter dem Eindruck der massenhaften Proteste, aber auch aufgrund des intensiven Einwirkens von IKV und Pax Christi insbesondere auf die Christdemokraten, sprach sich das niederländische Parlament zweimal mit großer Mehrheit gegen die Neutronenbombe aus. Im März 1978 und dann nochmal im Oktober 1978, als bekannt wurde, daß Carter den Auftrag zur Produktion bestimmter Teile der Neutronenbombe gegeben hatte.

Nach dem Bekanntwerden des Beschlusses von Carter hatte das Komitee

im Oktober 1978 zu Demonstrationen in Groningen und Amsterdam aufgerufen, an denen sich 5.000 bzw. 8.000 Menschen beteiligten. Es folgte im Dezember 1978 ein zweites internationales Symposium mit Friedensforschern und Militärs sowie im Januar 1979 eine Kultur-Veranstaltung, bei der hunderte von Künstlern unter dem Motto „Wir gegen die Neutronenbombe“ vor 7.000 Besuchern auftraten. Danach folgte die Kampagne schnell ab. Die letzte große Demonstration gegen die Neutronenbombe mit 10.000 Teilnehmern fand statt, als Reagan Beschluß zum Bau der Bombe im August 1981 bekanntgegeben war.

Im Sommer 1978 hatte das Komitee die ausschließliche Orientierung auf den Protest gegen die Neutronenbombe aufgegeben und sich in „Komitee Stoppt die Neutronenbombe/Stoppt das atomare Wettrüsten“ (Samenwerkungsverband Stop de N-bom/Stop de kernwapenwedloop) umbenannt. Seither wendet sich das Komitee gegen jeden neuen Schritt atomaren „Wettrüstens“. Seit dem Sommer 1979 konzentriert es sich vor allem auf Aktivitäten gegen den NATO-„Nachrüstungs“-beschluß. Im Sommer 1981 wurde z. B. eine einwöchige „Kreuzfahrt gegen Kreuzerraketen“ per Boot durch die Grachten im ganzen Land unternommen.

Das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe/Stoppt das atomare Wettrüsten“ kann, neben dem IKV, als eine der beiden Massenorganisationen der neuen niederländischen Friedensbewegung angesehen werden. Und Massenorganisationen sind in Westeuropa bekanntlich nicht die radikalsten Zweige einer Bewegung. Dennoch ist es bemerkenswert, daß der IKV als kirchliche Friedensgruppe wesentlich breiter aktiv ist und radikalere Standpunkte vertritt, als das von der CPN getragene Komitee.

Während der IKV für den sofortigen Abzug aller Atomwaffen eintritt, wendet sich das Komitee nur gegen die Einführung neuer Atomwaffen, und konnte sich — um die Tür nach rechts hin (Sozialdemokraten, Liberale, Christdemokraten) offen zu halten — bei den Verhandlungen zur Amsterdamer Demonstration im November 1981 auch dahingehend durchsetzen, daß die gegenüber der IKV-Forderung weniger weitgehende Parole „Keine neuen Atomwaffen in Europa“ zur zentralen Forderung erhoben wurde.

Das Komitee ist ebenfalls aktiv im Bildungssektor und stellt den Schulen eine tatsächlich viel genutzte Ausstellung zur Verfügung. Außerdem gibt es im Komitee seit September 1980 eine Arbeitsgruppe „Gesundheitsarbeiter gegen Atomwaffen“.

Anmerkungen und Quellen:

- (1) Vredemagazine #1
- (2) Tien jaar IKV, S. 3
- (3) 4 a O 5
- (4) Vredemagazine #1
- (5) ebd.
- (6) Vrij Nederland, 20.12.1980
- (7) ebd.
- (8) IKV-bericht, Juni 1981
- (8a) oder auch nicht... Die Regierungskoalition von u. a. Christ- und Sozialdemokraten (PvdA) ist gerade geplatzt, die PvdA ist aus der Regierung ausgestiegen. Nach den Neuwahlen im Herbst können sich im Verlaufe der unvermeidlichen Koalitionsverhandlungen neue Kombinationen ergeben.
- (8b) Zur neueren internationalen Politik des IKV, insbesondere des „aktuellen Verschiebens“ der Bonner Demo am 10.6. in den Niederlande, S. 21, S. 1
- (9) De kerken en het vraagstuk van het militairisme in Nederland, hrsg. von der „Arbeitsgruppe Militairisme“ des IKV und des Rates der Kirchen, S. 23
- (10) ebd.
- (11) De Nieuwe Linc, 4.11.1981
- (12) Henk Brandhorst in: „De Nieuwe Linc“, 18.11.81
- (13) ebd.
- (14) Rede der Plattformgruppen in Amsterdam am 21.11.81
- (15) Henk Brandhorst, a. a. O.
- (16) ebd.
- (17) „Onkruid“ ist ein Wortspiel, „kruid“ heißt „Kraut“, „kruid“ heißt (Schieß-)Pulver. „Onkruid“ ist demnach sowohl „Unkraut“ als auch „Nicht-Schießpulver“
- (18) Willem de Haan (Totalverweigerer) in: „Vreded“, Zeitung des VD, Sept. 1978
- (19) Jan Eilander in: „Haagse Post“, 4.7.81
- (20) ebd.
- (21) Willem de Haan, a. a. O.
- (22) in: n. Jan Eilander, a. a. O.
- (23) J. van Laanen in: „De Groene Amsterdammer“, 27.11.82
- (24) ebd.
- (25) Jan Eilander, a. a. O.
- (26) J. van Laanen, a. a. O.
- (27) ebd.
- (28) siehe ausführlich in AK 126, S. 41. Ausführliche Informationen zur geschichtlichen Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung wie speziell zu den Positionen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei zur heutigen Friedensbewegung und zur Rolle des IKV und enthalten in dem Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden dieser Partei, Fred van der Spek, im AK 209, S. 14 ff.

Niederlande-Kommission



Einer der Treuesten von der niederländischen „Legion alter Kämpfer“ bei der USA-Show der CDU im Bonner Hofgarten am 6.6.82. Seine Flagge zeigt auf der einen Seite die niederländischen Farben, auf der anderen Seite das Sternenbanner (Foto: K.M.JAK)

„Holland pro USA“?

Nicht nur rechtsradikales Geschwätz aus bundesdeutschen Ländern sah sich bei der christreaktionären USA-Show am rechten Platz, auch die niederländische „Legion alter Kämpfer“ (Oud-Strijders Legioen, OSL) brachte im Bonner Hofgarten den USA und der Nato ihre Huldigung dar.

Die „Legion alter Kämpfer“, ein Verband, in dem sich Soldatesken aus dem Indochina- und dem Koreakrieg zusammengefunden hat, ist nach dem Urteil der Amsterdamer Anne-Frank-Stiftung eine „rechtsextreme“, „antikommunistische“ Organisation. Für den OSL-Vorsitzenden Prosper Fgo, der die Truppe in Bonn anführte, ist „links“ auf gut fachmännisch „ein Synonym für Mord, Drogen und Vergewaltigung“ (zit. n. „Reformatorisch Dagblad“, 6.2.82). Aus der OSL entstanden ist jene „Arbeitsgruppe Recht und Freiheit“, die im Februar dieses Jahres in Groningen gegen Antimilitari-

sten mobil machte und befand, Kreator, Feministinnen, Ausländergruppen usw. seien als „Eitorgeschwüre“ zu bezeichnen (s. AK 220, S. 15).

Nach Bonn angereist war eine Busladung alter Kämpfer mit Damen und Mitgliedern der OSL-Jugendorganisation „Constructief Jong Nederland“. Die Damen waren mit kleinen Tafelchen „NAVO — verzeker de vrede“ (Natoichert den Frieden) angeklebt, die „jungen konstruktiven Niederländer“, schon Forscher, verkündeten per Transparent: „USA our friends“ und „USA — NAVO for ever“.

Den „alten Kämpfern“ schließlich war es vorbehalten, sich während der Abschlusssitzung direkt unter seinem Podium mit ihrem Haupttransparent „Holland pro USA“ zu positionieren. Das gab zwar freundlichen Beifall, aber geglückt haben diese frohe Botschaft selbst die CDUler nicht.

Niederlande-Kommission



aus: Niederlande sagt NEET, Foto-impressione

Dritter Weg (87. Auflage)

Die niederländische Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP), bei den Versuchen einer Koordination revolutionärer Organisationen Europas Ende der sechziger Jahre ausdrücklich nur als „Beobachter“ zugegen, war der Organisator (und vermutlich auch Initiator) eines Treffens von einem „Dutzend linkssozialistischer, ökologischer und radikaler Parteien“ Anfang März in Den Haag (dieses und alle anderen Zitate aus „Bevrijding“, Ztg. der PSP, 31.3.82). Das Thema des Treffens lautete „Sicherheitsalternativen und nukleare Abrüstung. Herausforderung für die Links“.

Schriftführer der Zusammenkunft war „Agaoe“, eine Zeitschrift, die herausgegeben wird „von einer Gruppe linksradikaler Journalisten, Beamten und Parlamentarier, die in und um europäische Einrichtungen herum in Brüssel beschäftigt sind“.

Aus einer „breiten, unverbundenen Diskussion“ nahmen teil: Vertreter der PSP, der Radikalpolitischen Partei (Niederlande), der PSU (Frankreich), PdUP (Italien), SF (Dänemark), der „Grünen“ sowie Personen vom linken Flügel der Labour Party, der flämischen Sozialisten und der Jusos. (Der „anerkannte“ bundesdeutsche Bundespartner der PSP war bisher das Sozialistische Büro, dessen Platz nun die „Grünen“ eingenommen zu haben scheinen, zumal diese den von der PSP stets äußerst hochgeschätzten Vorzug haben, eine „richtige Partei“ und parlamentarisch vertreten zu sein.)

In ihrem Beitrag orientierte die PSP auf „eine engere Zusammenarbeit zwischen den verwandten linken Gruppen auf der Konferenz“.

Den „alten linken Strömungen“ in Europa — Sozialdemokraten, Kommuni-

nisten, Anarchisten — gelange es aufgrund ihres „traditionellen Dilemmas, historischem Ballast oder Vorurteilsnommenheit nicht... einen effektiven ideologisch-politischen Anstoß an die Absichten der Friedensbewegung zu finden“. „Unsere Parteien“ hingegen stünden in allen Ländern Europas der „neuen Friedensbewegung“ am nächsten, besonders, wenn es um die Herausarbeitung eines „Dritten Weges“ für Europa gehe. Es müsse stärker auf eine Zusammenarbeit „unserer Parteien-Typen“ auf nationalem und internationalem Niveau hingearbeitet werden. Dies würde zur Glaubwürdigkeit „unserer Parteien“ auch gegen über jenen beitragen, die in kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen „Frustrationen auf Frustrationen häufen“, aber „uns“ gegenüber noch immer „Skepsis und Unglauben in unsere letztendlichen Möglichkeiten“ zeigten. Es ginge nicht darum, die „alten Strömungen“ zu bekämpfen, es seien jedoch „voruntreibende, blockunabhängige, selbständige Formationen“ notwendig.

Ungeachtet aller Verschiedenheiten der auf der Konferenz vertretenen Parteien sei allen gemeinsam „dieselbe Wertschätzung politisch ungebundener Massenbewegungen“ wie ein starkes Interesse an der „Entwicklung eines „Dritten Weges“ für Europa, aber nicht auf der Basis eines neuen europäischen zentralistischen Machtdenkens“.

Die Konferenzen dieses Spektrums sollen fortgesetzt werden. Ein nächstes Treffen wird von der Radikalpolitischen Partei (PPR) zu europäischen Wirtschaftsproblemen vorbereitet.

Neben der allgemeinen Diskussion wurde, wie es das PSP-Organ mit feinem Gespür für Selbstverleugung darstellte, „von der PSP in den Wahlkämpfen auf ein gemeinsames Statement „unserer Parteien“ hingearbeitet“, welches das Bemühen mit der Ablehnung der folgenden Resolution gekrönt wurde:

„Die unterzeichnenden, unabhängigen linkssozialistischen, radikalen und ökologischen Parteien streben einander in Den Haag am 1., 2. und 3. März, um über Sicherheitsalternativen und nukleare Abrüstung zu diskutieren.“

Unsere Parteien und davon überzeugt, daß die Situation in Europa zu großen Sorgen Anlaß gibt. Unser Teil der Welt wird jetzt mit der Entscheidung konfrontiert, entweder einen eigenen Weg zu entwickeln, um Frieden, Abrüstung und Unabhängigkeit zu erreichen oder ein Schlachtfeld für die Supermächte zu werden.

Unsere Parteien wollen einen Ausweg aus dem antagonisierenden, antidemokratischen und gefährlichen System der militärischen Rivalen.

Unserer Überzeugung nach bedarf Europa einer eigenen, neuen und klaren politischen Alternative. In diesem Zusammenhang diskutieren unsere Parteien die Aufhebung sowohl der NATO-Modernisierungsbeschlüsse hinsichtlich der Kernwaffen als auch des Einsatzes Spaniens in die NATO, ebenso sprechen wir über die Vorschläge zu kernwaffenfreien Zonen in Europa.

Unsere Parteien beschließen die Diskussion und Zusammenarbeit hinsichtlich der oben genannten Punkte fortzuführen.

Den Haag, 3. März 1982
Sozialistische Volkspartei (Dänemark), Democrazia Proletaria, Partito d'Unità (Italien), Radikale Linke (Niederlande), Pazifistisch-Sozialistische Partei, Radikalpolitische Partei (Niederlande), Griechische kommunistische Partei, Inland (sozialkommunistische Richtung), Vereinigte Sozialistische Partei (Frankreich), Die Grünen (Bundesrepublik Deutschland).

Nie wieder Hiroshima! Nie wieder Krieg!!!

400.000 auf der Friedenskundgebung in Tokio

Unter dem Motto „Tokioter Friedensaktion für Abrüstung und Abschaffung von Atomwaffen 1982“ versammelten sich am 23.5.82 lt. Veranstalter 400 000 Menschen in Tokio zur größten Friedenskundgebung in der japanischen Geschichte, doppelt so viele wie bei der Friedenskundgebung in Hiroshima zwei Monate zuvor am 21.3. Mobilisiert hatten etwa 380 verschiedene Organisationen, darunter etablierte Parteien wie die JSP (Sozialisten), JCP (Revier), Komeito (Reformisten), Gewerkschaftsverbände wie die Sohyo, die als JSP-nahestehende Kraft wohl knapp die Hälfte der Teilnehmer mobilisierte, Verbraucherverbände usw., aber auch zahlreiche „autonome“ Gruppen und kleine Organisationen.

Bei den Vorbereitungen gab es, wie zu erwarten, starke Auseinandersetzungen um die Vertretung verschiedener Interessen und Forderungen. Seitens der stark repräsentierten Sohyo-Vertreter wurde erklärt: „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit es nicht zu einer anti-amerikanischen Demonstration wird. Um den Basischarakter der Bewegung zu fördern, werden wir keine Gewerkschaftsfahnen mitführen.“ (zit. nach „Sekai Kakumei“, Nr. 732). Daneben gab es aber auch direkte Spaltungsversuche aus den Reihen der Revier, wonach sie den Ausschluß aller „gewalttätigen Elemente“ und „Chaoten“ (sprich alle Gruppierungen links der JSP) aus der Friedensbewegung forderten. Dies wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Vielmehr konnten die Autonomen und

tunk, Anm. AK), sondern läßt uns den aus einen breiten Kampf gegen die Suzuki/DP-Regierung und das Reagan-Regime entwickeln.“ (Aus zwei Aufruf Flugblättern der Bürgervereinsammlung zur Vorbereitung des teach-in) Hervorzuheben ist hierbei die Tatsache, daß trotz des breiten Bündnispektrums der Autonomen und der Linken auch in den einzelnen Flugblättern und Erklärungen ein einheitlicher Standpunkt hinsichtlich der US- und japanischen Rüstungspolitik als die Hauptkriegsgefahr im Fernen Osten deutlich vertreten wurde.

Bedaurend war allerdings, daß der teach-in-Veranstaltung nur ein Platz zur Verfügung gestellt wurde, der normalerweise 15 000 Menschen aufnehmen kann. Der Platz war aber geräumig mit über 20 000, so daß viele

breitangelegten öffentlichen Kampagne zur Stärkung der Vaterlandsliebe begleitet, die mit dem Verteidigungs-Weißbuch 1981 offiziell eingeleitet wurde. Vor einigen Wochen erklärte der japanische Verteidigungsminister Itoh: „Mittels der nationalen Verteidigung, die ein Zeugnis für die Solidarität im Volk ist, muß eine neue Staatsauffassung entstehen... Dank des Ambo-Vertrages konnte die japanische Wirtschaft aufblühen und der Frieden gewahrt werden.“ (Der Direktor der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Eugene Rostow, hatte es vor einem Jahr noch zynisch formuliert: „Trotz der Atomangriffe auf Japan, Japan lebt nicht nur, es blüht!“ Anm. AK). Doch gleichzeitig ist der Frieden für das Volk eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung ist noch und noch aus dem Bewußtsein verschwunden... Was kann ein Volk von 117 Mio. Menschen zusammenschweißen, wenn nicht die Verteidigung.“ (zit. nach „Sekai Kakumei“, Nr. 732). Diese Art von „Verteidigung“ bewußtsein hat in der Vergangenheit bereits mehrmals zu japanischen Eroberungskriegen auf dem asiatischen Festland wie auf den südpazifischen Inseln geführt und Massenbathbäder angerichtet.

Aber auch heute, 37 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges geht das Kriegsterben in Japan weiter. Unter „fernen Lieben“ wurde kürzlich wieder von einem Selbstmord eines Hiroshima-Opfers berichtet, diesmal eine 50-jährige, arbeitslose Frau, die damals am 6.8.1945 etwa 2 km vom Explosionszentrum entfernt verletzt wurde (lt. „Nihon Keizai Shinbun“, 7.5.82). Es kann nicht oft genug wiederholt werden:

- mehr als 200 000 Tote unmittelbar nach dem Bombenabwurf von Hiroshima und Nagasaki;
- 255 000 unmittelbar nach den Explosionen an den Verletzungen Gestorbene;
- weitere 100 000 Tote in den folgenden 10 Jahren;
- heute noch 370 000 lebende Atombombenopfer;
- das unbekannte Schicksal der ca. 360 000 jetzt lebenden Nachkommen der Atombombenopfer;
- insgesamt 150 000 im Krieg zwangsverhaftete koreanische Atombombenopfer, davon 50 000 Tote, um die sich der japanische Staat in keiner Weise kümmert.

Mit diesen grausamen Fakten und — das unbekannte Schicksal der ca. 360 000 jetzt lebenden Nachkommen der Atombombenopfer, — insgesamt 150 000 im Krieg zwangsverhaftete koreanische Atombombenopfer, davon 50 000 Tote, um die sich der japanische Staat in keiner Weise kümmert.

Mit diesen grausamen Fakten und der gegenwärtig betriebenen Militärpolitik Japans vor Augen sowie angesichts der Bedeutung einer Militärgründung Japan als Hauptbaustein des Imperialismus im asiatisch-pazifischen Raum ist der derzeitige Aufschwung der japanischen Friedensbewegung ein erfreulicher Anfang. Zwar stellte ein Vertreter des japanischen Konsumgenossenschaftsverbands, einer der größeren Organisationen der Tokioter Friedenskundgebung, zufrieden fest: „Wenn man diese Massen anschaut, kann man behaupten, die Anti-Atomwaffen-Bewegung sei anti-amerikanisch oder sozialistisch/kommunistisch unterwandert.“ („Mainichi Shinbun“, 24.5.82) Und es mögen auch die Kriegsteilnehmer in der japanischen Regierung und anderswo erleichtert über den ruhigen, vollstehenden Verlauf der Veranstaltungen aufgetaucht haben. Das hat allerdings seine guten Gründe, die nicht einmal in die Nachkriegsgeschichte der japanischen Friedens- bzw. Anti-Kriegsbewegung zurück. Die 1940er (anti-) Ambo-Kämpfe waren eine militante Volkserhebung, die sich in eine Ausweisung eines Generalstreiks und in blutigen Straßenschlachten und auf ihrem Höhepunkt in eine tagelange Bestürmung und Belagerung des japanischen Parlaments mit 330 000 Arbeitern und Studenten ausweitete, und als deren Folge die japanische Regierung zurücktreten mußte, und der Staatsbruch des damaligen US-Präsidenten Eisenhower in Japan verhindert werden konnte! Ferner gab es auch die 1970er Ambo-Kämpfe als anti-imperialistische Massenbewegung, wenn auch nicht mehr so erfolgreich.

Obwohl solche Kämpfe heute kaum noch vorstellbar sind, und sie bei vielen japanischen Friedensbewegten Genossen/innen als Erinnerung und Zukunftsmotiv noch wach. Und der Erfolg des links/autonomen Bündnisses sowohl in zahlenmäßiger Hinsicht als auch hinsichtlich der dort vertretenen Positionen (unter den Anwesenden wurde dieses Bündnis angesichts der langjährigen Zersplitterung der japanischen Linken als einmalig bewertet) bietet auch etwas mehr als nur einen Hoffnungsschimmer.

Nie wieder Hiroshima!
Nie wieder Nagasaki
Nie wieder Krieg!

Weltweit Demonstrationen für Frieden und Abrüstung

Wien: Am 15.5. gab es die bisher größte österreichische Demonstration. 70 000 Menschen waren laut Veranstalter gekommen, über 250 Organisationen und Gruppen, einschließlich der Jugendorganisationen von SPÖ und ÖVP hatten zu der Aktion aufgerufen.

Göteborg: Ebenfalls am 15.5. kamen 100 000 Menschen zur bisher größten Friedensdemonstration in Schweden zusammen. Hauptlosung dieser Demonstration war „Für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa — für ein atomwaffenfreies Europa“.

Paris: 15 000 - 20 000 linke Demonstranten sammelten sich am 5.6. zum Reagan-Empfang am Place Clichy in Paris.

Rom: 200 000 Menschen zogen bei der Anti-Reagan-Demonstration am 5.6. durch die Innenstadt Roms, angeführt von einer Delegation aus dem sizilianischen Comiso (Stationierungsort für Cruise Missiles).

Ah am Ende des Demozuges in die Fenster verschiedener Zeitungen Steine fliegen, setzte die Polizei Tränengas ein und nahm 50 Demonstranten fest. Die PSI hatte sich (lt. „la“, vom 7.6.) von der Demonstration und den „Yankos go home“-Parolen distanziert, die sich „gegen einen Verbundeten unseres Landes“ richten würden. Ebenso distanzierte sich Pannella für die PRI (Partido Radicale, Schwesterpartei der Grünen) von dem „allgemein gehaltenen demagogischen“ Charakter dieser „50er-Jahre Demonstration“.

Spanien: 15 000 Menschen demonstrierten am 6.6. in einem 12 km langen March zum US-Stützpunkt Torrijon de Ardon (Kommando-Zentrale der US-Streitkräfte) unter dem Motto: „Nato sein, die Militärbasen raus“.

London: 250 000 Menschen nahmen am 6.6. an der Demonstration zum

Reagan-Empfang in London, das zwischen zur „atomwaffenfreien Zone“ erklärt wurde, teil. Organisiert war die Demo von der „Kampagne für nukleare Abrüstung“ (C.N.A.), maßgeblicher Träger des Russel Aufrufs (im England). „Wenn ich Euch hier alle sehe, beweist ihr, daß alle Unkenrufe über den Bunkerrast der englischen Friedensbewegung falsch sind“, rief E.P. Thompson (Russell-Peace-Foundations) den Demonstranten im Hyde-Park zu. Die Demonstration richtete sich gegen die nukleare Aufrüstung und forderte die Verbannung aller britischen und US-Atomwaffen. Auffällig war allerdings, daß jeder Anti-US-Ton vermieden wurde. Im Gegenteil hatte sich CND vom „Reagan Reception Committee“ distanziert, das zum Reagan-Empfang mit 4 000 Menschen zur US-Botschaft demonstriert war und dort von 2 000 Bullen eingekerkert wurde.

Auf der CND-Demo fehlte auch jede Parole zum Falkland-Krieg. Schon vor der Demo erklärte CND-Generalsekretär Bruce Kent, daß sich die Demo nicht gegen Reagan und schon gar nicht gegen die USA richten würde.

Zum Falkland-Krieg meinte er, daß CND eben keine pazifistische Organisation sei, sondern sich hauptsächlich gegen Atomwaffen wende. Müßen dort erst Atomwaffen eingesetzt werden, bis dieser Krieg für diese „Friedens“bewegung interessant wird?

New York: 500 000 bis 1 Mio. Demonstranten kamen nach Manhattan in New York und forderten anläßlich der UNO-Abrüstungskonferenz und der Rückkehr Reagans aus Europa die sofortige Einfrierung der Stationierung und Produktion aller Nuklearwaffen als Beginn „ernsthafte“ Abrüstungsverhandlungen.



Kinder mit selbstgebastelten Schildern: „Wir sind gegen den Krieg! Kriege sind verbrecherisch!“ (Foto: Shakesh Shimpoo).



Kinder mit selbstgebastelten Schildern: „Wir sind gegen den Krieg! Kriege sind verbrecherisch!“ (Foto: Shakesh Shimpoo).

die Linken, die sich in einer großen Aktionskette zusammengefaßt hatten, eine eigene „teach-in“-Veranstaltung auf dem Kundgebungsplatz durchsetzen.

Insgesamt trugen die zahlreichen Veranstaltungen, die gleichzeitig in drei verschiedenen Tokioter Parks stattfanden, einen friedlichen Charakter mit Musik, Bilderausstellungen, Anti-Kriegs-Kunst, Theater und vielen Wortbeiträgen von den unterschiedlichsten Gruppierungen, z.B. von Anti-AKW-, Anti-Stützpunkt-, Frauen-, Schul-, Körperbehinderten-, Gewerkschafts- und Umweltschutzgruppen sowie Sanrizuka-Bauern, Korea-Solidaritätsgruppen usw. Deutlich wurde dabei die starke Orientierung an den Friedensbewegungen Europas und der USA.

Die auf der Hauptveranstaltung verabschiedete zentrale Resolution, der „Tokioter Appell“, enthält lediglich Forderungen nach Verbot aller Kernwaffen, Schaffung atomwaffenfreier Zonen, zügiger Abrüstung und erhöhter Friedensabstimmung zwischen der japanischen Regierung. Sie weist weder anti-imperialistische Züge noch Anti-Kriegselemente auf, indem sie die Kriegsverantwortlichen und deren Kriegspolitik bleiben völlig unerwähnt.

Anders war es allerdings bei der teach-in-Veranstaltung der linken und autonomen Kräfte. In ihrem Aufruf zur Kundgebung betonten sie: „Um eine starke Bindung mit den Friedensbewegungen der übrigen Welt zu schaffen, müssen wir zunächst unsere unmittelbare nukleare Realität um uns herum anschauen. Die Entwicklung Japans zur militärischen Großmacht, die Existenz der US- und SDF („Selbstverteidigungskräfte“ Japan, Anm. AK), Stützpunkt und dem Ambo-Vertrag (militärisches Pakt zwischen den USA und Japan, Anm. AK), die Lagerung von Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel... Die US-Regierung führt Atomwaffen nach den US-Militärstützpunkten in Okinawa, Iwakuni, Yokota und Yokosuka ein und lagert sie dort. Dieses „Recht“ wird den Amerikanern durch den Ambo-Vertrag garantiert... Wenn schon gegen Atomwaffen, dann auch gegen Atomkraft — weil wir gegen Atomwaffen sind, daher auch gegen den Ambo-Vertrag... Diese Friedenswille darf nicht bei der Entsendung von Vertretern zur zweiten UN-Sondersitzung zur Abrüstung (im Juni) hohlkühnen für die reformistischen Kräfte Japans

Kundgebungsteilnehmer daran vorbeiliegen, wo doch in vielen Flugblättern von anderen Gruppen (s.B. Jugendverbände der JSP, Eisenbahnergewerkschaften usw.) auch Anti-Ambo- und Anti-AKW-Positionen vertreten wurden.

Weitere Hiroshimas und Nagasakis werden vorbereitet

Die japanische Friedens- und Abrüstungsbewegung hat nicht nur einen historischen Bezug, sondern ebenso ganz aktuelle Anlässe, da Kapital und Staat Japan erneut zu einer militärischen Großmacht aufbauen. Dies wird sichtbar an:

— der überproportionalen Erhöhung des Verteidigungshaushalts trotz Sparpolitik auf allen anderen Ebenen. In der Weltangliste lagen die japanischen Verteidigungsausgaben für das Fiskaljahr 1981 an 2. Stelle, die Flottenrang an 7. Stelle.

— Der Erweiterung der japanischen „Verteidigungsaufgaben“ auf alle See- und „diskutiert“ im Rahmen eines sog. Gesamt sicherheitskonzepts, wonach die Machtinteressen Japans auch außerhalb seiner Landesgrenzen sichergestellt werden sollen.

— Den immer größer werdenden Kriegsstärken, z.T. mit den westlichen Alliierten und Südkorea, einschließlich offensiver Landeübungen, wie beispielsweise die bisher größte gemeinsame „Verteidigungs“-Übung aller drei Waffengattungen der SDF (im Norden Japans, die mit einer Großlandübung endete. Angesichts der seit Jahres sich steigenden Kampagne in Japan um die Rückgabe der sowjetisch besetzten vier Nordinseln Japans, und Assoziationen mit dem Malvinen Konflikt nicht von der Hand zu weisen.

— Der Ausarbeitung militärischer Krisenpläne für den Fernen Osten (auch gemeinsam mit den USA und Südkorea).

— Den Bestrebungen zur Verfassungsreform, die das Kriegrecht und das Militär wieder verfassungsmäßig verankern soll.

— Der stillschweigenden Zulassung der Atomwaffenführung und Lagerung durch die USA. Bei der UN-Generalversammlung im vergangenen Jahr stimmte Japan gegen die Resolution über ein Einheitsverbot von A-Waffen.

— Den Waffenexporten einschließlich der zugehörigen Militärtechnologien. Diese realen militärischen Großmachtbestrebungen werden von einer

Zivilschutz in der BRD

Bürgerkrieg

Zivilschutz in der BRD

Bürgerkrieg statt Bunker

Kriegsplanung auch an der „Heimatfront“

Bahutbunker gibt es nur für eine verschwindende Minderheit. Die Militärstrategen rechnen schon deshalb mit panikartig fliehenden Menschenmassen — ein Störfaktor in der Kriegsplanung. Im Kriegsfall der Zivilverteidigung verbindet sich das gewalttätige Vorgehen gegen die während der Zivilbevölkerung mit der Niederschlagung von Subversion und Aufstand. Auf den Kampf gegen diesen inneren Feind, auf den Bürgerkrieg im Krieg bereiten sich Bundeswehr und Polizei mit geronnener Zeit vor. Wenn heute in der Friedensbewegung Konzepte einer defensiven, neutralisierten Armee entworfen werden, dann wird dabei übersehen, daß die Kriegsplanung auch für die Heimatfront eine „Vorwärtsverteidigung“ ist.

Die staatlichen Zivilschutzagenturen, besonders der Öffentlich-rechtliche Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), nutzen die wachsende Kriegsangst in großen Teilen der Bevölkerung, um die Ideologie „Jeder kann etwas für seinen Schutz tun“ unter die Leute zu bringen. Durch diese Propaganda sowie durch sensationell aufgemachte Presseberichte über einen angeblichen Bauboom bei Privtbunkern entstand in Teilen der Friedensbewegung der falsche Eindruck, es gebe heute tatsächlich einen verstärkten Ausbau der Bunker und diese Kriegsvorbereitung müsse angeprangert werden.

Die Mittel, die in den Zivilschutz gesteckt werden, zeigen allerdings, daß von einem realen Ausbau nicht zu erwarten ist.

Am dem Bundeshaushalt wurden für die Zivilverteidigung insgesamt

1979	730 Mio.
1980	730 Mio.
1981	740 Mio.

(1)

Verglichen mit den allgemeinen Militärausgaben handelt es sich in den letzten Jahren nur um eine geringfügige Steigerung. Dabei sagen diese Zahlen noch nichts über die Ausgaben für den Bunkerbau aus, da diese nur einen kleinen Teil der Mittel von Etat für Zivilverteidigung.

Am Beispiel 1980: Militär-Etat 38 631 Mio. — ca. 640 DM pro Kopf
Zivilverteidigung 730 Mio. — ca. 12 DM pro Kopf
Schulzrumbau: 59 Mio. — ca. 1 DM pro Kopf

(2)

Die Ausgaben für die Aufrüstung verhalten sich also zu den Ausgaben für Bunkerbau im Verhältnis 600:1. Der Hauptanteil der Gelder für Zivilverteidigung geht an die Katastrophenschutzverbände, die gesetzlich verpflichtet sind, sich mit Ausbildung und Gerät auf den ABC-Krieg einzustellen; dabei der berühmte „Bundesverband für Selbstschutz“ („Halten Sie Ihre Dokumentenmappe bereit“) bekommt für seine Verdummungspropaganda genauso viel Geld wie der materielle Bunkerbau.

„Beim Zivilschutz handelt es sich um ein elementares Gebot der Nächstenliebe.“ (Helmut Schmidt 1962)

Angesichts der minimalen Anstrengungen, die dem Staat der Schutz seiner Bewohner wert sind, kann also von einem Zivilschutz nicht die Rede sein. Im Bundesdurchschnitt gibt es für drei Prozent der Bevölkerung Bunkerplätze; von diesen 1,8

Millionen Plätze sind 870.000 ohne Belüftungseinrichtungen und 340.000 befinden sich unter Behördenbauten, es verbleiben also ganze 400.000 Plätze, die öffentlich „ausgelagert“ sind und einen minimalen Schutz für kurze Zeit darstellen. (3)

Auch die modernen „Mehrwachsanlagen“ (Bunker in U-, S-Bahnhöfen und Tiefgaragen) dienen mehr der Optik, denn für ihre Wartung, die im Unterschied zur Beauftragung in die Zuständigkeit der einzelnen Städte fällt, werden meist nicht einmal die notwendigen Gelder bereitgestellt, so daß die Bunker häufig weder über intakte Filter noch über Lebensmittel und Medikamente verfügen.

Wer noch die Illusion hatte, in einem Bunker Zuflucht finden zu können, konnte sich kürzlich aus berufenem Munde belahren lassen: Der „Bundesverband für Selbstschutz“ warnte in München davor, die vor-

Konkret heißt das: Die ungeschützte Bevölkerung wird im Kriegsfall in massenhafter Panik zu fliehen versuchen. Bundeswehr-Studien gehen davon aus, daß die Straßen und Autobahnen im Krisenfall binnen kurzem von zwei Millionen PKW verstopft sein würden (7) — die Bevölkerung stellt im zynischen Kalkül der Militärstrategen schlicht einen Störfaktor dar. Deshalb bereiten sich Staat und Militär heute darauf vor, diesen Störfaktor optimal unter Kontrolle zu bekommen: durch militärische/polizeiliche Gewalt und durch gezielte psychologische Manipulation.

„Stay put“ — Stirb zu Hause!

Die NATO-Doktrin „stay put“ (Bleib, wo du bist) schreibt vor, daß auf Anordnung des Innenministers im Span-

nungs- und Verteidigungsfall zu gute (1) zu vollziehen sind, wenn angeordnet wird, damit eine mögliche Krise nicht deshalb für uns zum Verhängnis wird, wenn die notwendigen Vorbereitungen für ihre Bewältigung unterbleiben“ (12).

Der Bürgerkrieg im Krieg wird eingeplant

Einschlägige Erfahrungen sammelte die Polizei mit der großräumigen „Eindämmung“ von Menschenmengen bereits bei Anti-AKW Demonstrationen (Brokdorf, Kalkar); schon Mitte der siebziger Jahre wurden derartige Großdemonstrationen ebenso wie die Anti-Terror-Manöver als Übungsfeld für den Spähungs- und Kriegsfall angesehen. „Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im

Kriegsfall zugute.“ (13) So wird die Polizei nicht nur auf speziell kriegsähnliche Aufgaben wie „die Bewachung internationaler Ausländer (1), die Verlegung von Strafgefangenen, die Durchführung der Einberufungsbescheide“ (13) vorbereitet, sondern vor allem auf den Einsatz gegen Menschenmengen ausgerichtet, die im Krieg passiv-flüchtend oder aktiv Widerstand leistend zum inneren Feind werden.

In dem Konzept des Bürgerkriegs im Krieg werden auch die Katastrophenschutz-Organisationen einbezogen, die in der Öffentlichkeit ansonsten als treue Helfer bei Sturmflut und Schneesturm dargestellt werden. (DRK, Malteser, Technisches Hilfswerk, Feuerwehren etc. verfügen über ein Personal von 1,3 Millionen, von denen rund 142.000 auf Bundeskosten für den Krisenfall ausgerüstet und unterhalten werden (14)).

Oktober 1981, Die Kreise Soest und Unna proben mit den Katastrophenschutz-Verbänden das Planspiel „Rauher Herbstweg“. Bombenanschläge auf ein Bundeswehr-Depot und eine Polizeikaserne; Brandsätze in Möbel-, Papier- und Tanklager; aus Hamburg schwebt eine Giftwolke heran... Der verantwortliche Ministerialdirektor über dieses Szenario: „Die Helfer sollten allerdings das Gefühl haben, etwas zu üben, was sich möglicherweise ereignen kann.“ Das Drehbuch dieser Veranstaltung wurde zur Verschlussache erklärt (15). Doch die Zusammenarbeit von Hilfsverbänden und Armee wird in allen Vorwahungsbereichen der Bundeswehr geprobt (16).

Ein ganzes Volk in Sammelager?

Ausgerechnet der Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes, Hans-Jürgen Schilling, brachte in einem Vorschlag die Absicht der Zivilschutz auf den Punkt — wie die Bevölkerung am besten aus dem Weg der Streikkräfte geräumt werden kann. Die ganze BRD solle in ein Netz von „Fluchtbürgen“ mit jeweils 50 km Abstand aufgeteilt werden. In diesen Orten sollten alle Bewohner der umliegenden Region unter Einsatz starker Polizeikräfte zusammengepflegt werden.

Für sein Konzept der Sammelager führte der DRK-Vorsitzende erhebliche Vorteile ins Feld. Es sei militär-taktisch

günstig (1), verursache geringe Kosten und... „Schließlich ließe sich das neue System wahlweise launlos einführen, hat jeden ostentativen (= herausfordernden) Effekte, der so leicht Mißverständnisse weckt. Die rechtlichen Möglichkeiten des Katastrophenschutzes reichen aus, die in Frage kommenden Ortschaften auszuwählen und in schweigender administrativer Selbstverständlichkeit auf ihre eventuelle Rolle vorzubereiten. (...) Auch die Personalplanung für die Polizeireserve bedarf zu wenig offensichtlichen Aufhebens wie die Mob.-Planung der Bundeswehr“ (17).

Obwohl bei dieser Beschreibung jeden Notstandsplaner das Herz höher schlagen mußte, blieb das Konzept in Militärkreisen auf wenig Gegenliebe, denn eine derartige Zusammenballung von Menschen würde eher eine massenhafte Panik begünstigen — wobei die Militär unter Panikpersonen auch die Verwundeten (sowas — als Fluchtbewegungen verhindern (18). Überdies ist, daß bei der Abwägung derartiger Modelle nicht einmal der Anschein humanitärer Motive aufrecht erhalten wird.

Psychologische Kriegsführung an der Heimatfront

1958 gab es im Bundestag noch Tumulte, als Helmut Schmidt das NATO-Planspiel „Lion bleu“ beschrieb: „Offiziere, deutsche Offiziere, die dieses Planspiel mit vorbereiten mußten, haben dabei gemeint: Sie müssen sich nämlich realistisch darauf einstellen (...), daß sie der Hunderttausende von Flüchtlingen auf den Straßen im Planspiel nicht anders Herr werden können, als sie durch Panzer von den Straßen herunterzuwerfen“ (19).

Heute ist die moderne Kriegsführung unter Regie Helmut Schmidts noch einen Schritt weiter, denn sie bezieht auch die Erkenntnisse der Massenspsychologie und die Verfügbarkeit der Medien in ihr mörderischen Kalkül ein. Die Bundeswehr-Kaderseinheiten

„Die Qualität jedes Krisenmanagements steigt mit der Verdrängung von Tabus.“

(aus einer Zivilschutzstudie)

für „psychologische Kriegsführung“ (PSV-Kommando) spielen bei dem durch, wie die Bevölkerung als Schachfigur im modernen Krieg eingesetzt werden kann: Man könnte durch fliegende Nachrichten über Atombombenabwürfe in bestimmten Gebieten die Flüchtlingsströme steuern und die

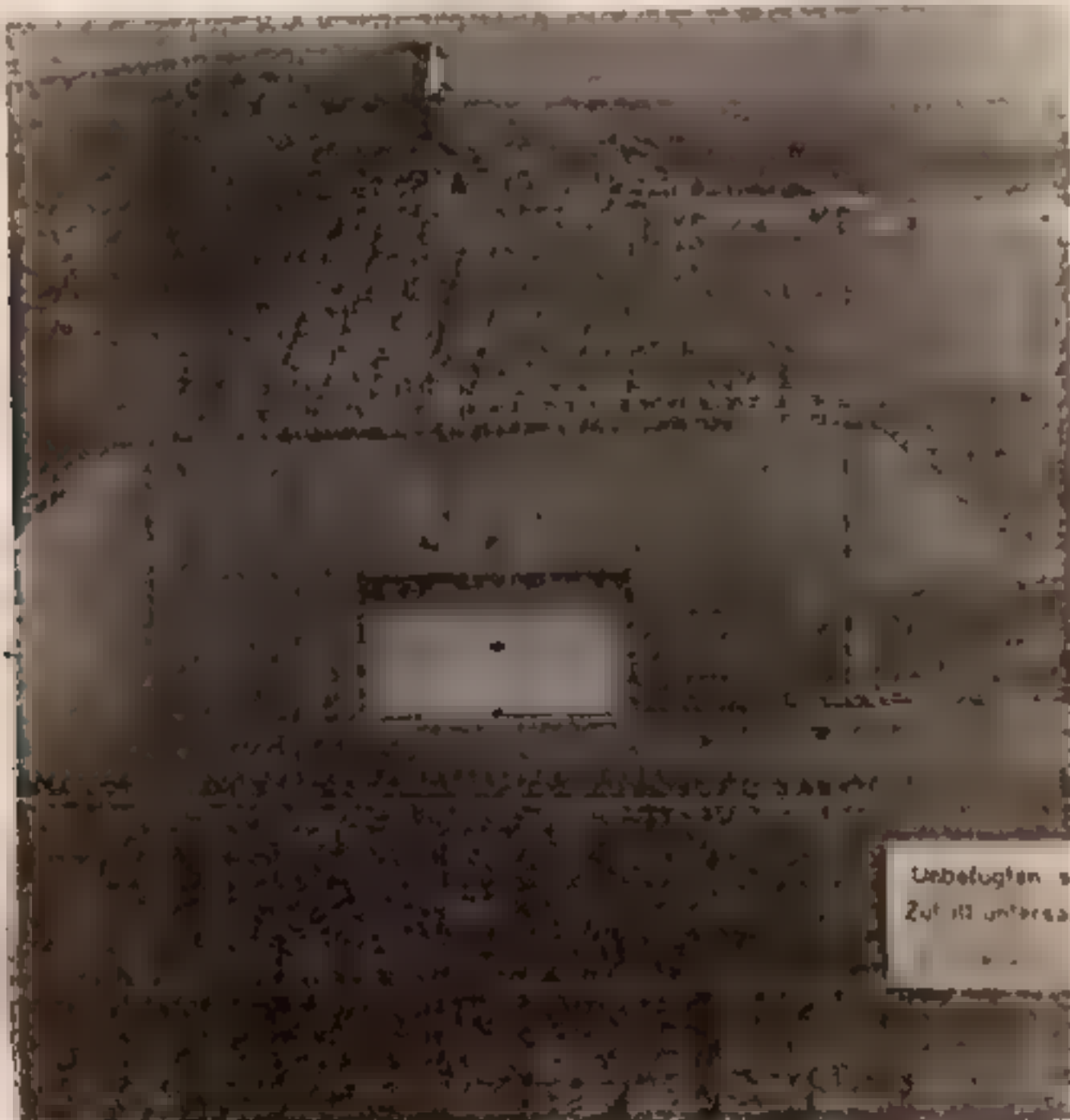
ganzes „Kontrollnetz“ von Atombombenabwürfen in bestimmten Gebieten die Flüchtlingsströme steuern und die Menschen den feindlichen Truppen entgegenstellen... (20).

Dieses Schicksal wird für die Bevölkerung bereit gehalten, die zu verteidigen und zu schützen man vorgibt. Daß sich unsicher erahnen, daß sich die Anti-Kriegs-Bewegung schon vor Kriegsbeginn Maschinengewehren gegenüber sehen wird.

ch., Hamburg

Anmerkungen

- (1) Fachzeitschrift „Zivilverteidigung“ 2/81
- (2) Ein-Angaben nach U. Dankert/ R. Hollidt, Zivilschutzmaßnahmen in der Hansestadt Hamburg, Uni Hamburg 1981
- (3) Zahlen nach Politik und Zeitgeschichte v. 21.2.81
- (4) nach: Süddeutsche Zeitung v. 18.2.82
- (5) Jörg. von Kalkreuth, in: Europ. Wehrkunde 2/81
- (6) FAZ v. 23.6.80
- (7) wie (5)
- (8) nach J. v. Kalkreuth Probleme ziviler und militärischer Verteidigung beim Aufmarsch der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa und gleichzeitigen Bevölkerungsbebewegungen auf deutschem Boden. Verschlussache 1980
- (9) wie (7)
- (10) Das „Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz“ ist damit faktisch ein Notstandsgesetz. Die Verfügungsgewalt liegt nach dem KBGG dann beim Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde, der dem Krisen-/Katastrophenschutz vorsteht.
- (11) wie (7)
- (12) FAZ v. 18.7.81
- (13) W. Siedschies, Regierungsdirektor an der Akademie für Zivile Verteidigung, in: Die Polizei 1/78
- (14) Hugo Schnell Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Spannungsfeld von Verteidigungsfall, Europ. Wehrkunde 11/77
- (15) nach: U. Emswiler Der Notstandsdiktator, Transatlantik 9/1980
- (16) nach: Vorwärts v. 18.10.81
- (17) nach: Die Neue v. 28.6.81
- (18) H.-J. Schilling, Zum Flüchtlingsproblem in kriegerischen Konflikten. Politik und Zeitgeschichte v. 21.2.81
- (19) so Wolfgang von Raven Aussage — in: Die Zeitungs- Politik und Zeitgeschichte v. 21.2.81
- (20) ältere nach: Die Zeit v. 30.4.81
- (21) davorige Sicherheitsmaßnahmen gibt es nach Angaben von M. Lohmann (Die schimmernde Welt, Psych. Kriegsführung in der BRD. Kursbuch 87/1982)



Der Sonnen-Bunker in der Elbe, Sitz der Notstandsregierung im Kriegs- und Spannungsfall. Bei der Stabübung „Winter 81“ wurde hier durchgespielt, wie ein bewaffneter Aufstand im Krieg niedergeschlagen werden kann.

handenen vier Bunker für je 3.100 Menschen aufzuwachen, da man bei diesem Versuch wahrscheinlich totgetrampelt würde... (4)

Die Zivilbevölkerung: Ein Störfaktor für das Militär

Von den Militärexperten und auch von Kriegeminister Apel wird selber zugegeben, daß eine Verbunkung der BRD erstens nicht möglich ist, weil dies alles Geld für die Aufrüstung verschlingen würde, und zweitens auch gar nicht sinnvoll ist, weil es im totalen Atomkrieg keinen Schutz geben kann.

Generalmajor a. D. von Kalkreuth, Ex-Kommandeur des Territorialkommandos Süd „Eine Vorbereitung auf den Extremfall eines uneingeschränkten Krieges wäre unsinnig und undurchführbar. Zivilschutzmaßnahmen in Westeuropa haben sich in erster Linie auf eine mit konventionellen Waffen geführte Verteidigung einzurichten, in der Kernwaffen, wenn überhaupt, dann nur selektiv auf dem Gefechtsfeld eingesetzt würden.“ (5)

Apel: „In einem solchen Fall (Atomkrieg) helfen auch keine Bunker, weil 60 Millionen darin nicht unterzubringen seien.“ (5a)

Optisch wirkende Zivilschutzmaßnahmen wie zum Beispiel die zunehmenden Übungen von Katastrophenschutz-Verbänden haben einerseits eine psychologische Funktion. Die Bevölkerung soll an den Gedanken gewöhnt werden, daß ein Krieg möglich und führbar ist, und auch die Soldaten in der Bundeswehr sollen den Eindruck haben, daß für ihre Angehörigen etwas getan wird.

Doch ist die psychologische Funktion dabei nicht die Hauptrolle: Wenn Militärstrategen über den mangelnden Zivilschutz klagen, haben sie dafür ihre eigenen Gründe, und die sind ganz und gar nicht humanitärer Natur. „Weil die Abhängigkeit der militärischen Verteidigung von der zivilen Verteidigung vielfältig sind, wirken sich ungenügend oder gar nicht vorbereitete zivile Schutzmaßnahmen direkt oder indirekt auf die Operationsfähigkeit der NATO-Streitkräfte aus.“ (6)

nungs- oder Kriegsfall jeder zu Hause, an seinem Wohnort, bleiben muß. Evakuierungen sind nur für besonders gefährdete bzw. unkämpfte Gebiete vorgesehen — konkret bedeutet dies, daß zum Beispiel in den sogenannten „Zonenrandgebieten“ wie Göttingen nicht einmal die Anti-Bunker vorhanden sind, aber auch keine Vorbereitungen für Evakuierungen getroffen werden.

Nach den Evakuierungsrichtlinien des Bundesinnenministeriums sollen die Bewohner dieser Regionen in die „rückwärtigen Räume“ verfrachtet werden und dort in Ortschaften mit bis zu 30.000 Einwohner im Verhältnis 1:1 einquartiert werden (8). Die Katastrophenschutzpläne, die für die Umgebung von Atomkraftwerken bekannt geworden sind, zeigen, daß eine derartige Massenevakuierung erstens gar nicht durchführbar und auch nicht beabsichtigt ist.

Da niemand freiwillig in einem bedrohten oder atomverseuchten Gebiet bleiben wird, stellen sich Bundeswehr und NATO darauf ein, die Stay-put-Doktrin mit Waffengewalt durchzusetzen. Für diese Zwangsmaßnahmen wurde sogar eine rechtliche Grundlage geschaffen: Nach § 12 des Katastrophenschutzgesetzes sind für diesen Fall die Grundrechte auf Freiheit der Person und auf Freizügigkeit abgeschafft, niemand darf ohne Erlaubnis des örtlichen Krisenstabs seinen Aufenthaltsort verlassen (9).

Um ganze Städte oder Regionen nach innen oder außen abzuregeln und „gegenläufige Bevölkerungsbewegungen“ auseinander zu jagen, stehen Polizei, Bundesgrenzschutz, Territorialheer (Heidjäger) und das Personal der Katastrophenschutzverbände bereit. Unter dem zynischen Titel „Verkehrsplanung für gegenläufige Bewegungen“ sollen in Niedersachsen die Vorarbeiten für diesen Einsatz bereits am weitesten gediehen sein, unter konkreter Beteiligung von Polizei, Territorialheer und NATO-Streitkräften (10).

Beim Bundesgrenzschutz wurde eine Einsatztruppe bereitgestellt, bisher 3.000 Mann, die auf 10.000 aufgestockt werden soll; ihre Aufgaben „mitwirken an der Raumung und Sperrung von Gebieten, die sich Bevölkerungsbewegungen lenken und die Streikkräfte bei der Freihaltung der Mi-



Lageskizze für den Ernstfall. Die hier lebenden Ausländer werden als besonders fluchtbereite Bevölkerungsgruppe angesehen... Nach dem Verkehrsicherstellungsgesetz ist bei Kriegsausbruch die Benutzung von Privat-PKW verboten — Straße frei für die Armee! (Karte aus „Realität Krise“, Studie im Auftrag des Innenministeriums)

aus, die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer sei als Gewährung einer freien Wahlmöglichkeit zwischen Wehrdienst und Ersatzdienst aufzufassen und wehrgenommen worden. Diese Regelung sprengt den vom Grundgesetz gezogenen Rahmen, in dem eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen zulässig ist. Andererseits aber müsse der Gesetzgeber nicht unbedingt auf das alte oder auch ein reformiertes Prüfungsverfahren zurückgreifen. Denkbar sei immerhin auch eine gestaltliche Ausgestaltung des Ersatzdienstes, die eine Gewissensprüfung in einem gesonderten Verfahren überflüssig mache. In diesem Fall müsse die Ersatzdienstpflicht so ausgestaltet werden, daß ohnehin nur „echte“ Kriegsdienstverweigerer diesen Ersatzdienst übernahmen, mit unechten Verweigerern typischerweise also nicht gerechnet werden brauche. Die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Regelung hänge von vielerlei Kriterien ab. Der Gesetzgeber müsse sicherstellen, daß der vorgesehene Ersatzdienst auch tatsächlich abgeleistet werden müsse. Ausschlaggebend seien auch die Dauer des Ersatzdienstes, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse.“ („SZ“, 14.4.78)

Demgegenüber gab es auch eine abweichende Meinung des Verfassungsrichters Hirsch, der dem Gesetz für durch das Verfassungskonform hielt. Ein weiterer, formaler Grund für das BVG-Urteil war, daß dieses Gesetz nicht dem Bundesrat passiert hatte. Somit wurde für die Zukunft festgelegt, daß eine Reform des Zivildienstgesetzes auf jeden Fall die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat passieren müsse, eine Vorgabe, die SPD und FDP bei der Ausarbeitung der neuen Entwurfs auch wieder auszunutzen beabsichtigt sind — in Richtung Verschärfung. Insgesamt kommt das Urteil der Aufforderung gleich, den Zivildienst so unattraktiv wie möglich zu gestalten.

Obwohl es Proteste gegen dieses Urteil von Seiten der FDP und SPD gab, setzte sich die Wehrdienst um die „beste Ausschöpfung des BVG-Urteils“ an. FDP und SPD waren sich einig, daß die Gewissensprüfung abgeschafft werden sollte, daß sollte aber der ZD gemäß den Richtlinien des BVG-Urteils drastisch verändert werden. Verlängerung des ZD auf 18 Monate (SPD) oder sogar 20 Monate (FDP); Einrichtung eines Konfliktdienstes, in Anlehnung an die Grundausbildung bei der BW, heimatferner Einsatz, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, also Kasernierung, und Ausbau der ZD-Plätze, so daß auch jeder KDVer eingezogen werden kann.

Die CDU/CSU kündigte demgegenüber an, daß ein Verzicht auf die Gewissensprüfung nicht in Frage komme. Auf dem Gebiet der Verschärfung des ZD war die sich weitgehend mit der FDP/SPD-Koalition einig.

1979 wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die einen Neuentwurf für das ZD-Gesetz vorlegte. Die CSU ließ den Allparteienkompromiß jedoch platzen, weil man sich über die Modifizierung der Gewissensprüfung und die Länge des ZD nicht einig war. Der Entwurf sah vor, daß das Prüfungsverfahren verändert, aber trotz gegenteiliger Zusagen von SPD/FDP nicht abgeschafft wird. Das erste Verfahren sollte nach Aktenlage, also ohne mündliche Prüfung, erfolgen, dann sollte es in „zweiter“ Instanz ein mündliches Verfahren und anschließend die Klage vor dem Verwaltungsgericht geben. Der Artikel über die Dauer des ZD wurde so formuliert, daß der ZD beliebig hätte verlängert werden können. Die vorrangige Einsetzung des ZDLers im sozialen Bereich sollte aufgehoben werden, so daß der Einsatz im Umweltschutz und im sog. Zivil- und Katastrophenschutz hätte ausgebaut werden können. Jeder ZDLer sollte einen Einführungsehrgang mitmachen und die Kasernierungsvorstellungen sollten auch verwirklicht werden.

Im Sommer 1980 bot die SPD einen neuen Entwurf an, der einen 16-monatigen ZD vorsah, doch die CDU/CSU pochte weiterhin auf eine Dauer von 18 Monaten und ein mündliches erstes Prüfungsverfahren. Damit blieb auf der gesellschaftlichen Ebene alles beim alten, also dem ZD-Gesetz von 73 in der Fassung von 77 (vor dem BVG-Urteil). Dennoch hat sich der ZD sehr stark verändert. Wie es zur Zeit im ZD und bei der Kriegsdienstverweigerung aussieht, wollen wir im zweiten Teil dieses Artikels darstellen.

Quellen:

1. Maanhardt/Schwaborn: Zivildiensthandbuch
2. Dokumentation des SoZDL Hamburg über die Entwicklung des Ersatzdienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst
3. „Jalako“ 37/38, Zivildienst

Auf Schleichwegen zum Arbeitsdienst

Obwohl die geplante Novellierung des KDV/ZD-Gesetzes im Juni 1980 vorerst scheiterte, läßt sich in der Praxis eine schleichende Durchsetzung der vorgeschriebenen Verschärfungen nachweisen. Deren Ursprünge reichen größtenteils bis in den Anfang der 70er Jahre zurück und fanden ihren Niederschlag häufig in sogenannten „Modellverträgen“. Darüber hinaus schrieb der Gesetzesentwurf von 1979 30 ebenfalls bestehende Verschärfungen fest. Ein Überblick über die Entwicklung seit 1978 soll das belegen.

Die Entwicklung der Anerkennungskriterien

Mit der Wiederherstellung des alten Verweigerungsrechts durch das Bundesverfassungsgericht im Dezember 1977 sank die Zahl der Antragsteller wieder auf „normale“ Werte, sogar noch etwas unter den Stand von 1976. Danach setzte sich die nahezu stetige Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre weiter fort:

1976	40 618
1978	39 720
1979	45 515
1980	54 315
1981	58 090 (1)

Bis 1981 wurden damit seit Einführung der Wehrpflicht über 500.000 KDV-Anträge gestellt.

Zur Entwicklung der Anerkennungskriterien berichtet die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ (2): „Wir erhalten zahlreiche Berichte und Beschwerden, nach denen die Prüfungsverfahren immer willkürlicher und restriktiver gehandhabt werden. Die offiziellen Zahlen scheinen dagegen zu sprechen, doch gibt es viele Gründe, an diesen Zahlen zu zweifeln.“

Für 1980 werden bei 54.315 KDV-Anträgen 30.250 rechtskräftige Anerkennungen angegeben, das wären 61,2 %. Staatssekretär Penner vom Kriegsministerium errechnete aus diesen Zahlen allerdings 77,9 % Anerkennungen (3). Auf Anfragen zweier SPD-Abgeordneter wurde dagegen von der Bundesregierung die Anerkennungsquote im Bundesdurchschnitt mit 53 % (1980) und 49,8 % (1981, 1. Halbjahr) angegeben (3b).

Verstärkter Gewissens-TÜV

(1980) und 49,8 % (1981, 1. Halbjahr) angegeben (3b).

Verstärkter Gewissens-TÜV

Die im Gesetzesentwurf von 1979 beschriebene Erneuerung von im Richteramt erfahrenen Beamten im Prüfungsausschussvorsitzenden wird im letzten Zeit verstärkt praktiziert. Mit welchen Ab-

sichten das geschieht, möge das folgende „Spiegel“-Zitat verdeutlichen (4): „Denn wo Pazifisten auf Genugung geprüft werden, verläßt sich die Härde auf die Alibewährten. Zunehmend wird das Ministerium Ruhestandsbeamte — ehemalige Staatsanwälte, Richter, Ministerialbeamte — auf Honorarbasis als Ausschussvorsitzende an. Jüngere Juristen werden zwar als Vollzeitbeschäftigte angestellt, doch meist nur auf ein Jahr befristet. Steht sich dann heraus, daß sie nicht ins wehrdienstbewußte Milieu passen, müssen sie gehen.“

Dabei kann es halt auch schon mal vorkommen, daß ein ehemaliger Ankläger beim NS-Volkgerichtshof in diese Position gelangt (5)!

Bei der Beschneidung von Antragstellern gibt man sich ebenfalls alle Mühe; zum Beispiel beim Kreiswehrersatzamt Frankfurt: „Die werden die Eltern von Kriegsdienstverweigerern auf hektographierten Schreiben ersucht, Näheres über die Gesinnung des Sohnes mitzuteilen, etwa über sein stilles Verhalten und die Beweggründe für seinen Beschluß, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern.“ (6)

In „begründeten Einzelfällen“ gewährt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz „Einsicht in die vollständigen Akten der Kriegsdienstverweigerer“ (7). Eine Hand wäscht die andere! Konsequenterweise werden weiterhin die Möglichkeiten der kirchlichen Beistände — die im 79er Gesetzentwurf völlig ausgefallen sind — handfest eingeschränkt. Zumind. aus Göttingen legen uns Berichte vor, daß KDVer, die einen der vielbeschäftigten kirchlichen Beistände in ihre Verhandlung mitbringen, bereits von vornherein schlechtere Chancen auf Anerkennung haben!

Doch was in den Verhandlungen selber abläuft, spottet inzwischen jeder: „Denn das ist eine Verhandlung mitbringen, bereits von vornherein schlechtere Chancen auf Anerkennung haben!“

Doch was in den Verhandlungen selber abläuft, spottet inzwischen jeder: „Denn das ist eine Verhandlung mitbringen, bereits von vornherein schlechtere Chancen auf Anerkennung haben!“

(8)

„Weiter hat der Antragsteller ausgeführt, daß möglicherweise die Vereinigten Staaten bei einem Erdölboykott durch die OPEC-Staaten zur Waffe greifen würden, um ihre Interessen zu schützen und zu verteidigen... Nach Meinung des Prüfungsausschusses könnte der Antragsteller, wenn er sich die hier interessierenden Fragen eingehender durchdenken würde, auch an einer solchen Boykottung durchaus beteiligen, wenn er bedenken würde, daß dabei viele Tausend und Millionen Menschenleben auf dem Spiel stehen würden.“ (9)

... heißt das Gericht dem Kläger, der im Besitz einer Fahrerlaubnis ist, die heutige Situation im Straßenverkehr vor Augen, bei der ein motorisierter Verkehrsteilnehmer stets eine latente Gefährdung von Menschenleben darstellt... (11).

Doch nicht nur die Kriterien der Anerkennung werden verschärft.

— KDVer wird die Anerkennung durch den Prüfungsausschuss vom Kreiswehrersatzamt aberkannt (12).

— KDVer wird nach der Verhandlung nicht mehr gesagt, ob sie anerkannt sind (13).

— Verschiedene KDVer werden mit gleichlautenden Begründungen abgelehnt (14).

— Verhandlungen werden im Halb- und Ganzjahresrhythmus angesetzt (15).

— Die Durchfallquote reicht bei einigen Kreiswehrersatzämtern an die 100 % ran (16).

— Kreiswehrersatzämter legen grundsätzlich gegen alle anerkannten KDVer Widerspruch ein (17) ...

Mehr Staat im Zivildienst

Die Entwicklung der Praxis des Zivildienstes

Mehr Staat im Zivildienst

Die Entwicklung der Praxis des Zivildienstes läuft eindeutig auf die langsame Durchsetzung der in der 79er Novelle vorgesehenen Verschärfungen hinaus. Sie äußert sich im wesentlichen in der Verlagerung von Zivildienststellen in paramilitärische, arbeitsdienst-

ähnliche Bereiche, verstärkte heimatferne Einberufung, kasernenartige Unterbringung und verstärkte staatliche Eingriffe in die Praxis des Zivildienstes.

Die beiden Voraussetzungen zur Realisierung der staatlichen Vorstellungen sind natürlich da gegeben, wo der Staat selbst unmittelbaren Einfluß hat. Bereits 1976 begann man mit der Einrichtung von staatlichen „Zivildienststationen“ (Vlnckhof bei Castrop-Rauxel), deren Besetzung mit ZDLern erst unter Anwendung offener repressiver Maßnahmen gelang. (Zwangsversetzungen u.ä.). Geplant sind weitere zehn derartiger Kasernen mit jeweils bis zu über 200 ZDLern.

Verbunden ist diese Entwicklung mit Streichungen von Stellen vorwiegend im „politischen“ Bereich sowie einer gezielten Anerkennungs- und Einberufungspraxis gegenüber bestimmten Dienststellen: Bei der „Informationsstelle Südlisches Afrika“ in Bonn wurden Stellen gestrichen (18), in Bayern dürfen ZDLer in Kinder- und Jugendheimen generell nicht arbeiten (19), der HLU erhält keine ZDLer (20), allgemein werden kaum noch Dienststellen anerkannt, die keine „Dienstunterkünfte“ bereitstellen können (21).

Darüber hinaus werden die Arbeitsbereiche der ZDLer zunehmend auf paramilitärische Arbeitsdienste ausgeweitet, insbesondere den sogenannten „Umweltschutz“ mit bisher 150 Plätzen und dem Zivilschutz (Technisches Hilfswerk) mit 24 Plätzen, die auf 5 000 bzw. 100 Stellen erweitert werden sollen (22).

Um sich den Zugriff auch auf die ZDLer bei kleineren sozialen Einrichtungen zu sichern, wurde inzwischen der Skandal um den „Betreuungsverband Zivildienst“ zum Anlaß genommen, die direkte staatliche Aufsicht über Dienststellen und ZDLer zu erweitern (23).

Fortsetzung nächste Seite

Bundeswehr in Nöten

Um bei ihren Kriegsvorbereitungen durch die oben dargestellte Entwicklung nicht in Schwierigkeiten zu kommen, bereiten die bundesdeutschen Militärstrategen in letzter Zeit verstärkt neue Rekrutierungsmaßnahmen für die Bundeswehr vor: Die zu diesem Zweck eingesetzte Langzeitkommission hat u.a. folgende Vorschläge ausgearbeitet:

— Herabsetzung des Einstellungsalters von Zeitsoldaten auf 16 Jahre

— „freiwillige“ Einberufung von 30.000 Frauen in die Bundeswehr

— Verpflichtung von 20.000 Ausländern für die Armee (zum Vergeben sind da allemal noch gut genug)

— Verschärfung der Tauglichkeitsbestimmungen für Wehrpflichtige.

Auf diese Weise soll ab spätestens 1984 dem „Pillenkruck“ entgegen gearbeitet werden („FAZ“, 11.9., „FR“, 12.5.82).

Darüber hinaus werden bereits verstärkt ältere und verheiratete sowie eingeschränkt taugliche Wehrpflichtige eingezogen (am 3/82). Daß diese Entwicklung nicht ohne Einfluß auf die zukünftige Gestaltung und Verlängerung des Zivildienstes bleiben wird, ist abzusehen. Das umso mehr, als bereits jetzt der Anteil an KDVer am Musterjahrgang bei 10 % liegen dürfte (s. Tabelle), im Wehrbereich 5 (BaWo) soll er sogar 16 % (für den Jahrgang 1960) betragen haben (am 4/81). Außer dem „Pillenkruck“ haben also auch die steigenden KDV-Zahlen nicht zu knapp zu dem „Personalproblem“ der Bundeswehr beigetragen. Ein schöner (erster) Erfolg!

Deshalb wichtiger ist es, daß wir uns diesen Weg „einstufiger Abrüstung“ nicht weiter verbauen lassen und mit der Friedensgesellschaft aktiv für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintreten!

Verfügbares Aufkommen/Personalbedarf an Wehrpflichtigen Gegenüberstellung

Verfügbares Aufkommen		Personalbedarf	
1960	81	82	103
1961	81	82	103
1962	81	82	103
1963	81	82	103
1964	81	82	103
1965	81	82	103
1966	81	82	103
1967	81	82	103
1968	81	82	103
1969	81	82	103
1970	81	82	103
1971	81	82	103
1972	81	82	103
1973	81	82	103
1974	81	82	103
1975	81	82	103
1976	81	82	103
1977	81	82	103
1978	81	82	103
1979	81	82	103
1980	81	82	103
1981	81	82	103
1982	81	82	103

Fortsetzung von voriger Seite

Bald Grundausbildung für ZDLer?

Besonders deutlich wird die Entwicklung zu mehr Staat im Zivildienst bei den Einführungslerngängen. Durchgeführt werden diese bereits seit etwa 1970, erstmals gesetzlich verankert wurden sie im Zivildienstgesetz vom 1971.

„Die Dienstleistenden sollen zu Beginn ihres Dienstes in Lehrgängen

1. über Wesen und Aufgaben des Zivildienstes sowie über ihre Rechte und Pflichten als Dienstleistende unterrichtet werden,
2. in die Tätigkeit, für die sie vorgesehen sind, angemessen eingeführt werden.“

Angestrebt wurde die Teilnahme jedes ZDLer an einem solchen Einführungslerngang.

Den größten Teil dieser Lehrgänge führten bisher die Wohlfahrtsverbände durch, während die staatlichen Zivildienstschulen erst nach und nach aufgebaut wurden.

Der Anteil staatlicher Lehrgänge hat von 1979 bis 1981 von 14,7 % auf 21 % zugenommen, für 1982 ist die Zahl der Teilnehmerplätze an staatlichen Schulen (u.a. Vöckelhof) von 110 auf 220 erhöht worden. Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege wurden die Zuschüsse so stark gekürzt, daß der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband 1981 von 33 geplanten Lehrgängen einen erheblichen Anteil streichen mußte, da nur 29 gefördert wurden — obwohl die Kosten pro Tag und Kopf mit 40 DM erheblich unter denen von 100 DM bei staatlichen Lehrgängen liegen (21).

Im Wortlaut

FR 25.3.82

19 Monate Zivildienst

Mit einem einstimmigen Beschluß hat die SPD Bundestagsfraktion ihre Grundsätze für die geplante Novellierung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung festgelegt. Die haben folgenden Wortlaut.

1. Wer vom Grundrecht der Wehrdienstverweigerung Gebrauch machen will, braucht dies schriftlich und individuell gegenüber der zuständigen Behörde.

2. Unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. 4. 1978 und der geltenden Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden beträgt die Dauer des Zivildienstes 18 Monate.

3. Es ist sicherzustellen, daß alle anerkannten Wehrdienstverweigerer ohne großen Zeitverlust zum Zivildienst herangezogen werden.

4. Ein Wehrdienstwegweiser mit gleichen Bedingungen ist — unabhängig von der Trägerschaft — für alle Zivildienstleistenden zu gewährleisten.

5. Der Einsatz im sozialen Bereich behält Vorrang. Die ambulanten Hilfen für Alte und Behinderte werden alle Dienstleistenden zu gewährleisten.

6. Der Einsatz im sozialen Bereich behält Vorrang. Die ambulanten Hilfen für Alte und Behinderte werden verstärkt.

7. Die Zuständigkeit für alle mit dem Recht der Wehrdienstverweigerung zusammenhängenden Fragen wird aus dem Verteidigungsministerium herausgelöst.

8. Für Soldaten, einberufene, vorbenachrichtigte und gediente Wehrpflichtige wird ein angemessenes Verfahren vorgesehen.

Unter gehen diese Maßnahmen mit einer rigiden Einberufungspraxis und zunehmenden inhaltlichen Formierungsversuchen des BAZ gegenüber den Lehrgängen der Freien Wohlfahrtsverbände. Zudem ist ein Einführungslerngang seit Anfang dieses Jahres endgültig zur Pflicht für jeden ZDLer gemacht worden, unabhängig von seinem Einsatzbereich.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß das BAZ die Behandlung bestimmter Themen auf Einführungslerngängen der Verbände zu verhindern versucht. Darunter fallen Themen wie „Motivation der Zivildienstleistenden, Sinn oder Unsinn der Prüfungsverfahren, soziale Verteidigung, Alternativen zur Bundeswehr und Totalverweigerung“ (26). Inzwischen geht das BAZ offensichtlich bereits dazu über, auf Lehrgängen der Verbände selbst die Referenten zu stellen. Zu kurz kommt dabei mehr und mehr eine sachgerechte Einführung der ZDLer in ihre jeweiligen Arbeitsbereiche.

Die Absicht, die hinter einer solchen Ausgestaltung steht, ist klar: Die Einführungslerngänge sind das ideale Testfeld für Kasernierung, Disziplinierung und Militarisierung der ZDLer. Möglichst heimatferne Lehrgänge, Gemeinschaftsunterbringung, Dienstverpflegung und strenge Reglementierung des Tagesablaufs lassen sich hier wunderbar „verwirklichen“.

Ein für Militarierungs- und Arbeits-

dienstverweigerung geradezu idealer Bereich umfaßt die sogenannten „Mobilen sozialen Hilfsdienste“. Diese Dienste wurden seit 1979 mit massiver finanzieller Förderung in bisher 12 Städten (u.a. beim Arbeiter-Samariterbund) als „Modellversuche“ eingerichtet und sollen auf 10 000 Einsatzstellen ausgebaut werden (27). Sie setzen an der Hilfsbedürftigkeit alter und behinderter Menschen an und sollen ihnen durch individuelle Betreuung das Leben zu Hause erleichtern. Doch die tatsächlichen Gründe für die plötzliche Entdeckung dieser sozialen Bedürfnisse liegen woanders: „(...) stellen sich als Resultat von Überlegungen dar, wie durch den Einsatz von Zivildienstleistenden die höchste Effizienz bei der Arbeit im sozialen Bereich erzielt werden kann“ (28). BAZ-Chef Iven sagt dazu (29): „... mit der Abordnung von Kriegsdienstverweigerern zu solchen Hilfsdiensten sollte deutlich gemacht werden, daß der Zivildienst dem Dienst in der Bundeswehr gleichwertig ist.“

Dies kritisierte H. Helmig, Beauftragter der evangelischen Kirche für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende in Westfalen: „Da die Zivildienstleistenden für eine umfassende Betreuung der alten Menschen (...) nicht ausgebildet sind und nicht ausgebildet werden können, bleibt auf die Dauer nur die Zurverfügungstellung billiger Arbeitskraft im Haushalt übrig, die aufgrund von zahlreichen Anfragen dann nur als Putzhilfe von Haus zu Haus eilen“ (31).

Dabei bieten sich für den Staat ideale Kasernierungsbedingungen: Im Sinne der größtmöglichen Effektivität ist eine zentralisierte Einsatzplanung und eine gemeinsame Unterbringung am naheliegendsten. Teilweise werden ZDLer sogar an schwächere Dienststellen verliehen — ohne selbst Einfluß auf die Wahl ihres Einsatzortes zu haben! (32)

Zivildienst im Umweltschutz

Bereits 1971 war ein erstes „Modellversuch“ („Gummersbacher Modell“) durchgeführt worden, bei dem die zwangsweise dorthin einberufenen ZDLer unter menschenunwürdigen Umständen untergebracht worden waren und durch Streik die Beendigung erzwungen hatten. Sie hatten die Privatwaldwege eines Ortes einzuweihen, Gräben auszuheben, Straßen zu planen und dergleichen mehr (36).

Ab 1973 setzten sich die Umweltschützer der Länder für den Zivildienst im Umweltschutz ein. 3 000 Stellen waren geplant, bei bereits 300 bestehenden. Als Aufgaben waren u.a. vorgesehen: „Kontrollierende Überwachung von unberechtigten Eingriffen in die Landschaft, Verhüten von ungenehmigten Unratschlagungen u.ä.; Rekultivierung von Sand- und Kiesabbaugebieten, Forstpflege (Abfallbeseitigung und durchforsten), Forstwegbau, Wildbach- und sonstige Uferbefestigungen; Katastropheneinsatz, Deichbau- und Deicherhaltungsmaßnahmen; Abfallbeseitigung“ (37).

Darf hier man sich vorstellen, daß auch und sonstige Uferbefestigungen, Katastropheneinsatz, Deichbau- und Deicherhaltungsmaßnahmen; Abfallbeseitigung“ (37).

Daß hier von tatsächlichem Umweltschutz keine Rede sein kann, allenfalls von Beseitigung der Folgen von Umweltverschmutzung, ist offensichtlich. Dafür bieten sich aber Möglichkeiten zur zentralen Einsatzleitung, Kasernierung und zum „Stoßtrupps“ Einsatz — also Arbeits-

einzigste Probe auf die Gewissensentscheidung“ zu machen. Er nennt im einzelnen: Erhöhung der Einberufungsquote (s. J.), eine Ausweitung der Tätigkeitsfelder über den sozialen Bereich hinaus sowie eine Verstärkung des „heimatfernen Einsatzes“ und der dienstlichen Unterbringung“ (43).

Gleichzeitig kündigten BAZ-Chef Iven und der CDU-Abgeordnete Willi Weiskirch an, daß eine kompromissfähige Lösung (Abschaffung der KDV-Verordnung bei Zivildienstverlängerung auf 18 - 20 Monate) gefunden werden könne. Gegen eine solche Lösung sprachen sich erneut Junos und FDP aus, ebenso die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer“; DFG VK, SÖZDL sowie die Bremer „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ kündigten ihren Widerstand gegen die geplanten Verschärfungen an.

Im Juni 1981 lag dann plötzlich ein „streng vertraulicher“ Vorentwurf zum neuen Gesetz vor, der nach Angaben des „Spiegel“ (45) jedoch fast alle umstrittenen Fragen ausklammerte und dennoch erneut auf Ablehnung bei FDP und Junos stieß. Derweil forderten auch die Landesjugendkonferenzen der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen sowie die „Junge Arbeitsgemeinschaft“ in den CDU-Sozialausschüssen und die Junge Union eine Abschaffung des KDV-Verfahrens — letztere allerdings unter gleichzeitiger Forderung einer Verlängerung des Zivildienstes auf 21 Monate.

Der Vorentwurf des Arbeitsministeriums verschwand jedoch wieder in der Versenkung, was unter anderem mit dem Wechsel des Zivildienstes in den Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsministeriums begründet wurde.

Erstmal wurde im Herbst jedoch ins Auge gefaßt, eine Lösung zu suchen, die nicht der Zustimmung des unangeführten Bundesrates bedarf (48). Daß eine solche Möglichkeit durch das BVO-Urteil von 1978 nicht ausgeschlossen wird, erklärte der Karlsruher Verfassungsrichter Helmut Simon kurzlich. Er hat den Vorschlag des „Gustav Heinemann-Initiative“ für realistisch, daß eine begründete schriftliche Erklärung des Verweigerers prinzipiell zu dessen Anerkennung genügen würde und es nur bei begründbarem Verdacht auf Mißbrauch des Grundrechts zu einem Verfahren käme, in dem quasi der „Beweislast“ beim Staat liege. In jedem Fall müsse dann aber der Grundsatz gelten: „Im Zweifel für den Antragsteller“ (49). Eine Verlängerung des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst hält Simon für verfassungswidrig, ebenso eine Verschärfung des Zivildienstes.

Vertreter von SPD und FDP äußerten sich jedoch skeptisch zu Simons Vorschlag. „Eine bloße Änderung des Anerkennungsverfahrens „am Bundesrat vorbei“ werde momentan von der Koalition nicht erwogen“ (50).

Fazit: Weiter in Richtung

Arbeitsdienst

Fazit: Weiter in Richtung Arbeitsdienst

Die Lösung letztendlich im einzelnen gefunden wird, dürfte für die Folgen in der Praxis kein NEIN ZDL-Rechts relativ nebensächlich sein. Wie bereits dargestellt, werden die wesentlichen Verschärfungen auch ohne Gesetzesänderung eingeführt und ausgebaut.

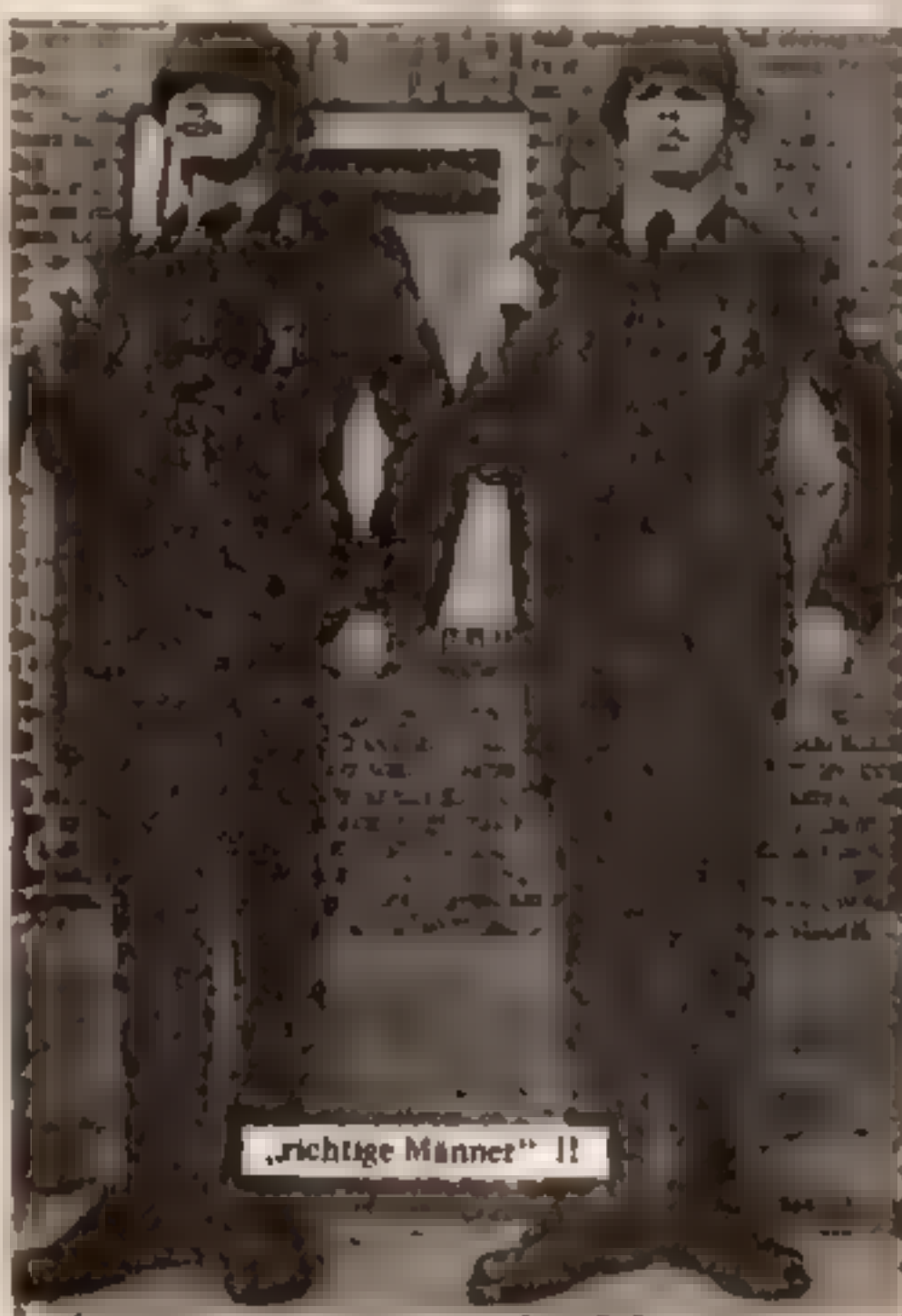
Ohne eine wirkliche, bedingungslose Abschaffung des inquisitorischen Prüfungsverfahrens ist in jedem Fall weiter mit — je nach Bundeswehrbedarf — entsprechend restriktiver Anerkennungspraxis zu rechnen.

„Es wird auf die Dauer nur eine Wehrdienstverweigerung geben, wenn eine hinreichend große Zahl, nämlich die Mehrheit, bereit ist, Wehrdienst zu leisten“ (51).

Sollte jedoch tatsächlich, wie für den Herbst dieses Jahres geplant, eine Novelle verabschiedet werden, so ist unversehrtenfalls kaum eine wesentlich andere Regelung zu erwarten als bereits 1979 vorgeschlagen. Die bisher in die Öffentlichkeit gelangten Informationen deuten darauf hin, daß außer den Fragen bezüglich KDV TÜV und Zivildienstverlängerung kaum wesentliche Differenzen über die Frage der Ausgestaltung des Zivildienstes zwischen den Bundestagsfraktionen bestehen.

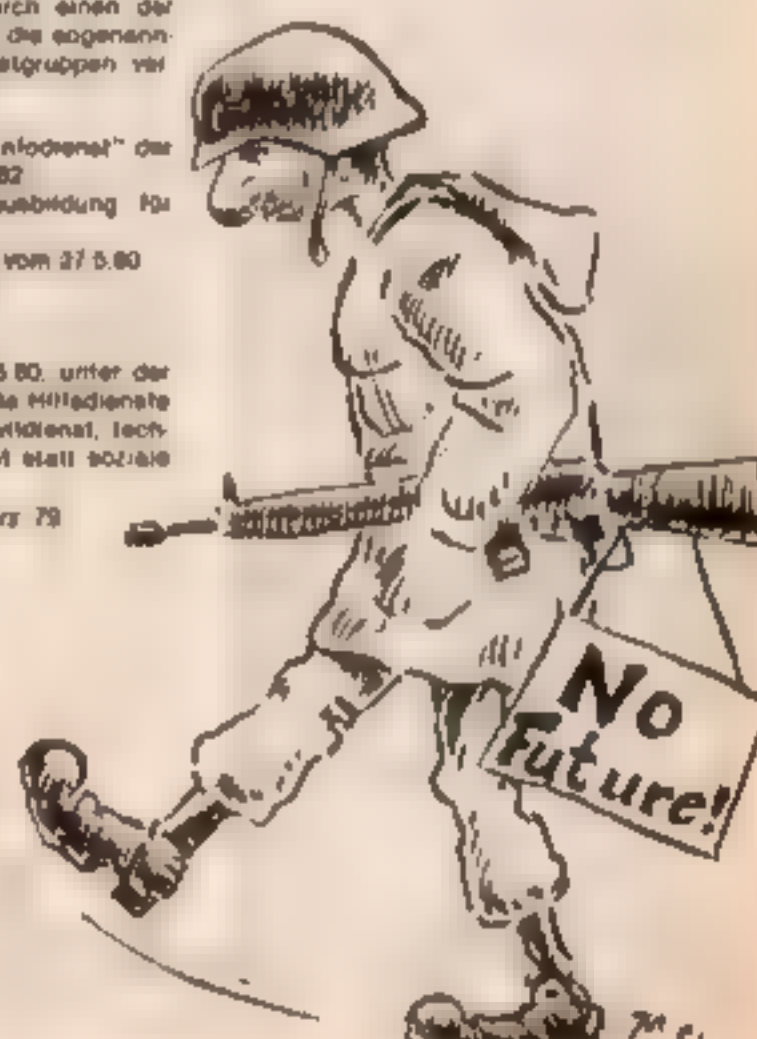
Angesichts der zu erwartenden weiteren Verschärfungen möchten wir uns den Ausführungen Pastor Finkhns von der „Zentralstelle“ zum weiteren Vorgehen voll anschließen. „Es erscheint nicht mehr ausgeschlossen, daß es notwendig wird, hier zu Formen des zivilen Ungehorsams und des offenen Streiks oder Boykotts überzugehen. Letztendlich ist der bisherige Zustand nicht mehr erträglich und die bisher in der Öffentlichkeit angekündigten Vorhaben erst recht nicht!“

Pe u Mi, Antimilitar-Kommission
KE Göttingen



Anmerkungen

1. alle Angaben nach W. Schwab, Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 8. Aufl. 1982 außer für 1981 aus „Dollinger“ Tagesschau (DT), 8.2.82
2. Bericht des Vordrucks zur Mitgliederversammlung am 10./11. September 1981 in Frankfurt am Main, unter Punkt 1
3. ebenda
4. Bundesgesetzblatt 1980 Nr. 24, Nach dem Bundesgesetz vom 19. 10. 1978, 1. 10. 81, 6. auch AK 211
5. „Spiegel“ 35/1978
6. „FR“ 5.10.78, aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswehrministerium auf Fragen des SPD-Mitgl. K. Thüsing
7. „Athen“ 6.4.79
8. aus einer Ablehnungsbeurteilung des Kreiswehrersatzamtes Kiel
9. ebenda
10. ebenda
11. aus einer Ablehnungsbeurteilung des Bremer Wehrersatzamtes, das Urteil ist inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden, s. „FR“ 25.2.82
12. „Disko“ (Antimilitaristische Zeitschrift) „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ 28, Teil 1 vom 19.1.79
13. „Spiegel“ 35/1978
14. Broschüre der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ über den Prüfungsverfahrens „am Bundesrat vorbei“
15. „Spiegel“ 29/1978, „Tel.“ vom 6.9.78
16. „Disko“ 39
17. „Disko“ 39
18. „FR“ 24.2.81
19. „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 11.10.77
20. „Disko“ 32
21. Dokumentation der SÖZDL Region Nord: Die Entwicklung des Ersatzdienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst, April 78
22. s. „Disko“ 38, Kriegsdienstverweigerer — die zivile Armee für den Krieg
23. Es handelt sich um die Veruntreuung von 27 Mill. DM Beurlaubungsgeld durch einen Verband der von BAZ-Chef Iven gegründet worden war und teilweise von BAZ Beamten geleitet wurde. Er übernahm die Betreuung der ZDLer, die nicht durch einen der Wohlfahrtsverbände oder die sogenannten elastischen Zivildienstgruppen betreut wurden
24. ebenda
25. alle Angaben aus dem „Infodienst“ der SÖZDL Nr. 5, Januar 1982
26. s. „Disko“ 41, „Grundausbildung für ZDLer“
27. Pressemitteilung des BAZ vom 27.5.80
28. „Der Zivildienst“ 1/1979
29. laut „FR“, 30.3.80
30. ebenda
31. Pressemitteilung vom 27.5.80, unter der Überschrift: Mobile soziale Hilfsdienste für Altersbetreuung im Zivildienst, technokratischer Arbeitsdienst statt soziale Hilfsleistung
32. s. „Disko“ Extra, März 79
33. ebenda
34. ebenda
35. ebenda
36. s. „Disko“ 37/78
37. „Der Zivildienst“ 11/1978
38. „FR“ 21.7.80
39. ebenda
40. ebenda
41. ebenda
42. In der Urteilsbegründung des BVO zu seiner Entscheidung vom 13.4.78 heißt es dazu: „Wie eine gesetzliche Regelung, welche die Ausgestaltung des Ersatzdienstes als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung beschaffen sein muß, wenn sie der Verfassung entsprechen soll, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Hierzu gehören insbesondere die vom Quantität von Ausbau des Dienstes abhängige Gewährleistung, Ersatzdienst abstellen zu müssen, die Dauer des Dienstes, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse...“ So kommt es in Betracht, den Zivildienst bis auf 24 Monate zu verlängern, so daß er der Dauer des Wehrdienstes einschließlich der in § 8 WpG vorgesehenen Wehrübungen voll entspricht. Eine solche Regelung würde Art. 12a Abs. 2 Satz 2 GG nicht verletzen. Von dieser Vorschrift verwehrt und dem Gesetzgeber nur solche Regelungen die geeignet sind, die Freiheit der Gewissensentscheidung zu beeinträchtigen.“
43. „FR“ 28.2.81
44. ebenda
45. „Spiegel“ 31/1981
46. ebenda
47. ebenda
48. Zur Haltung der CSU/CDU schreibt die „FR“:
49. „FR“ 8.3.82
50. ebenda
51. H. Kohl in „Tagesschau“ vom 18.5.81, nach Westfälischer „Nachrichten“





Markus: Auf einer Veranstaltung in Wilster

Freiheit für Michael und Markus!

Das Terrorurteil darf nicht hingenommen werden

5 1/2 Jahre Knast für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr — selbst in der bürgerlichen Presse zeigt man sich hier und da „betroffen“ über das „maßlose“ Urteil, das zumindest im Fall Mohr viel zu weit gegangen sei und aus die Gefahr unerwünschter Solidarisierungseffekte herausbeschwöre. Tatsächlich hat dieses Urteil weit über die Anti-AKW-Bewegung hinaus Entsetzen erzeugt sowie den Wunsch, dagegen etwas zu tun.

Noch bietet die in drei bis vier Monaten anstehende Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Revisionsantrag eine letzte Chance, die Situation von Markus und Michael real zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist eine breitestmögliche Kampagne mit dem konkreten Ziel, die BGH-Entscheidung dahingehend zu beeinflussen, daß Teile des Verfahrens gegen Markus und Michael neu aufgerollt werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher „Durchbruch“ die Chancen von Markus und Michael, vorzeitig entlassen zu werden, erheblich erhöhen würde.

Die unterschiedlichen Vorstellungen vom Widerstand dürfen dabei kein Grund sein, eine gemeinsame Kampagne aller AKW-Gegner zu verhindern. Denn es geht hierbei doch darum, die Zerstörung zweier Menschen zu verhindern, an denen Stoltenberg stellvertretend für 100.000 Rache nehmen will. Und darüber hinaus ist eine große Gegenmobilisierung notwendig, um zu verhindern, daß das „Itzehoeer Landrecht“ zur Norm und mehrjährige Haftstrafen wegen Landfriedensbruch zum Alltag werden! Nachdem der „Mordversuch“-Vorwurf gegen Markus und Michael auf Körperverletzung reduziert werden mußte, schalte sich das politische Ziel des Itzehoeer Verfahrens immer deutlicher heraus: Nach den Massenerkstattungen von Nürnberg im März '81 erneut neue Maßstäbe für eine verschärfte Anwendung des Landfriedensbruchparagraphen zu schaffen.

Bisher hatte die Justiz einige Mühe, wegen Landfriedensbruch Knaststrafen über einem Jahr und ohne Bewährung durchzusetzen. Dies ist nicht verwunderlich, wird doch hierzulande „Landfriedensbruch“ gleichgesetzt mit entschlossenem Widerstand gegen Säurelecken, die von großen Bevölkerungskreisen abgelehnt werden. Mit dem Itzehoeer Landrecht wurde nun zur Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens für Landfriedensbruch (bis zu 10 Jahren Knast) geboten: mehrjährige Haftstrafen gegen willkürlich herausgegriffene Teilnehmer von Massenaaktionen sollen in Zukunft offenkundig zum gängigen Repertoire der Staatsgewalt gehören! Dieser politische Zweck des Itzehoeer Verfahrens wurde besonders deutlich, als der zuständige Staatsanwalt unmittelbar vor seinem Plädoyer vom Innenministerium Schleswig-Holsteins vor die Alternative gestellt wurde, entweder die ursprünglich von ihm vorgesehene Knastforderung für Michael Duffke erheblich zu erhöhen, oder seinen Platz einem willigeren Kollegen zu überlassen, der widerspruchlos für 8 Jahre Knast plädieren würde... Im folgenden werden einige bezeichnende Aspekte dieses Verfahrens beleuchtet und die bisher angelaufenen Protestmaßnahmen vorgestellt (1).

Gesucht wegen versuchten Mordes...

Gesucht wegen versuchten Mordes...

Um „qualifizierte Festnahmen“, so die Anweisung von Innenminister Barischel, tätigen zu können, wurde am 28.1. mit Hubschraubern Menschenjagd veranstaltet, abziehende Demonstranten unglaublichen Prügelüberfällen ausgesetzt und selbst auf bereits regungslos liegenden Opfern noch mit 10 Mann eingetramptelt. Am 5.3. veröffentlichte der Stern das berühmte „Grabenfoto“, das den überlebenden Menschenjäger Schütt (vom Sonderinsatzkommando Saarland zum „Greifer“ ausgesucht und ausgerüstet) in einer scheiternd hilflosen und bedrohlichen Position zeigt. Diese Momentaufnahme verleiht geradezu perfekt, daß Schütt nur deshalb im Graben gefangen war, weil er schneller als seine Kollegen losprügeln wollte und zudem in dieser Situation (zwei bis drei Schläge auf den Helm) nicht im geringsten verletzt wurde.

Dies wurde im Laufe des Prozesses von den Ärzten, die Schütt zu „behandeln“ hatten, ausdrücklich bestätigt: bereits „nach einer Viertelstunde“ Krankenhausaufenthalt sei klar gewesen, daß „kein ernsthafter Befund“ vorhanden gewesen wäre. Der zwölftägige Krankenhausaufenthalt hatte im wesentlichen „Mißverständnis“ zum Aufnahmefehl gestanden. Entdeckt worden sei lediglich eine Rißwunde am Ohr und eine Gehirnerschütterung der Stärke Null (also nichts) bis Eins, wobei sich diese Diagnose ausschließlich auf die Schütt Aussage stützt, er habe Schläge bekommen.

Der Innenminister Schleswig-Holsteins, Vorgesetzter und Krankheitskosten-rechtsuchter des „Krankenhäuser“ die Klinik und waren insofern über den realen Verletzungsgrad im Bild. Nichtsdestotrotz wurde in den

folgenden Wochen von Staat und Massenmedien eine Falschbildkampagne ins „Märchen vom Mordversuch“ in gesetzt, die ihresgleichen sucht. — Nach Veröffentlichung des „Grabenfoto“ im „Stern“ wurde am 11.3. erstmals von der bayerischen Staatsregierung „Strafentzüge wegen Mordversuch gegen AKW-Gegner“ gefordert. Mit Erfolg!

— Am 14.3. wird von der Staatsanwaltschaft Itzehoe prompt die Fahndung wegen „gemeinschaftlich versuchten Mordes an einem Polizeibeamten“, der lebensgefährlich verletzt worden sei, eingeleitet. In allen großen Zeitungen erscheint das „Stern“-Bild als Fahndungsfoto: „Die Staatsanwaltschaft erhofft sich durch das erste Veröffentlichung...“

Für Hinweise aus der Bevölkerung, die zu deren Ermittlung führen, ist nach Angabe des Oberstaatsanwaltes eine Belohnung von 5.000,— ausgesetzt worden.

— Am 23.3. werden Fahndungsfoto und -aufruf im Anschluß an die „Tagesschau“ verbreitet — ein Verfahren aus der Blüthezeit der Terroristenjagd! Erneut ist die Rede vom „lebensgefährlich verletzten Polizisten“, der zu diesem Zeitpunkt bereits mit 1 1/2 Wochen das Krankenhaus verlassen hat.

— Auch in den folgenden Wochen wird draufgeloget. „Bild“ vom 28.3.: „Polizist ist noch im Klinik“, „Bild“ vom 30.3.: „Markus ein braver Junge! Schlägt er hier einen Polizisten halbtot?“, „Rolf Schütt liegt — vier Wochen nach Brokdorf — noch immer im Krankenhaus“ usw. usf.

— Zuvor hatte der schleswig-holsteinische Polizeidirektor Schmidt, Leiter der Landeschutzpolizei, gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (vom 4.3.) den Vogel abgeschossen: Schütt liege „mit schwerem Hirntrauma, Prellungen, Schnittwunden und lebensgefährlicher Unterkühlung“ im Krankenhaus, er wundere sich, „daß der schwerverletzte Polizist überhaupt noch am Leben war...“. Walter Schmidt li. „H.A.“: „Laß ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch“, soßen die Ärzte im Bauernhof gesagt haben... Es sei nicht auszuschließen, daß die militanten Demonstranten den SEK Mann als Geißel nehmen wollten, meint Walter Schmidt, und ihren Plan erst aufgeben, als der Polizist wegen seiner lebensgefährlichen Verletzungen kein geeignetes Tauschobjekt mehr war.

— Menschenjäger Schütt, der ebenfalls seine Rolle spielen mußte, wurde kurz nach seiner „Genesung“ von Innenminister Barischel um eine Unterredung unter vier Augen gebeten. Später erhielt er für seinen Fronteinsatz in Brokdorf eine denatliche Belohnung von einem Vertreter des Innenministeriums. Ende August ein Bundesverdienstkreuz am Bande und schließlich wurde er zum Polizeihauptmeister befördert.

„Lange Haare, langer Mantel, Plakette, da weiß man, woran man ist.“

So die Auskunft eines Belastungszeugen auf die richterliche Frage, warum ihm Markus angeblich bei Kauf einer Schaufel (zum Niederhacken von Schütt...) aufgefallen sei. Dieser Zeuge meldete sich erst, nachdem er von den 5.000,— Kopfgeld gehört hatte. Der „Spitzenhändler“ von Marne wiederum „orientierte“ sich, an Markus einen Spaten verkauft zu haben, nachdem ihm der Marner Dorfpolizist den Tip gegeben hatte, ein Kunde habe Markus beim Spatenkauf gesehen... Markus war eine unliebsame politische Person im Landkreis, gerade so richtig für einen „Denkzettel“.

„Geben Sie doch zu, daß Sie den Mörder Markus kennen!“ — so von Vernehmungsbeteiligten unter Druck gesetzt, ließ sich die dritte „Zeugin“ gegen Markus Aussagen in den Mund legen, die dann später vor Gericht trotz entschiedenen Widerspruchs volle Gültigkeit hatten. Diese „Indizien“ reicheten aus, um vor und während der Verhandlung Markus über 23 Tage einzubuchen und jeweils mit gegen scharfe Auflagen auf freien Fuß zu setzen.

Zur „Identifizierung“ von Michael hatte die Staatsanwaltschaft dem Pressefotografen des berühmten „Grabenfoto“ unter Androhung von 6 Monaten Erzwangshaft (ein richterlicher Haftbefehl wurde im Eilverfahren ausgestellt) die Herausgabe weiterer Fotos abgepreßt. Ein BKA-Lichtbildwachmann, der auf diesen Grundlagen die Identifizierung von Michael auslief, forderte am Rande eine Fotomappe zuzuge, in der die Bilder von 13 AKW-Gegnern gesammelt waren. Diese Bilder (eine bunte Mischung aus ED-Bildern, Privat- und Spitzelfotos) waren ebenfalls wie Michael Duffke mit den Fahndungsfotos verglichen worden.

Alle dies macht deutlich, daß tatsächlich jeder der 100.000 hätte vor Gericht gestellt werden können. Wenn auch der Mordvorwurf nach von Pressebegleit (Antragstellung) werden sollte — seinen Zweck hatte er allemal erfüllt: irgendwelche „Täter“ waren aufgetrieben worden, eine dramatische Verurteilung massenpsychologisch gut abgedacht und eine Entschärfung bzw. Verunsicherung im Anti-AKW-Lager erzielt.

14 Monate Untersuchungshaft

Um an der besonderen Illustriertigkeit der Angeklagten keinen Zweifel auf-

kommen zu lassen, wurde unabhängig vom Falllassen des Mordvorwurfs und aller juristischer Ermittlungen (die immerhin die Unversehrtheit Schütt nach dem Grabenvorfall ergaben) Michael seit dem 1.4. hinter Gitter festgehalten und Markus ständig mit neuem Knast bedroht. Ihm alleine beweist, daß hier dramatische Urteile auf höherer Ebene längst eine beschlossene Sache waren. Nach 14 Monaten U-Haft mußte ein Freispruch geradezu ausgeschlossen sein! Darüber hinaus ist Michael, seit er am Knast sitzt, besonderen Schikanen unterworfen:

— Bis zu seiner Verlegung nach Neumünster wurde von jeder/m Besucher/in eine Erklärung verlangt, wo er/sie sich am 28.2. während der Brokdorf-Demo aufgehalten habe. Teilnehmer der Demo hätten somit sich der Gefahr eines Bußgeldes von bis zu 1.000 DM ausgesetzt.

— Ein guter Teil der Briefe, der Michael an AKW-Gegner geschrieben hat, wurde beschlagnahmt und tauchte als Beweismittel vor Gericht wieder auf.

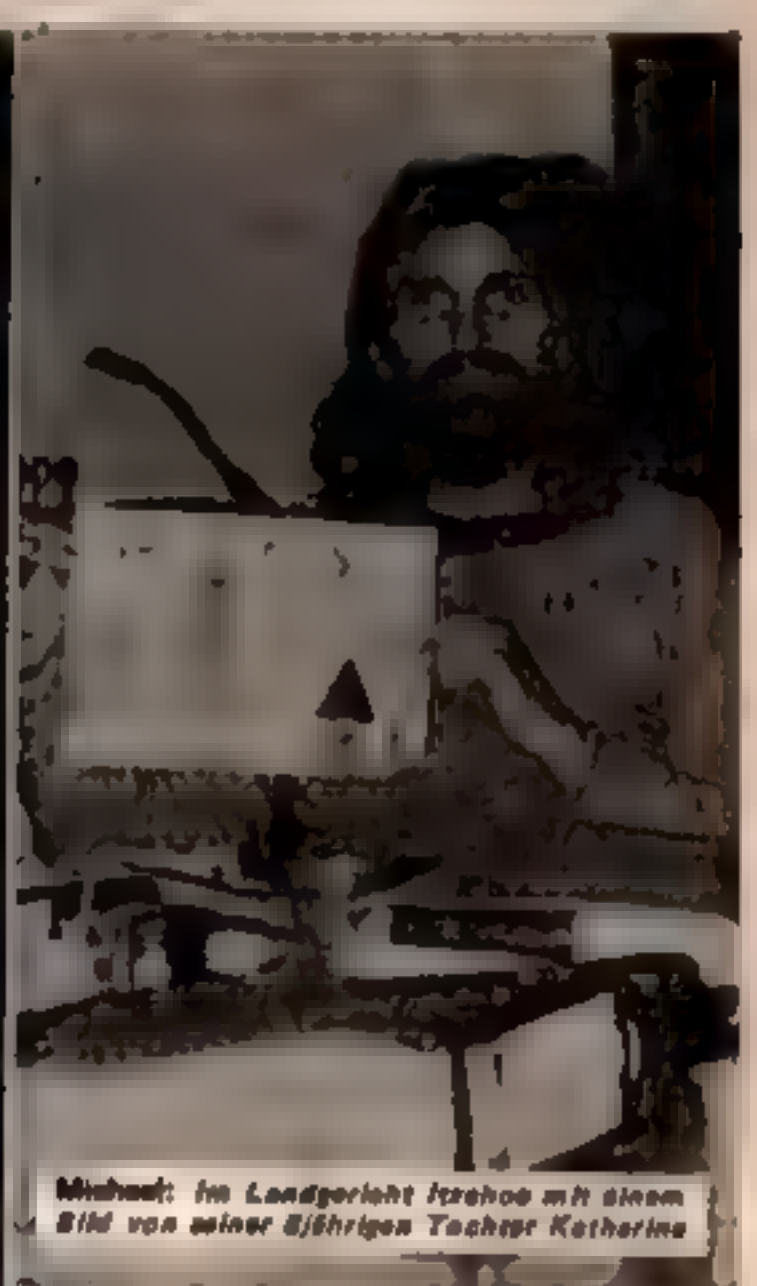
— Verteidigerpost wurde trotz Kennzeichnung von Beamten der Haftanstalt durchgelesen.

— Besuche fanden in einer „Einzel-Sonder-Besuchszelle“ unter Aufsicht von Vollzugsbeamten statt. Die Be-

Gedächtnisprotokoll nach einem Besuch am 2.11.81 bei Michael Duffke über die Vorfälle am 29.4.82 im Landgericht Itzehoe

Michael erzählte uns, daß er einem Zivilisten eine fast leere Kakapappschachtel entgegengehalten hat. Daraufhin haben ihn 5 Justizbullen geschlagen und getreten und — ohne Selbstmord-Anordnung — ihn die Treppen zur Zelle unten im Keller runtergeschleift. Sie haben ihn an den Armen gepackt und immer von Stufe zu Stufe runtergeschleift, dabei getreten. Einer sagte: „Nicht so viel ins Gesicht treten, nicht an den Haaren ziehen.“ Als Michael sich an einer Stiege des Treppengängers festhielt, um die Tortur zu beenden, hat einer Michaels Finger nach oben gebogen und dabei den kleinen Finger gebrochen.

Als Michael unten auf dem Fußboden lag, wollten durch die Tür aus einem Nebenraum vollausgerüstete Bullen (Helm, Schlagstock) — er schätzte 50 Mann — und wollten auf ihn los. Der ältere Justizbulle (mit dunklem, gewellten Haar) hatte wohl unheimliche Angst, daß die Michael kaputtzuschlagen. Er stemmte sich mit aller Kraft gegen die Tür und ließ Michael schnell in die Zelle in Sicherheit.



Michael: im Landgericht Itzehoe mit einem Bild von seiner 8-jährigen Tochter Katharina

suchszeit war in der Vergangenheit vielfach willkürlich gekürzt worden.

Beim Abtransport nach den Prozeßtagen wurde Michael regelmäßig geprügelt (z.T. mit Knüttel), an den Haaren gerissen und mit Knebelketten gefesselt. Es kam vor, daß er bei der Ankunft im Knast Neumünster von ca. 15 Bullizinen, teilweise in Zivil, bewaffnet mit Ketten, Handschellen und langen Prügeln empfangen, und unter Androhung von Prügeln in die Zelle getrieben wurde. Daß es auch im Landgericht Itzehoe zu unglaublich brutalen Überfällen gegen Michael kam, belegt das „Gedächtnisprotokoll“ vom 2.5.82 (siehe Kasten).

1939 1981 Größen ...

Neben dem besagten Lichtbildgutachten sollte insbesondere das „vorsorglich“ bestellte psychologische Gutachten eines Dr. Michaelis das Terrorurteil gegen Michael absichern. Diese „Psychoratte“ glotzte sich das Verhalten Michaels während des gesamten Verhandlungsablaufs an, um — wenn schon die Beweise fehlen — zumindest schon die „Gutachten“ die Verurteilung sicherstellen zu können: daß Michael der Täter war, stand für Michaelis von vornherein fest. Mit der hier vorgenommenen Psychiatrieuntersuchung politischer Andersdenkender greift die BRD-Justiz also Pläne auf: bereits gegen Ul-

nicherstellen zu können: daß Michael der Täter war, stand für Michaelis von vornherein fest. Mit der hier vorgenommenen Psychiatrieuntersuchung politischer Andersdenkender greift die BRD-Justiz also Pläne auf: bereits gegen Ul-

Die Verletzungen, die Michael bei diesem Vorfall erlitten hat, haben wir gesehen (s. Teil auch schon am Abend des 29.4. im Gerichtssaal), rechter kleiner Finger, etwas blau, auch die Handfläche, ohne Verband (Michael sagte, daß der Arzt einen Fingerbeulenbruch festgestellt hat) linker Unterarm, blutunterlaufene Stelle, ca. 20 x 5 cm groß, rechter Fuß, großer Zeh und Ansatze-partie ca. 10 x 5 cm blau und dick, rechter Fuß, Nähe kl. Zeh, 5 cm Platzwunde, rechte Seite, Prellung, ca. 10 x 5 cm, blau und dick. Während der Besuchszeit war es ihm wegen der anderen Leute nicht möglich, alle blauen Flecke zu zeigen, aber am rechten Oberschenkel und sonst an vielen Stellen sollen blaue Flecke sein. Jeanshose zerrissen, hinten 2 Löcher 10 cm lang, rechter Bein Hosennaht geplatzt.

Dazu noch folgende Bemerkungen: Zwei angelegte AKW-Gegner haben diesen Vorfall aus der Entfernung von ca. 10 m mitgehört. Einer der beiden sagte und drückte hinter der Absperrung auf der Straße sehr erschrocken. Seit dem Krieg hat ihn nie wieder jemand so um Hilfe schreien hören.

2.5.82, zwei AKW-Gegner

Von Sanrizuka lernen

„Krieg“! — Ein neues Selbstverständnis

1979, kurz vor seinem Tod, zieht der erste Vorsitzende des Oppositionsverbandes, Issaku Tomura, ein Resümee des bisherigen Kampfes und kommt zu folgender Einschätzung: „Der Sanrizuka-Kampf, der als eine Bauernbewegung gegen einen Flughafenneubau unter dem Slogan: 'Verteidigt die Äcker bis zum Tod!' begann, entwickelt sich zu einem Klassenkampf. Es geht nicht mehr darum, als Bauern zu überleben, das Ziel des Kampfes in Sanrizuka ist, die herrschende Klasse zu stürzen. Unsere Feinde wissen dies genau. Sie fühlen ihre Existenz durch unseren Kampf bedroht. Es ist daher für die Staatsmacht eine zwingende Notwendigkeit, diese kämpfenden Bauern und die sie unterstützenden Kräfte zu vernichten. Der Kampf hat sich zu einem Krieg entwickelt.“

— Das Narita Flughafen-Sicherheitsgesetz, das der Polizei ermöglicht, jedes Gebäude im Umkreis von 3 km, das die Sicherheit des Flughafens bedroht, zu durchsuchen und ggf. auch abzureißen, gilt vorerst den Solidaritätsbauern der Unterstützungsbewegung, kann aber auch jederzeit gegen die Bauernhöfe angewandt werden.

— Das Landwirtschaftsentwicklungsprojekt der Regierung, in dem versprochen wird, allen Boden, außer den für die 2. Bauphase benötigten, in ein neues Bewässerungssystem für die Reisfelder einzubeziehen, wobei der Staat 90 % der Kosten übernimmt...

— das Angebot der Regierung, über Landverkauf zu verhandeln... alle diese Maßnahmen verfolgen nur den einen Zweck, den Oppositionsverband zu spalten.

Die Hauptgefahr sieht Tomura in Verhandlungen. Habe man sich einmal auf Verhandlungen eingelassen, sitze man unweigerlich in der Falle, egal ob man noch weiter Widerstand leistet oder um Gnade bitte. Man sei ihnen nicht mehr entkommen. Gerade weil sie über reiche Erfahrungen mit Bauernkämpfen verfügten, wußten sie sehr genau, wie man Bauern behandeln müsse. „Wenn ein Bauer am Verhandlungstisch sitzt, als Landbesitzer, verhandelt er in Wirklichkeit mit seinen Feinden über den Kampf. In einem Klassenkampf gibt es aber keinen Raum mehr für Verhandlungen“. Es sei denn zum Preis der eigenen Niederlage.

In diesem Krieg würde die Regierung auch weiterhin nicht davor zurückweichen, die eigene Verfassung zu brechen, die Polizei weiter aufzurufen und weitere Tote in Kauf zu nehmen.

„Diesen Aggressionskrieg der herrschenden Klasse können wir nur durch eine Verblutung von Bürgerkrieg, Aufruhr und Revolution überwinden.“

Spaltungsversuche

Zwar gibt es hin und wieder — vor allem vor Demonstrationen — Hausdurchsuchungen der Solidaritätsbauern, aber die Regierung hat es bisher vermieden, die Möglichkeiten, die ihr das Flughafen-Sicherheitsgesetz bietet, voll auszuschöpfen. Ocht es ihr doch derzeit darum, Gesprächsbereitschaft zu zeigen, und von sich aus die Situation nicht weiter zu verschärfen.

Nach langen Diskussionen über das Landwirtschaftsentwicklungsprogramm der Regierung wurde es von den Bauern zurückgewiesen und mit dem Vertrauen auf die eigene Kraft ein Windmühlenprototyp für die Bewässerung der Reisfelder entwickelt. Die erste Anlage dieser Art wurde im Sommer 1980 in Betrieb genommen.

Als sich im Frühjahr 1981 zeigte, daß sich die Verbindungen der Bauern mit den Eisenbahnarbeitern von Doro-Chiba gelockert haben, und die Lokomotivführer trotz massiver Unterdrückungsversuche einen Streik von mehreren Tagen gegen die Kerosinablieferung nach Narita durchführten, gerät die Regierung in Zugzwang (s. AK 198). Über Uchida, dem Verantwortlichen für die Aktionsgruppen, dessen Verwandtschaft nach wie vor enge Beziehungen zur liberaldemokratischen Regierungspartei pflegt, wird dem Vizepräsidenten des Oppositionsverbandes die Gesprächsbereitschaft der Re-

gierung signalisiert. Die Wahl des Zeitpunktes — ein großer Teil der Bauern hält sich gerade in Europa auf, wo sie um Unterstützung für ihren Kampf bitten — verrät Geschick, auch die Höhe des Handgeldes, ein nicht nur in Japan übliches Verfahren, wird ein übriges dazu beigetragen haben. Jedenfalls treffen sich Uchida und Ishibashi zu Geheimgesprächen mit hohen Regierungsvertretern. Diese fühlen sich nach den Besprechungen in ihren Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konfliktes so bestärkt, daß sie gar im Dezember offen nach Sanrizuka anreisen und die Brüder Ogawa, zwei kämpferische Bauern, aufsuchen, um mit ihnen zu verhandeln. Von beiden werden sie entschieden zurückgewiesen. Für sie verhandeln — ihr beider Name, der den entschieden zurückgewiesen. Für sie gibt es keine Verhandlungen. Bei den anschließenden Diskussionen innerhalb des Oppositionsverbandes wird den Bauern deutlich, wie weit der Komplotz bereits gediehen ist. Ishibashi und Uchida werden am 10. Febr. 82 ihrer Posten enthoben. Die Forderungen:

Keinen Flughafen! Keine Verhandlungen! Verteidigt das Ackerland bis zum Ende! Keine Furcht vor Opfern! Schlagt den Angriff der Friede zurück! Zerschlagt die 2. Phase des Flughafenbaus! Ruiniert den Sanrizuka-Flughafen! werden von den Bauern nochmals bekräftigt, und es wird zu einer großen Demonstration am 28. März, dem Jahrestag des Sturms auf den Tower, aufgerufen.

Ishibashi leistet nicht nur keine wirkliche Selbstkritik — „Ich hätte den Oppositionsverband vorher befragen sollen, aber ich halte an der Verhandlungslinie fest!“ — sondern er gibt sich darüber hinaus für eine beispiellose Pressekampagne gegen den Oppositionsverband und die Linke hin. Er schließt eigenmächtig das Büro des Oppositionsverbandes, das sich auf seinem Grundstück befindet, und erklärt, daß er mit den Leuten, die in der letzten Zeit dort Dienst gemacht hätten, nichts gemein habe. Es wären allesamt Leute von Chukaku-ba, Terroristen, die dem Kampf nur geschadet hätten. Chukaku-ba (Mittelfraktion) ist eine der linken Organisationen, die schon seit Jahren den Kampf in Sanrizuka aktiv unterstützen und nutzten. Gleichzeitig wird deutlich, daß er ihm nicht mehr nur um eine „Verhandlungslinie“ geht, sondern daß er von einer der wichtigsten Methoden des Kampfes in den letzten Jahren Abstand nimmt und versucht, diese Kampfform zu denunzieren. Damit dient er sich selbst der Regierung als ein Werkzeug in dieser Auseinandersetzung an.

Die Guerilla

Am 20. März 1978 erklärte Issaku Tomura öffentlich auf einer Kundgebung die neue Taktik des Oppositionsverbandes. Kampfobjekt sei nicht mehr nur der Flughafen, sondern alle Versorgungseinrichtungen des Flughafens, einschließlich der Zubringer und anderer überregionaler Flugtechnischer Einrichtungen.

Im folgenden entwickelt sich daraus eine für den japanischen Staat immer bedrohlichere Situation, da es ihm nicht gelingt, der Guerilla Herr zu werden. Im Gegenteil, Sanrizuka macht Beispiel. In ganz Japan wird diese Taktik unter Bauern, Arbeitern, technischen Angestellten und Studenten nicht nur diskutiert, sondern scheint sie auch zu ähnlichen Aktionen angeregt zu haben. „Das Produktivitätsnetz geteilt einsetzen, das Risiko gering halten!“

Im März 1978 Zusammenbruch des Telefonnetzes zum Narita-Flughafen.

Am 20. Mai 1978, Eröffnungstag des Flughafens, bricht die Flugstörung in Gesamtjapan für vier Stunden zusammen.

7. Sept. 1978: sämtliche Verbindungen des Sanrizuka-Flughafens mit der nationalen Flugsicherung sind für mehrere Stunden gestört.

18. März 1979: an verschiedenen Orten in Japan werden Aktionen gegen die Luftverkehrskontrolle gemacht, die für Stunden zu einer totalen Stillelegung des Flugverkehrs führen.

Als im Juni 1979 der „Wegpunkt“ in Tokio stattfindet, bricht kurz vor der Landung Carters wiederum die nationale Flugsicherung zusammen. Gleichzeitig im Juni wird die gesamte Telekommunikation zwischen Japan und Europa für einige Zeit unterbrochen.

Neben kleineren Aktionen gegen die Kerosinablieferung und den Flughafen-zubringerdienst wird durch mehrere gezielte Aktionen der Pipelinebau erheblich gestört.

Eine neue Qualität schenken die Aktionen im Frühjahr 1980 erreicht zu haben. Dabei werden die gemeinsamen US-japanisch-kanadisch-australisch-brazilianischen Manöver (RIMPAC) so nachhaltig gestört, daß das Hauptquartier der japanischen Marine keine Verbindung mehr zu den unter seinem Kommando stehenden Kriegsschiffen hat. Gleichzeitig bricht noch ein wichtiges Computer-Programm der Marine zusammen.

Bei all diesen Aktionen wird deutlich, daß diese Gruppen über genaueste technische Informationen der jewei-

gen Systeme verfügen und mit teilweise — so die bürgerliche Presse — „geradezu revolutionären technologischen Lösungen“ arbeiten. Was nimmt Wunder, daß man insidert dahinter vermutet. Gefunden sind sie jedenfalls bis heute nicht. Die bislang letzte solche Aktion führt am 13. März dieses Jahres zum Zusammenbruch des Flugverkehrs in der Region Tokio — Chiba Narita, wodurch die Forderungen der Eisenbahnarbeiter in ihrem Kampf gegen Rationalisierung und gegen die Treibstoffanlieferung nach Narita nochmals unterstrichen werden. Auf dem nationalen Treffen, zu dem die Arbeiter von Doro-Chiba am 6. März die Gewerkschaftsleute eingeladen hatten, wird vor allem auch die Frage diskutiert, wie weiter gegen die Arbeitsheize und die Rationalisierungswelle bei der verstärkten Repression in den Betrieben gekämpft werden kann. Diese Aktionsform scheint zumindest eine Antwort darauf zu sein.

Perspektiven

Die Demonstration am 28. März in Sanrizuka, an der Delegationen von über 600 Gruppen und Initiativen aus Japan teilnahmen, zeigt nicht nur die Breite der Unterstützung des Kampfes in Japan, sondern durch die Teilnahme von Delegationen aus dem Larzac und der Bit gegen die Flughafenverbreiterung in Frankfurt ergibt sich eine neue internationale Dimension im Kampf gegen diese Projekte. Im letzten Jahr versuchten die Bauern von Sanrizuka, die Gemeinsamkeiten dieser Kämpfe herauszuarbeiten und stärker als bisher die militärischen Zusammenhänge zu betonen. Sicherlich haben die Diskussionen mit Arbeitern und Bauern von den Philippinen, der Besuch von Fischern aus Mikronesien, die gegen ein ABC-Waffenlager der US-Streitkräfte kämpfen, das Treffen mit Aktivisten aus Guam, die sich ebenfalls gegen US-amerikanische Militäreinrichtungen wehren, dazu beigetragen. Im Juli letzten Jahres besuchten Bauern aus El Salvador Sanrizuka, berichteten von ihrem Freiheitskampf, aber auch, daß der dortige neue internationale Flughafen mit Hilfe japanischen Kapitals gebaut wurde, nachdem viele Bauern zwangenteigert wurden. Ausgehend von diesen Erfahrungen betonen sie, daß der Kampf gegen diese Militärprojekte weltweit geführt werden muß.

Flughafenbau und Friedensbewegung

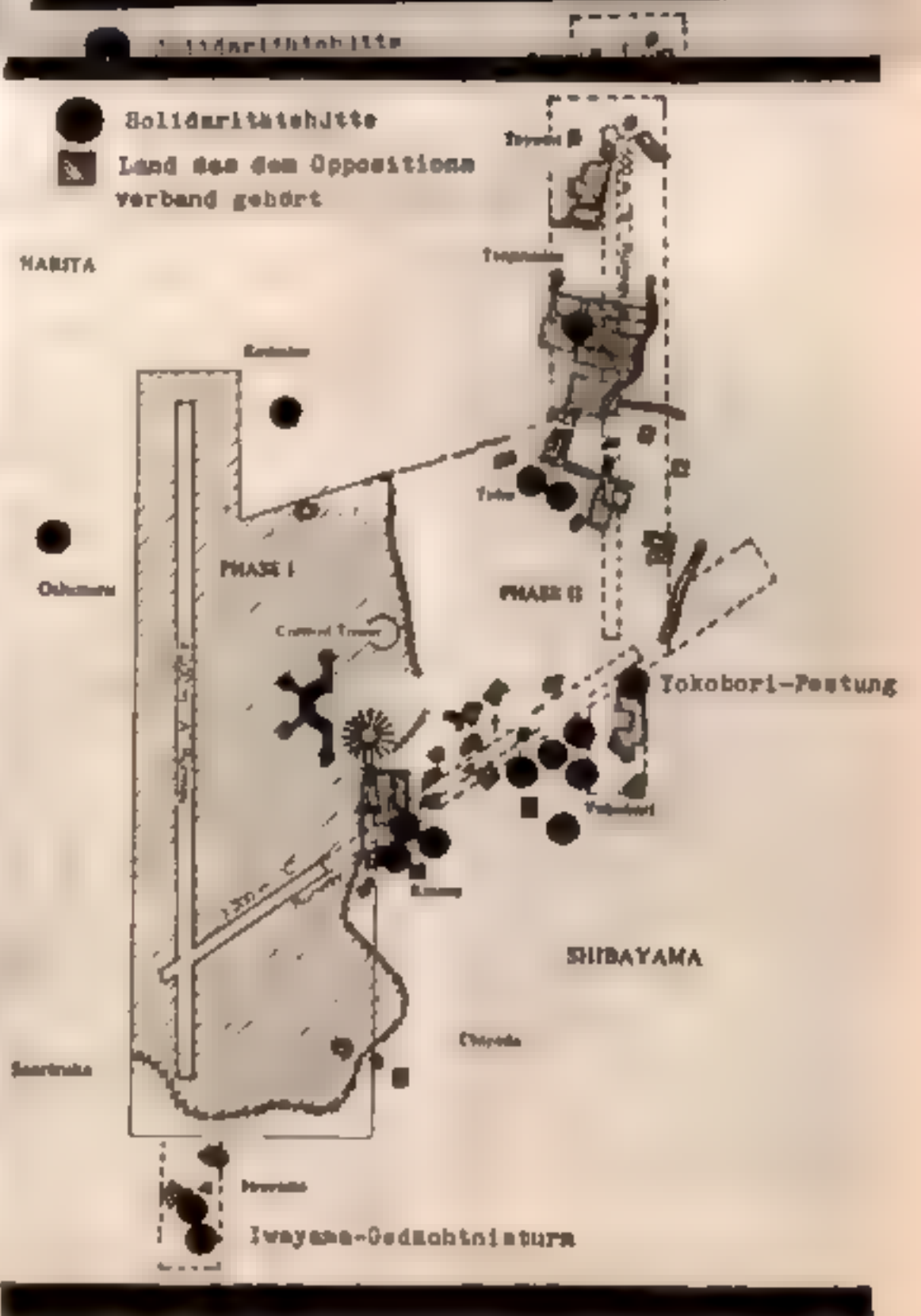
Nachdem es der japanischen Regierung in der Zeit des Vietnam-Krieges nicht gelang, ihr Konzept des nationalen

Flughafenbaus gegen die Anti-Kriegsbewegung durchzusetzen — war doch der Zusammenhang allzu deutlich, da sämtliche internationalen Flughäfen Japans zu dieser Zeit zu 40 bis 50 % durch militärische Frachtlüge der Amerikaner ausgelastet waren — so versuchten sie, sich Ende der 70er Jahre, verstärkt ein ehrgeiziges Programm durchzusetzen. Im 4. Fünfjahresplan für den Flughafenbau für den Zeitraum von 1981 - 1985 wird nicht nur die Vollendung der 2. Phase von Sanrizuka projektiert, sondern auch der Ausbau des Haneda-Flughafens von bisher 400 ha auf 1000 ha mit drei zusätzlichen Bahnen geplant. Dazu soll noch das seit Ende der 60er Jahre auf Eis liegende Projekt des neuen Kansai-Flughafens wieder aufgewärmt werden. Die Bewohner der Region Osaka hatten diesen Vorhaben in den letzten Jahren so heftig protestiert, daß es nicht möglich war, auf dem Land ein Baugrundstück dafür durchzusetzen. Jetzt soll deshalb in der Inlandsee eine riesige künstliche Insel geschaffen werden, um den Flughafen doch noch bauen zu können. Desweiteren sollen insgesamt 41 regionale Flughäfen auf Dünenflugbetrieb ausgebaut werden. Für dieses Programm sieht ein Jahresplan in der Größenordnung des Verteidigungshaushaltes zur Verfügung.

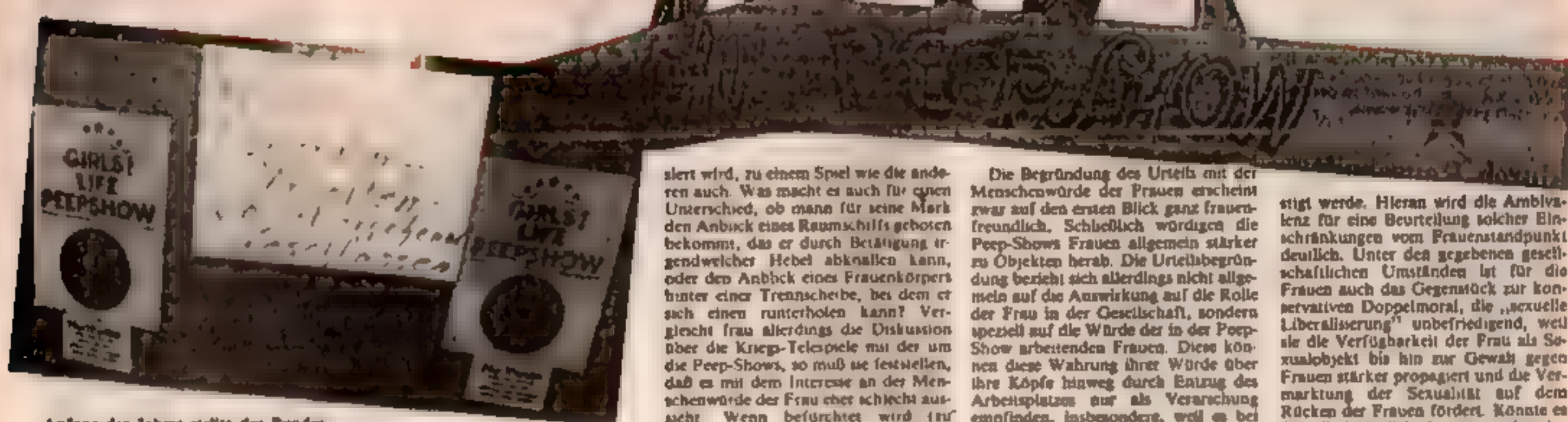
Von den Bewegungen gegen den Ausbau der Flughäfen, aber auch von der japanischen Friedensbewegung, wird dieses Programm als Bestandteil der Bemühungen des japanischen Imperialismus gesehen, eine militärische Großmacht aufzubauen. Dazu gehören nicht nur die Versuche zur Verfassungsänderung (der Antikriegsartikel soll daraus verschwinden), sondern vor allem der Ausbau der Luft-, See- und Landstreitkräfte. Folgerichtig wird auch gleich ein neues militärisches Konzept entwickelt. Nagano, ehemaliger Chef des Generalstabs, formuliert es wie folgt. Kampfhandlungen sollen nicht mehr in Japan stattfinden, sondern eine Invasion der feindlichen Landes — die sogenannte Festlandtaktik — sei geplant. Wobin die Reise gehen soll, sagt er allerdings noch nicht (Korea oder Mittlerer Osten?).

Gegen diese Bestrebungen regt sich nun in Japan auch eine neue Friedensbewegung, die jedoch nicht nur die Probleme der A-, H- und Neutronenbomben thematisiert, sondern neben der Frage der US-Basen in Japan („Man kann nicht von Hiroshima reden und an Okinawa schweigen!“ — dem größten US-Militär-Stützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten) vor allem auch gegen die Militarisierung der japanischen Gesellschaft zu Felde zieht. Nach den Demonstrationen in Hiroshima mit mehr als 200 000 Teilnehmern und Sanrizuka mit 15 000 wurde für den 22. Mai in Tokio gemeinsam von allen Friedensgruppen, Flughafeninitiativen, Anti-AKW- und Umweltschutzgruppen zu einer nationalen Demonstration gegen die Regierungspläne mobilisiert.

Samuel Moldreg



GUTE SITTEN, SCHLECHTE SITTEN



Anfang des Jahres wies das Bundesverwaltungsgericht in Berlin in einer Grundentscheidung fest, daß Peep-Shows nicht mit dem „guten Sitten“ vereinbar seien und die Menschenwürde verletzen. Es wies damit die Klage eines Geschäftsmannes gegen den Entschluß des Dorfmunder Ordnungsamts zurück, daß 1977 die Genehmigung zum Betrieb einer Peep-Show abgelehnt habe, da eine solche gegen das Amtsaufgebot „aller billig und gerecht Denkenden“ verstoße.

Die Urteilsbegründung

Was unter dem nebulösen Begriff „gute Sitten“ zu verstehen sei, erläutert das Gericht. Der Begriff sei „ein unbestimmter, ausfüllungsbedürftiger Rechtsbegriff“, mit ihm verweise das Gericht „auf die dem geschichtlichen Wandel unterworfenen gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die in der Rechtsgemeinschaft als maßgebliche Ordnungsvoraussetzungen anerkannt sind“. Dadurch würden „schutzwürdige Belange der Allgemeinheit“ beeinträchtigt. Den Kern des unzulässigen „sozialistischen Ordnungsvorganges“ bilden vor „wertethischen Prinzipien“, die werden „um u a durch die Wertvorstellungen des Grundgesetzes bestimmt sein, Veranlassungen, die „durch die Umstände ihres Ablaufs die Würde eines Menschen verletzen“ seien demnach sittenwidrig. Und eben das sei bei der Peep-Show der Fall.

„Die vom Kläger beabsichtigten Veranstaltungen hätten die Würde der zur Schau gestellten Personen verletzt und dürften deshalb nicht durch eine Erlaubniserteilung ermöglicht werden.“

Besonders stellt das Gericht in der Urteilsbegründung darauf ab, daß zu erwarten sei, daß die „Veranstaltungen“ nicht „im Rahmen einer bloßen erotischen Unterhaltung“ (7) bleiben würden, sondern daß von den Frauen mutmaßlich auch „irgendwelche geschlechtsbezogenen Bewegungen“ gemacht würden. Daraus schloß folgerichtig das Gericht, „der Auftritt der unbekleideten Frau sei im besonderen Maße geeignet, die in den nicht einsehbaren Eintrickkabinen befindlichen männlichen Personen nachhaltig geschlechtlich zu erregen und zur Selbstbefriedigung zu veranlassen, und alle Beteiligten — Veranstalter, Darsteller und Zuschauer — würden sich dieser Tatsache und ihrer Ausnutzung bewußt sein.“

Weshalb die Sittenwidrigkeit nicht auch auf andere Veranstaltungen wie z.B. Striptease-Shows zutrafte, wird folgendermaßen begründet: „Das bloße Zurückstellen des nackten weiblichen Körpers verletzt nicht die Menschenwürde, deshalb sind gegen die üblichen Stripteaseveranstaltungen jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der Menschenwürde keine grundsätzlichen Einwände zu erheben“. Die Peep-Show unterscheide sich grundlegend von der Striptease-Veranstaltung, da die Stripteaseveranstalter vor einem von ihr wahrgenommenen Publikum aufträte und sich in einem Rahmen bewege, der in der Tradition der herkömmlichen Bühnen- oder Tanzschau stehe; die personale Subjektualität der Darsteller bleibe unberührt, während die Frau in der Peep-Show eine entwürdigende objektifizierte Rolle zugewiesen bekomme, wobei mehrere Umstände zusammenwirkten „die durch die Art der Bezahlung, vermehrte Atemmaske eines mechanisierten und automatisierten Geschäftsvorgangs, bei dem der Anblick der nackten Frau wie die Ware eines Automaten durch Münzwurf verkauft und gekauft wird, die durch den Fensterklappenmechanismus und den ein-

seitigen Sichtkontakt hervorgehobene verdinglichende Isolierung der als Lustobjekt zur Schau gestellten Frau vor im Verborgenen bleibenden Voyeuren, der durch diesen Geschehensablauf besonders krass hervorretende Eindruck einer entpersonalisierenden Vermarktung der Frau; die Isolierung auch des allein in der Kabine befindlichen Zuschauers und das damit verbundene Fehlen einer sozialen Kontrolle; die durch das System der Eintrickkabinen bewußt geschaffene Möglichkeit der Selbstbefriedigung und deren kommerzielle Ausnutzung“.

Auf den Einwand, daß alle an der Peep-Show Beteiligten dies freiwillig täten, wird entgegnet, daß die Würde des Menschen unabhängig von seinem eigenen Willen geschützt werde. Dabei könne zwar offenbleiben, „ob und inwieweit der in seiner Menschenwürde geschützte einzelne seinen individuellen privaten Lebensbereich nach seinem Belieben — insbesondere nach seinen Anschauungen darüber, was die Würde seiner Person ausmacht — ohne staatliche Einwirkung gestalten kann“. Diese Frage würde sich hier allerdings gar nicht stellen, da es um einen gewerbetreiblichen Erlaubnisvorbehalt des Staates ginge.

Was soll Frau von diesem Urteil halten? Spontan war ich zuerst etwas erfreut, daß sich überhaupt etwas gegen die bis dato ungebänderte Ausbreitung dieser Shows richtete, und sei es auch von dieser ungewöhnlichen Seite. Doch vor einer hastigen Beurteilung stehen die Fragen nach der Funktion der Peep-Shows, dem Zweck des Urteils und den Veränderungen, die es de facto bewirkt.

Genuß im Still facto bewirkt.

Genuß im Still der neuen Zeit

Peep-Shows sind in den letzten Jahren überall in der BRD aus dem Boden geschossen.

Wie MacDonalds seine Klopse, so verkaufen sie Fastfood auf dem Sex-Markt.

Hemenschweilen, die mit der herkömmlichen Prostitution noch verbunden sind, sind bei der Peep-Show überwunden, sowohl für den Kunden als auch für die Frauen. Der Job in der Peep-Show erlaubt den dort beschäftigten Frauen eine viel größere Distanzierung von ihrer Funktion als die Arbeit einer traditionellen Prostituierten. Sie sind räumlich und optisch von den Kunden getrennt, körperlicher oder sonstiger persönlicher Kontakt ist im regulären Angebot nicht vorgesehen, damit wird auch das Risiko von gewalttätigen Feiern, Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften geringer. Die Bezahlung der Frauen läuft nicht individuell von Freier zu Frau, sondern die Frauen erhalten ganz normal Lohn für ihre Arbeit im Peep-Betrieb.

Viele der Gründe, die eine Frau davon abhalten, als Prostituierte zu arbeiten, entfallen bei der Peep-Show. Die Vorstellung von einem befristbaren Job, mit dem man gut Geld machen kann, ohne sich allzu viel zu vergeben, läßt sich hier leichter aufrechterhalten.

Auch für die Kunden stellt sich der Besuch einer Peep-Show unverfänglich dar als der Kontakt mit einer Prostituierten. Der niedrige Preis macht die Peep-Show für jeden erschwinglich, Preis, Bezahlungsweise und der ganze Aufbau verleihen der Show eine Art Spielcharakter. Oft sind Peep-Shows wirklich mit Spielhallen gekoppelt, wodurch die Schwellenangst noch weiter vermindert und der Vorgang bagatel-

liert wird, zu einem Spiel wie die anderen auch. Was macht es auch für einen Unterschied, ob man für seine Mark den Anblick eines Raumschiffs geboten bekommt, das er durch Betätigung irgendwelcher Hebel abknallen kann, oder den Anblick eines Frauenkörpers hinter einer Trennscheibe, bei dem er auch einen runterholen kann? Vergleichst man allerdings die Diskussion über die Kriep-Telepiele mit der um die Peep-Shows, so muß man feststellen, daß es mit dem Interesse an der Menschenwürde der Frau eher schlecht ausseht. Wenn befürchtet wird (zu Recht), daß Kriepspiele die Bereitschaft der Jugendlichen zu Krieg und Gewalt fördern, so dürfen wohl auch Konsumenten einer Peep-Show in ihrer Einstellung zu Frauen nicht unbefruchtet bleiben.

Wie der Spielhallenboom in bestimmten Vierteln der Großstädte, so auch die wachsende Zahl von Peep-Shows die Krise in den Industrie- und Dienstleistungsstädten wider. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Verarmung schafft den Markt für solche Art von „Vergnügungen“, zur Kanalisierung von Aggressionen und Spannungen, aber gleichzeitig zu einer gewissen Verrohung.

Peep-Shows stellen für mich eine neue Qualität der Sexvermarktung dar, weil sie die Prostitution noch stärker als bisher zu einem Massenkonsummarkt machen, weil sie die Möglichkeit dafür schaffen, daß ein Peep-Show-Wach zur selben Selbstverständlichkeit wird wie Zigarettenholen vom Automaten an der Ecke. Dazu kommt, daß die Peep-Show Frauen den Einstieg in die Prostitution leichter macht, daß also genau die Eigenschaften, die die Peep-Show für die dort arbeitende Frau attraktiv machen, letztlich eine nachteilige Entwicklung fördern. Es wäre unnötig, zu behaupten Peep-Shows seien „schlimmer“ als die traditionelle Form der Prostitution, beides steht ja nicht alternativ gegenüber, sondern die Peep-Show ist zusätzlich neben die herkömmliche Prostitution getreten.

Trotzdem macht mich der Anblick einer Peep-Show aggressiver als z.B. eine Annäherung in einem Straßensuchgebot. Vielleicht, weil die Existenz und das Flonieren dieser Shows es deutlicher als alles andere machen, mit was für Männern Frauen hier tatsächlich zu tun hat. Bei anderen Angeboten auf dem Sexmarkt läßt es sich noch irgendwie nachvollziehen, warum und unter welchen Umständen Männer diesen Dingen etwas abgewinnen können. Aber daß sie in Massen in diese Peep-Shows rennen und dabei auch noch Lust empfinden können, das ist mir einfach unbegreiflich.

Die Begründung des Urteils mit der Menschenwürde der Frauen erscheint zwar auf den ersten Blick ganz frauenfreundlich. Schließlich würden die Peep-Shows Frauen allgemein stärker zu Objekten herab. Die Urteilsbegründung bezieht sich allerdings nicht allgemein auf die Auswirkung auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft, sondern speziell auf die Würde der in der Peep-Show arbeitenden Frauen. Diese können diese Wahrung ihrer Würde über ihre Köpfe hinweg durch Entzug des Arbeitsplatzes nur als Verachtung empfinden, insbesondere, weil es bei den Alternativen, die ihnen zur Verfügung stehen, mit der Würde nicht eben viel besser aussieht, sei es an „normalen“ Frauenarbeitsplätzen mit mieser Entlohnung oder aber in härteren Formen der Prostitution.

Bisher sind restriktive Gesetze im Sexualbereich immer ein Ausdruck der Doppelmoral konservativer Politiker und Richter gewesen. Ihre Folgen sind nicht eine frauenfreundlichere Sexualität oder eine Verbesserung der Stellung der Frauen in der Gesellschaft, sondern eine Stärkung der Institution Ehe einerseits und eine Zurückdrängung des Sex-Kommerzes in die Illegalität und — damit verbunden — die Entrechtung der dort tätigen Frauen gegenüber Gerichten, Bullen, Feiern, Zuhältern andererseits. An der Sache selbst ändern die Gesetze häufig gar nichts, sondern sorgen lediglich für eine zusätzliche Finanzierungsquelle für das zuständige Polizeirevier und andere Aufwachstellen.

Solche reaktionären Zielsetzungen werden an zwei Beispielen Gerichtsentscheidungen deutlich, wo ebenfalls mit „Sittenwidrigkeit“ argumentiert wurde:

— Im Oktober 1981 entschied das Bayreuther Amtsgericht, Honorare zwischen einer Prostituierten und ihren Kunden seien sittenwidrig, also auch nicht einklagbar („Hamburger Abendblatt“, 26.10.81).

— Im Februar 1982 entschied das Bundesverwaltungsgericht in höchster Instanz, daß Südde und Gemeinden „Life-Shows“ mit öffentlichem Geschlechtsverkehr nicht mehr genehmigen müssen, da sie den „guten Sitten“ zuwiderlaufen, die öffentliche Verführung des Geschlechtsverkehrs unterliege auch heute noch „trotz weitgehender Herabstufung sexualethischer Maßstäbe“ einem so eindeutigen „Unwerturteil“ der Rechtsgemeinschaft, „daß ihre Bewertung als „sittenwidrig“ Meßstäbe“ einem so eindeutigen „Unwerturteil“ der Rechtsgemeinschaft, daß ihre Bewertung als „sittenwidrig“ gerechtfertigt sei. Es entspreche nach wie vor der herrschenden Anschauung, daß der Geschlechtsverkehr zwischen Mann und Frau in einen Intimbereich gehöre, „der fremdem Einblick nicht zugänglich sein soll“ („Welt“, 5.2.82).



Warum so ein Urteil?

Als Erfolg der Frauenbewegung kann das Urteil schon deshalb nicht gewertet werden, weil diese zur Zeit eher im Abschwung befindlich ist und speziell von einer Kampagne gegen die Peep-Shows — von einigen walpurgisnachtlichen Farbbeurteil und Steinwürfen einmal abgesehen — auch nicht die Rede sein kann.

Im ersten Fall richtet sich das Urteil eindeutig gegen die Prostituierte, indem es ihr den Anspruch auf Bezahlung abspricht. Im zweiten Fall wird sich gegen die Öffentlichkeit gewandt. Hier zeigt sich ein typisches Merkmal reaktionärer Moral. Was mit Sex zu tun hat, soll sich im Dunklen und hinter verschlossenen Türen abspielen, auf daß der ausländische Bürger nicht belä-

stigt werde. Hieran wird die Ambivalenz für eine Beurteilung solcher Einschränkungen vom Frauenstandpunkt deutlich. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen ist für die Frauen auch das Gegenüber zur konservativen Doppelmoral, die „sexuelle Liberalisierung“ unbefriedigend, weil sie die Verfügbarkeit der Frau als Sexualobjekt bis hin zur Gewalt gegen Frauen stärker propagiert und die Vermarktung der Sexualität auf dem Rücken der Frauen fördert. Könnte es Frau disbezüglich also ganz recht sein, wenn konservative Kräfte diese Dinge aus der Öffentlichkeit verdrängen wollten, so muß sie doch berücksichtigen, daß die reaktionäre Moral sich nicht auf die Reinigung der Öffentlichkeit von frauenfeindlichen Ercheinungen beschränken würde, sondern auch positive Errungenschaften angreifen könnte: angefangen beim öffentlichen Küssen und Schmusen über das Nichttragen von BHs bis hin zum Nichtverstecken des eigenen Leibes- oder Schwulstseins.

Allerdings, auch wenn vermutet werden kann, daß der Spruch der Berliner Verwaltungsrichter seine Grundlage in rechten Moralvorstellungen hat, so richtet er sich konkret erst einmal nur gegen die gewerbetreibliche Genehmigung für das Betreiben einer Peep-Show. Wenn es der weiteren Verbreitung der Shows tatsächlich entgegenwirkt, so wäre das jedenfalls ein positiver Effekt.

Die Folgen

Nach dem Urteil stellt sich die Frage, was mit den schon bestehenden Peep-Shows geschehen solle, deren Existenz ja gerade die „Lebenserfahrung“ geliefert hat, auf deren Grundlage die „Sittenwidrigkeit“ solcher Einrichtungen entschieden worden ist.

Nach einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur wird in Berlin eine Schließung von Peep-Shows erwogen; in anderen Städten wie z.B. Hamburg, Hannover, Bochum, Stuttgart und Aachen sollen keine neuen Shows mehr genehmigt werden; eventuell sollen auch bestehende Konzessionen eingeschränkt oder eingezogen werden. Wie Betreiber von Peep-Shows solche Einschränkungen umgehen können, zeigt das Beispiel eines Veranstalters in Oldbeck (NRW):

Einschränkungen umgehen können, zeigt das Beispiel eines Veranstalters in Gladbeck (NRW):

Da ihm die Zulassung für eine Peep-Show gerichtlich unterzogen worden war, konnte er sie in „Französische Wäschschau“ um; nach einem erneuten Verbot bezeichnet er sie als Club und ließ sie als Verein eintragen. Der Preis für die Clubkarte Eine Mark (FR, 2.3.82).

Die schwerwiegendsten Folgen hatte das Urteil in Frankfurt. Bürgermeister Wilmann verfügte am 9.3. die Schließung aller sechs Peep-Shows im Bahnhofsviertel innerhalb von 2 Tagen. In der Nacht zum 13.3. wurden die Kabinen amtlich versiegelt. Der Hintergrund dieser Schließungen läßt allerdings vermuten, daß es Wilmann dabei keineswegs um den schnellstmöglichen Schutz der Menschenwürde der dort auftretenden Frauen ging.

Frankfurt: Säuberung des Bahnhofsviertels

1977 hatte die Frankfurter CDU in ihrem Wahlkampf der damals noch regierenden SPD eine „schlechte Haltung“ in der Vertriebsbehauptung vorgeworfen und ihr die damalige Zahl von 68 000 Straftaten im Stadtgebiet angelastet. Die Kriminalstatistik für 1981 führt einen Anstieg auf über 100 000 Straftaten an.

Um diesem offensichtlichen Versagen der eigenen Politik zu überdecken und den Anschein resoluten Durchgreifens zu erwecken, inszeniert CDU-Bürgermeister Wilmann nun ein Stück, das die FAZ (12.3.82) mit „Ein Amüsierviertel wird verlegt“ beiläufig das Bahnhofsviertel als „Amüsierviertel“ soll verschwinden und damit auch als Zentrum der Frankfurter Kriminalität Bordelle, Kneipen, Porno-Läden, Sexkioske usw. sollen an eine andere Stelle der Stadt verlegt werden. Welcher Stadtteil damit allerdings beglückt

werden soll, unterliegt vorläufiger Geheimhaltung. Das Bahnhofsamt, das gegen die in ein „sexuelles Geschäftsviertel“ verwandelt werden, welche Art von Sanierung in etwa zu erwarten ist, zeigt das Hamburger „Hanseviertel“, wo aufwendig renovierte historische Bausubstanz den Rahmen für Luxusboutiquen und Schickleria abgibt.

Der erste Akt zum Erreichen dieses Ziels lief schon vor dem Peep-Show-Urteil. „Veränderung der Szene“ durch wiederholte Razzien in Bordellen, in denen Ausländerinnen ohne Aufenthaltserlaubnis arbeiteten, und deren Ausweisung.

Zusätzlich wurden angeblich schärfere Kriterien bei der Auslegung von Feuer- und baupolizeilichen Verordnungen im Bahnhofsamt angelegt.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts kam Wallmann aus Südwestfalen. War die letzte der später geschlossenen Peep-Shows erst ein halbes Jahr zuvor genehmigt worden (trotz mangelhafter feuerpolizeilicher und räumlicher Bedingungen), so wartete man jetzt ungeduldig auf die Urteilsbegründung, um zu sehen, ob diese auch die Schließung schon bestehender Shows ermöglichte. Kaum war die Urteilsbegründung im Rainer eingetroffen, wurde die bevorstehende Schließung der Shows angekündigt. Die

weltig zu werden, daß auch Kinder ständig in Gefahr sind.

Hier werden rückständigste Vorurteile mobilisiert: offenbar ist also Vergewaltigung im Mann angelegt, ist Teil des angeblich „menschlichsten“ aller Triebe? Und nur die Peep-Shows können die Männer davon abhalten, hemmungslos über Frauen und Kinder herzufallen? Es ist allerdings nichts davon bekannt, daß die Vergewaltigungszahlen seit der Einführung von Peep-Shows zurückgegangen wären. Vielmehr kann vermutet werden, daß wer Frauen in der Peep-Show im totalen Objekt-Status erlebt, auch andere Frauen seiner Umgebung als Objekte betrachten wird.

Es ist auch die Frage, ob der Prostituierte durch eine Glancehebe vom Sexualobjekt getrennt zu sein, nicht zu Aggressionen gegen Frauen führt.

Die Schwierigkeit, sich als Linker/linke Standpunkt zur Frage der Prostitution zu bilden, hängt u.a. mit der Tatsache zusammen, daß Frauen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen oft kaum eine andere Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und daß auch bei uns die Möglichkeiten für Frauen, Arbeit unter akzeptablen Bedingungen und mit angemessener Bezahlung zu finden, so schlecht sind, daß keine Frau arbeitslos werden kann, weil sie als Prostituierte in der Peep-Show oder ähnlichen Einrichtungen arbeitet.

Einer Frau, die aus eigenem Entschluß in einer Peep-Show arbeitet, kann der Hinweis auf Moral und Menschenwürde natürlich nicht ihr materielles Interesse am Erhalt dieser Verdienstmöglichkeit ausreden, das kann ihr auch niemand verbieten. Es ist allerdings eine ganz andere Frage, ob sie daraus einen Anspruch — z.B. an die Linke — herleitet, sie in ihrem Kampf für den Erhalt dieses Arbeitsplatzes zu unterstützen.

Der Kampf um Arbeitsplätze kann nicht von dem konkreten Inhalt der Arbeit und den Arbeitsbedingungen getrennt werden. Bei allen Plänen der Herrschenden, gegen die sich berechtigter Widerstand regt, ob Atomkraftwerke, Startbahn West oder Industrieanlagen, argumentieren diese mit dem Arbeitsplatz, der gefährdet sein oder geschaffen werden soll. Abgesehen davon, daß diese Angaben i.A. nicht der Realität entsprechen, wären sie auch kein Grund, deswegen solche Pläne zu unterstützen. Die negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft wegen in diesen Fällen in der Regel schwerer als die positiven durch eventuelle in diesem Fällen in der Regel schwerer als die positiven durch eventuelle Schaffung von Arbeitsplätzen. So ist die negative Ausstrahlung der Peep-Shows auf die Stellung der Frauen in der Gesellschaft zu groß, als daß sie durch den Nutzen, den einige Frauen aus ihr ziehen oder zu ziehen meinen, aufgewogen werden könnte (laut „Spiegel“ 36/81 arbeiten in der BRD ca. 800 Frauen in Peep-Shows, die Frankfurter Peep-Show-Frauen geben insgesamt 130 bedrohte Arbeitsplätze an). Dazu kommt, daß die Peep-Show-Arbeitsplätze gerade wegen bestimmter Besonderheiten attraktiv sind, die die meisten anderen Berufe nicht aufweisen, so z.B. ein ziemlich hohes Einkommen in kurzer Zeit. Auch wenn es den Frauen unbenommen bleibt, diese Verdienstmöglichkeiten, solange sie bestehen, zu nutzen, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, (einige wenige) Arbeitsplätze für diese Frauen zu fordern, die nicht die negativen Eigenschaften und Auswirkungen der Peep-Shows haben, aber dieselben Privilegien bieten, wie z.B. die Möglichkeit für die Anammlung von Startkapital für eine Selbstständigkeitskarriere.

Inzwischen sind in Frankfurt nur noch zwei Peep-Shows geöffnet, die befristeten Konzessen von der übrigen sind abgelaufen. Um die beiden letzten Konzessen läuft ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht („F.R.“, 16.4.82).

Der Kampf um die Arbeitsplätze

Gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes protestierten die Frankfurter Peep-Show-Frauen in einem Schreiben an Wallmann, das im „Pflasterstrand“ veröffentlicht wurde.

Neben richtiger Kritik — z.B. wird Wallmanns Säuberungsaktion als „Mittel des Wählerkummers“ gekennzeichnet, enthält der Brief in der Mehrzahl fragwürdige Argumente.

Wenn z.B. darauf hingewiesen wird, daß, wenn Peep-Shows gegen die guten Sitten verstoßen, dann ja auch „reichlich Promisken aus den unter-schiedlichsten Parteien, die täglich dafür sorgen, daß alle Kabinenplätze belegt sind, sittenwidrig veranlagt“ sein müßten, so mag das zwar als Beleg für die doppelte Moral dieser Herren gelten, aber kaum als Beweis für die Integrität von Peep-Show-Sex. Auch die Behauptung, es finde oftmals „mehr Kommunikation zwischen Bühne und Kabine statt, als in manch einer pseudo-intimaten Ehe“ sagt wohl in erster Linie etwas über die Qualität einer solchen Ehe aus.

Wenig Kenntnis des gesellschaftlichen Sexualverhaltens (oder aber bewußte Ausnutzung eines gängigen Vorurteils) spricht aus den Behauptungen bzgl. der Folgen eines Peep-Show-Verbots: „ein abrupter Stopp, ein Unterdrücken dieser menschlichen aller Triebe führe zur Katastrophe. Schließungen der Peep-Shows, das dürfte wohl für jedermann Frau ein leuchtend sein, führen letztendlich dazu, daß sich keine Frau mehr allein auf die Straße wagen kann, ohne verge-

drohende“ Schließung der Peep-Show in Berlin-Charlottenburg illustriert mit dem Foto einer nackten Peep-Show Darstellens. Unterzeichnet war der Bericht mit M.S. für Maha Sontheimer. Einen Tag später veröffentlichte selbiger M.S. einige völlig unparteiliche Stimmen aus dem Volk zum Thema Peep-Show, die einigen der oben schon angesprochenen Punkte „linker“ Kritik Ausdruck gaben. Arbeitsplätze, trauriges, aber notwendiges Übel, Sex des kleinen Mannes, verlogene Moral. In der gleichen „faz“-Ausgabe findet sich auch noch ein Kommentar von Maha Sontheimer, in dem er die Partei der bedauernden, durch die Frauen ausgebeuteten Männer ergreift und sich gegen ein Verbot der Peep-Shows ausspricht, weil jede staatliche Regulierung der Sexualität abzulehnen sei.

Hatten schon gegen den ersten Artikel von M.S. einige der Berliner „faz“-Mitarbeiterinnen protestiert, insbesondere gegen die Illustration, die der Redaktion gegen den Vorwurf der Layouter und Setzerinnen, einen aus der Show kommenden Mann abzubilden, durchgesetzt hatte, so fiel die Reaktion nun noch heftiger aus: eine Art feministisches Rollkommando stürmte nachts die Redaktionsräume, spritzte Sprüche an die Wände und veranlasste Unordnung auf M.S.'s Schreibtisch.

Während einige der überregionalen „faz“-ler(innen) eine „klamheimliche Frust“ nicht verhehlen konnten, waren die Berliner so enttäuscht von der Menschheit, daß sie sich am nächsten Tag nicht in der Lage sahen, den Bericht zu erstellen, und die vier Seiten mit nur einer kurzen Begründung, überschrieben: „Null Box“, versahen. Die „faz“ vom 4.3. informiert dann auf der Frauenseite auch die Nicht-Berliner(innen) über den Konflikt, neben einem Überblick über die Vorgänge selbst erscheint dort eine „fiktive Geschichte“ von einem „faz“-Fotografen, der einen Peep-Show-Besucher fotografieren soll aber nur Bekannte vor die Linse bekommt, und ein Kommentar einer Redakteurin, die begründet ihre Genugtuung über den „Anschlag“ kritisiert. Sontheimers Behandlung des Themas, sein „Gejammer über das Verbot“, über das sie selbst sich freut, auch wenn es ihr lieber wäre, „die Männer lassen das Peep von alleine.“ Verdienst von Maha, aber auch der Besucher(innen), die sich nicht die Mühe gemacht hätten, mit der

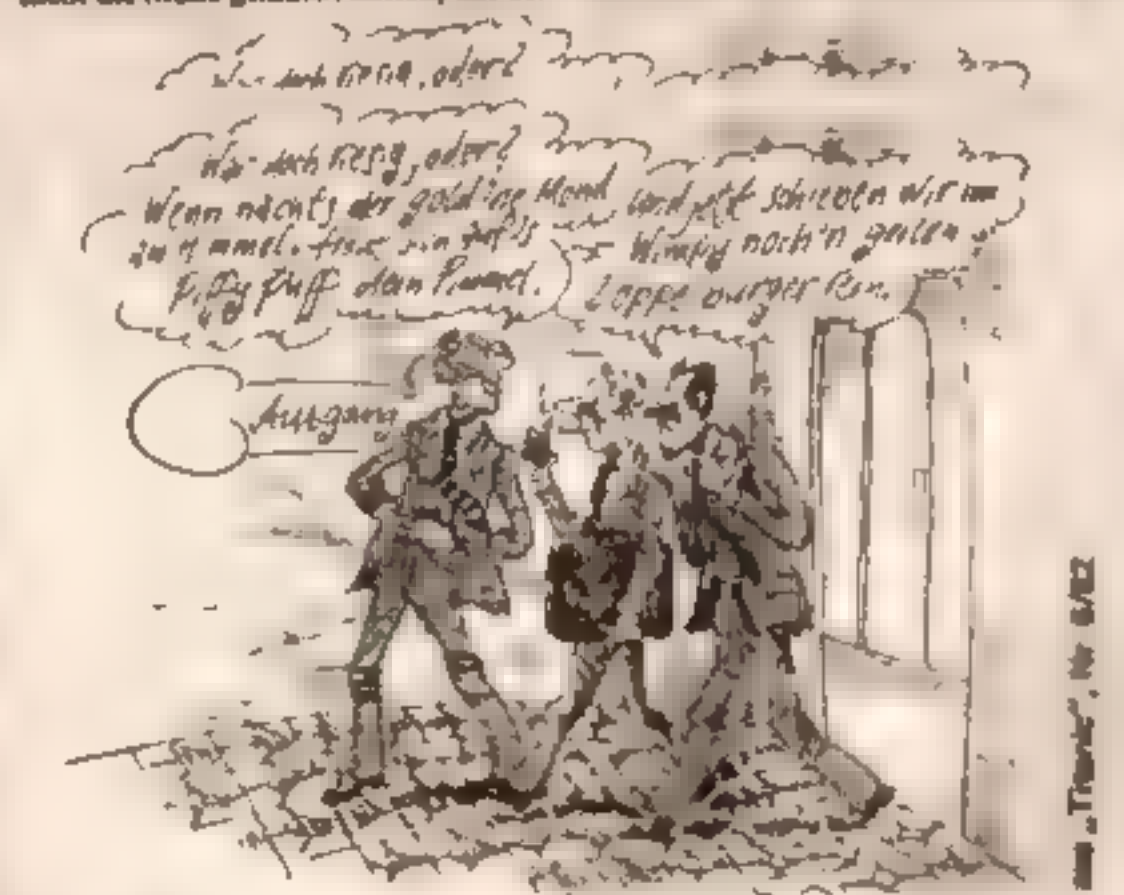
(„Abendpost“, 11.3.82). Neben dem Brief der Peep-Show-Frauen, dessen Veröffentlichung im „Pflasterstrand“ sicher nicht nur als Akt der Gnade mangels sonstigen Veröffentlichungsmöglichkeiten anzusehen ist, brachte der „Pflasterstrand“ vom 28.3. noch zwei weitere Artikel zum Thema. Der erste, von Matthias Beitz polemisiert gegen „die Sittenwächter“ in der Szene, „die aus Moral die rote Redaktion beschriften, hier und dort mal unmoralische Schriften zur Querelle beschlingeln, diesem oder jenem auf's Maul hauen, weil sie unsittlich über den Hungerstreik palaveren.“ Betreffend sei die Verletzung fremder Normen, also ohne Normen keine Freiheit. „Wir brauchen als Ersatz für bigotte katholische Priester, sadistische Diakonissen (..) (..) als Ersatz der verbotenen, dummen und selbstgerechten Moral-Apostel der herrschenden Bürgerlichkeit solche Menschen in unseren Kreisen.“

Und wir haben sie, die Furien, die nicht aus Lust an der Zerstörung wirken, sondern die Würde der Frau verteidigen, (..) wir haben diese guten Menschen von links, die so gut sind, daß sie zu allem in der Lage sind und sich auch in jeden Dienst stellen können, denn ihr Gut-Sinn hat ihnen den Rest des Verstandes gestaubt.“

Im zweiten Artikel, der von einer Dame namens Vita Quell unterzeichnet ist, wird das Thema Peep aus Frauen-sicht, aber nicht weniger unkonventionell angepackt, sie beschreibt das Bild der emanzipierten Peep-Frau, die sich und den Mann voll in der Hand hat.

„Gehet in euch, ihr Peep-Show-Damen! Ihr habt nicht erkannt, daß ihr im wesentlichen nicht eurem Geldbeutel dient mit eurem Tun, sondern dem Unterdrücker Mensch! Ihr habt nicht erkannt, daß eure Macht über seine Lust in Wirklichkeit seine Macht über euer Bild ist! Ihr habt nicht erkannt, daß ihr euch keineswegs freien Willens den Augen des wohlwütigen Peepers hingibt, sondern daß „er“, die männliche Gesellschaft, dies in euch tut!“

Oder? Oder ist in Wirklichkeit der Mann das arme Schwein, der im Bordell schon längst kaum noch den begehrten Körperteil erlangt, sondern höchstens noch die hohle Hand? Der in der Peep-Show nur ein Bild von dem erhält, was er begehrt? Der nicht geliebt wird, der nicht begehrt wird, der einfach nur ein armes Würstchen darstellt? Der sich abquält unter der Kluft der Macht, die ein nackter Frau-



Redaktion zu diskutieren, sei es, daß die Auseinandersetzung jetzt reduziert sei „auf das Zensur-Geschrei der einen und die Beilegung der anderen, daß sie die Schmierereien in den Redaktionsräumen auch nicht gewollt haben.“

M. Sontheimer sah sich durch die Kritik an seiner Arbeit veranlaßt, sich am 1. April für zwei Monate beurlauben zu lassen, um in Ruhe über seine Weiterarbeit bei der „faz“ nachzudenken.

Auch die Vorgänge um das Frankfurter Bahnhofsamt blieben selbstverständlich nicht ohne Kritik von links. Pflicht- und wahlkampfgemäß wurde Wallmann natürlich zuerst einmal von der Frankfurter SPD attackiert. Es geht ihm um einen „Show-Effekt zur Minderung des Ruhms des Oberbürgermeisters“, zur Beilegung der wirklichen Mißstände im Bahnhofsamt trage die Schließung der Peep-Shows nichts bei. Sie ändere nichts an der Missierung der Damenquartiere, dem Zuhälterwesen und der Schwerkriminalität. Eine konkrete Stellungnahme zur Funktion der Peep-Shows vermieden die SPDler in ihrer Pressemitteilung allerdings wohlweislich.

Die Frankfurter SPD-Kreise ließ die Sache auch nicht ruhen. Die erste — etwas massivere — Stellungnahme kam vom AStA der Frankfurter Uni. „Die ungeheuerliche Maßnahme des Oberbürgermeisters bedeutet eine erneute und dramatische Verschärfung der sozialen Lage der Studenten.“

Selbstwertgefühls die Wirklichkeit zu reflektiert.

Frauenbewegung angenehm überrascht

Von Seiten der Frauenbewegung wurde das Peep-Show-Urteil in Großen und Ganzen begrüßt, die Urteilsbegründung, ob ihrer relativen Frauenfreundlichkeit positiv überrascht aufgenommen. Zur spontanen Freude gellten sich allerdings auch ein gewisser Mißtrauen angesichts so ungewöhnlicher und zweifelhafter Handlungspartner. Am wenigsten Schwierigkeiten hatte die EMMA (April) damit, sie zog in der ihr eigenen Art entschieden gegen Chauvinismus (M 5) und die Verharmosung von Prostitution („faz“) zu Felde, ohne sich weiter um die Problematik staatlichen Eingreifens zu scheren.

Im Frankfurter „Frauenblatt“ (April) trauert Frau vergangenen Zeiten nach, als alles noch einfacher war.

„Früher wußten wir, was richtig war und was falsch, das hat jedenfalls für einige Zeit eine Einheit unter uns Frauen hergestellt, wir haben wulstige und gleichzeitige harte Aktionen gemacht, z.B. gegen Sexshops und sexistische Artikel im Pflasterstrand.“ Heute sei Frau „weniger dogmatisch geworden“ und „weniger handlungs-fähig“, unterstützen mag sie weder die Doppelmoral Wallmanns noch die „faz“-Kritik der EMMA, die „Pflasterstrand“-Artikel lehnt sie aber auch ab und die Kritik an der Sprüh-Aktion gegen die „faz“ macht sie ebenfalls mißtraulich.

Die Saarbrücker Frauenzeitung „Lila Dinte“ (April/Mai 82) äußert neben der Befriedigung über das Urteil auch begründete Skepsis:

„Die Peep-Shows sind tot, aber die Kapitalisten, die sich dieses menschen-ausbeuterische Geschäft haben einfallen lassen, leben und leben gut. Sie haben je immer noch die Sex-Shops, die Sex-Kinos, die Strip-tease-Lokale, die Nachbarschaft, einschließlich der zugehörigen „Anmierdamen“ (..). Und sicher werden sie sich jetzt auch wieder was neues einfallen lassen. Und genauso sicher werden wir uns in all den anderen Punkten nicht auf die Herren Richter verlassen können.“ „Und wer sagt uns, ob nicht noch den sozialen Wertvorstellungen der Rechtsgemeinschaft auch die Homosexualität, die Sexualerziehung, jeder „außerordentliche Geschlechtsverkehr“ untersucht werden müßten?“

In der „Courage“ (Mai 82) löst schließlich Sabine Zurmühl den Widerspruch von scheinbarer Frauenfreundlichkeit und patriarchaler Rechtsprechung auf geniale Weise:

„Mein Verdacht, daß in diesem Urteil letztendlich von der Würde des Mannes die Rede ist — als wackelnder, schwitzender, kurz peinigter Kunde, wird endgültig erhärtet, als ich höre, daß in Berlin die Peep-Shows gar nicht unbedingt schließen müssen, sondern es dem Senat zunächst reicht wenn „die Betreiber der Peep-Shows die trennenden Kabinenwände abbauen“.“

„Eine gerichtliche Einschätzung, die aus dem gesamten großen Bereich der Prostitution — und das ist für mich die Peep-Show auch — eben diesen einen abtrennt, alles andere aber beibehält, ist keine Entscheidung, die für mich die politische Arbeit des Feminismus unterstützt.“

Daß die Berliner Richter mit ihrem Urteil die „politische Arbeit des Feminismus“ unterstützen wollten, wird bei aller Naivität wohl auch keine Frau annehmen wollen.

Natürlich treffen alle Einwände gegen das Urteil zu, die kritisieren, daß mit den Peep-Shows nur ein Bereich von vielen getroffen wird und daß es ohnehin leicht ist, das Urteil durch kleine Veränderungen der Peep-Einrichtungen zu umgehen. Das Urteil hat nicht einmal eine notwendige Schließung der bestehenden Peep-Shows zur Folge, sondern stellt diese lediglich im Rahmen der zuständigen Behörden. Daß durch das Urteil insofern keine umfassende Lenkungsmaßnahme zu erwarten ist, steht außer Frage.

Trotzdem schafft das Urteil eine kleine Chance, einige Peep-Shows wieder zu schließen oder zumindest ihre weitere Verbreitung zu verhindern. Insofern empfinde ich über das Urteil Genugtuung, auch wenn es unserer politischen Einstellung nach die Eingriffe des Staates ins Sexualleben seiner Bürger/innen abzulehnen sind, widerspricht, (von der Utopie, in der die Männer von selbst keine Lust mehr auf Puffe oder Peep-Shows hatten und so keine Frau mehr nötig hätte, dort ihr Geld zu verdienen, und wie ja leider auch noch ziemlich weit entfernt.) Natürlich besteht die Gefahr, daß der Urteilspruch von konservativen Heilewaisern (siehe Wallmanns), auch gegen unsere Interessen, aber hätten wir demgegenüber durch gerichtliche Billigung von Peep-Shows und ihre weitere Verbreitung etwas gewonnen?

Ca.

Der Jugendoffizier — „Atomsprengkopf In nationaler Verfügungsgewalt“

In den bisherigen Abschnitten haben wir uns notwendigerweise sehr ausführlich mit den verschiedenen Auseinandersetzungen und Überlegungen zur Wiedereinführung der „Wehrkunde“ in den Schulen seit 1956 beschäftigt. All diese Überlegungen mußten und müssen auch in die Praxis umgesetzt werden. Die bedeutende Rolle wird seitens der Militär der Jugendoffizier zugewiesen. Daß es Jugendoffiziere gibt, dürfte sich herumgesprochen haben. Aber relativ unbekannt dürfte sein, welche Bedeutung die Militär diesen in jeder Weise ausgebildeten und ausgestatteten militärischen Propaganda-Spezialisten, dem „Reisenden in Sachen Sicherheit“, beimessen.

In einem Beitrag der Zeitschrift „Wehrkunde“ wird der Jugendoffizier als ein Instrument gewertet, „dessen Bedeutung ... gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann“ (47), und der sich als „Einzelkämpfer einer bedrückenden Übermacht“ (48) gegenüber sieht. Seine Bedeutung wird oft mit der Behauptung heruntergespielt, zwei Unterrichtsstunden seien zu kurz, um nachhaltigen Einfluß auf die Schüler ausüben zu können (49); aber es läßt sich seine Rolle zu unterschätzen, wenn man sich nur auf seine „Referenten“-Tätigkeit vor Schulklassen (gelegentlich mit einem KdV'er als Ko-Referenten) beschränkt würde. Dargestellt werden soll im Folgenden, wie sich der Auftrag des Jugendoffiziers entwickelt hat, wie er systematisch für seinen Auftrag spezialisiert wird, wie er

War in dem Abschnitt „Vom künftigen deutschen Soldaten“ die Rede von der Entstehung des Jugendoffiziers bis in die Mitte der 60er Jahre, ist hier die Rede von den wesentlichen Veränderungen in Auftrag und Ausbildung Anfang der 70er Jahre. Jugendoffiziere waren sich Ende der 60er Jahre als „Prügelknaben in der Armee“ (50), nachdem ihre Vorfälle von „Sieg-Heil-Rufen“ (51) und „rhythmischen Ho-Tsch-Minh-Klatschen“ (52) unterbrochen wurden, während sie in ihrem eigenen Laden als „Gruppe 47“ oder „Lagerheime“ bezeichnet wurden (53). Sie sahen sich überfordert, das ungeklärte Bild der Bundeswehr ins „rechte Licht zu rücken“, und sie schätzten „die Entwicklung der Bundeswehr und besonders der Nachwuchsaufbau (als) so deprimierend (ein), daß diese Aufgabe nur noch unter Gewissenskonflikten geleistet werden kann“ (54). Auch der Wehrbeauftragte stellt eine Überforderung der Jugendoffiziere fest und schlägt vor, diese in längeren Grund- und Wiederholungslehrgängen an einer zentralen Ausbildungsstätte in „methodischen, politischen und wissenschaftlichen Disziplinen“ (55) wieder aufzumachen.

Zusammen mit der Neuordnung des IP-Stabes wurde die Ausbildung verfeinert und systematisiert (siehe dazu Kapitel „Propagandaaufbau“). Die Aufgaben wurden neu geregelt. Ihr Einsatz nahm ab 1970 um 40 %, die Zahl der angesprochenen Jugendlichen um ca. 50 % zu. Ihre Zahl stieg von 17 auf 47 (daher „Gruppe 47“) und wurde später auf 57 erhöht. Es dürfte zwar fraglich sein, ob die positive Einschätzung des Wehrbeauftragten in seinem „74er Bericht“ auf die Aktivitäten der Jugendoffiziere zurückzuführen ist. Jedenfalls: „Das Interesse an Truppenbesuchen ... besonders bei Jugendlichen, zeigt in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf ... Auffällig ist die Veränderung in ihrem Verhalten gegenüber der Bundeswehr. Politisch, ideologisch verdrängte Angriffe ... haben an Breite verloren.“ Die Apo ging ja auch dem Ende entgegen, die Jugendarbeitslosigkeit wuchs.

Die Arbeit der Jugendoffiziere wurde qualitativ und quantitativ intensiviert. „Wir haben bisher mehr oder weniger intuitive Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir sind jetzt dabei, diese intuitive durch empirische Öffentlichkeitsarbeit zu ersetzen.“ so Graf Scheinitz, der später im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums (BMV) für die Jugendoffiziere verantwortlich war.

Im November 1974 wurde auf der 29. Informations- und Arbeitsstagung der Jugendoffiziere in Koblenz der Versuch gemacht, ihre Arbeit mithilfe eines Public-Relation-Regelkreis-Modells weiterzuentwickeln, in Anlehnung an Managerkonzepte in der „freien Wirtschaft“ (58). 1975 regelte eine Bekanntmachung im Ministerialblatt des BMV die Tätigkeit der Jugendoffiziere (59). Dort wurde der

Der Jugendoffizier: „Reisender in Sachen Sicherheit (Auftrag, Ausbildung, Praxis)

Teil 2

Im ersten Teil dieser Artikelserie berichteten wir über die Wehrkundekonzeptionen der Bundeswehr seit 1956 und die Versuche, militärische Propaganda über den Jugendoffizier in den Schulen zu verankern. In diesem zweiten Teil wollen wir die systematisch gestaffte und auf seinen „politischen Bildungsauftrag“ hin effektivierten Propagandasystem mit seiner „wichtigsten Waffe“, dem Jugendoffizier (Auftrag und Ausbildung), darstellen, sowie einige Beispiele der Einflußnahme der Militärs in den Schulen schildern. Kenntnis über Auftrag und Ausbildung dieses „Reisenden in Sachen Sicherheit“ ist für die richtige Einschätzung wichtig. In den Unterricht kommt nämlich nicht irgendein „Sachinformant“, sondern von seiner Ausbildung her, hochspezialisierter Propagandist, worüber Schüler und Lehrer wohl kaum etwas wissen und in den meisten Fällen nicht vorbereitet sind. Der Jugendoffizier ist zugleich – da er ständig alle wichtigen Informationen über antimilitaristische und friedenspolitische Aktivitäten in seinem Einzugsbereich berichtsmäßig weiterleitet und darauf auch reagiert – Bestandteil einer sozial-technischen Präventivstrategie. Da wir mit unserer Arbeit erst am Anfang stehen, würden wir es sehr begrüßen, möglichst konkrete Berichte über Erfahrungen mit Jugendoffizieren zu erhalten und darüber zu berichten.

Auftrag des Jugendoffiziers zum erstenmal höchstförmlich als „im weitesten Sinne der politischen Bildung zugehörig“ bezeichnet. Im Laufe der Jahre rückte die offensive politische Propaganda statt der („rein informativen“) Darstellung von Details der Bewaffnung und der Laufbahnmöglichkeiten immer mehr in den Vordergrund. Aufgrund der Systematisierung unter Anleitung des IP-Stabs (siehe dazu Diagramm Nr. 1) hat heute eine Aufgabenteilung unter den Jugendoffizieren stattgefunden – im Gegensatz zu der früher unkoordinierten, intuitiven Arbeitsweise. Jugendoffiziere und „Wehrdienstberater“ widmen sich vor allem der Darstellung von technischen und organisatorischen Fragen vor Haupt-, Berufs- und Realschulklassen (60). Hauptamtliche und nebenamtliche Jugendoffiziere sind zuständig für den offensiven politischen „Fronteinsatz“, bei Podiumsdiskussionen und vor Gymnasialklassen. Auch zwischen den Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren hat eine „Arbeitsteilung“ stattgefunden. „Fronteinsatz“, bei Podiumsdiskussionen und vor Gymnasialklassen. Auch zwischen den Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren hat eine „Arbeitsteilung“ stattgefunden. „Fronteinsatz“, bei Podiumsdiskussionen und vor Gymnasialklassen. Auch zwischen den Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren hat eine „Arbeitsteilung“ stattgefunden.

Jugendoffizier heute — Organisation und Ausbildung

Über die Anzahl der Jugendoffiziere gibt es widersprüchliche Zahlen (siehe dazu „Propagandaaufbau“). Hauptamtliche Jugendoffiziere sind bei den Divisionen, Korps, Wehrbereichskommandos tätig und sind dem BMV, konkret dem IPStab 3, direkt unterstellt (siehe Diagramm Nr. 1). Nebenamtliche Jugendoffiziere werden auf Basis von Wehrbereichskommandos eingesetzt. Der Jugendoffizier hat innerhalb seiner Einheit eine bevorzugte Stellung, direkter Vortragerecht bei Wehrbereichskommandos.

Fachlich und faktisch gewährleistet seine Fronteinsatzfähigkeit der Wehrbereichskommandos. Er wird seine Einsätze, Zuweisung regionaler Betreuungsbereiche und fachliche Steuerung vom Wehrbereichskommando, Gruppe Öffentlichkeitsarbeit, Referat Jugendarbeit, geleitet, das ebenfalls dem IPStab 3 untersteht. Jugendoffiziere erstellen jährlich jeweils 4 Quartalsberichte sowie einen Jahresbericht, die sofort an den IPStab 3 weitergeleitet werden, um ein ausgeglichenes Melde- und Informationswesen zu ge-

währleisten. In diesen Berichten sollen Stimmungen, Meinungen und Tendenzen, mit denen der Jugendoffizier bei seinen Einsätzen konfrontiert wurde, erfaßt werden. Er fungiert somit nicht nur als Sprachrohr der Bundeswehr, sondern auch als Instrument und Führer einer sozialtechnischen Präventivstrategie, die z.B. auf örtliche antimilitaristische Stimmungen sofort zentral reagieren kann (Über genaue Arbeitsweisen in diesem Bereich liegen nur sehr wenige Informationen vor. Sicher ist aber, daß der Jugendoffizier in der Bundeswehr sowohl mit dem VS als auch mit dem BND und MAd in Kontakt steht. In Schulungen und in dem für seine Arbeit zur Verfügung stehenden „Radikal-Info“ werden einschlägige Informationen zusammengetragen. Dieses Feld wartet einer genaueren Untersuchung wert).

Jugendoffiziere

5 Offiziere im IPStab – weiterhin Stabsstellen für Öffentlichkeitsarbeit bei den Territorialkommandos Nord, Süd, Schleswig-Holstein, den Wehrbereichskommandos, den Korps sowie 57 – 59 hauptamtliche Jugendoffiziere, 800 – 800 nebenamtliche Jugendunteroffiziere. (Zahlen nach Schramm, Schierholz, Prohl, Weidlich 7/72, 73/74. Vor 1970 waren es 30, dann 47, 1974 54 Jugendoffiziere. Berichte der Jugendoffiziere sind Einsatzungsgrundlage fürs Kriegeministerium über die „Verteidigungsberichterstattung“ der Jugend. Sie arbeiten hauptsächlich an Gymnasien und Gesamtschulen, Realschulen und Hauptschulen werden eher von Jugendunteroffizieren besucht. 3 % wehrpflichtige Soldaten helfen vor Eintritt in die Bundeswehr Kontakt zu Jugendoffizieren; diese 11 000 Soldaten waren zum größten Teil Oberstufen.

Im Bereich der Kreiswehrersatzämter

36 Wehrberatungsoffiziere (1970) – 28, 380 Wehrberatungsoffiziere, 124 Parteipersonen beraten Wehrpflichtige und Freiwillige, Einsätze hauptsächlich in Berufsschulen. Unterstützung auch von regulären Unteroffizieren. Beraten wurden 1970 ca. 2 Mio. Jugendliche, 100.000 mehr als 1969.

Auswahl und Ausbildung der Jugendoffiziere...

Diese schon besonders befähigten Offiziere werden zusätzlich in einer relativ kurzen, aber umso wirksameren Ausbildung geschult (siehe Kapitel „Ausbildung der Jugendoffiziere“). Im Programm eines Grundlehrgangs wird u.a. geboten:

- Referate über „Einstellung der Jugend“, „politische Bildung an Schulen“, „Konfliktfelder unserer pluralistischen Gesellschaft“;
 - ausführliche Behandlung „verteidigungspolitischer“ Themen;
 - intensive Beschäftigung (rund 9 Stunden) mit einem Katalog von mehr als 200 häufig gestellten Schülerfragen, zu dem ein spezieller Antwortkatalog erarbeitet wurde, der aber „nicht absolut verbindlich, sondern nur als Stütze“ gedacht ist (59) (s. dazu auch Kapitel „Ausbildung ...“);
 - Vorträge über die „Obenerfassung eines Referates für die Einführung einer Diskussion mit einer Oberprima“;
 - „Durchführung eines Truppenbesuches“ (im Weiteren siehe Diagramm 1).
- Als Referenten treten auf einem Seminar „Diskussionstechnik und Argumentation“ an der „Schule für psychologische Vertiefung“ Soziologen, Politologen, Psychologen, Historiker usw. auf, die sich bereits einen Namen gemacht haben. Geboten werden z.B. unter Mithilfe einer „Mitschaulage“ (genannt „UMSA“) „Interviewübung zu aktuellem Frage/UMSA“, „Auswertung mit einem Vertreter der orthodoxen Kommunisten/UMSA“, „Psychopolitische Auswirkungen der Wehrpolitik“, „Die Rolle der Sprache in den wesentlichen Auseinandersetzungen“. In einem achtstündigen Seminar am Ostkolleg in Köln werden die Jugendoffiziere mit der Feindbild-Argumentation vertraut gemacht (60) (desweiteren siehe Kapitel „Ausbildung“).

Jugendoffiziere „Frontoffiziere einer Friedenstruppe...“

... denn sie allein befinden sich in einer fortwährenden Nahkampfsituation.

Ausbildung der Jugend-

III

Dreiphasige Auslese der fähigsten Offiziere, die bereits zahlreiche Lehrgänge erfolgreich durchlaufen haben. Insgesamt wird von 700.000 Bundeswehrsoldaten die Zahl auf ca. 100 fähige Bewerber geschätzt. — Zwei Wochen Grundlehrgang an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz.

— Weitere regelmäßige Schulungsveranstaltungen in einwöchigen „Erfahrungsaustausch“-Seminaren. Arbeitsgrundlage sind Tätigkeitsberichte, die zuvor vom Kriegsministerium zusammengefaßt werden. Inhalt: Art und Anzahl der Einsätze, auftretende Schwierigkeiten bei der Arbeit, z.B. durch abweichende Haltung des Direktors oder Lehrers oder seitens der Schüler/Schülerverwaltung, Stimmungen und Gegenargumente, Einschätzungen, Ausmaß und Zielsetzungen politischer Jugendgruppen ablehnende Haltung des Direktors oder Lehrers oder seitens der Schüler/Schülerverwaltung, Stimmungen und Gegenargumente, Einschätzungen, Ausmaß und Zielsetzungen politischer Jugendgruppen im Bereich ihres Einsatzgebietes, aktuelles Bild der „inneren Frontlage“, Ergänzt durch ak. Berichte des VS und MAd.

— Zwei Wochen „Lehrgang für Diskussions- und Argumentation“ an der Bundeswehrschule für psychologische Kriegsführung (heute: „psychologische Verteidigung“) in Euskirchen.

— Eine Woche Seminar am Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln.

— Weitere Qualifikation auf diversen Seminaren zentraler Jugend-

— Die Grundausbildung endet mit intensiver Nachbereitung von Unterrichtsvorlesungen der Lehrgangsteilnehmer in Klassen verschiedener Stadien.

— Für die Jugendoffiziere existieren besondere Informationsdienste, die vom IPStab zusammengestellt werden.

— Mitteilungen für Offiziere in der Presse, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit.

— Radikal-Info (Informationen zum Radikalismus – Strategie und Taktik – Agitation – Propaganda) vom Arbeitskreis für Landesverteidigung e.V. (Reorganisation des Kriegsministeriums, Zugang zu Geheimdienstberichten, gilt auch als Herausgeber der „Anti-Bethge“-Flugschrift „Politische Bildung zur Förderung der Verteidigungsberichterstattung“). Radikal berichtet aktuell über Aktivitäten von KdV-Organisationen, Ersatzdienst politischen Initiativen und über Organisationen wie Hochschulguppen.

Unterstützung mit schwierigen Gruppen unserer Gesellschaft und laufen dabei Gefahr, sich rethorische und argumentative Bissuren einzuhandeln", skizzierte Oberst Hübmann den Einsatz der Jugendoffiziere. Der häufigste Einsatz findet wohl in Form von Klassenbesuchen statt — meist im Rahmen des Sozialkundeunterrichts, aber auch zunehmend im Zusammenhang mit schulinternen Diskussionsveranstaltungen (s. „Arbeit der Jugendoffiziere“). Jährlich werden etwa 315 000 — 400 000 Schüler über solche Schulbesuche erreicht. In Hamburg führte allein einer der beiden ausländischen Hauptmissionen Jugendoffiziere vom 1.1.77 bis 30.6.78 an 34 Gymnasien, 49 Realschulen, sieben Berufsschulen und fünf Fachoberschulen Unterrichtseinheiten durch. An drei Gymnasien hielt er dreimonatige Kurse ab, wobei drei Tage in eine Kaserne verlegt wurden. Im Jahr absolvierte er 130 Einsätze an Hamburger Schulen („Hamburger Abendblatt“, 15.5.79). Im Zusammenhang mit den „Pöbelkriegen gegen Offiziere“ an einer Hamburger Schule nennt Schulinspektor Urolle für 1980 folgende Zahlen: 144 Schulen seien von Jugendoffizieren besucht worden, 96 Klassen besuchten die Bundeswehr.

In seinem Auftreten versucht der Jugendoffizier, den Schülern den Eindruck zu vermitteln, einer von ihnen zu sein. Entsprechend ist auch das ungewöhnliche äußere Bild: Die Mehrzahl trägt Bart, die Haarlänge bewegt sich hart am Rande des in der Bundeswehr erlaubten, Mimik, Gestik, äußere Erscheinung und Sprache stehen im Zeichen der Sympathiewerbung, sollen psychologische Barrieren abbauen. Während ungeschulte Soldaten auch bei Diskussionen zwangsläufig in Kaserne-Ton verfallen, unterläuft dem Jugendoffizier soches Mißgeschick kaum. Die Stimme bleibt ruhig und gelassen. Dem Andersdenkenden und anders Argumentierenden wird stets die Hand zur Verständigung ausgereckt, Kriegsdienstgegner werden oftmals mit der Feststellung über-

rückt, man verfolge doch das gleiche Ziel ... — so schilderten Winfried Schwaborn und Thomas Schmidt bereits 1971 das Auftreten der Jugendoffiziere (61).

Die Propagandaaufarbeit an den Schulen konzentriert sich besonders auf die sogenannten „Multiplikatoren“: Lehrer, Direktoren, Fachlehrer, außerhalb der Schule Jugendgruppenleiter usw. Einige Jugendoffiziere verzichten fast ganz auf Schul- und Klassenbesuche und konzentrieren ihre Arbeit auf pädagogische Seminare, die im Zusammenarbeit von Bundeswehr und Kultusministerien, Schulbehörden, häufig auch auf Initiative der „Landeszentrale für politische Bildung“ oder der „Gesellschaft für Wehrkunde“ (s. Kasten „Propagandaaufarbeit“) organisiert und durchgeführt werden (62).

Auftrag des Jugendoffiziers: Im weitesten Sinne politische Bildung

Häufig funktioniert der Jugendoffizier auch als Kontaktperson zwischen Bundeswehr und Schule, wenn die Bundeswehr direkt z.B. Lehrer, Direktoren oder ganze Klassen einlädt. Diese Veranstaltungen finden immer unter Mithilfe oder Anleitung des Jugendoffiziers statt. 1980 nahmen allein in Hamburg 148 Lehrer an 13 Seminaren und anderen Veranstaltungen der Bundeswehr teil („Das Parlament“, 29.11.80). Im Juni 1981 schrieb der Kommandant des Heeres, Oberst Dr. Günter Roth, an Darmstädter Lehrer: „Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie ... den Oberklassen Ihrer Schule Gelegenheit geben würden (für) einen ganzjährigen Besuch (auf dem) Standortübungsplatz „Griesheimer Sand“, denn ... die Geschichtsstunde im Herbst letzten Jahres ... zeigen ... Vorbehalte, tätigen Besuch (auf dem) Standortübungsplatz „Griesheimer Sand“, denn ... die Geschichtsstunde im Herbst letzten Jahres ... zeigen ... Vorbehalte, Unkenntnis ...“ er beklagt in diesem Zusammenhang „zunehmende Pazifizierung. Vor diesem Hintergrund habe ich die Absicht, Ihre Mitwirkung zu erbitten, um den Schülern der Oberklasse im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Rolle ...“ pläbierte (63).

Teilweise werden ganz systematisch bestimmte Schultypen (also Realgymnasien z.B.), Lehrergruppen (GEW-Lehrer oder Politik-Referendare, Fachlehrer, Seminarleiter usw.) usw. zu solchen Seminaren eingeladen — Pädagogen, die einen hohen Multiplikatorgrad haben bzw. versprechen. So wurde im Rahmen von Politik-Seminaren für Referendare und geordneten Veranstaltungen für Schulleiter eine „offizielle Bundeswehr“ durchgeführt: Die Lehrer besichtigten Kasernen, bekamen Panzer- und Geschützvorführungen geboten und fuhren auf der Ostsee auf einem Schnellboot mit. Dabei wurden Truppenbesuche für Schulklassen verabredet oder vorbereitet (64). Andere

Diagramm 1002, Tuit 13903 Nachschwererhebung (13)

	1973	1974	1975
1 Werbung durch die Truppe	800 000	800 000	800 000
2 Werbung durch die Bundeswehrverwaltung	650 000	700 000	600 000
3 Streuung von Anzeigen und Beilagen	2 850 000	2 900 000	1 000 000
4 Preiswettbewerbe	800 000	1 000 000	1 000 000
5 „Big Bands“ der Bundeswehr	150 000	150 000	150 000
6 Herstellung von Werbematerialien	1 900 000	2 000 000	2 000 000
7 Herstellung von audiovisuellen Informationsmitteln (Informationsfilme, Tonbildern)	900 000	1 000 000	1 050 000
8 Durchführung von Ausstellungen und Besichtigungen von Museen	700 000	750 000	700 000
9 Graphische und textliche Gestaltung der Werbemittel	350 000	400 000	400 000
10 Markt- und Meinungsforschung	200 000	200 000	200 000
	9 300 000	9 900 000	9 900 000

aus: Tübinger Beiträge zur Friedensforschung 4

Jugendoffiziere versuchen, in Absprache mit den Schulbehörden regelmäßig arbeitende Modelle (oder Arbeitskreise usw.) zur Unterrichtsvorbereitung, Erarbeitung von Lehrplänen, Lernhilfen, Handreichungen usw. zu entwickeln und werden auch dort beteiligt, wo es noch keine „Erlasse“ gibt. So ist es den Jugendoffizieren „zu verdanken, daß bereits in 6 Bundesländern Materialien zu Fragen der Sicherheitspolitik für den Schulunterricht vorliegen“ („Das Parlament“, 29.11.80).

Ein solches Modell der Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Jugendoffizier kann als 4-Stufen-Modell laufen: — Zuerst unterrichtet der Lehrer entsprechend dem Lehrplan über das Thema Bundeswehr. Die dabei verwendeten Unterrichtsmaterialien kommen vom Jugendoffizier.

In einer Doppelstunde referiert dann der Jugendoffizier vor der Klasse. Danach besuchen Lehrer, Klasse und Jugendoffizier eine Bundeswehreinheit. Und damit das Thema auch richtig sitzt, folgt als Abschluß eine „Lernzielkontrolle“, zu deutsch: eine Klassenarbeit.

Und damit das Thema auch richtig sitzt, folgt als Abschluß eine „Lernzielkontrolle“, zu deutsch: eine Klassenarbeit.

Ein Jugendoffizier, der die Entstehung dieses Modells in Zusammenarbeit mit bayerischen Lehrern und Schulbehörde beschreibt, schildert das Zustandekommen dieses „Lernzielkontroll“-wie folgt: „Hier erhitzten sich die Gemüter, da man diesen Vorschlag zunächst als Einmischung empfand. Nach mehreren Besprechungen auf Schulniveaus, der in Augsburg eingerichteten Kontaktstelle Schule — Wirtschaft sowie mit Lehrern aus der Soziallehre wurde gemeinsam für die bayerischen Hauptschulen eine am künftigen Lehrplan orientierte Lernzielkontrolle nach dem Multiple-Choice-Verfahren erarbeitet“ (64 und Faksimile Nr. 1).

Besonders hinterhältig ist das angewandte Multiple-Choice-Verfahren, da den Schülern eine differenzierte Meinungsaussage verboten ist. Gleichzeitig dient dieses Modell der Indoktrination. Wie mit einer solchen „Lernzielkontrolle“ manipuliert wird, ist an nebenstehendem Faksimile zu erkennen. Noch liegen uns keine Beispiele vor, inwiefern Jugendoffiziere auch — wie bereits ministeriell vorgesehen — Ferienlager- und -freizeiten leiten, bzw. dort in Erscheinung treten.

fügte hinzu, daß die Bundeswehr über „keine chemischen Waffen verfügt“ — Die bereits benannte Einladung der Darmstädter Fachhochschule an die Bundeswehr leistete auf ihre Weise einen Beitrag zur „Pazifizierung“ der Jugend: Der „Alltag mit einer Luftland-division“ wurde den Schülern/innen lebensecht vorgespielt. Dagegen protestierten (wohl ganz unerwartet) 20 Besucher, die sich mit rotverschmierten Gesichtern auf die Zufahrtsweg zum Standortübungsplatzlegten. Dennoch ließ Oberst Roth „hundert Meter von den jugendlichen Gästen entfernt Hub-schrauber im Tiefflug auf den Platz am „Griesheimer Sand“ landen“. Fallschirmjäger wurden abgesetzt und bauten eine Verteidigungslinie auf. „Eine Übung unter gefechtsmäßigen Bedingungen“, erklärte der Kommandeur seinen doch etwas betroffenen Besuchern (67).

Wanderausstellungen

„Unser Heer“, „Unsere Luftwaffe“, „Unsere Marine“. Hier arbeiten Jugendoffiziere und Wehrdienstberater nebeneinander. 1972 besichtigten ca. 2,8 Mio. Menschen Einrichtungen der Bundeswehr einschließlich Wanderausstellungen der Teilstreitkräfte. Die Ausstellung „Unsere Luftwaffe“ wurde 1979 an 58 Ausstellungstagen von 400 000 Menschen besucht. Darin enthalten 355 Schulklassen mit 10 145 Schülern. Die Wehrdienstberater führten insgesamt 5 696 Beratungen durch („Jahresplan 1979“), auch auf Messen wie „Du und Deine Welt“ und ähnlichen Familienmessen mit Werbung/Dieton-Serienfirmen für Schüler usw. Mit den Jugendunteroffizieren und Wehrdienstberatern sind nur die offiziellen Mandatsträger in Sachen Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr benannt. Von der Korporal-Ebene bis hin zur Bataillions-Ebene sind Offiziere in Sachen Wehr-Beratung unterwegs.

Tage der offenen Tür

1972 kamen 770 000 Menschen zu diesen Veranstaltungen, 136 000 besuchten die „Tage der Flotte“, in den Häfen Hamburg, Wilhelmshaven, Kiel usw. dürften es ca. 10 000 Menschen sein, die Kriegsschiffe

Bundeswehrpreisausschreibung

1978 beteiligten sich ca. 800 Schulklassen, das entspricht etwa 32 000 Schülern. Hauptgewinner dürfen 10 Tage zu Bundeswehreinheiten in die USA mit großem Besichtigungsprogramm. Übersolches in Griechenland, Paris, Bonn, München, und zwei Tage zu Gast bei einer Bundeswehr-Einheit.

Infopost

Zielgruppe: Kinder, jugendliche Schüler. Aufgabe: Kontakt herstellen und festigen. 1979 hatte Infopost 45 400 feste Abonnenten aus der für Nachwuchswerbung wichtigen Zielgruppe der 14-Jährigen und älter. Die nach eigenem Wunsch laufend mit aktuellen Laufbahn-Informationen versorgt werden wollen („Profil“, „Jahresplan 1979“). Infopost hat zur Gründung der

Die „heimlichen“ Helfer

Eng arbeitet der Jugendoffizier mit Institutionen und Organisationen zusammen, die den Kultusministerien unterstützen oder sehr eng mit der Bundeswehr liiert sind. Dazu gehören z.B. die „Landeszentrale — oder die Bundeszentrale für politische Bildung“, die „Landesbildstellen“ (Bundeswehr-propagandafilme), die „Gesellschaft für Wehrkunde“ und die „Konrad Adenauer Stiftung“, auf deren Initiative hin wohl die meisten Seminare, Fortbildungskurse, Veranstaltungen mit Offizieren usw. organisiert werden. Oftmals stehen diese halböffentlichen Institutionen den Lehrern näher als die Bundeswehr bzw. der Jugendoffizier, und dieser konzentriert seine Arbeit auf diese Träger der „Wehrkunde“, um so besser an die Schulen heranzukommen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württembergs veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Oberstleutnant Karlsruhe und dem Luftwaffenunterstützungsgruppenkommando Süd das Seminar „Schule und Bundeswehr“ — eine Tagung für Schulprediger, Schulzeitungsredakteure, Verbindungs- sowie Fachlehrer und Schüler der gymnasialen Oberstufe und der beruflichen Schulen (68). — Das „Heinrich Heine Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung“, die „Heinrich Heine Landes-“ und die „Bundeszentrale für politische Bildung“ sowie das Schulamt (finanziert ein zweitägiges Bundeswehr-Schülerseminar: „Abbau gegenseitiger Klischeevorstellungen“ war das Ziel für

Bundeswehr-Fan-Clubs

geführt. „Zum Stichtag gab es bisher 720 Abschlüsse an jungen Leuten, die zu gründen. 370 BW-Fan-Clubs mit mindestens 8 Personen über 14 Jahre bestehen zur Zeit“ („Jahresplan 1979“, „Profil“).

Sonstige Werbematerialien

Kostenlos verteilt an Schulbibliotheken, Politikundlehrer und auf Wunsch auch an andere Lehrer wird das „Weißbuch — Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“. Für Hamburg an die ca. 450 Schulen und ca. 700 Politikundlehrer Angeliefert und ermöglicht werden sollen Klassenarbeiten. Für Hamburg wird mit ca. 2 500 Büchern Bedarf geschätzt. Obermann: „Verteidigung — ein Handbuch“ z.B. von dem 70 000 Exemplare vom Kriegsministerium auf gekauft wurden und das auf Anforderung an eine Lehrer verteilt wird. Ebenso „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit von Günter Walpuski (kostet den Nicht-Lehrer DM 25.80), die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ München, Organ der „Gesellschaft für Wehrkunde“, München. Kostenlos an Schulen verschickt werden auch die „Information für die Truppe“ (tragt vom Verteidigungsministerium, Führungsstab), die Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ (Bonn), Schriftenreihe der „Bundeszentrale für politische Bildung“, diverse Broschüren aus der Presseabteilung des Ministeriums. Interessanterweise wurden aus diesen Publikationen von den rigorosen Streichungen ausgenommen.

Werbecoupons

Die Jugendoffiziere dürfen „offiziell“ nicht für die Bundeswehr werben. Deshalb hinterlassen sie in den Schulen nach ihren Besuchen „Interessenten-coupons“. Auf Bestellung intensive Beratung.

Das Presse- und Informationsamt

verteilt 1972 Informationschriften zur „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in mehr als 1,2 Mio. Exemplaren.



Diagramm Nr. 1

Die Arbeit der Jugendoffiziere/Jugendunteroffiziere 1972

Informationsarbeit auf Anforderung von Schulen

Berufs-/Berufsfachschulen	552
Realschulen	829
Gymnasien	1 585
Hochschulen	152
Schulen gesamt	2 898 Teilnehmer: 114 590

Informationsarbeit auf Anforderung von Jugendverbänden

Konfessionelle Jugend	432
Politische Jugend	284
Berufsjugend	239
Sonstige Gruppen und Verbände/Vereine	631
Jugendverbände gesamt	1 586 Teilnehmer: 66 13

Informationsarbeit bei Truppenbesuchen

Besuche	3 406
Einschiffungen	3 921
Truppenbesuche gesamt	7 387 Teilnehmer: 166 230

Gesamtzahl aller Veranstaltungen	11 871	Gesamtzahl aller Teilnehmer: 336 951
----------------------------------	--------	--------------------------------------

Eine Übung unter gefechtsmäßigen Bedingungen

Wie solche „Modelle“ erarbeitet und vorbereitet von Jugendoffizieren und Lehrern, in der Praxis auszuüben und auszuüben können, mögen ein paar Beispiele zeigen. — Eine Schulkasse besucht die Belck Kaserne in Hamburg. Der Jugendoffizier hat einen Füllungsprotokoll: es folgen Waffenschau, Kampfabwärtung mit Kampfsimulator. „Geschickt wurden wir durch zahlreiche Fotos von Weltkrieg-II Flurzügen mit Hakenkreuz-Bomben, die 1938 in Spanien mit Terrorbombardements“ unter anderem die Stadt Guernica dem Erdboden gleichmachten. Kommentare auf den Protest der SchülerInnen: „Die sind alle genehmigt und fallen unter das Traditionsrecht“ (65).

— In Kassel hatten Mädchen einer Ahnruksklasse in Bundeswehruniform an Gefechtsausbildungen teilgenommen. Dabei sollen sie mit dem Einsatz chemischer Kampfmittel „vertraut gemacht“ worden sein (s. „Pad extra“ 10.80). Ein Jugendoffizier des Kasseler Nachschubbataillons 1 dementierte: „Die Schülerinnen wurden nicht mit dem Einsatz chemischer Kampfmittel vertraut gemacht, sondern mit Abwehrmaßnahmen nach einem angenommenen feindlichen Einsatz“ (66), und er

die Schüler der Ernst-Reuter-Gesamtschule in Frankfurt

Den Schülern der Klasse 10b sollte die gleiche Anzahl des 3. Inst. Basillians 12 zur Seite stehen. Im Fernstudium sollte ein „dokumentarischer Mischschnitt“ erfolgen. Arbeitsgruppen mit den üblichen Themen, z.B. „Fragen und Konsequenzen aus der Krise am persischen Golf“, „Wehrpflicht und Frauen“, „Kaffee und Kuchen sowie eine von den Schülern für die Soldaten zusammengestellte (alternative) Stadtrundfahrt sollten die Tagung abrunden. Gedacht war, das „Theater am Turm“, das „Kommunale Kino“, die Pauli-Kirche und das Widerstandshilfendorf Startbahn West zu besuchen. Aber alles kam ganz anders: Ein Referat, das von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung gehalten werden sollte, wurde stattdessen von Ulrich Mackensen, selbst Reserveoffizier und militärpolitischer Mitarbeiter der „Frankfurter Rundschau“, gehalten. Aus dem Besuch im TAT wurde der Kaiseraal im Römer mit einem Referenten der Industrie- und Handelskammer, statt Startbahn West der Frankfurter Flughafen. In den Arbeitsgruppen wurde nicht viel mehr als „Tagesablauf beim Bund“ geboten. (alles nach „Pd, extra“ 6/81).

Bundeswehr-Werbung an den Schulen erfolgreich?

Viel Material über die Wirksamkeit von Jugendoffizieren oder anderen Offizieren an den Schulen liegt uns nicht vor, und es dürfte auch relativ schwierig sein, dies einigermaßen genau festzustellen. Dennoch wollen wir in einem der nächsten Artikel das vorhandene Material und gegebenenfalls weitere Informationen in dieser Richtung verwenden. Dazu liegen vor: eine umfangreiche Auswertung von Sozialkundelehrern und diverse Fragebogenergebnisse, Einstellungsuntersuchungen.

In der Presse wird gegenwärtig gejubelt: „Bundeswehr bei Schülern wieder gefragt“. Diese Jubelmeldungen werden meist im gleichen Artikel, allerdings erst gegen Ende, relativiert: Ursache der Zunahme von Freiwilligenmeldungen ist hauptsächlich die katastrophale Situation für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Beim Bund haben sie die Möglichkeit einer Lehre, Ausbildung, Weiterbildung oder Brudium, ohne daß sie jedoch unbedingt hinter dem „Sicherheits- und Verteidigungs-



auftrag“ der Bundeswehr stehen. Meldungen in der Presse über Probleme in der aktuellen Arbeit von Jugendoffizieren müssen wohl differenzierter beurteilt werden. Einmal drücken sie selber die gegenwärtige antimilitaristische Stimmung unter den Jugendlichen aus, entsprechen somit ganz roten Fäden. Andererseits sind diese Meldungen natürlich kaum repräsentativ. In der Mehrzahl der Besuche und je nach Schultyp dürfte die Arbeit der Jugendoffiziere eher reibungslos verlaufen. An Berufs-, Haupt- und Realschulen eher als an Gymnasien. An ersteren müssen sich die Schüler sehr bald um eine Lehrstelle, Job, einen Ausbildungs- und kassenmäßige Einstellung spielen eine Rolle. Andererseits dürfte diese Meldungen aber auch der Versuch sein, nach mehr Druck auf die Schule, den Lehrer, die Schüler auszuüben und gleichzeitig den Jugendoffizier innerhalb der Bevölkerung entsprechend dem Bude, das von ihm innerhalb der Bundeswehr existiert, zu profilieren. „Der einsame Kämpfer“ gegen die „Schmarotzer“, „Mandaliterer“, „Terroristen“ usw. — der heldenhafte „Bürger in Uniform“. Hier abschließend ein paar Beispiele. Ein Hauptmann Geisler, ehemals aktiver Jugendoffizier in Köln, klagt: Weder Lehrer noch Schüler haben vor ihm Respekt, an einer Wandtafel steht: „Stell dir vor, du bist ein Soldat und gehst hin“ (alles aus „Welt“, 11.1.82). Die Deutschlehrerin legt in einer Klasse, die über „Sicherheitspolitik“ reden soll, nach der Begründung eine Platte mit Tscholchky Texten gegen den Krieg auf und fordert den Jugendoffizier dann „mit wifflantem Lächeln“ auf, er sei jetzt dran. Ein junger Sozialkundelehrer vor der ganzen Klasse: „Glauben Sie denn im Ernst, daß die Bevölkerung sich unter den gegebenen Umständen noch von ihnen verteidigen lassen will?“ Im Leistungskurs „Sozialkunde“ erhebt sich nach einer halben Stunde ein Schüler: „Ich kriege das kalte Kotorn, wenn ich nur ihre Uniform sehe. Sie sind für mich kein Mensch, wenn Sie diese Rüstung befeuert und dabei in Kauf nehmen, daß Millionen Menschen in den Entwicklungsländern umkommen!“ Der Lehrer nicht mit den Achseln sein: „Räumer!“ Die Angst selbst, auch ihre Überwindung, ist zur Jugend geworden, sie allein be-

gründet Menschlichkeit. Man kann nur dann glaubwürdig argumentieren, wenn man sich zuvor zur Soldatengemeinschaft der Angahabenden“ bekenne. Dagegen — ganz untypisch — Luftwaffen-Hauptmann „Schneider“ schneidet: „Schlenk, Brille, Schnauze, dunkelblaue Uniform“. Also keiner von den Jugendoffizieren, deren

gründet Menschlichkeit. Man kann nur dann glaubwürdig argumentieren, wenn man sich zuvor zur Soldatengemeinschaft der Angahabenden“ bekenne. Dagegen — ganz untypisch — Luftwaffen-Hauptmann „Schneider“ schneidet: „Schlenk, Brille, Schnauze, dunkelblaue Uniform“. Also keiner von den Jugendoffizieren, deren

Landesbildstellen und Landeszentralen für politische Bildung

verleihen und liefern Bundeswehr-Werbeplakate, Truppenplakate vor allem Manöver, werden verteilt Broschüren und andere Informationsmaterialien.

Die Gesellschaft für Wehr-

Die bedeutendste Propaganda-Filiale außerhalb der Bundeswehr ist diese Gesellschaft, die schon 1952 von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren gegründet wurde und heute über Sektionen in 60 Orten der BRD verfügt. Die GfW wird aus dem Etat des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit jährlich mindestens 270.000 DM sowie Sonderzuwendungen finanziert. (Betrifft: „Erziehung“ 8/76, S. 25 ff.). Sie arbeitet eng mit anderen halbstaatlichen militärischen Organisationen wie der „Clauswitz-Gesellschaft“, der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ und dem „Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr“ zusammen. (Interessant wäre es, die GfW mal auf Kontakte zum „braunen Sumpf“ oder der „Grauzone“ hin abzuklopfen).

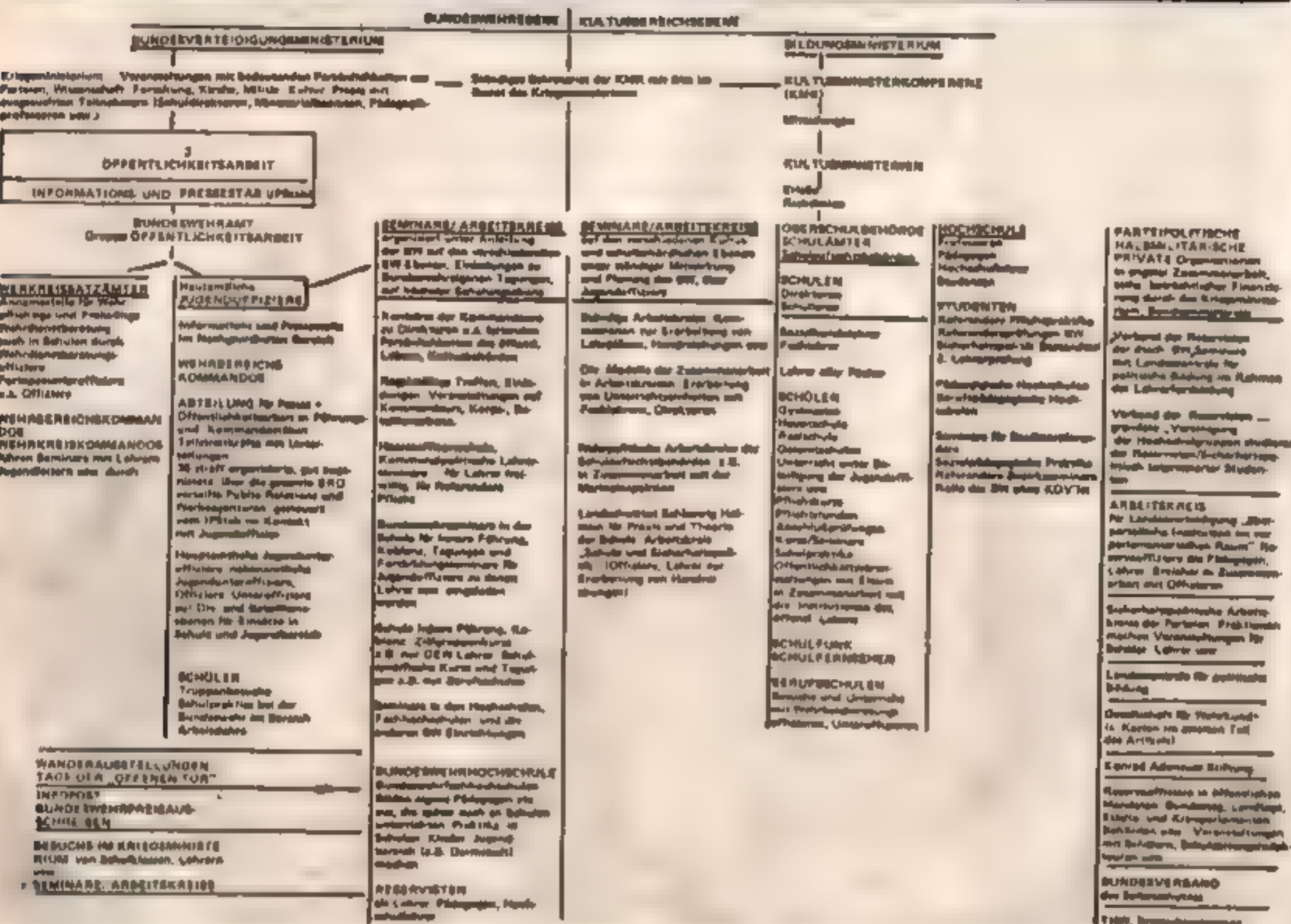
Schwerpunktgebiete der GfW sind Lehrgangseminare zu militärischen Themen. Vom Mai 1970 bis zum Juli 1971 hat die GfW 50 Veranstaltungen an 31 Orten mit jeweils 40 — 160 Pädagogen durchgeführt. Auch sonst kümmert sie sich wohlwollend um „Multiplikatoren“. Interessierte Lehrer bekommen das GfW-Organ, die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“, kostenlos zugesandt oder werden zu Kaffeetränken u.ä. eingeladen, bzw. Direktoren — in hartnäckigen Fällen — zum noblen Essen. „Das wirkt oft Wunder“, so Hesse. Vielbeig, Pressesprecher im Verteidigungsministerium, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GfW.

Haartracht bis an die Grenzen des Erlaubten geht: „Ich bin 33, habe zwei Kinder und seit über 13 Jahren die selbe Frau ... Ich soll hier über Verteidigungspolitik sprechen“. Das Musterbild eines deutschen Mannes? Die Klasse 10 e staunt, denn eigentlich sollte Englisch sein. 30 Schulen betreut er schon seit 9 Jahren in Bonn. „Viele haben wenig Ahnung. Manchmal stoßt man auf blanken Haß“, für heute ist er zu froh, denn „Ein Feindbild weniger“. Das nicht so gut bekannt einem Jugendoffizier der Besuch in einem Gymnasium in Hamburg-Stellingen; sein mißglückter Auftrag hatte sogar ein Nachspiel in der Bürgerschaft und sogar eine Entschuldigung eines Senators bei der Bundeswehr nach sich: Schüler ließen papiernen Panzermodelle auf den Mann zurollen, brannten dicht vor seinem Gesicht ein Streichholz ab, fotografierten ihn unter einem an die Tafel gemalten fünfzackigen Stern a la „Brigade Rosse“ und kühnten ihn nach seinem abgebrochenen Vortrag vor der Tür mit Wasser ab. Seinen Dienstwagen fand er quergestellt auf der Straße vor, mit Farbe verziert ... Phantasie kennt keine Grenzen.

Ein Gespenst aus Freiburg und Kinderkommunion/Hamburg

Quellen

1. In Atomkraft und AKW7 Autonomie Nr. 4/5 S. 79
2. Spiegel 18.6.76 S. 167
3. „Bericht über die vorläufigen Ergebnisse einer psychologischen Analyse von Abwehrmaßnahmen für Zwecke der Offiziersausbildung“
4. Rogn 5. 34
5. Rogn 5. 34
6. Rogn 5. 35
7. Rogn 5. 37
8. Führungsstab der Bundeswehr VII Bonn
9. Rogn 5. 32 ff.
10. Bericht des Generalinspektors Heusinger vom 8.9.76
11. Standardschulplan der Fortbildungslehrgänge „Jugendoffizier in der Praxis“ für Unteroffiziere und Leutnants
12. Führungsstab Heer I 3 Bonn 27.4.79
13. Rogn 5. 3
14. Generalinspektor Carl Otto von Heusinger. Die Jugendführung in der Bundeswehr, Regensburg 79, S. 27
15. Rogn 5. 136 ff.
16. Rogn 5. 136 ff.
17. Interview der „Kölnische Rundschau“ mit Generalinspektor Heusinger im Januar 1979
18. Off. Rundfunk am 27.5.77 auf einer Tagung der Jugendoffiziere in Koblenz zitiert nach Rogn 5. 76
19. Eingebildungen der Teilnehmer an der Tagung Kulturminister und Bundeswehr im Jahr 1979 Rogn 5. 340
20. ebenda
21. Spiegel 1.11.78 „Wehrziehung-Apostel“
22. Spiegel Nr. 14/80 S. 43 ff.
23. Gerhard Baumann, „Der Soldat zwischen revolutionärer Jugend und Erbschaften“, Pflaßhofen a.d. Rh., 1969 S. 3
24. Gerhard Baumann, „Der Soldat zwischen revolutionärer Jugend und Erbschaften“, Pflaßhofen a.d. Rh., 1969 S. 3
25. Wehrwissenschaftliche Rundschau 9/79
26. Daraus Vokabeln entspricht dem Selbstverständnis der Jugendoffiziere vgl. den nachfolgenden Abschnitt Der Jugendoffizier
27. Brandt Brief vollständig abgedruckt in Rogn 5. 78 ff. oder Heusinger Scherholz: Wehrberufswahl — Ziel politischer Erziehung“, Quetz & Meyer-Verlag
28. „Verteidigungsberufswahl als Aufgabe politischer Bildung“ Sonderheft 2/78 der Zeitschrift „Politische Studien“, München S. 3
29. Schwaborn/Schmidt, „Wehrkunde-Mittel in den Schulen“, Pd, extra, (72), S. 6 (außer Informations, DM 3,—)
30. ebenda
31. Stellungnahme des Hauptvorstandes GfW zum Schreiben vom Kriegsinstitut, abgedruckt in Rogn 5. 130 ff.
32. Kuhn und Unterrichts, Bekanntmachung vom 18. August 971
33. Spiegel 1/72 S. 15 ff.
34. Information für die Typen 1/71 S. 736
35. Schwaborn/Schmidt S. 20
36. Presse- und Informationsamt der Bundeswehr 7.4.79
37. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.80
38. Wk 25.4.81
39. Frankfurter Rundschau, 11.5.79
40. Hamburger Abendblatt, 29.10.81
41. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.81
42. Pd extra 1/82, „Bericht Vorschläge“ v. 27.1.81
43. ebenda
44. Frankfurter Rundschau, 25.11.81
45. Frankfurter Rundschau, 11.1.82
46. ebenda
47. ebenda
48. Frankfurter Rundschau, 30.11.81
49. Hermann, S. 27) Seite 1, 16
50. Andreas v. Bellow in der Zeitschrift „Das Parlament“
51. ebendliche Äußerung von Jugendoffizieren
52. Spiegel, 1.7.71 S. 73
53. ebenda
54. ebenda
55. Informations Nr. 10 der Tropen 7/71, S. 736
56. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Jahresbericht der Wehrbeauftragten, Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (I), 1970, S. 26 f.
57. Rogn 5. 70
58. Rogn 5. 71
59. Hermann, S. 484 ff. (Anlagen, Tätigkeit der Jugendoffiziere der GfW im Rahmen der Offiziersausbildung in Verteidigungslehrgängen VHM, S. 57)
60. Garmann, S. 480
61. Schwaborn/Schmidt S. 35
62. Rogn 5. 14
63. Pd extra 7.8.81
64. Hamburger Lehrstuhl Nr. 11 (1) 10/79
65. Zeitschrift 1.2.19.81
66. Pd extra 5.8.81
67. Pd extra 7.8.81
68. Zeitschrift „Die Neue“, 19.2.81





Doppelbeschluß gegen Mieter: Höhere Mieten — weniger Wohnungen

Töne der Zufriedenheit im Kapitalistenlager und höchstens noch Mitleid erregende Juso-Sprüche auf dem linken SPD-Flügel mischen sich im Abgang auf eines der letzten, mit viel Eigenlob bedachten „Reformwerke“ der Brandt-Ära, den Mieterschutz. Am 27. Mai beschloß der Bundestag mit den Stimmen der SPD und der FDP Veränderungen am Mietrecht, deren Folgen die „Welt“ bereits am 3. März ihrem Publikum so vorgeführt hatte: „Nach mehr als einem Jahrzehnt starren und investitionsfeindlichen Mietrechts führt jetzt der Zug in Richtung Liberalisierung. Das bedeutet: Wer Preise zahlen, die marktwirtschaftlich niedrig gehalten werden, wird tiefer in die Tasche greifen müssen, Investoren dürfen auf bessere Renditen hoffen“.

Für die mit geballter Faust in der Hosen tasche auf den hinteren Parlamentshängen schmeißende SPD-Linke dürfte ein Ex-Jusospruch verkünden, daß es ohne die FDP die neuen Mietgesetze gar nicht gegeben hätte.

die Mieter zur Kasse zu bitten. Das sei mehr ein unerfreulicher Nebeneffekt. Es gehe vielmehr darum — das erinnert fatal an einen bekannten Doppelbeschluß —, das „Investitionsklima“ zu verbessern und das Kapital zu armutern, sein Geld wieder im Wohnungsbau anzulegen und der Wohnungsnot dadurch entgegenzuwirken.

Was aber hält die angesprochene Bauindustrie selbst von diesem Haack'schen Spekulationen? Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, widerspricht Haack energisch, wenn dieser von einer Belebung der Baukonjunktur träumt. Das Baugewerbe, obwohl seit Jahren mit rückläufigen Zahlen aufwartend, habe 1981 einen Auftragsrückgang von real 18,5 % zu verzeichnen gehabt, der „im bisherigen Jahresverlauf nahezu unvermindert angehalten“ habe (FAZ 26.5.). Und weitere Zahlen offenbaren die Krise in dieser Branche: Ende März dieses Jahres gab es 171 000 arbeitslose Bauarbeiter in der BRD, gar nicht zu sprechen von den seit 1980 fast 200 000 wagnisorientierten Arbeitsplätzen. Im ersten Quartal 1982 gab es bereits 600 000 Stellen im Baugewerbe. Diese Zahl soll laut Herion bis zum Jahresende auf 2 000 anwachsen.

Belegte solcher Art lassen Haack's Optimismus wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Und sie zeigen auch, daß das Baukapital zwar bereit ist, den einen Teil des Doppelbeschlusses, nämlich das Abschieben bei den Mietern, süß in die Tat umzusetzen. Der andere Teil aber, etwas von dem Profitzuwachs in den Bau neuer Wohnungen zu stecken, verliert im Sande. Die Wohnungsnot wird nicht geringer, sie wird immer größer.

Denn auch die dritte gesetzliche Maßnahme zur angeblichen Belebung der Wohnungsnot ist von vornherein ein ausgeglichtes Windel. Mit der Zulassung von zeitlich begrenzten Mietverträgen verspricht sich die Bundesregierung, zumindest einen Teil der rund 600 000 z.T. leerstehenden Wohnungen vorübergehend belegen und auf diese Weise ein uneingeschränktes und paradoxes Erscheinungsbild der Wohnungsmiete verschleiern zu können. Zeitmietverträge bedeuten vor allem aber eine Abschaffung des Kündigungsschutzes für die Mieter und reduzieren die Werte Wohnung auf den Wert eines beweglichen Konsumartikels. Sie werden schon gar nicht verhindern können, daß die Zahl leerstehender Wohnungen in der BRD ständig weitersteigt. Selbst bürgerliche Experten rechnen damit, daß im Jahr 1990 eine Million Wohnungen leerstehen. Kein Wunder bei den Mieten und der Profitgier der Spekulanten.

Wohnungskommissionen

Waren die Mieten im Jahr 1980 durchschnittlich schon um 25 % und im letzten Jahr nochmals um 17 % gestiegen, so darf ab sofort mit jährlichen Steigerungsraten ab 30 % aufwärts gerechnet werden.

Die neuen Angriffswaffen im abgewandten Raubzug gegen die Mieter heißen Staffelmiete und aktualisierter Mietspiegel. Staffelmietverträge beinhalten auf 20 Jahre im voraus festgesetzte Mieterhöhungen, die dem Vermieter die Möglichkeit bieten, „für die ersten Jahre nach der Fertigstellung des Wohnraums klare Zahlen“ zu erhalten (Bundestagsdrucksache 9/791). Die aktualisierten Mietspiegel nach dem Prinzip der ortsüblichen Vergleichsmiete beziehen sich allein auf die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Mietverträge und berücksichtigen nicht mehr das relativ niedrigere Mietniveau älterer Mietverträge.

Bol all dem gehe es, so betonen die sozialliberalen Erfinder dieser Gesetze unermüdet, weniger darum,

12. DGB-Bundeskongreß: Schulterschuß der Delegierten

Die Gänge im Berliner Internationalen Congress-Centrum sind endlos weit und mit dicken Teppichen belegt. Da läßt sich schon einiges darunterstellen. Wohl noch nie standen große Teile der Mitgliedschaft der Gewerkschaften der Politik ihrer Führung so skeptisch gegenüber, doch auf dem 12. Bundeskongreß des DGB war davon wenig zu spüren. Es wurde Einheit und Stärke demonstriert. Mit dabei bei dieser Inszenierung: die Herren Carstens, Kohl, Schmidt, Strauß, Eiser.

Als Konrad Adenauer auf dem DGB-Kongreß 1956 feststellte, er könne sich ein gutes Funktionieren der Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen, ging diese Äußerung noch in die kritische Gewerkschaftsgeschichte ein. Inzwischen sind derartige Äußerungen selbstverständlich. Da beschimpfte der braune Herrenreiter Carstens als Eröffnungsgedner (!) des Kongresses den Gewerkschaften, daß sie stets ihrer Verantwortung für das Ganze bewußt gewesen seien. Besonders lobte Carstens, daß sich die Gewerkschaften dem Ausbau der Kernenergie nicht widersetzen und „die Möglichkeiten und Grenzen der Volkswirtschaft nicht aus den Augen verloren hätten“.

Erstmals konnte Franz Josef Strauß auf einem DGB-Kongreß sprechen, was nur die Delegation der DruPa zu einem demonstrativen Protest bewog. Bemerkenswert war auch, daß Heinz Oskar Vetter den Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Gast des Kongresses begrüßte. „Wir wissen es besonders zu würdigen, daß Herr Otto Eiser bei uns vertreten ist... Unsere Hand ist ausgestreckt“. Der „FAZ“ mit ihrem Gespür für Nuancen erschien dies als „gutes Omen“ für die künftige Tarifpolitik.

„Neue Heimat“-Skandal in einer Viertelstunde vom Tisch

Der Skandal um die Geschäftspraktiken von Vorstandsmitgliedern der gewerkschaftseigenen Neue Heimat hatte in den vergangenen Monaten zu einem enormen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft geführt. Nach der Kongreß-Regie sollte der Berliner DGB-Kongreß hier einen Schlußpunkt setzen. Vorbereitet waren zwei Anträge. Zum einen sollten die Vorzüge und Leistungen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des DGB gelobt werden (HBV-Antrag), zum anderen sollte das Fehlverhalten einiger NH-Manager verurteilt, dem DGB-Vorstand und den Aufsichtsräten jedoch ein Pardon ausgesprochen werden (ÖTV-Antrag). Es ist bemerkenswert, daß dies widersprüchlich gelang, obwohl die Presse

Erstmals konnte Franz Josef Strauß auf einem DGB-Kongreß sprechen, was nur die Delegation der DruPa zu einem demonstrativen Protest bewog. Bemerkenswert war auch, daß Heinz Oskar Vetter den Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Gast des Kongresses begrüßte. „Wir wissen es besonders zu würdigen, daß Herr Otto Eiser bei uns vertreten ist... Unsere Hand ist ausgestreckt“. Der „FAZ“ mit ihrem Gespür für Nuancen erschien dies als „gutes Omen“ für die künftige Tarifpolitik.

„Neue Heimat“-Skandal in einer Viertelstunde vom Tisch

Der Skandal um die Geschäftspraktiken von Vorstandsmitgliedern der gewerkschaftseigenen Neue Heimat hatte in den vergangenen Monaten zu einem enormen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft geführt. Nach der Kongreß-Regie sollte der Berliner DGB-Kongreß hier einen Schlußpunkt setzen. Vorbereitet waren zwei Anträge. Zum einen sollten die Vorzüge und Leistungen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des DGB gelobt werden (HBV-Antrag), zum anderen sollte das Fehlverhalten einiger NH-Manager verurteilt, dem DGB-Vorstand und den Aufsichtsräten jedoch ein Pardon ausgesprochen werden (ÖTV-Antrag). Es ist bemerkenswert, daß dies widersprüchlich gelang, obwohl die Presse

1. Der „Spiegel“ (17.5.) enthüllte, daß die NH-Manager beim Bau der Satellitenstadt München-Neu-Perlach über 30 Mill. DM in ihre eigenen Taschen wuschelten. Die von ihnen gegründete Firma Tetrafinanz kaufte aufgrund ihrer Kenntnis über das beabsichtigte Großprojekt billige Bauland bei Bauern auf und veräußerte es dann mit einer enormen Gewinnspanne an die Neue Heimat weiter.

2. Der „Stern“ (19.5.) behauptete, Heinz Oskar Vetter habe seine Abschreibungsgeschäfte im sozialen Wohnungsbau in Berlin über einen Strohmännchen abgewickelt. Aufgrund dieser Geschäfte habe er bei einem Jahreseinkommen von 300 000 DM brutto jährlich praktisch keine Steuern zahlen müssen. Von Vetter wurde dies auf dem Kongreß während demontiert, und es wurden rechtliche Schritte gegen den „Stern“ angekündigt. Die Delegierten gaben sich damit zufrieden. Inzwischen hat der „Stern“ seine Behauptung, daß Vetter über einen Strohmännchen Geschäfte gemacht habe, dokumentarisch belegt („Stern“, 27.5.).

3. Noch brisanter war die Enthüllung des „Stern“, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre entgegen den DGB-Beschlüssen jahrelang ihre Aufsichtsratsmandate nicht oder nicht in ausreichendem Maße an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt hätten. Die Stiftung unterstützt mit diesen Geldern Studenten zum Arbeitnehmerleben.

Trotz dieser gewichtigen Enthüllungen war das Thema in knapp einer Viertelstunde vom Tisch. Die beiden vorbereiteten Anträge wurden fast einstimmig angenommen, kritische Instanzanträge (die von 50 Delegierten hatten unterschrieben werden

müssen) lagen nicht vor. Auch kritische Äußerungen waren kaum zu vernehmen. Denn: „Der hinter den Kulissen ausgeübte Druck war gewaltig“ („Welt“, 22.5.).

Insgesamt dürften die Delegierten mit dieser Behandlung des Themas die Kritik in der Mitgliedschaft an der Vätertwirtschaft im DGB kaum entkräftet haben. Die linken DGBler müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mit ihrem Stillschalten des gewerkschaftsfeindlichen Demagogens, die unter Verweis auf den NH-Skandal den Gewerkschaften in Frage stellt, nur Eigennutz unterstützen („Gewerkschaftist“, etc.) nichts entgegengesetzt haben.

Kein Votum gegen den „Nachrüstungs“-Beschluss

Ebenso verhängnisvoll wirkte sich der Schulterschuß der Delegierten, die fehlende Bereitschaft der linken Delegierten, eigenständige Positionen zu beziehen, in der Frage der Friedenspolitik aus. Auf den Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften 1980 war die Frage, wie man es mit dem

Frauen lediglich als „Material“ an den Bundesvorstand angenommen wurde.

35-Std.-Woche — aber wann?

In einer die nächsten Jahre bestimmenden Auseinandersetzung ist der Gewerkschaftstag über ein laihes Bekenntnis nicht hinausgekommen: der Frage der 35-Std.-Woche. Zwar bekräftigte der Kongreß dies als tarifpolitisches Ziel, legte sich aber nicht auf irgendwelche Zeiträume fest, in denen er dies durchsetzen will. Auch das Ziel der 35-Std.-Woche als Priorität setzt und der IG Chemie, die als „Zwischenschritt“ auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinarbeiten möchte, wurde nicht entschlossen.

Wie stark die Bereitschaft der Delegierten war, zugunsten einer demonstrativen Einheit auf die Durchsetzung von Positionen zu verzichten, zeigt das Beispiel der Solidarität mit El Salvador. Hierzu lag ein Antrag vor, der von der Antragskommission zur Ablehnung (!) empfohlen wurde. Als der Kongreß der



Breit mit Beamt:
Ausmisten
oder
Unter-den-
Teppich-kehren?

aus: Stern

Doppelbeschluß gegen Mieter: Höhere Mieten — weniger Wohnungen

Töne der Zufriedenheit im Kapitalistenlager und höchstens noch Mitleid erregende Juso-Sprüche auf dem linken SPD-Flügel mischen sich im Abgang auf eines der letzten, mit viel Eigenlob bedachten „Reformwerke“ der Brandt-Ära, den Mieterschutz. Am 27. Mai beschloß der Bundestag mit den Stimmen der SPD und der FDP Veränderungen am Mietrecht, deren Folgen die „Welt“ bereits am 3. März ihrem Publikum so vorgeführt hatte: „Nach mehr als einem Jahrzehnt starren und investitionsfeindlichen Mietrechts führt jetzt der Zug in Richtung Liberalisierung. Das bedeutet: Wer Preise zahlen, die marktwirtschaftlich niedrig gehalten werden, wird tiefer in die Tasche greifen müssen, Investoren dürfen auf bessere Renditen hoffen“.

Für die mit geballter Faust in der Hosen tasche auf den hinteren Parlamentshängen schmeißende SPD-Linke dürfte ein Ex-Jusospruch verkünden, daß es ohne die FDP die neuen Mietgesetze gar nicht gegeben hätte.

Nun, es gibt sie, und die 40 Millionen Mieter in der BRD werden es als Erste zu spüren bekommen. Denn daß noch in diesem Jahr die Mieten sprunghaft in die Höhe schnellen werden als in den Jahren davor, darüber besteht kein Zweifel. Vielmehr wird laut und ungeniert über die Höhe der Steigerungsraten nachgedacht, wobei auf die Standardformel von der Zumutbarkeit für die Mieter völlig verzichtet wird.

Wohnungsminister Haack belästet es bei dem kümmerlichen Appell an die Vermieter, es hütten sich nicht zu toll zu treiben und dem Mieter den „Schutz der Wohnung“ nicht zu nehmen.

Waren die Mieten im Jahr 1980 durchschnittlich schon um 25 % und im letzten Jahr nochmals um 17 % gestiegen, so darf ab sofort mit jährlichen Steigerungsraten ab 30 % aufwärts gerechnet werden.

Die neuen Angriffswaffen im abgewandten Raubzug gegen die Mieter heißen Staffelmiete und aktualisierter Mietspiegel. Staffelmietverträge beinhalten auf 20 Jahre im voraus festgesetzte Mieterhöhungen, die dem Vermieter die Möglichkeit bieten, „für die ersten Jahre nach der Fertigstellung des Wohnraums klare Zahlen“ zu erhalten (Bundestagsdrucksache 9/791). Die aktualisierten Mietspiegel nach dem Prinzip der ortsüblichen Vergleichsmiete beziehen sich allein auf die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Mietverträge und berücksichtigen nicht mehr das relativ niedrigere Mietniveau älterer Mietverträge.

Bol all dem gehe es, so betonen die sozialliberalen Erfinder dieser Gesetze unermüdet, weniger darum,



Breit mit Beamt:
Ausmisten
oder
Unter-den-
Teppich-kehren?

aus: Stern

„Nachrüstungsbeschluss der NATO“ hatte, ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung gewesen. Die Gewerkschaftstage der IG-Metall, der HBV, der DruPa, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und 1981 der GEW hatten sich gegen den NATO-Beschluß ausgesprochen. ÖTV und die Gewerkschaft Gartenbau und Forsten hatten entsprechende Beschlüsse als „Material“ an ihre Vorstände verabschiedet.

Zum DGB-Kongreß lag nun ein windelwäckerl Antrag des Bundesvorstandes für Abrüstung im allgemeinen und ein Antrag der IG-Metall gegen den NATO-Beschluß vor. Hinter den Kulissen einigte man sich auf eine Kompromißformulierung, die dann auch einhellig angenommen wurde: „Insbesondere fordern die deutschen Gewerkschaften mit Nachdruck, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ernsthaft und stütz fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa geben“.

Während Detlef Henschke erläuterte, der Beschluß laufe offen, ob der Kampf gegen die weitere Aufrüstung auf dem Wege der Genfer Verhandlungen oder im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß geführt werden sollte, wird an der Reihenfolge der beschlossenen Sätze deutlich, daß zunächst die auf Europa gerichteten Waffen abzubauen seien und sich dann die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen erübrige, eine Formulierung, die den Bestrebungen der Bundesregierung nicht widerspricht. Erwähnenswert ist noch, daß ein Antrag der Postgewerkschaft gegen den Wehrdienst für

Empfehlung der Antragskommission nicht folgte, empfahl der Versammlungsleiter, den Antrag lediglich als Material an den Bundesvorstand zu verabschieden. Die Delegierten folgten willig.

Bekenntnis zum Ordnungsfaktor Gewerkschaft

Demonstrative Einheit prägte auch die Wahlen zum DGB-Bundesvorstand. Der durch seine Beteiligung an Abschreibungsgeschäften im Westberliner Wohnungsbau diskreditierte und als Kandidat für den DGB-Vorsitz zurückgezogene Alois Pfeiffer wurde ebenso in den Bundesvorstand gewählt wie die als Landesvorsitzende der GEW-NRW abgewählte Ilse Brunk. Für die eine Versorgungstelle geschaffen werden mußte, da man ihr nicht zumuten wollte, wieder in den Schuldienst zurückzukehren. Gegenkandidaten traten überhaupt nicht an. Der neue DGB-Chef Breit erhielt ein Rekordergebnis von 499 von 518 Stimmen. Dabei ist Breit dem Schmidt-Flügel in der SPD zuzurechnen. Sein Bekenntnis, daß die Gewerkschaften nicht nur Gegenmacht, sondern auch Ordnungsfaktor seien, wurde von Unternehmern wie begrüßt. Das Institut der Deutschen Wirtschaft meinte, Breit sei ein Mann, „der in der Lage sein kann, einen Grundkonsens in wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen mitzutragen“ und hielt sein Bekenntnis zum Ordnungsfaktor Gewerkschaft für von „zentraler Bedeutung“ (FAZ, 26.). Springer Welt schließlich sah in Breits Worten das Signal, „daß auch bei einem Regierungswechsel in Bonn der DGB nicht politische Konfrontation um jeden Preis suchen wird“ („Welt“, 21.5.).

Kommision
Betrieb & Gewerkschaft

Die „Wirtschaftsdemokratie“

Kernpunkt im gewerkschaftlichen Programm war die Forderung nach Sozialisierung der Grundstoffindustrie und nach Mitbestimmung der Gewerkschaften sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene durch Beteiligung an den Lenkungsorganen der Industrie und des Staates. Was die (geforderten) Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte betraf, war der DGB schon merklich zurückhaltender, fürchte er doch über die Betriebsräte, die ja viel direkteren Kontakt zur Arbeiterbewegung hatten, eine Radikalisierung und einen zu starken Einfluß der Kommunisten. Dieses Kapitel der DGB-Geschichte ist schnell erzählt.

Im April 46 wachte der Alliierte Kontrollrat mit einem Gesetz alle bisher erklommenen Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte vom Tisch. Das war ein deutsches Zeichen, daß die alten Machtverhältnisse in den Betrieben wiederhergestellt werden sollten.

Es kam deshalb auch in einer Reihe von Betrieben zu spontanen Streiks, die allerdings von der DGB-Führung sofort abgewürgelt wurden. Stattdessen orientierte sie die Arbeiter, die ihre Bereitschaft zu kämpfen bewiesen hatten, auf den Abschluß von zusätzlichen Betriebsvereinbarungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften in sog. „Spitzenverhandlungen“, die natürlich jähmerrlich scheiterten. (Wohl gerade deshalb hat seitdem die Gewerkschaftsführung das zähe, harte Ringen in Spitzengesprächen zu ihrem beliebtesten Kampfmittel erhoben). Neben den Betriebsvereinbarungen orientierten sie die Arbeiter auf die angeblich am Horizont wachsende Verankerung der Mitbestimmung für Betriebsräte in den Landesverfassungen. Sie begnügten sich also ausdrücklich aller Möglichkeiten auf diese Frage weiter außerparlamentarischen Einfluß zu nehmen, indem sie die „Verantwortung“ allein dem Parlament bzw. den darin vertretenen Parteien übertrugen. Dort wo dennoch entsprechende Verfassungen zustande kamen, wurden diese Verfassungsartikel von US-Gouverneur Clay kurzzeitig suspendiert — so in Baden-Württemberg, Hessen, Bremen, von den britischen Behörden in Nordrhein-Westfalen (s. Schmidt, S. 163f). Der DGB stimmte Protest — und tat nichts.

Ebenso kampflos akzeptierte die DGB-Führung 1952 — gegen den starken Widerstand der Mitgliedschaft und vieler Funktionäre — das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz mit seiner Festlegung auf das „Wohl des Betriebes“ und die „Friedenspflicht“. Nur sieben Jahre lag die faschistische „Betriebsgemeinschaft“ zurück und hatte die westdeutsche Wirtschaft — mit kräftigem Zutun der Gewerkschaftsführer — doch schon wieder eingeholt. „Wir haben die Haltung eingenommen, wie sie nur eingenommen werden konnte. Das Parlament hat gesprochen und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen“ (W. Freitag, KIM Vorsitzender, als „Radikaler“ verurteilt, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

Im Februar 1947 wurde in den britischen Zonen in der Montanindustrie (Eisen und Stahl) die paritätische Mitbestimmung eingeführt.

IGM-Vorsitzender, als „Radikaler“ verurteilt, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

Im Februar 1947 wurde in den britischen Zonen in der Montanindustrie (Eisen und Stahl) die paritätische Mitbestimmung eingeführt. Gleichzeitig wurde die in Kartellen organisierte Montanindustrie zu einer Reihe Einzelkonzerne entflochten. Der Einführung der Mitbestimmung lag allerdings keineswegs ein Nachgeben gegenüber einem kämpferischen DGB zugrunde, sondern ein politisches Kalkül der britischen Militärregierung. Die Betriebsräte, „die im allgemeinen links und weniger verantwortungsbewußt als die Gewerkschaften waren“ sollten in die Verantwortung genommen werden. „Den Arbeitern und den Gewerkschaften Anteil an der Verantwortung des Managements zu geben, mußte auf lange Sicht bedeuten, Arbeiterunruhen zu verhindern“ (aus britischen Dokumenten, zit. nach Schmidt, S. 81).

Die paritätische Mitbestimmung wurde dem DGB also gewissermaßen in den Schoß gelegt. Die Forderung nach Mitbestimmung in der obigen Großindustrie und nach Beteiligung an der gesamtwirtschaftlichen Lenkung blieb auf der Ebene des Appells, bestenfalls kam die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die Landesparlamente heraus. Der DGB unternahm für seine Forderungen keine Kampfaktionen.

Derselbe Kampfgeist auch in der Frage der Sozialisierung, die insbesondere von den USA rundherum abgelehnt wurde. Als die US-Militärbehörden und die alten faschistischen „Wirtschaftsführer“ mit der „Entschädigung“ der Kartelle, die zur Folge der Gewerkschaftsopposition die Verhinderung der Sozialisierung gekennzeichnet wurde, begannen, tat der DGB nichts. Als Landesverfassungsartikel, die eine Verankerung vorsehen von der Militärregierung nicht ausgeführt werden (s. B.

DGB und Liberty Teil 2

Der Anteil des DGB an Restauration und Remilitarisierung / Seine Zusammenarbeit mit den amerikanischen Gewerkschaften AFL-CIO und dem CIA

Nordrhein-Westfalen im August 1948), tat der DGB ebenfalls nichts. 1950 wird dem „Arbeitgeber“ eine Entschädigung zugesprochen — der DGB zeigt sich „besorgt“. Ab 1951 wird diese „Entschädigung“ in Form der alten Aktien ausgezahlt. Mitte 1952 in die Stahlindustrie wieder in den alten Händen. Die DGB-Führung reißt jetzt all ihre Kampfkraft zusammen und stellt — vorübergehend, versteht sich! — ihre Mitarbeit in wirtschaftlichen Gremien der Regierung ein.

Die Forderung nach Sozialisierung hatte ihre Schuldigkeit getan — sich selbst nämlich verhindert, indem sie den Mitgliedern eine wortreichlich verbrämte, scheinbare Kampfbereitschaft suggerierte und konnte nur der Vergessenheit anheim fallen. Heute bedrückt sich höchstens ab und zu mal ein DGB-Führer beim Lachschaden, um ein paar Bundesminister aus der CDU zu schrecken.

Der Zweck dieser Forderung und ihre spätere Behandlung bei obigen Traditionen, die spielte bei den Demagogikern der Arbeiter und Bauern 1918/19 eine wichtige Rolle, um dann als acta gelegt zu werden. Fortwähler, als ADGB-Führer abgelöst (er arbeitete im Auswärtigen Amt für die Nazis): „Der Sozialismus“, in der aufgewählten Nachkriegsregierung widerwillig auf Schuld gehalten, fand ein stillen Bruchstein in Kommissionen“ (zit. nach H. Heuer, Burgfrieden oder Klassenkampf, S. 209). Na also.

Otto Brenner, der spätere IGM-Metall-Chef, sagte 1952, die Verabschiedung des BVG sei die erste „entscheidende Niederlage“ der Gewerkschaften, nach der das Kapital erst 1945 trachte. Natürlich, die Sozialdemokratie wie Brenner verbrachte die Wiederherstellung der alten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Westintegration, den Antikommunismus, die Teilung Deutschlands usw., — schlimmstenfalls mit einigen Dornschweiden — auf der Erlangung der Arbeiterklasse jedoch war der Weg bei 1952 gespickt mit entscheidenden Niederlagen, von denen oben die wichtigsten genannt sind.

Der DGB hat daran gewichtigen Anteil. Der Weg nach 1945 war gekennzeichnet von der Bewahrung eines Apparats zur Kontrolle der Arbeiter, seinen erfolgreichen Versuchen, die Arbeiter zu mäßigen, vom Kampf abzurufen, sie auf „Spitzenverhandlungen“ und Parlamente zu orientieren und dort, wo die Arbeiter schon kämpften, zu drohen und zu demobilisieren. Und es gab die Bereitschaft zu kämpfen. Anfang '47 und im Winter '47/48 kam es zu Massenstreiks gegen die schlechten Lebensbedingungen mit ersten politischen Forderungen. Die DGB-Führer waren alles, diese Streikbewegung abzuwürgen, die SPD behauptete, die Arbeiter seien „von bolschewistischen Agenten aufgeputscht“, Böckler (späterer DGB-Chef) drohte jedem Teilnehmer mit „Gewerkschaftsdisziplin“.

IGM-Vorsitzender, als „Radikaler“ verurteilt, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

Im Februar 1947 wurde in den britischen Zonen in der Montanindustrie (Eisen und Stahl) die paritätische Mitbestimmung eingeführt. Gleichzeitig wurde die in Kartellen organisierte Montanindustrie zu einer Reihe Einzelkonzerne entflochten. Der Einführung der Mitbestimmung lag allerdings keineswegs ein Nachgeben gegenüber einem kämpferischen DGB zugrunde, sondern ein politisches Kalkül der britischen Militärregierung. Die Betriebsräte, „die im allgemeinen links und weniger verantwortungsbewußt als die Gewerkschaften waren“ sollten in die Verantwortung genommen werden. „Den Arbeitern und den Gewerkschaften Anteil an der Verantwortung des Managements zu geben, mußte auf lange Sicht bedeuten, Arbeiterunruhen zu verhindern“ (aus britischen Dokumenten, zit. nach Schmidt, S. 81).

Die paritätische Mitbestimmung wurde dem DGB also gewissermaßen in den Schoß gelegt. Die Forderung nach Mitbestimmung in der obigen Großindustrie und nach Beteiligung an der gesamtwirtschaftlichen Lenkung blieb auf der Ebene des Appells, bestenfalls kam die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die Landesparlamente heraus. Der DGB unternahm für seine Forderungen keine Kampfaktionen.

Derselbe Kampfgeist auch in der Frage der Sozialisierung, die insbesondere von den USA rundherum abgelehnt wurde. Als die US-Militärbehörden und die alten faschistischen „Wirtschaftsführer“ mit der „Entschädigung“ der Kartelle, die zur Folge der Gewerkschaftsopposition die Verhinderung der Sozialisierung gekennzeichnet wurde, begannen, tat der DGB nichts. Als Landesverfassungsartikel, die eine Verankerung vorsehen von der Militärregierung nicht ausgeführt werden (s. B.

IGM-Vorsitzender, als „Radikaler“ verurteilt, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

Im Juni 1947 kündigte Marshall ein umfangreiches US-Wiederaufbau-Programm für Westeuropa und die Westzonen an. Es war eine zentrale Funktion dieses Programms, die Westzonen ökonomisch und politisch eng mit dem kapitalistischen Westen zu verknüpfen. Die Haltung zum Marshall Plan bestimmte also auch die Haltung zur Restauration der kapitalistischen Verhältnisse, zur Westintegration und zur

Spaltung Deutschlands.

Schon im August 1947 sprach sich der Beirat des DGB (britische Zone) prinzipiell für den Plan aus, wobei es Tarnov fertigbrachte, die deutschen Arbeiter vor der demagogischen Wahl zwischen „Verhängnis“ oder „Marshall Plan“ zu stellen — eine „Alternative“, die nicht einmal die USA erhoben.

Im März 1948 erklärte sich Böckler (DGB) in London — auf einem vom AFL initiierten westeuropäischen Gewerkschaftskongress für den Marshall Plan — „entschieden für die Unterstützung des Hilfsplans“ (zit. nach Schmidt, S. 116) und ließ seine Zustimmung nachträglich vom Vorstand absegnen.

Zwei Jahre nach der Gewerkschaftsführung durch die mehrfachen Proteste der Gewerkschaftsopposition gegen einen außerordentlichen Bundeskongress im Juni 1948 manubriefen — ein Jahr nach der Verkündung des Plans — aber nur um vor der Mitgliedschaft die Opposition abzuwehren. Die Reden des Kommunisten Agatz (Wortführer der Opposition) wurde beschränkt, die Diskussion nach acht (!) Rednern abgebrochen. Die DGB-Führung hatte sich ihre demokratische Legitimation für den Plan erschrieben.

US-Militärregierung Clay gratulierte, daß sie „die kommunistische Opposition gegen den Marshall-Plan in ihren eigenen Reihen beseitigt hatte“ (zit. nach Schmidt, S. 123).

Der Gewerkschaftskongress fiel schließlich mit der Erklärung des DGB's zusammen, künftighin an keinen weiteren gesamtdeutschen Internontenkonferenzen (mit dem FDGB der SBZ) teilzunehmen. Damit war auch dem Inhalt einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation die Abgabe erteilt, auch die deutsche Arbeiterbewegung war endgültig gespalten. Der DGB beschrieb zusammen mit AFL und CIA den Weg der Subversion gegen die SBZ-DDR (s. oben).

Ebenso systematisch ging die Führung am Werk, um den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen und auszuschalten. Der Vorreiter spielte die IGM-Metall. 1948 änderte sie, gegen heftigen Widerstand, ihren organisatorischen Aufbau, indem sie nicht länger die Betriebsgruppen — in denen die KPD stark war — sondern ganze Industrie- oder Stadtgruppen zur Grundlage der Organisation erklärte. Das hatte zur Folge, daß der kommunistische Einfluß schlagartig abnahm und sich die oberen Organe der Gewerkschaft noch weiter verabschiedeten konnten.

Parallel dazu wurde immer stärker über das „vermeintliche Treiben der KPD in den Gewerkschaften“ gebotzt. 1950 verbot die KIM das Verbot (1) von Druckschriften des FDGB, verlangte 1951 eine „Treuerklärung“ und eine Diskurierung von der Gewerkschaftsarbeit der KPD. Eine Ausschlusswelle war die Folge, schon auf dem Gründungskongress des DGB (für die BRD) am 11. Oktober 1949 existierte keine Opposition mehr.

1946 erklärte die DGB-Führung zum KPD-Verbot — das ihre Bildung fand! — voller Hohn: „Die KPD hat nach Auffassung des Bundesvorstands das Verbot bereits provoziert, nachdem sie bei den zurückliegenden Wahlen nur noch 2% der Stimmen auf sich vereinen konnte“ (zit. nach E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Seite 56).

...gegen den äußeren Feind (die Remilitarisierung)

„Bundeswehr und Gewerkschaften haben beide ihren gesamtdeutschen Stellenwert in unserer Verfassung. Sie haben — jede auf ihrem Gebiet — eine unverzichtbare Funktion für unseren Staat“.

7 Punkte-Erklärung der DGB- und Bundeswehrführung, 1961.

„Die Powerschaft, die heute“ begrundet, zwei große Stützen zu verbinden: Die Arbeit, die das Volk ernährt, die Macht, die Sicherheit gewährt.“

aus: Friedensaufbau zw. Fas. Kaiser u. dem 7 Jägerbataillon, 1961

Seit 1949 wurde in den USA, England und auch Frankreich offen über einen „Wehrbeitrag“ der BRD diskutiert. Außerdem ergaben im November 1949 mehrere Äußerungen Adenauers, in denen er sich ebenfalls für eine west-

deutsche Wiederbewaffnung aussprach.

Natürlich waren die Pläne der Imperialisten die Westzonen bzw. die BRD auch militärisch in den aggressiven Westblock fest einzugliedern, viel älter — wurden aber aus „psychologischen“ Gründen zurückgehalten. In deren Plänen — die in der 1947 verkündeten Containment (Zurückdrängung) Politik gegen die Sowjetunion zusammengefaßt waren — spielte Westdeutschland eine Schlüsselrolle.

Die gesamte Politik der Westalliierten — Westintegration, Antikommunismus, Spaltung Deutschlands, Restauration — trieb in diese Richtung: die Remilitarisierung bildete gewissermaßen nur den Abschlußpunkt einer Entwicklung, an deren Ende sich der Westzonen — unter Obhut vor allem der USA — alle Voraussetzungen und Instrumente imperialistischer Politik wieder angeeignet hatte.

Der amerikanische AFL hatte bereits im Herbst 1945 (fünftundvierzig!) auf einem Gewerkschaftskongress die eventuelle Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands gegen die „kommunistische Bedrohung“ angedeutet und stellte im Juni 1947 die knifflige rhetorische Frage: „Können wir die kommunistische und die Nazi Gefahr (?) wirksam bekämpfen, wenn wir gegenüber Deutschland eine Entwaffnungspolitik fortsetzen, die den russischen Machthabern freie Hand gibt, ihr Kommando „Freies Deutschland“ auf militärischer Basis zu organisieren und eine deutsche Armee unter ihrem Oberbefehl heranzubilden“ (zit. nach W. Link, S. 88). Die angebliche „Bereitstellung einer Armee“ in der SBZ war natürlich eine reine Zwecklüge, um die Antwort auf die gemalte Frage eindeutig in Richtung auf „Bereitstellung einer Armee“ in den Westzonen zu lenken.

Erstausch, zu welcher Einsichten in Notwendigkeiten imperialistischer Politik Gewerkschaftsführer fähig sind.

Irrving Brown und Henry Rutz (zuständig für Europa bzw. Deutschland) konzentrierten denn auch ihre Tätigkeit auf diese Frage und im Februar 1953 konnte Brown über seine westdeutschen Gewerkschaftskollegen feststellen: „man beginnt sich in Richtung auf Annahme der Wiederbewaffnung zu bewegen“ (zit. nach Link, S. 89).

Eine Einschätzung der Rolle des AFL gibt Link: „Nach und nach entwickelte sich bei den deutschen Gewerkschaften eine verständnisvollere Haltung zu den Pariser Verträgen. Die Aktivitäten der AFL waren ein Faktor in diesem Prozeß, sie förderten ein günstiges Meinungsklima, unterstützten die kooperationsbereiten Vorstandsmitglieder und wirkten als Gegengewicht zum Einfluß der Wiederbewaffnungsgegner in DGB und SPD“ (S. 91).

In der Tat, war die Einflußnahme des AFL nur ein Faktor, denn es wäre genauso absurd, anzunehmen, die Gewerkschaften hätten sich so leicht zum Einfluß der Wiederbewaffnungsgegner in DGB und SPD“ (S. 91).

In der Tat, war die Einflußnahme des AFL nur ein Faktor, denn es wäre genauso absurd, anzunehmen, die reformistischen DGB-Führer würden — nachdem sie soviel Kooperationsbereitschaft bei der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus bewiesen hatten — sich ausgeprochen in der Frage der Wiederbewaffnung sperren. Die Tatsachen sprechen hier auch eine andere Sprache. Das heißt natürlich nicht, daß es nicht etwa Differenzen zwischen dem DGB- und AFL-Führern gegeben hätte, aber alles darüber, wie es am besten die Frage der Remilitarisierung in der Bevölkerung zu vertreten sei. Hier trat der AFL offensichtlich für ein offensiveres Vorgehen ein, während der DGB eine mehr differenzierte Taktik befürwortete. Am Ende änderte das nichts.

Im Herbst 1950, die Forderung nach Wiederbewaffnung wurde mittlerweile offen erhoben, Adenauer setzte ein geheimes Tagung zur Prüfung der „psychologischen und militärischen Voraussetzungen“ einer westdeutschen Armee ein, sprach sich der DGB-Bundesvorstand prinzipiell für die Remilitarisierung aus. „Eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit“ sollte auch an Deutschland Anforderungen, denen sich das deutsche Volk nicht entziehen könne“ (zit. nach Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 197). Zur Vorbedingung machte der DGB die Integration in eine Armee „der freien Völker Europas“ und eine demokratische Kontrolle des militärischen Führungskörpers A. Baring — der als Adenauers Biograph berechnet werden kann — wies zu recht darauf hin: „Unter diesen Bedingungen, nicht wesentlich von dem unterzeichneten, was auch der Bundeskanzler öffentlich erklärte“ Offensichtlich habe Böckler (DGB-Vorsitzender) die Wiederbe-

waffnung „seit Winter 1949/50 für unumvermeidlich gehalten (und wollte) für den gewerkschaftlichen Stillhalten, für die mitbestimmende Unterstützung der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik (!) jetzt dem Bundeskanzler eine Gegenleistung, eine demokratische Wirtschaftsverfassung überlangen“ (S. 197).

Die Gewerkschaftsführung bejahte also die Remilitarisierung, wollte allerdings — gewissermaßen in einem Tauschgeschäft — einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen. Die Mitbestimmung. Hier hatten die Gewerkschaftsführer allerdings ein weiteres Mal ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Mitbestimmung wurde 1951 — zusätzlich zur Stahlindustrie, wo sie schon seit '47 gab — nur auf den Bergbau ausgedehnt und das nur, weil die Bergbauarbeiter unzulänglich ihre Streikbereitschaft klar gemacht hatten.

Baring berichtet, daß Böckler am 16. Januar 1951 in einem Gespräch mit dem Staatssekretär des Foreign Office, Davies, erklärt habe: „daß die geographische und politische Position Westdeutschlands in Europa eine Neutralität ausschließt, erfüllt man gewisse Bedingungen“, würden die Gewerkschaften der Wiederbewaffnung nichts in den Weg legen. Die Verteidigung werde zwangsläufig einen weiteren Teil des Volkseinkommens verbrauchen. Eine Senkung des Lebensstandards sei damit unvermeidlich. Wenn es aber unmöglich sei, den Arbeitnehmern irgendeinen materiellen Vorteil einzubringen, dann sei es wohl doch angebracht, ihnen einen ideellen Gewinn zu bieten, d.h. die Mitbestimmung“ (S. 198).

Die Gewerkschaftsführer waren also bereit, für einen „ideellen Gewinn“, für ein paar hohle Phrasen, den Arbeitern große Opfer für die Aufrüstungspläne der Imperialisten aufzuerlegen.

Nachdem die DGB-Führung mit dieser Politik vollen Schiffsbruch erlitten hatten und das erhoffte „Tauschgeschäft“ nicht zustande kam, sprach sich nach Böcklers Tod die neue Führung weiter — und jetzt bedingungslos — für die Wiederbewaffnung aus. Der neue Vorsitzende, Christian Fette, erklärte auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongress im Juni 1951: „Auch wir haben mehr zu verlieren als unsere Karten und müssen daher bereit sein, unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten“ (zit. nach Baring, S. 430).

Diesen Erklärungen folgten propagandistische Aktivitäten, um — mit der diesem Thema angemessenen Vorhut — die „psychologischen Hindernisse“ in der Mitgliedschaft des DGB abzubauen.

Erst als Hans von Hoff, Geschäftsführender Vorstandsmittglied des DGB, 1952 schon fast ungeduldig äußerte: „Man kann es auch dem deutschen Volk nicht zumuten, ohnerachtet mit Abwehrmaßnahmen zu warten (!)“. Jeder vernünftige gelebte Betrieb muß eine Betriebsfeuerwehr haben...“ (zit. nach Baring, S. 437), erst jetzt kam es in der Mitgliedschaft, der unteren und mittleren Funktionskreise zu einer massiven Protestwelle.

Zunächst konnte die DGB-Führung vier Wochen später auf einer gemeinsamen Tagung von Bundesvorstand und 365 Orts- und Kreisnachschießvorständen die „Reaktion“ der unteren Funktionskreise zu einer massiven Protestwelle.

Zunächst konnte die DGB-Führung vier Wochen später auf einer gemeinsamen Tagung von Bundesvorstand und 365 Orts- und Kreisnachschießvorständen den Protest einigermaßen abwürgen, indem sie erklärte: „die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag unter Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes in die Hände des gesamten Volkes zu legen“ (zit. nach Baring).

Mit einer Abgabe an die Remilitarisierung hatte das überhaupt nichts zu tun, sondern ließ im Klartext, diese Entscheidung sollte dem Parlament zu überlassen und diese Entscheidung dann auch zu akzeptieren.

Damit war der weitere Weg eigentlich deutlich vorgezeichnet. Als die Bewegung gegen die Remilitarisierung größer wurde, vor allem auch in den Betrieben, gar — wenn auch sehr verzinkt — der Ruf nach Generalstreik erhob, wurde der Widerstand in der „Paulskirchenbewegung“ für die Einheit Deutschlands und gegen die „Wiederaufrüstung“ institutionalisiert.

Am 25. Januar 1953 fanden sich in der Frankfurter Paulskirche rund 1000 „Prominente“ ein, unter ihnen — als Privatmann — der DGB-Vorsitzende Georg Reuter, um gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO zu „protestieren“.

Einen Monat später ratifizierte der Bundesrat die Verträge, die „Paulskirchenbewegung“ hatte ihre Schuldigkeit getan und von Gewerkschaftsführern und SPD in den Tiefschlaf versetzt, um einige Jahre später, gegen die „Bewegung gegen den Atomdreck“ zum selben Zweck bemüht zu werden.

Danach hatten die Gewerkschaftsführer und SPD dem westdeutschen Imperialismus nicht nur erfolgreich ihre imperialen Arme der deutschen Geschichte verfallen, sondern diese Arme gleich auch mit atomar bestückten Trägerwaffen ausgerüstet.

Urteile im „Fememordprozeß“ Nur ein Mord aus Eifersucht?

Die Tatsache, daß alle Angeklagten Mitglieder der „Hansa-Bande“ („Aktionsfront Nationaler Sozialisten“) gewesen sind, stellte für das Landgericht Lübeck nur den „Hintergrund“ für den Mord an dem schwulen Nazi-Johannes Bögner dar.

Am 28. Mai 81 hatten die 3 Angeklagten Friedhelm Enk (29), Michael Frühauf (25), Willi Wegener (29) sowie die Zwillinge Olaf und Thorsten König (20) an ihrem Nazi-Kompagnon Bögner „ein Beispiel statuiert“. Mit der Mitteilung, sie hätten ihm eine Nachricht des inhaftierten Bandenchefs Kühnen zu überbringen, lockten sie Johannes Bögner aus dem Nazi-Lokal Can-Can heraus und luden ihn in ihr Auto. Während Willi Wegener (der noch eine Bewährung laufen hat) und Thorsten König in Hamburg blieben, führten die restlichen drei mit ihrem Opfer in die Sternwarter Feldmark, wo Enk Bögner zusammenknüpfte und anschließend mit 25 Messerschlägen ermordete.

Für Friedhelm Enk als dem ausführenden Mörder sowie für Michael Frühauf, dem „Befehlsgabe“, erkannte das Gericht auf lebenslängliche. Der mitgeführte Olaf König erhielt ein Jahr Jugendstrafe, sein Bruder Thorsten 10 Monate, Willi Wegener 18 Monate Gefängnis.

Nach Ansicht des Gerichts soll es sich bei diesem Mord um eine Eifersuchtsstat Frühaufs gehandelt haben, der selbst ein uneingestandener Schwuler sei und eine nie verarbeitete Beziehung zu Bögner unterhalten habe. Enk, der Frühauf als „Führer“ rückhaltlos anerkannte, soll das ausführende Werkzeug gewesen sein. Auf keinen Fall aber — so das Gericht — handelte es sich bei der Tat um einen Fememord, denn dieser setzt voraus, daß eine „verschworene Gesellschaft“ einen „Überflüssigen“ beseitigen wolle, und das sei nicht gegeben gewesen. (Hannu71).

Hintergründe

Nach der Inhaftierung der beiden ANS-Chefs Kühnen und Worch rückte Frühauf immer mehr in den Mittelpunkt der Hamburger Gruppe. Besonders enge Beziehungen unterhielt er zu den beiden homosexuellen Bandenmitgliedern Johannes Bögner und Philipp Schönmann. Diese Clique zerbrach Anfang 1981, zu einem Zeitpunkt, als ein vom ANS-Mitglied Martin Buchmann verfaßtes „Info 1“ zirkulierte, in dem zum Rauschmiß von „Vertriebenen“ aufgefordert wurde. Wenig später verließ Frühauf ein „Info 2“ (unter dem Pseudonym Oberst Alexander Brandt), in dem zu hartem Vorgehen gegen Verräter und Schwule aufgefordert wurde. Dieses „Info 2“ war auch Gegenstand eines Gesprächs, das zwischen Enk, Frühauf und Kühnen bei einem Kneipbesuch am 20.5.81 geführt wurde. Aus dem politischen Gespräch über Wachstumspläne geht hervor, daß dort Änderungen fällig wie: die Betroffenen „müssen einfach weg“ und „Alexander Brandt“ (= Frühauf) wurde sich um „die besprochene Sache“ kümmern. Das Gespräch endete mit der Aufforderung Kühnens, „mit Sorgfalt darauf (zu) achten, daß keine V-Leute eingeschleust werden“. Vor Gericht tritt Kühnen — als Zeuge vernommen — ab, bei diesem Besuch einen Auftrag zum Mord gegeben zu haben. Nur eine Woche nach diesem Kneipbesuch ließ Frühauf sich von der Polizei als bezahlter Spitzel anwerben; einen Tag nach dem Mord war es Frühauf, der zur Polizei ging und die Tat anzeigte.

Tatsächlich hatte die Hansa-Bande von Anfang an „Probleme“ mit Schwulen. Die Tatsache, daß neben Bögner und Schönmann auch der Wirt des rechten Schwulenlokals Can-Can, Lothar Wrobel, Mitglied der ANS war, hatte immer wieder dafür gesorgt, daß die ANS von anderen Gruppen (Kühnen selbst spricht von NPD, Wikingerjugend) als „Schwulenverein“ denunziert wurde. Unter diesen Umständen ist es nachvollziehbar, daß ein verkappter Schwuler wie Frühauf in besonderem Maße antischwules Zeug verbreitete (Bögner sei ein „Klodeerschänder“, gegen „175er“ und „solche Leute“ wolle man sich zu schützen etc.) und schließlich, evtl. tatsächlich aus Eifersucht, den Mord befehl.

Doch all das ist kein Argument gegen einen Fememord. Die Selbstverständlichkeit, mit der Leute wie Enk, Wegener und die Königs die Tat mitplante, mit der Enk den „Befehl“ seines „Führers“ Folge leistete, die Offenheit, mit der in der k. der Zeugnisaussage von Lothar Wrobel ca. 100 Mitglieder zählenden ANS über „Liquidieren“ diskutiert wurde — all das spricht Bände, was das Klima in solchen Vereinen betrifft.

Und in einem solchen Klima von Führung und Gefolgschaft, von stolz zur Schau getragener Männlichkeit, von teutonischer Ehre und Treue, wird dann auch ein Mord möglich, zu dem der verhasste Schwule Frühauf unter anderen Verhältnissen wohl kaum imstande gewesen wäre.



Frühauf beim Lokaltreffen



Mordopfer Bögner, Totort

Kein NPD-Bundesparteitag in Germersheim und auch nicht anderswo!

Nachfolgenden Text erhielten wir vom Antifaschistischen Arbeitskreis Ludwigshafen zugesandt. Mit diesem Text lud der Arbeitskreis zu einem Vorbereitungstreffen gegen den in Germersheim/Südpfalz angekündigten NPD-Bundesparteitag ein. Die Ergebnisse des Treffens, das am 12. Juni 82 in Ludwigshafen stattfand, können erfragt werden über:

Klaus Welter
Luitpoldstraße 43
6700 Ludwigshafen/Rhein

Am 26./27. Juni 82 will die rechtsextremistische NPD ihren Bundesparteitag und ihr „Deutschlandtreffen“ im südpfälzischen Germersheim abhalten.

Einige hundert Nazis werden auch dieses Jahr erwartet.

Die großen antisozialistischen Kundgebungen, die mit „Rock gegen Rechts“ ihren Höhepunkt hatten, haben den NPD'ern ihren traditionellen Versammlungsort, Frankfurt unmöglich gemacht. 1980 konnte auch im hessischen Eschwege durch „antisozialistische Antikolonnen“ das Treffen weitgehend behindert werden.

Streng konspirativ gingen die Nazis im letzten Jahr vor. Nur gegen Angabe der Parteimitgliedsnummer wurde der Ort des Deutschlandtreffens bekanntgegeben. In Dortmund konnten die Nazis deshalb, zwar im kleinen Kreis, aber ohne größere Gegendemonstrationen aufmarschieren.

1982 erlebt die NPD eine Trendwende. Die rückläufigen Mitgliederzahlen sind gestoppt worden. Ihre ausländerfeindlichen Tarnorganisationen, wie die Kieler Initiative zur Ausländerbegrenzung und die HLA (Hamburger Liste Ausländer-stop) finden in der Bevölkerung erschreckend breiten Anklang. Ermuntert durch diese Erfolge wollen die Nationalisten ihr Bundestreffen nicht mehr hinter verschlossenen Türen abhalten, sondern verstärkt in die Öffentlichkeit treten und ihre braune Propaganda verbreiten. Das müssen wir verhindern! Kein Bundesparteitag und kein „Deutschlandtreffen“ der NPD in Germersheim! Den Faschisten keinen Fußbreit!

„Möglichst breite 'ermittlungssichere' Füße“

Stümper-Buch: „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung“

Dr. Alfred Stümper, Polizeipräsident von Baden-Württemberg, bekannt als „Vater der MEKs“, seit Jahren immer penetranter werdender Propagandist einer „Verbrechensbekämpfung aus einem Guß“, der Einrichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit“ nam. hat es nunmehr zu einem sehr Vorlesungen zusammenfassenden Buch gebracht. Erschienen ist es im Polzial-Verlag Saarburg Ende 1981. Im coolen Gewand einer technischen Methodik, die die Lage auch im abschließenden Chaos innerer Unruhen im Griff behalten will, und insofern leider auch notwendige „heikle Fragen“ aufwerfen müssen, kommt eine Totalisierung von „Sicherheitspolitik“ daher, die an einigen Stellen den fachlichen Kern ihres Denkens nicht mehr verbergen kann. — Stümper-Buchveröffentlichung signalisiert die wachsende Bedeutung der von ihm vertretenen Konzeption. Andere Polizei-Strategen machen sich zunehmend Stümper's Theorien zu eigen: so der neue BKA-Präsident, so diverse weitere Veröffentlichungen in den einschlägigen Fach-Organen „Kriminalistik“, „Deutsche Polizei“ (Hilfstrupp), „Innere Sicherheit“ (die Bundespolizei des Bundes).

Im folgenden geben wir eine kurze Skizze der Hauptgedanken des Buches. Im übrigen raten wir die „dru-ge n d“, sich anzusehen, was da in aller Öffentlichkeit propagiert wird. So deutlich — weil auch für die Bullen mittlerer Intelligenz verständlich gemacht — hat man es selten!

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Stümper's Ausgangspunkt: „Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. Welt in die Geschichte zurückreichende Entwicklungen scheitern einem Abschuß oder ihrem Ende entgegenzugehen. Sie lassen erhebliche ethische und weltanschauliche sowie menschliche, gesellschaftliche und staatliche Freiräume entstehen, die zu neu auszufüllen gibt. Was an gewachsenen und vorgegebenen Subsistenz bleibt, ist fraglich. Dieser Entwicklungsbuch will sich im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso wie im ideologischen, im technischen genauso wie im wirtschaftlichen. Er trifft letztlich die ganze Menschheit. Und er trifft zwangsläufig auf eine dadurch weithin verunsicherte Welt, Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitspro-

bleme mit sich. Aus diesem Grund ist es gerade in einer solchen Zeit von höchster Bedeutung, systematisch, mit festem Konzept an die vielfältigen, sich im Sicherheitsbereich quer durch das ganze Leben stellenden Probleme heranzugehen. So kann auch Verbrechensbekämpfung nicht mehr (nur) improvisiert werden. Man darf nicht nur mehr oder weniger an Symptomen herumkurieren. Vielmehr bedarf Verbrechensbekämpfung einer übergreifenden, strategisch geplanten, griffigen Systematik“ (S. 9). Konkret gemeint ist z.B. die „sprunghaft ansteigende, weithin nur mehr schwer zu übersehende und beherrschende Vernichtungskraft moderner Waffen“ habe zu einem „sprunghaften Ansteigen und einer im Existenzstadium tief hineinragenden Verunsicherung der ideologischen Konflikte... geführt“, in dessen Folge sich „für gezielte Aktionen von staatsfeindlichen Kräften neue Ansatzpunkte... von außergewöhnlich großer, insbe-

sondere auch junge Menschen erfassender innerer Sprengkraft“ (S. 29) eröffnen. Da gebe der „polizeiliche Auftrag“ über die „Polizei als formeller Durchsetzer der Rechtsordnung“ hinaus, aber gehe es für die Polizei als „Garant von Sicherheit und Ordnung“ um „Grundsatzfragen unseres Staates“ (vgl. öffentliche Gebühre, sonstige Voraussetzungen und Einrichtungen der Bundeswehr usw.).

Außer der Friedensbewegung weist Stümper auf die „Ausländerfrage“ und auf die Jugendunruhen als besonders „sicherheitspolitischen“ Problem hin („zentrale Schwerpunktfrage“). Zur Gesamtsicherheitslage heißt es: „Die jetzige Sicherheitslage ist ernst. Dies Urteil gründet sich auf eine Gesamtschau, von der Entwicklung der Kriminalität aber aufgetragene innere Unruhen größeren Ausmaßes bis zu einem zunehmenden Einflußbereich staatsfeindlicher Kräfte von innen und von außen. Wollen wir die Lage noch

im Griff behalten und — was notwendig ist — wieder mehr in den Griff bekommen, muß mit großer Entschlossenheit dieser Auftrag angepackt werden...“

„Sicherheit“ vor allem

In Stümper's prägnant schematischer Sprache best. sich der Anspruch der Polizei auf Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche wie ein Tagesbrot. „Verbrechensbekämpfung ist ein Teil der Kriminalpolitik. Kriminalpolitik ist wiederum ein Teil der Sicherheitspolitik. Diese ist wiederum ein Teil der gesamten Politik. Der Ansatz zu einer Systematik der Verbrechensbekämpfung hat schon im Politischen zu erfolgen“. Es folgen dann nacheinander Abschnitte über die polizeiliche Bedeutung von Rechtspolitik („Sicherheitspolitik bestimmt“), Familienpolitik („Betreuung von Jugendhäusern... kann wieder, wenn sie nicht richtig betrieben wird, zu einem Gefahrenherd für die innere Sicherheit werden“), Sozialpolitik („präventive Einfluss“), Gesundheitspolitik, Schulpolitik („kann eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit aufgebaut werden“), Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik. Zur Verteidigungspolitik sei hier ausführlicher zitiert: „Immer wieder gewinnt man den Eindruck, als ob auch in unserer Zeit das Problem der Sicherheit im Ansatz noch mit den Augen der Verantwortlichen nach dem zweiten Weltkrieg gesehen wird. Dies gilt insbesondere für die schematische

Grundeinteilung des Sicherheitsproblems in einen Bereich der äußeren Sicherheit, für den die Bundeswehr verantwortlich ist, und einen Bereich der inneren Sicherheit, für den im wesentlichen Polizei und Verfassungsschutz verantwortlich sind. Dabei ist Sicherheit zu einem hochkomplexen, viele Bereiche umfassenden Problem geworden. In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lager denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von innen nicht nur erst im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, zeitplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden“ (S. 24). Nur konsequent endet dieser Stümper-Ode an die Feststellung, daß „in einer Zeit des Umbruchs“, „heikle organisatorische Fragen... nicht einfach 'ausgeklammert'“ werden dürfen. Gemeint ist die nach 1945 von den Alliierten verfügte Auflösung des „Reichssicherheitshauptamtes“ der Nazis und seiner Untergliederungen in den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und militärisch-polizeilichen Sektoren, wie sie sich auch in der später festgelegten Trennung der Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten niederschlug. Eine GeStaPo sollte nie wieder entstehen...

Generaldirektion für Innere Sicherheit

Die „heikle organisatorische Frage“ will Stümper durch Einrichtung einer

„Generalkonzeption für innere Sicherheit“ lösen. Sie soll folgende Kompetenzen haben:

- Erstellung, Auswertung und Bewertung und Fortschreibung eines Lagebildes der „inneren Sicherheit“;
- Initiierung, Auswertung und Umsetzung einer anwendungsbezogenen, sicherheits- und kriminalpolitischen Forschung;
- Gesamtpositionierung der inneren Sicherheit in der allgemeinen Regierungsverantwortung und -tätigkeit;
- Erarbeitung von Sicherheitsstrategien und -konzepten;
- internationale Zusammenarbeit;
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Neustrukturierung von Sicherheitsinstrumenten;
- Erfolgskontrolle.

Die „Generalkonzeption“ soll dem Bundesinnenministerium unmittelbar unterstehen. „Die Organisation des Bundesinnenministeriums wäre insoweit umzubauen, daß die Abteilungen bzw. Sachgebiete mit dominierendem Sicherheitsbezug in dieser Weise zusammengeführt würden. So die Abteilungen P (Polizeiverwaltung), IS (innere Sicherheit) ZV (Zivilverteidigung) und womöglich auch — der Umweltschutz bekommt in mehrfacher Hinsicht immer mehr Sicherheitsbedeutung — U (Umweltangelegenheiten). Inwieweit aus den sonstigen Abteilungen Z (Zentralabteilung) und B (Beamtenrecht und sonstiges Personalrecht des öffentlichen Dienstes) Teilbereiche herausgelöst werden sollten, wäre sodann im Detail zu entscheiden.“ — „Vor allem aber müßten — gewissermaßen als „Herzstück“ — zwei neue Kernbereiche als eigene Abteilungen geschaffen werden bzw. aus den bereits vorhandenen anderen Bereichen herausgezogen werden, und zwar — eine Strategieabteilung KP (Kriminalpolitik Vorbeugung) und — eine Einsatzabteilung PLFST (Planungs- und Führungsstab mit Logistikkommando“ (S. 44).

Die Details der „einzelnen Aufgabeninhalte“ zu den genannten Punkten überlassen wir der Lektüre unseres Lesers. Einen Punkt wollen wir aber hier hervorheben. Unter dem Punkt „Vorschläge zur Neustrukturierung“ werden grundsätzliche Schwachstellen des Apparates sichtbar, die in der Frage der politischen Führung und Motivation „unserer Beamten“ liegen. „So notwendig eine Weiterentwicklung in einer schnelllebigen und sich in vielfältiger Weise verändernden Zeit ist, so notwendig ist es auch, daß der Apparat eingesperrt ist, daß seine Funktionsfähigkeit erprobt ist, und daß sich auch gewisse Erfahrungswerte im Umgang mit dem Instrumentarium bilden können. Schließlich sind auch unsere Beamten keine Computer, die laufend umprogrammiert werden können.“ Das gelte insbesondere „für einen Berufsstand, bei dem gewisse Funktionen und „Handgriffe“ einem gewissenmaßen in Fleisch und Blut übergegangen sein und regelrecht „exzessmäßig“ beherrscht werden müssen.“ — „Ein konsequentes Beibehalten des „alten Trotts“ wäre genauso gefährlich wie ein launisches Umwerfen bestehender Arbeitsstrukturen.“ — Hinter Stümpers kargen Worten verbirgt sich das für die Herrschenden unbewegliche Widerspruchs zwischen notwendigem Kadavergehorsam der „Sicherheitskräfte“ auf einen und politisch-ideologischer Motivation zum andern.

Funktionen und „Handgriffe“ einem gewissenmaßen in Fleisch und Blut übergegangen sein und regelrecht „exzessmäßig“ beherrscht werden müssen.“ — „Ein konsequentes Beibehalten des „alten Trotts“ wäre genauso gefährlich wie ein launisches Umwerfen bestehender Arbeitsstrukturen.“ — Hinter Stümpers kargen Worten verbirgt sich das für die Herrschenden unbewegliche Widerspruchs zwischen notwendigem Kadavergehorsam der „Sicherheitskräfte“ auf einen und politisch-ideologischer Motivation zum andern.

- von der Sicherheitskräfte durch
- Verdeutlichung des eigenen Verantwortungsbereichs;
 - Stärkung des persönlichen Rückhalts;
 - Anerkennung von Notwendigkeit und Wert der Arbeiten der Sicherheitsorgane;
 - umfassende Fürsorgemaßnahmen, sowie
 - gesellschaftliche Einbindung und soziale Betreuung der Angehörigen der Sicherheitsorgane.

Neben dem weiteren Ausbau des Apparats wird die politische Motivation, die ideologische Qualifikation und „Führungsausbildung“ angesprochen, die sich polarisierenden Kämpfe für die nächste Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Im Grunde ist das vorliegende Stümper-Buch im Kern vor allem der Versuch, die notwendige politische und ideologische Auflistung des Polizei-Potentials für die von ihm benannten Aufgaben der Bekämpfung des inneren Chaos zu beschleunigen. Seine Erfahrungen als „Vater der MEKs“ prädisponieren ihn geradezu zur propagandistischen und politisch-ideologischen Autorität in Sachen polizeilicher Erziehung und Motivation.

Einige „Grundstrukturen“ Stümperscher Systematik

Stümper ist beflissen darauf bedacht, seine Sprache im „demokratischen Rahmen“ zu halten. „Schon aus „klimatischen“ Gründen“ habe man z.B. „Sicherheitslücken“ in Kauf zu nehmen. „wenn man dadurch unserer Jugend von vornherein das Gefühl nehmen kann, in einem „engen“, „kleinlichen“ oder gar zu repressiv handelnden Staat aufzuwachsen.“ — „Dann aber kann er doch nicht mehr als sich halten. So fände er es „absolut untraglich, aus opportunistischen Gründen entgegen der klaren Rechtslage rechtliche Freiheiten zu lassen.“ (67). Und: „Gerade im Interesse einer gebundenen Liberalität und eines freien Klimas unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat „müßig“ machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüberhinaus auch eine allgemeine menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen besonders verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es „Schreibstüber“, die einer ohnehin sich in unserer wertunsicheren Welt schwertunenden Jugend noch völlige Frustrationen bescheren. Und nicht nur das! Sie liefern gewissermaßen Ausreden und sogar Rechtfertigungen für gemeinshaftswidrige, sozialwidrige und strafbare Taten vorweg!“

Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes“ postuliert Stümper u.a. folgende Grundsätze:

1. Vorbeugung, insbesondere „vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität“ Gestützt auf die gerade in sei-

1. Vorbeugung, insbesondere „vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität“, Gestützt auf die gerade in seinem Amtebereich gemachten Erfahrungen mit dem Scheitern einer offenen „Jugendpolizei“, spricht er sich für frühzeitige „Arbeitsleistung“ zwischen verschiedenen sozialen Einrichtungen und der Polizei aus, die weit vor der Schwelle offener „Jugendkriminalität“ liegen soll. In einer geradezu dummfremden Weise polemisiert er gegen die Kräfte an dem polizeilichen Vorbeugungsprogramm: „Es erscheint geradezu paradox, daß bestimmte Kräfte, die bislang der Polizei zumeist Repression vorgeworfen haben, nunmehr, wo diese im vorbeugenden, unterstützenden und auch helfenden Bereich verstärkt tätig werden will und tätig wird, lautstark dagegen protestieren. Die Polizei würde Kinder und Jugendliche beschützen wollen und sie dränge sich in die Arbeitsbereiche anderer Berufe hinein! Man muß fest dem Eindruck gewöhnen, als ob diese Kräfte die Polizei benutzt wieder in die rein repressive Ecke zu rücken wollten, um sie als „bösen Bullen“ mit Schlagstock und nicht als den Menschen mit dem man reden kann abzustempeln. Man muß sich hier ernstlich die Frage stellen, inwieweit und wo hier Staat ein- und mitwirken, die diesem Staat und diese Gesellschaft nicht mögen und ablehnen.“

2. operative Arbeit — Hierüber haben wir bereits des Öfteren im AK berichtet. Stümper schreibt: „Als neuerliches Element tritt der übergreifende Gesichtspunkt der operativen Arbeit hinzu. In ihr fallen repressive und präventive Belange weiterhin zusammen und werden auf eine höhere Ebene gestellt. Oberstes Ziel ist noch nicht der repressive Erfolg, auch nicht einmal der konkrete präventive Erfolg, sondern die möglichst umfassende Erfüllung der operativen Aufgabe der Beseitigung von kriminalen Ausgangs- und Operationsbedingungen.“

Angesichts solcher polizeilicher Methoden, die nicht mehr am verfassungsmäßig vorgeschriebenen Legal-

(Prinzip) polizeilichen Handelns, sondern nur noch am Endziel der Liquidation der „Ausgangs- und Operationsbedingungen“ selbst orientiert sind, denen es nicht um Verhinderung von Straftaten — andererseits auch nicht um eine Behebung der Ursache — sondern letztlich um die Beseitigung der „Straftäter“ selbst geht (siehe Prekäre der Sitten), ist es nur konsequent, wenn Stümper folgende „Probleme“ von der Justiz gelöst haben möchte:

- „Rechtsgrundlagen für Maßnahmen der verdeckten Ermittlungen mit Eingriffscharakter und Fragen ihrer rechtlichen Offenlegung;
- Probleme des Legalitätsprinzips;
- Einsatz von V-Leuten und die gesellschaftliche Verwertung ihrer Erkenntnisse;
- Verletzung von Strafrechtsnormen im Zuge von verdeckten Ermittlungen;
- Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
- Ankauf deliktisch erlangter Sachen.

Der kürzlich durch Erlass neuer V-Leute-Richtlinien abgeschlossene sog. „Hamburger Polizeiskandal“ (bei dem es um Kern um das Problem „operativer „verdeckter“ Ermittlung“ ging), die Verletzungen im derzeit bekanntesten VS-Skandal-Prozess im Fall Schmecker zeigen beispielhaft die Aktualität der Stümper-Ausführungen. Da kommt noch einiges an Zumutungen auf demokratische Gemüter zu!

beruf: zielefahnder

er liebt sein land seine freizeit seine frau und kinder achter, geister, nuss hagen und warum nicht er hat seinen beruf gelernt von der pike im ff weiße und schwarze folter gehören für ihn zum alltag wie essen, trinken, außerehelicher verkehr

besonders liebt er den schweißgeruch seiner zielefahndungsperson das macht ihn ganz wild er kennt ihren lebenslauf auf stunden genau auf seinem tisch brütet er sie vor sich aus jede konservative WG jedes verdächtige brett ist super life porno gratis zum beamtengeld

verhör und folter zum beamtengeld

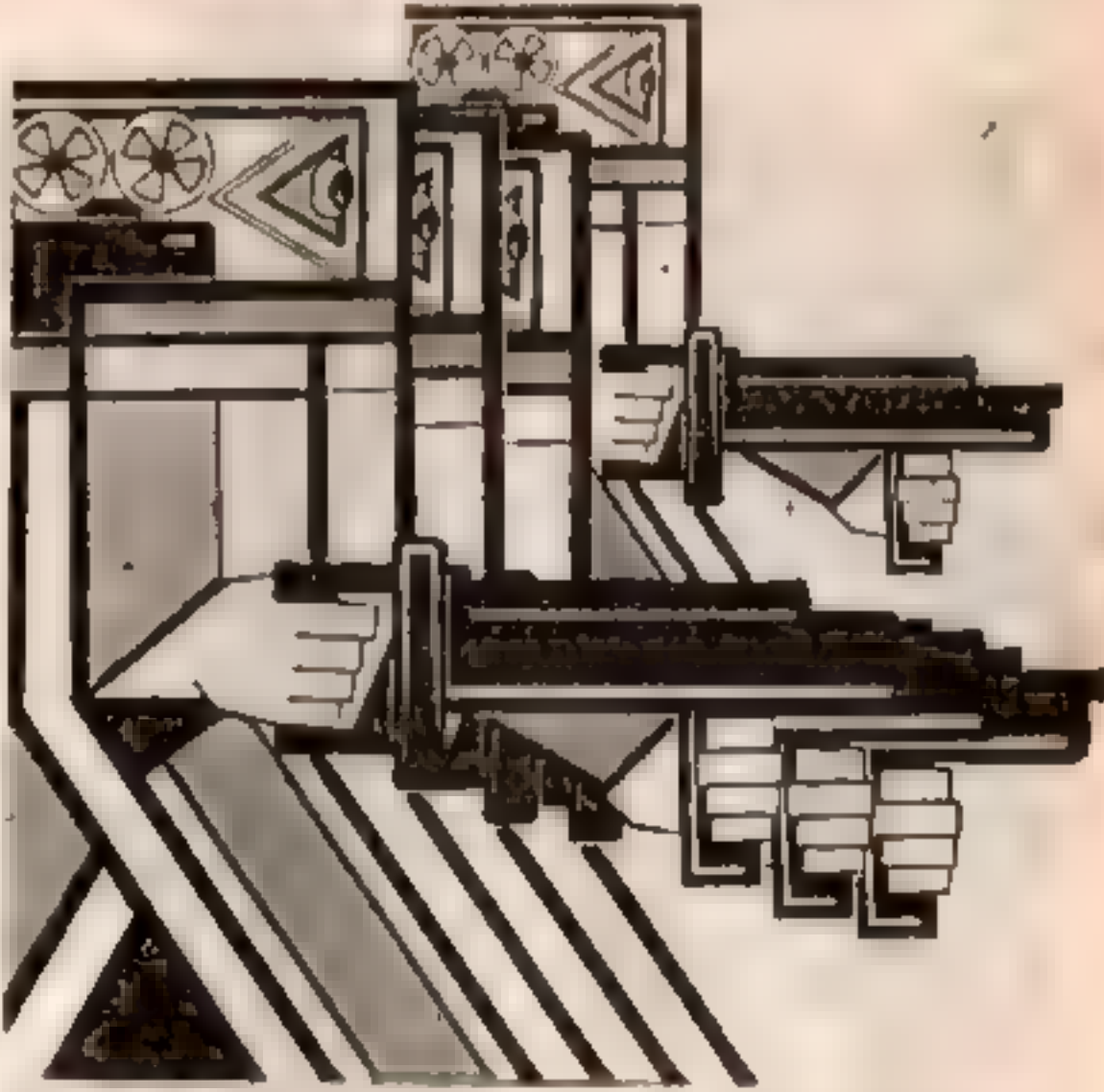
verhör und folter und heimliches vorspiel der schuß aus der hufte konsequenter völkung

be 2.4.82

3. „Information als Ansatz und Angelpunkt polizeilichen Handelns“ — hierzu wollen wir im Detail keine Ausführungen machen. Zuvor sei nur der wunderschöne Satz: „Moderne Kriminalitätsbekämpfung sollte auch immer mehr von zufälligen Erkenntnissen, sich lösen können und sich auf möglichst breite, „ermittlungssichere“ Füße sowie ein auf die Gesamt- und jeweilige Einzelbezüge abgestütztes Wissen stellen können.“ Von aktuellem Interesse ist die grundsätzliche Forderung Stümpers: „Datenschutz muß sich in Konkurrenz mit anderen Rechtssystemen messen lassen.“ Die „Funktionsweise der Polizei im Ermittlungsbereich“ sei „vom Wesen her Verleugungswissen“. Es ist interessant, „weshalb das Schwarze unter dem Fingerhut“, daß ein „entsprechendes Fahren auch in funktionen-gerechter ... Methode erfolgen sollte, durfte an sich einhaken“. Und schließlich so ein kerniger Satz: „Datenschutz darf nicht mit Entkriminalisierung verwechselt werden.“

Fast mit den Worten Stümpers geht der Bundesanwalt Rebmans gegenwärtig gegen den Bundesdatenschutz Bull vor, der BKA und Bundesanwaltschaft kürzlich das Sammeln von „schmutzigen Daten“ vorgeworfen hatte. Auch nach Rebmans gehen selbstverständlich „Sicherheitsinteressen“ vor Datenschutz.

Bleibt natürlich anzumerken, daß nach Stümper die Zeiten der „Sonnen-scheinsonnen“ vorbei sind und wir empfehlen, das Buch dieses Herrn gründlich zu studieren.



... nach 100 Jahre — mit Computern und Reproduktionstechnologie

Kennen Sie Bembern? Buchempfehlung „Ruhe oder Chaos“

Was den Bullen ihre Stümper und Co., das sind uns Linken, Friedensbewegten, Chaoten und sonstigen Protestierenden und Protestierenden unsere eigenen Analysen und Entwürfe. In dieser Hinsicht ist mit diesem Buch ein Kaffee auf den Markt gekommen. Der außerordentliche Reiz dieses Sammelbandes liegt nicht nur in analytischer Schärfe, sondern in der lebendigen Darstellung der „Technologie der Unterdrückung“ sowie eines recht unterschiedlichen Spektrums von Autoren und Autorinnen betrifft, sondern in der auch witzig und mit Liebe gemacht, mit Dokumenten, Karikaturen, Bildern gut ausgestattet und — billig: 7,30 DM. Kurz und gut: Ein Agitationsbestseller erster Qualität!

Aus den vielen Beiträgen stellen wir nur einen vor, der unter dem Stichwort „Aufstand, Vision I“, das Buch eröffnet:

Und nun geschah, was eigentlich längst fällig war: eine entwickelte Sperrkette von Polizisten mit Gasmasken, schwarzen Helmen, schwarzen Brustschutten und schußbereiter Waffe umstellte den ganzen Hilton-Komplex, um der Volksmenge zu trotzen, die just zwischen unserem Standort und den Bäumen der Stadttheater aus dem Park hervortauchte. Spezialisten richteten mit großer Geläufigkeit die Minenwerfer, und ihre ersten Salven trafen die Menge. Die Explosionen waren merkwürdig schwach, anfallselten aber riesige weiße Rauchwolken. Anfangs vermutete ich Tränengas, doch statt zu fliehen oder mit Wutgeheul zu antworten, strömte die Menge deutlich in diese Dunstschwaden hinein. Die Schritte vererbten rasch, dafür vernahm ich etwas wie Litaneien oder Singbeteten. Presseleute tappeten mit Kameras und Tonbandgeräten zwischen Sperrkette und Hotelringung umher und terminierten sich das Hirn, was da wohl im Gange sei. Ich aber ahnte bereits, daß die Polizei chemische Brandbrennmittel in Aerosol-Form anwandte. Doch aus der Avenida del Ich-weiß-nicht-mehr-was kam eine andere Kolonne, der diese Granaten nicht anhaben konnten. Zumindest schienen es so, später hieß es, die Kolonne sei weiter vorgedrückt, um sich mit der Polizei zu verbrüden und nicht, um sie zu zerfetzen, doch wer hätte im allgemeinen Wutwort so feinen Unterschied nachgehen können? Die Mörser sprachen in Salven, dann melierten sich die Wasserwerfer mit ihrem eigenartigen Rauschen und Zischen, schließlich stritzten Schnellfeuerer ein, und im Nu schwirte die Luft vom kröhnenden Schall der Geschosse (). Stümper hat ... den Offizier abgefangen, der die Hotelverteidigung leitete. Wie dieser verlauten ließ, sollten demnach Flugzeuge aufsteigen, das heißt mit Bembern, das heißt mit „Bomben menschlicher Brüderlichkeit“ (BMB). Als bald hieß man uns den Platz verlassen, während die Polizisten samt und sonders Gasmasken mit Spezialfilter aufsetzten ().

Bekanntlich ist das Hilton wenige Augenblicke nach dem Beginn des Luftangriffs urtümlich bombardiert worden. Die Folgen erwiesen sich als entsetzlich. Zwar trafen diese Bembern nur jenen entlegenen Teil des niedrigen

ren Traktes, wo die Vereinigung der Verleger Befreier Literatur in gemieteten Schauständen eine Ausstellung errichtet hatten, und vorerst kam kein Hotelgast zu Schaden. Doch scheußlich erwies sich die Polizei, die uns bewachte. In ihren Reihen erlangten die Anfälle menschlicher Brüderlichkeit binnen einer Minute epidemisches Ausmaß. Vor meinen Augen rissen sich die Polizisten die Masken vom Gesicht, zerfloßen in heiße Reuströme, flüchten die Demonstranten knallend um Vergebung an, drängten ihnen gewaltam die tüchtigen Knäpfe auf und beteten um möglichst feste Hiebe. Und als die Aerosol-Verdichtung nach neuer Bember-Treffern weiter zunahm, stürzten alle Polizisten wild durcheinander, um alles zu lieblosen und anzuhimmeln, was ihnen unterkam. Der Ablauf der Ereignisse konnte erst einige Wochen nach der ganzen Tragödie rekonstruiert werden, und auch dann nur teilweise. Um den drohenden Putsch im Keim zu ersticken, hatte die Regierung in der Früh an die 700 Kilogramm Doppelsäure aus Guter und Schmutz mit Felixol in den Wasserturm werfen lassen. Die Zuleitung zu Polizei- und Armeekammern war vorsorglich abgesperrt worden, doch aus Mangel an Sachverständigen mußte die Aktion wirkungslos verpuffen, das Phänomen der Aerosoldurchsprung durch Filter war nicht mit einberechnet worden, geschweige denn der höchst unterschiedliche Trinkwasserverbrauch der verschiedenen sozialen Gruppen.

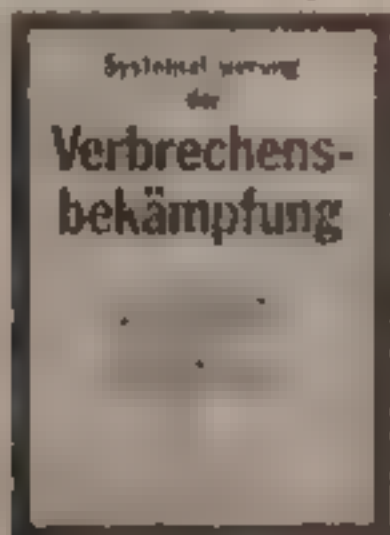
Die Bekämpfung der Polizei überreichte demnach die regierenden Kräfte grusam () Es war fast elf Uhr Nacht, als im Schleichenpanorama des Platzes und der umliegenden Palmen-gärten die ersten Panzerrollen der Arme aufzogen. Ihnen oblag es, die von der Polizei entwickelte menschliche Brüderlichkeit abzuwürgen; dies taten sie denn auch unter reichlichem Blutvergießen. (aus: Stanislaw Lem, Der futurologische Kongreß, 1972)

„Ruhe oder Chaos“

Technologie politischer Unterdrückung. Erweiterte Dokumentation zum Gesundheitslag 1981. Hrsg: Gesundheitsladen Hamburg e.V.

BUU — Bürgerinitiativ Umweltschutz
Luisenpark 26
2000 Hamburg 6
Tel: 040 439 86 71 (mo.-fr. 17.00 - 19.00 Uhr)
Bank: Postcheckkonto HH, Kto-Nr. 25 12 12

Antifa-Kommision
AB/Gruppe Hamburg



Stümper fordert aus dieser Erkenntnis: Erkenntnis im Sinne einer Vereinfachung und Vereinfachung die strukturelle und kommunikative „Harmonisierung“ und den „Einsatzverbund aller Sicherheitsbehörden“ (einachl. Justiz, Diensten, Zivil-Katastrophen-schutz und Rettungswesen und — wie oben ausgeführt — das Militär); zweitens: „eine einzelnen Sicherheitsbereiche übergreifende allgemeine Ausbildung sowie eine über die gesamte Dienstzeit sinnvoll verteilte, den nicht rasch andernden Arbeitsgrundlagen und Möglichkeiten laufend angepaßte Fortbildung“; und schließlich — ganz im Sinne der Göringchen „Führer“ für die damalige Polizei („wenn ihr schiedt, schiedt ihr!“) drittens: „Es muß ferner dabei die innere Struktur, gewissermaßen der menschliche Substanzbereich, einbezogen werden, so insbesondere Auf-

Börner (SPD) : Sammellager am „hygienischsten“

Immer wieder warnt die SPD vor der Ausländerfeindlichkeit. „Der SPD-Parteivorstand wendet sich mit Entschiedenheit gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Ressentiment und Freund-Feind-Ideologie“.

Dieser Erklärung vom Februar folgten eine Fülle weiterer „ganz unterschiedener“ Stellungnahmen. Was davon zu halten ist, zeigt die eigene Praxis der SPD. Die Diskussion um die Änderung des Asylrechtsgesetzes ist seit Ende 1977/Anfang 1978 im Gange. Als die Bundesregierung 1978 einen Gesetzentwurf gegen den „Mißbrauch des Asylrechts“ vorbereitete, bestand der Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD in der Frage der Zahl der gerichtlichen Instanzen (das heißt: in der Länge des Verfahrens).

Der sogenannte „Ausländer-Export“ der SPD Bundestagsabgeordneter Wilfried Penner, erklärte es sei unannehmbar, daß in den letzten Jahren „eine nicht unbedeutliche Zahl von Ausländern nur wegen des anders nicht erreichbaren längeren Aufenthalts eines Asylansuchers in der BRD“ in die BRD einreisen würden. „Die SPD tritt für die schrittweise Integration derjenigen Asylbewerber und deren Familien ein, die auf Dauer in der BRD bleiben wollen“ („FR“, 11.6.80). Zwischenzeitlich führte die Bundesregierung die Visumpflicht für Türken ein.

SPD-MdB Kleinert erklärte, „man müsse in der Bevölkerung den Eindruck vermeiden, das im Grundgesetz verankerte Asylrecht sei schädlich, nur weil es aus wirtschaftlichen Gründen ausgenutzt würde“ („FAZ“, 19.6.80). Einen Monat später meldet sich Schmidt zu Wort: „Am Artikel 16 müssen wir ran“ („FR“, 3.7.80). SPD-Arbeitsminister P. Ferthmann (NRW) sprach sich für ein „dramatisch verkürztes Anerkennungsverfahren und für die sofortige Abschiebung im Falle einer Ablehnung“ aus. Dies sei das „wirksamste Mittel gegen die Asylantenflut“.

War die SPD noch ein paar Monate zuvor gegen die Verkürzung des Rechtsweges, schlug sie nun vor, nur noch eine Klagemöglichkeit für Asylbewerber einzurichten. Die Begründung hierzu: Wenn die Prozedur nach wie vor so lang bleibe, dann hätten die Ausländer es schwerer, sich in ihrem Heimatland zurechtzufinden, wenn sie zurückgebracht werden“ (SPD-Bundestagsabgeordneter Ralf Meinecke, Vorsitzender der AG Flüchtlingsfrage in der SPD-Fraktion, „FR“, 6.5.80).

Die erste Stadt, die ihre Tore für asylsuchende Ausländer sperrte, war das SPD-regierte Essen.

„Wenn man dann noch an einem Ende der Wurstspitze immer neues Fleisch (Ausländer) reinsteckt, würde am anderen Ende zwangsläufig anderes Fleisch (altgedienten Deutsche) herausgedrückt. Und selbst ein so geduldiges Kamel wie ich kann das doch nicht zulassen“ (SPD-OB Katzer, „FR“, 26.6.80).

Wenn wir dort (in Essener Stadtteilen) weitere Unterkünfte für Asylsuchende bauen, fühlen sich die deutschen Bürger von einer Überfremdung bedroht. Sie wollen keine Kreuzberger Verhältnisse“ (ebds.).

Ende Mai 1980 erklärte sich die SPD noch ganz entschieden gegen die Einführung von Grenzrichtern, wie es die CDU/CSU vorschlug. Nur wenige Tage später jedoch erklärte Wehner, beim Asylrecht müsse „Dampf gemacht“ werden. Zwei Monate die SPD nach wie vor eine Entscheidungswahl für die Grenzbehörden ab, schlug aber stattdessen eine „Beratung an der Grenze“ für Asylbewerber vor, „die ihnen gegebenenfalls die Aussichtlosigkeit ihres Bergehens deutlich macht und sie dazu veranlassen soll, ihren Antrag fallen zu lassen“ („FAZ“, 2.6.80).

Fünf Maßnahmen nannte die SPD zur Beschleunigung des Asylverfahrens:

1. Eine zeitliche Verkürzung des Prüfungsverfahrens durch Vereinfachung sowie durch personellen wie organisatorischen Ausbau der beteiligten Instanzen.
2. Ein Beratungs- und Vorprüfungsverfahren zum schnelleren Aussortieren von „ausichtlosen“ Asylanten, wobei der Einsatz von sogenannten Grenzrichtern dort noch als „sehr problematisch“ gekennzeichnet wurde.
3. Die Prüfung der Möglichkeit einer „zentralen Unterbringung“ der Asylbewerber.
4. Die Gewährung von freier Unterkunft, Kleidung und Verpflegung anstelle von Geldleistungen aus der Sozialhilfe, um „finanzielle Anreize“ auszuschalten.
5. Die Erteilung einer Arbeitsver-

laubnis erst nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes; damals war Jahr in der Diskussion (Erklärung der SPD-Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern vom 1.6.80, „FR“, 2.6.80).

Entsprechenden Applaus bekam die SPD von der CDU-Seite: „Als bayrische Grenzbeamte vor einigen Monaten eigenständig prüften, ob von Asylanträgen überhaupt ein wirksamer Anreiz gestellt worden war, war die Empörung groß. Doch inzwischen sehen sich selbst SPD und FDP einem wachsenden Unbehagen, gefeuert von Kommunen und Behörden gegenüber. Rechtszeitig zur Wahl will die Koalition daher jetzt ein eigenes Asylgesetz verabschieden, das über den einst als fremdenfeindlich bezeichneten Entwurf der Opposition noch hinausgeht“ („Welt“, 3.6.80).

Auf dem SPD-Parteitag im Juni 1980 in Hagen sprach sich die Mehrheit der Parteimitglieder gegen die Aufnahme der Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer ins Wahlprogramm aus. Stattdessen hieß es: „Die SPD tritt für die schrittweise Integration derjenigen Asylbewerber und deren Familien ein, die auf Dauer in der BRD bleiben wollen“ („FR“, 11.6.80). Zwischenzeitlich führte die Bundesregierung die Visumpflicht für Türken ein.

SPD-MdB Kleinert erklärte, „man müsse in der Bevölkerung den Eindruck vermeiden, das im Grundgesetz verankerte Asylrecht sei schädlich, nur weil es aus wirtschaftlichen Gründen ausgenutzt würde“ („FAZ“, 19.6.80). Einen Monat später meldet sich Schmidt zu Wort: „Am Artikel 16 müssen wir ran“ („FR“, 3.7.80). SPD-Arbeitsminister P. Ferthmann (NRW) sprach sich für ein „dramatisch verkürztes Anerkennungsverfahren und für die sofortige Abschiebung im Falle einer Ablehnung“ aus. Dies sei das „wirksamste Mittel gegen die Asylantenflut“.

Damals war die SPD angeblich noch gegen die „Sammellager“ - allerdings hatte sie zugleich keine Einwände gegen die „Zusammenfassung von Asylbewerbern in überschaubaren Einheiten“ („FNP“, 3.7.80). Börner und der bremische Sozialminister Claus haben es von Anfang an gleich an der Einrichtung von Sammellagern in Hagen mit „die arbeitslose, hygienischste und wohl auch verwaltungstechnisch beste Lösung“ („FNP“, 8.7.80).

Der hessische Landesminister schloß dann auch einen Sieben-Punkte-Plan gegen den „Asylanantenstrom“:

1. Einrichtung von neuen Sammellagern für alle Asylbewerber ohne Arbeitsvermittlung
2. In Hessen konkret zwei „Gemeinschaftslager“ in einer ehemaligen Kaserne in Wiesbaden und auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens
3. Effektive Kontrolle der Visumpflicht und des Aufenthaltsregimes
4. Wader Bargeld noch Arbeitsgenehmigung für die Asylbewerber. „Mit dem Wegfall der Sozialhilfe, die die Asylananten materiell weitestgehend stellte als in ihrem Heimatland, entfällt nach Ansicht der Landesregierung auch ein hoher Anreiz für die Einreise von Scheinasylananten“.
5. Verpfichtung von Gemeinden und Landkreisen, ein gewisses „Kontingent“ aufzunehmen.
6. Einrichtung weiterer „Gemeinschafts-Unterkünfte“ („FNP“, 8.7.80).

Der Frankfurter SPD-Bürgermeister Martin Berg behauptete, „Begründete Härtefälle sind die seltene Ausnahme“ („FR“, 24.7.80), während Rudi Arndt meinte: „Der Oberbürgermeister (Wallmann) trägt ein gewaltiges Maß an Schuld an der Entwicklung der Asylanantenflut. Wallmann habe 1979 unter der Parole „Asylananten aller Länder, kommt nach Frankfurt!“ die Menschen in die Stadt geholt“ („AP“, 2.8.80). Doch freus er sich, daß die Position des OB und der CDU „in der letzten Zeit realitätsfremd“ sei. Anstelle Wallmanns hätte er, Rudi Arndt, zehn Asylbewerber nach Wiesbaden zu Bönen gefahren und ihn dann gefragt: „Was machst du nun mit denen?“. - „Wahrlich im Vollblutpolitiker von der ganz humanen Sorte! Es versteht sich von selbst, daß der gleiche Börner sich parallel entschieden gegen die Einschränkung des Art. 16 ausspricht. „Dies ist die BRD ihrer Vergangenheit und der humanitären Demokratie schuldig“ („SZ“, 13.8.80).

Auf dem Berliner Parteitag der SPD im Dezember 1980 sprachen sich die Delegierten ebenfalls gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aus. „Beim gegenwärtigen Stand der

Integration bestehe die Gefahr, daß deutsche Parteien aus den Bestreuerungen verdrängt und durch Ausländer radikale Gruppierungen hineingewählt werden“!

Der Ausländerstrom müsse im Interesse der hier lebenden Ausländer gestoppt werden („FR“, 8.12.80).

Anfang 1981 erklärte der ehemalige Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Kühn (SPD): „Die Möglichkeiten der BRD, weitere Ausländer aufzunehmen, sind jetzt erschöpft“ („FNP“, 14.1.81).

Die „uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Anwerbestopps“ liege im Interesse „einer verstärkten Integration jener Ausländer, die bereits in der BRD leben“. Im September wurde auf der Grundlage einer Rechtsverordnung ein „Anwerbestopp“ für die Frist zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis von einem auf zwei Jahre erhöht. Im Dezember meldet sich Schmidt nochmal.

„Es liegt im Interesse der Bevölkerung, daß der Zustrom nicht integrationswilliger oder integrationsfähiger Ausländer gestoppt wird“! Regierungssprecher Becker erläuterte: „Das gilt zum Beispiel für jene, die längeren Aufenthalts in der BRD keine Bereitschaft zeigen, die deutsche Sprache zu lernen“ („FNP“, 3.12.81).

Die Bundesregierung folgte einem

einmütigen Beschluß

- Der Nachzug von 16- und 17-jährigen wird unterbunden.
- Kinder dürfen generell nicht nachgeholt werden, wenn nur ein Elternteil in der BRD lebt.
- Ausländer/innen der sog. „zweiten Generation“ dürfen ihren Ehegatten/innen nur nachziehen, wenn sie mindestens 13 Jahre und 8 Jahre in der BRD leben und mindestens ein Jahr verheiratet sind.
- Angehörige dürfen generell nicht von Ausländern nachgeholt werden, die hier in einem Ausbildeverhältnis stehen.
- 18-Jährige, die hier mindestens seit 3 Jahren leben, sollen sich „Einbürgerern“ können (im übrigen dauert eine Einbürgerungsprozedur häufig zwischen 10 und 12 Jahre und kostet bis zu 5.000 DM).

Eine Integration - so die SPD-Pachkonferenz zu Ausländerfragen - sei ohnehin auf möglich, „wenn sich das Problem der großen Zahl löst“ („FAZ“, 7.12.81).

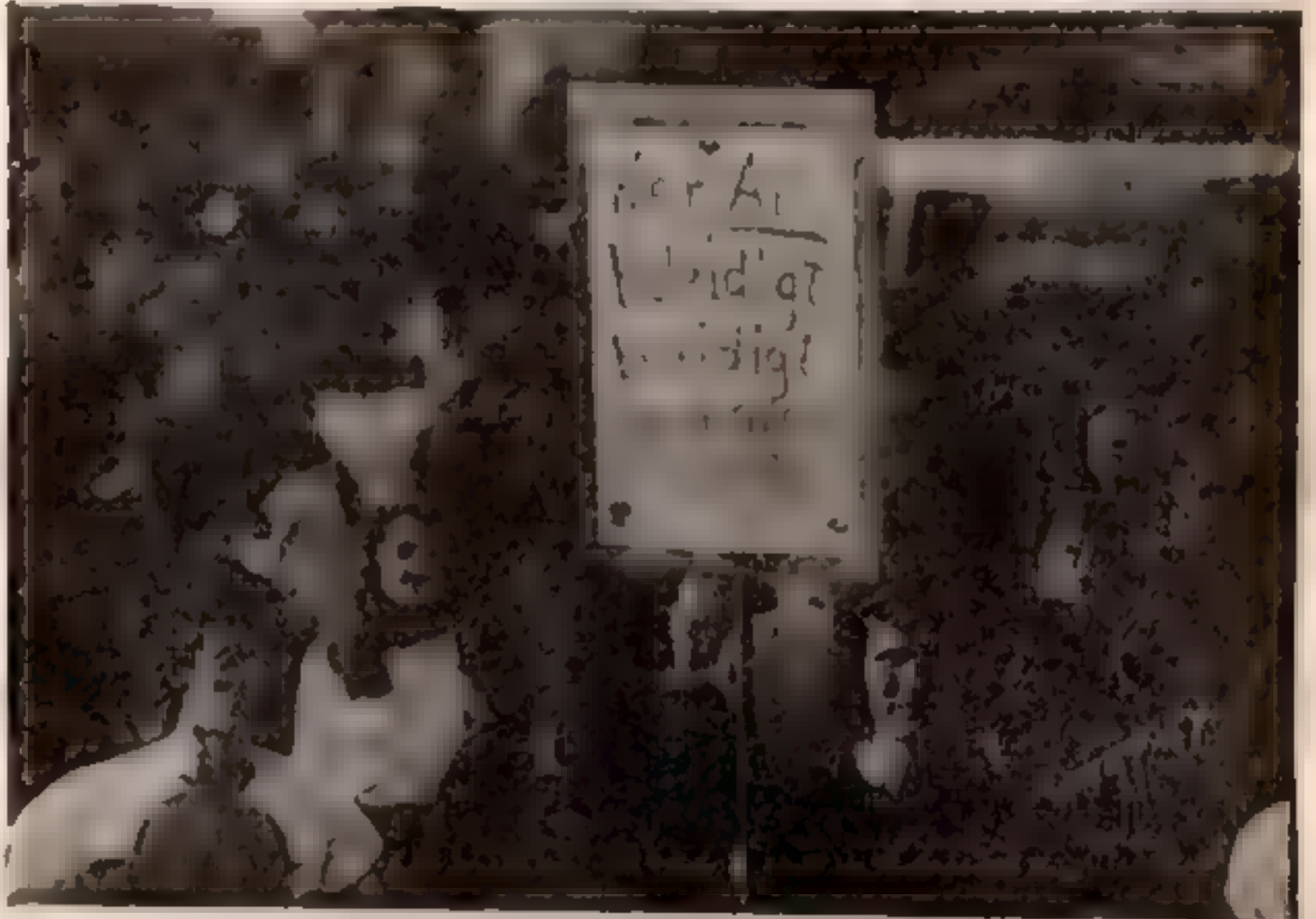
Im Januar meinte Sozialminister A. Claus (SPD, Hessen): „Ausländerfeindlichkeit können wir uns nicht leisten, auch im eigenen Interesse nicht“ („FNP“, 24.1.82). Auch der hessische Minister warnt vor ausländerfeindlichem Rechtsextremismus, ebenso diverse nordrhein-westfälische Oberbürgermeister; die AG

Ausländer innerhalb der SPD-Fraktion fordert gar „eine klare Absege an die Politik des Ausländer raus“ („Welt“, 5.2.82). Der Innenminister NRW, Schnoor, kündigte an: „Die fachlichen Drehscheiben müssen entlastet werden“. Überinstimmend sorgen sich CDU/CSU und SPD in einer Bundestagsdebatte im Februar 82 um „die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung, die sich vor allem gegen die schwer eingliederungsfähigen Türken wende“. Redner aller Fraktionen wiesen mit gewisser Sorge auf den hohen Anteil der Türken hin. Besonders die Gewohnheiten dieser Gruppe führe in Ballungszentren wie Frankfurt, Berlin oder Stuttgart zu ghettolähnlichen Brackungen, die auch Folgen für deren Ansehen bei der deutschen Bevölkerung hätten“ („FAZ“, 5.2.82).

Es gibt zwischen der CDU/CSU und der SPD in der Ausländerfrage überhaupt keinen messbaren Unterschied. Höchmann in der Argumentation

Die SPD hat diese ganzen Maßnahmen und die Asylanantenkampagne mitgetragen. innerlich aus „Rücklicht“ auf die deutsche Bevölkerung, die es eben so wolle, andererseits aus „Rücklicht“ auf die hier lebenden Ausländer/innen, damit sie nicht zu viele werden.

E., K8-Gruppe Frankfurt



Hamburg: Große Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

7 - 8000 Menschen demonstrierten am 2. Juni in Hamburg gegen die herrschende Ausländerpolitik und ihr junges Produkt, die nazistische „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ (HLA). Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, an dem sich über 60 ausländische und deutsche Gruppen beteiligten. So das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), in dem neben zahlreichen ausländischen Organisationen und Initiativen, wie BIRKOM, Fidei, HDB, Spanischer Ehemaliger u.a., auch GAI, DKP, KB u.v.a.m. mitarbeiten. Aufgerufen hatten weiterhin die GEW, der Hamburger Landesjugendring (LJR), die Antifaschistische Initiative (YVN, ASIA u.a.), die IO Gruppe sowie diverse Untergruppen der SPD.

Im Mittelpunkt der Demonstration stand der Protest gegen die undemokratische und unheimliche Ausländerpolitik der etablierten Parteien. Von Seiten des DAAB wurde dagegen die vollständige Gleichberechtigung aller in der BRD lebenden Ausländer gefordert, einschließlich eines gesicherten Aufenthaltsrechtes sowie des uneingeschränkten Wahlrechts. Im Zentrum der Aktion stand natürlich auch die Forderung nach dem Verbot der NPD-Gründung HLA.

In der Vorbereitungsphase der Demonstration hatte es v.a. mit der DKP und

SPD-orientierten Kräften einigen Streit gegeben, da diese bereits frühzeitig versuchten, die Aktion inhaltlich wie organisatorisch unter ihre Fuchtel zu bekommen. Die bei den vorbereitenden Sitzungen durch Jussos vertretenen Verbände (LJR, Antifaschistische Initiative) hatten zunächst sogar versucht, den Termin der Demonstration auf den 5. Juni festzulegen, um damit der für den gleichen Tag geplanten Anti-Nazi-Demonstration zu schaden, die ihnen aus wahltaktischen Gründen nicht ins Konzept paßte. Nachdem diesem Ausinnen im DAAB eine klare Abfuhr erteilt wurde, gelang es besagten Kräften zur Unterstützung von GEW, DKP usw. allerdings zumindest teilweise, die inhaltlichen Akzente für die Aktion in ihrem Sinne zu diktieren. So konnten die beispielsweise durchsetzen, daß die Verantwortung der Hamburger SPD-Senats für die ausländerfeindliche Politik im gemeinsamen Aufruf des Bündnisses nicht benannt wurde.

Der Verlauf von Demonstration und Kundgebungen hat allerdings gezeigt, daß diese Manöver kaum den gewünschten Erfolg hatten, zumal von Seiten des DAAB letztendlich nicht mehr die Bereitschaft bestand, sich dem ständigen Diktat der LJR, GEW usw. zu unterwerfen.

AG Ausländer



West-Typ (in der Allonaer Zeitbeträge 72), der die Demonstranten gegen Ausländerfeindlichkeit bespuckte und beschimpft und zum Schluß die Hand zum „deutschen Gruß“ erhob.

Die importierte Armut

Wachsende Verschuldung und Auszehrung der „3. Welt“



In der ersten Hälfte dieses Jahres dürfte die gesamte Verschuldung der „3. Welt“ gegenüber internationalen Organisationen und den internationalen Banken die 500 Milliarden Dollar Grenze überschritten haben. Das Wachstum dieser Verschuldung wird mehr und mehr beschleunigt; im letzten Vierteljahrhundert mußten durchschnittlich jedes Jahr zwei Länder ihre Zahlungsmittel ausgeben, und im Strudel der Verschuldungsfälle konnten 1981 allein acht Länder die Zinsen und Rückzahlungen nicht mehr leisten. Die drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika — reich an Bodenschätzen und elastische Länder — sind heute Bettler bei den Großbanken und der Weltbank um die Stundung ihrer Schulden: Was spekt sich dort ab hinter ein paar Prozentziffern und kaum vorstellbaren Summen an Verbindlichkeiten?

In 20 Jahren 20mal so große Schulden

Im Jahre 1960 betrugen die Auslandsschulden der „3. Welt“ nach einer OECD-Berechnung rund 18 Milliarden Dollar, 1980 ist dieser Betrag auf über 400 Milliarden Dollar angewachsen (1). Hinter dieser alle Kredite und „Entwicklungshilfen“ aufaddierenden Zahl verschwinden allerdings die unterschiedlichen Bedingungen, in denen sich die einzelnen Länder befinden. Dieses wollen wir in folgender Tabelle für das Jahr 1978 verdeutlichen. In diesem Jahr beliefen sich die Verbindlichkeiten auf rund 336 Mrd. Dollar. Die Tabelle unterteilt die Länder der 3. Welt nach durchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Diesen Ländergruppen wird der jeweilige Anteil an den Schulden und der Bevölkerung in der „3. Welt“ zugeordnet:

Gesamte Auslandsverschuldung der „3. Welt“ nach Einkommensgruppen Ende 1978

Einkommensgruppe (unter 400 \$ pro Kopf)	Anteil an der Gesamtschuld (%)	Anteil an der Bevölkerung (%)
Untere Einkommensgruppe (unter 400 \$ pro Kopf)	22	81
Mittlere Einkommensgruppe (400 bis 1000 \$)	18	18
Mittlere Einkommensgruppe (1.000 bis 2.500 \$)	41	17
Obere Einkommensgruppe (über 2.500 \$)	8	3
OECD-Länder	14	4

Quelle: (2)

Der Hauptteil der Kredite und „Entwicklungshilfen“ fließt also in die Länder mit dem etwas höheren Einkommen, das sind zum großen Teil die Schwellenländer, die halbkapitalistisch oder auf dem Sprung zu Unterzentren auf den drei Kontinenten sind. Die große Masse der Bevölkerung der „3. Welt“ ist jedoch von den Finanzmit-

teln der Metropolen abgeschnitten. Die Gruppe der „armen Länder“ ist weitgehend auf die „Entwicklungshilfen“ und die zinsgünstigeren Kredite von Weltbank und ihren Unterorganisationen angewiesen, die die schlechteren die anderen Kontinente nicht bekommen können. Innerhalb des gesamten Rahmens des Kapitalflusses spielen diese Kredite jedoch immer mehr eine Rolle am Rande, wie auch die Entwicklung in der Tabelle 1 aufzeigt: der Prozentsatz der offiziellen Kredite ist in den letzten Jahren halbiert, die institutionellen Kredite von Weltbank und IDA auf einem gleichbleibenden Niveau eingefroren worden.

Im Zeitraum von 1970 bis 1980 ist der Anteil der privaten Geldquellen an der gesamten Verschuldung nahezu verdoppelt worden, und dies hat sehr weitreichende Konsequenzen für die Länder der „3. Welt“. Die Mittel, die von der Weltbank oder einer ihrer zahlreichen Unterorganisationen (wie die zahlreichen Entwicklungsbanken) oder als direkte „Entwicklungshilfen“ zur Verfügung gestellt wurden, werden zu wesentlich niedrigeren Zinsen als die Gelder aus den privaten Quellen vergeben.

Das ganz große Geschäft der Banken

Im Laufe des letzten Jahrzehntes ist der Anteil der Kredite und Anleihen aus privaten Quellen auf 60 % der gesamten Verschuldungsaufkommen angewachsen (3). Die Zinsen der öffentlichen Kreditgeber lagen von 1970 bis 1977 zwischen drei und vier Prozent, während im gleichen Zeitraum die Zinsen der privaten Kreditgeber zwischen 6 und 8,5 % lagen. Bei Krediten von Banken ist der Zeitraum, innerhalb dessen Kredite zurückgezahlt sind, wesentlich kürzer als bei den öffentlichen Krediten, Weltbank oder IDA Kredite laufen meist über 25 Jahre die anderen Laufzeiten betragen weniger als die Hälfte dieser Zeit. Die internationalen Banken vergeben ihre Gelder zu Zin-

sätzen, die sich an dem Londoner Interbankensatz für Dollarslagen (kurz LIBOR) orientieren. Dieser Zinssatz bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 12 und 19 %, auf diesen Satz schlugen die Banken dann noch ein bis zwei Prozent — je nach Land und Risiko der Rückzahlung — drauf, so daß die Länder der „3. Welt“ bis zu 20 % jährlich für ihre Schulden aufbringen müssen (4).

Bezahlt können diese Länder ihre Verbindlichkeiten nur mit Devisen, die sie über Exporte erwirtschaften. Und hier beginnt für die große Zahl der Länder ein irdischer Kreislauf. Nach Angaben des Weltentwicklungsberichts der Weltbank von 1981 betrug die durchschnittliche Verschuldung für die „3. Welt“ im v. H. ihrer Ausfuhren 1977 79,6 %, 1978 86,6 % und 1979 78,3 %. Das bedeutet, daß diese Län-

Die 10 Länder der „3. Welt“ mit der größten Schuldenlast 1978 in Milliarden US-\$

Brasilien	81,8
Mexiko	30,9
Algerien	17,2
Indien	16,9
Indonesien	16,0
Korea (Süd-)	15,8
Spanien	14,8
Saudi Arabien	12,5
Ägypten	12,0
Argentinien	10,8

Summe für die ersten 20 Länder: 387,8

Summe für alle Länder der „3. Welt“: 487,0

Der größte Teil der Auslandsverschuldung der „3. Welt“ konzentriert sich auf die entwickelten Länder. Die Summe der Schulden der 20 verschuldeten Länder repräsentiert mehr als die Hälfte der Gesamtverschuldung von nahezu 100 Ländern. Quelle: OECD Paris 1980

der sehr wenig Spielraum haben, um ihre Banken-Gläubiger zu befriedigen. Dazu kommt in den letzten zwei, drei Jahren eine rapide Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen: Die Rohstoffpreise werden gedrückt, ihre Exportgüter sind, bedingt durch die Krise in den Metropolen, nicht mehr gefragt.

Im Jahresbericht des Weltwirtschaftsfonds wird die Lage dieser Länder aus der Sicht der Metropolen beschrieben. „Angesichts der Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse in den letzten Jahren und den daraus resultierenden höheren realen Kosten von ausländischen Mitteln, die aus dem Ausland beschafft werden, wären, damit Investitionsprogramme aufrechterhalten werden können, die auf entwicklungspolitische Ziele abgestellt sind, eine erhebliche Umlenkung der inländischen Ressourcen vom Verbrauch zu den Investitionen und wahrscheinlich auch größere Zufüsse öffent-

licher Entwicklungshilfe und sonstiger Kapitalien aus dem Ausland erforderlich. Für viele Entwicklungsländer, und insbesondere für die Entwicklungsländer in der Gruppe mit niedrigem Volkseinkommen, deren Lebensstandard ohnehin äußerst niedrig ist, ist eine solche Umlenkung der Ressourcen nicht durchführbar. In diesen Fällen wird durch den verringerten Zustrom von Mitteln aus dem Ausland zwangsläufig die Expansion produktiver Investitionen eingeengt und die dringend notwendige Beschleunigung des Produktivitätswachstums und des Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens verhindert oder verzögert. (...) Für die Hauptgruppe der Oimporländer hat sich der Rückgang der realen Austauschverhältnisse und das geringe Wachstum des Ausfuhrvolumens schwerwiegende — für die Länder mit niedrigem Volkseinkommen sogar nahezu verheerende — Folgen für die reale Einkaufskraft der Exporterlöse.“ (4)

Endstation: Umschuldung

Die gesamte aufgelaufene Schuld der Länder der „3. Welt“ stellen einen indirekten Kapitalexport aus den Metropolen dar. Mit den Krediten von Weltbank und IDA, mit den aufgenommenen Anleihen auf den internationalen Finanzmärkten und den Krediten der Banken werden Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen in den Industrien, Ausbau der Müllabfuhr usw. finanziert. Die Länder verschulden sich meist, um die Voraussetzungen für die Ausbeutung durch die Konzerne der Metropolen zu schaffen, und zynischerweise auch vielfach, um den Unterdrückungsapparat aufzubauen, um so das eigene Volk in Ruhe und Ordnung zu halten.

Und so verdienen die Metropolen doppelt. Einmal an der direkten Ausbeutung, indem die Gewinne in die eigenen Länder zurücktransferiert werden, und zum zweiten, indem sie sich

Schuldendienst der „3. Welt“ nach Kreditquellen — in Milliarden US-Dollar und prozentualer Verteilung —

	1971		1977		1980	
	Mrd \$	%	Mrd \$	%	Mrd \$	%
Öffentliche Entwicklungshilfe*	14	12,8	20	4,9	2,6	3,0
Exportkredite	5,2	47,7	16,8	40,8	32,0	36,4
Bankkredite und sonst private Kredite	2,7	24,8	16,5	40,0	41,5	47,2
Weltbank usw.)	0,9	8,3	2,6	6,3	4,5	5,1
RGW-Länder	0,6	5,5	1,2	2,9	2,3	2,6
OPEC-Länder	-	-	0,6	1,5	2,2	2,5
Summe des Schuldendienstes	10,9	100,0	41,2	100,0	87,9	100,0

Summe des Schuldendienstes i. V. H. der Gesamtverschuldung

1971	86,6 Mrd. Dollar	10,9 Mrd. Dollar	12,6 %
1977	264,9 Mrd. Dollar	41,2 Mrd. Dollar	15,6 %
1980	451,0 Mrd. Dollar	87,9 Mrd. Dollar	19,4 %

„Schuldendienst“ ist die Summe dessen, was ein Land während eines Jahres an Zinsen und Rückzahlungen leisten muß. In der Tabelle ist für die Jahre 1971, 1977 und 1980 aufgeschlüsselt, wieviel Prozent des jährlichen Schuldendienstes auf welche Art der Kredite entfallen. Der Rückgang des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe spiegelt sich im Rückgang des Schuldendienstes für diese Art der Kredite wider. Die wichtigste Entwicklung ist die Verdoppelung des Schuldendienstes für die Kredite von Banken und anderen privaten Quellen. Ein Vergleich mit der prozentualen Auslandsverschuldung (Tabelle 1) zeigt, daß der Anteil, der für die Kredite an private Banken aufgebracht werden muß, größer ist als der Anteil, den die privaten Kredite bei einer Aufteilung der Auslandsverschuldung darstellen. Hier schlagen die wesentlich höheren Zinsen für die privaten Kredite durch. Ein ähnlicher Vergleich für den Schuldendienst gegenüber der Weltbank und die durch sie gegebenen Kredite zeigt, daß diese Kredite wesentlich zinsgünstiger sind. Quelle: OECD/DAC, External Debt Stat. f. Develop. Countries, Latest Trends, Paris '80

Tabelle 1
Verteilung der Auslandsverschuldung der „3. Welt“
— Prozentual nach den Geldquellen —

	1970	1975	1980
Offizielle Kredite von anderen Ländern	35,6	26,2	18,5
davon: OECD-Länder	28,4	19,6	13,1
OPEC-Länder	0,6	2,6	2,7
Offizielle Export-Kredite	6,8	5,4	5,5
Institutionelle Kredite	12,6	11,1	12,2
davon: Weltbank	7,8	5,7	5,2
IDA*	2,9	3,2	2,9
Private Geldquellen	27,8	35,0	44,2
davon: Verbraucher Kredite	11,0	7,6	4,6
Banken	10,0	23,5	34,9
Anleihen	5,0	3,1	4,6
Private nicht garantierte Schulden	17,3	22,3	19,5
= 100%	= 100%	= 100%	= 100%

Verteilung der Auslandsverschuldung der „3. Welt“
— nach Milliarden US-Dollar —

	1970	1980
Offizielle Kredite von anderen Ländern	22,6	78,3
davon: OECD-Länder	18,0	55,6
OPEC-Länder	0,4	11,6
Offizielle Export-Kredite	4,3	23,4
Institutionelle Kredite	8,0	31,6
davon: Weltbank	4,9	21,9
IDA*	1,8	12,1
Private Geldquellen	17,7	187,3
davon: Banken	6,3	147,9
Verbraucher Kredite	7,0	19,4
Anleihen	3,2	19,3
Private nicht garantierte Schulden	11,0	82,5
Summe der privaten und öffentl. Schulden	63,5	423,3

Quelle: „Developments in and Prospects for the External Debt of the Developing Countries: 1970 - 1980 and Beyond“/World Bank Staff Paper - August 1981
*IDA = International Development Association, eine Institution der Weltbank

Die 3. UN-Seerechtskonferenz

Der Kampf um die Aufteilung der Weltmeere

„Jubel der Dritten Welt über die Verabschiedung der neuen internationalen Seerechtskonferenz“ (1). „Ein Sprung direkt zur zentralen Planwirtschaft“ (2). Damit wird bereits der zentrale Gegensatz zwischen den Ländern der Dritten Welt und den imperialistischen Industrieländern deutlich, der die Auseinandersetzungen auf dieser Konferenz bestimmte.

Bei der nunmehr seit 1973 laufenden 3. UN-Seerechtskonferenz (UN-SRK) (3) verhandelten 151 Staaten um die Aufteilung und Nutzungsrechte der Weltmeere. Man muß hier unterscheiden zwischen dem sog. Festlandssockel, d.h. „Küstengewässer“ bis 200 Meter Wassertiefe (4) und der Hohen See.

Im Festlandssockel liegen sehr große Erdöl- und Erdgasvorkommen (die Viertel der Weltölproduktion kommt heute bereits aus solchen offshore-Gezeiten, z.B. vor Venezuela, Mexiko oder aus der Nordsee), daneben halten sich in diesen Gewässern 85% der Weltfischbestände auf. Auf dem Boden der Hohen See liegen sog. Manganknollen. Mehr-Metall-Knollen, die vor allem Mangan, Kupfer, Kobalt und Nickel enthalten. Das Axiom dieser „Schätze der Meere“ ist enorm. So werden allein im Pazifik 1 Mrd. t Mangan, 16,6 Mrd. t Nickel, 3,3 Mrd. t Kupfer und 3,3 Mrd. t Kobalt (5) vermutet, das wäre ein Vielfaches der heute auf dem Festland bekannten Vorräte dieser Rohstoffe.

Nachdem es den Industrielationen 1958 und 1960 auf den ersten beiden UN-SRK gelungen war, Beschlüsse gegen ihre Interessen zu verhindern, gelang ihnen dies auf der 3. UN-SRK nicht mehr vollständig.

In Bezug auf die Festlandssockel gelang ihnen dies auf der 3. UN-SRK nicht mehr vollständig.

In Bezug auf die Festlandssockelgebiets faßte die Konferenz den Beschluß, diese ausschließlich als nationale Wirtschaftszonen zu deklarieren, die nur von den entsprechenden Küstenstaaten bzw. nur mit deren Erlaubnis ausgebaut werden dürfen. Dies lag noch durchaus im Interesse der imperialistischen Staaten.

— die USA hatten bereits 1943 in der Truman-Doktrin ihren Anspruch auf das gesamte Weltmeer erklärt;

— die Gewinner dieser Regelung sind die USA, Frankreich und Großbritannien. Diese drei Staaten erhalten am meisten „Landgewinne“, vor allem auf Grund ihrer noch aus der Kolonialzeit stammenden großen ozeanischen Inselgebiete (bei GB u.a. die Falklands/Malvinen);

— die Multis besitzen auch als einzige die entsprechenden Technologien, um

an diese Bodenschätze heranzukommen, so daß unter diesen Aspekten gesehen durchaus gesagt werden kann, daß die 15 Industrieländer sich mit ihren Interessen durchsetzen konnten.

Bei der Aufteilung der Hohen See sah dies etwas anders aus. 1967 forderte der damalige mexikanische UN-Botschafter Arvid Pardo, die Bereiche der See, die außerhalb nationaler Zuständigkeiten liegen, zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ zu erklären. Dieser Anspruch schlug sich im nun vorliegenden Vertragsentwurf wie folgt nieder: Eine internationale Meeresbergbaubehörde sollte die Verfügungsgewalt über den Tiefseebau bekommen, Schörfrechte vergeben und Steuern auf die Gewinne der Multis erheben dürfen. Mit von den Multis zu „fairen Preisen“ überlassener Technologie sollte sie auch selbst Tiefseebau betreiben. Die Einnahmen sollten den Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zugute kommen. Außerdem konnten die rohstoffproduzierenden Länder eine Klausel durchsetzen, wonach die Fördermengen aus dem Tiefseebau begrenzt sein sollten, um den Preisverfall ihrer Rohstoffe und damit ggf. ihren Bankrott verhindern zu können.

Nachdem all dies im Vertrag festgeschrieben war, zeigt sich, wie wenig kompromißbereit die imperialistischen Staaten, allen voran die USA, waren: Sie verließen die Konferenz. In alter Wild-West-Manier forderten sie den unbegrenzten Zugriff auf die Meeresrohstoffe und verabschiedeten ein nationales Gesetz, das ihren Konzernen die Förderung ab 1988 erlaubt und ihnen ebenfalls militärischen Schutz gewährt (die BRD, Frankreich und Großbritannien folgten mit entsprechenden Gesetzen (6)).

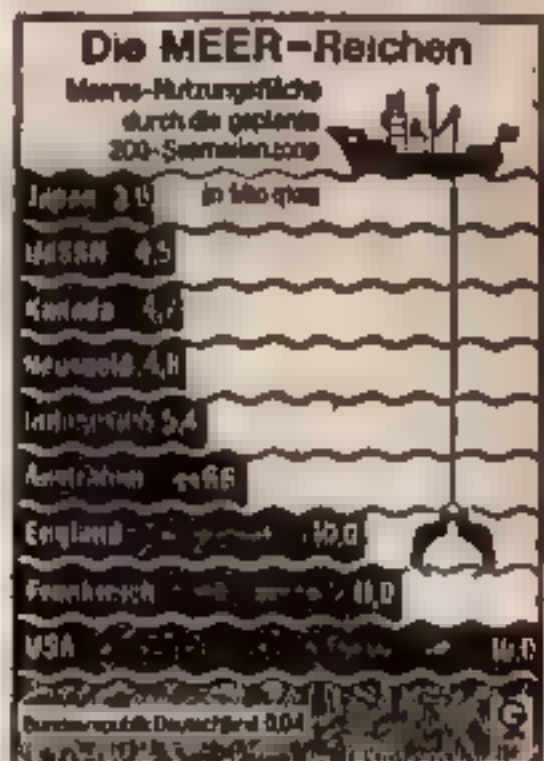
Da jedoch der Druck dieser internationalen Konferenz nicht unberücksichtigt ist, sahen sich die USA zu Anfang dieses Jahres veranlaßt, wieder an den Verhandlungen teilzunehmen. Nun allerdings bestand ihre Verhandlungsaktualität darin, dormalen unveränderte Forderungen zu stellen, daß von vornherein klar war, daß diese für die Staaten der Dritten Welt nicht akzeptierbar waren. Zwar konnten sie noch durchsetzen, daß ihren Konsortien ein „Pionierstatus“ zuerkannt wurde, der ihnen einen großen Wettbewerbsvorteil verschaffte, mehr jedoch nicht. „Als unannehmbar bezeichnete Melone (US-Delegationsteiler, Anm.d.Verf.) vor allem die in der Konvention enthaltene Verpflichtung zu einem Technologie-Transfer, die Einengung der unternehmerischen Freiheit durch Produktionsbeschränkungen, die Möglichkeit, daß eine in der Konvention vorgesehene Revisionskonferenz in 20 Jahren durch Mehrheitsbeschluß die Rechte der privaten Investoren drastisch beschneiden kann und die Finanzierung von Befreiungsorganisationen aus den Einnahmen des Tiefseebaus“ (7).

Daß die USA nicht gewillt sind, sich die zu erwartenden Profite beschneiden zu lassen, machte die in der Schlussabstimmung mit einem „Nein“ deutlich (8).

Nach der „feierlichen Unterzeichnung“ der Konvention, die für Dezember 3 in Caracas vorgesehen ist, könnte diese zwar in Kraft treten, wenn sie danach von mehr als 60 Staaten ratifiziert wird, doch sofern die wichtigen Industrienationen nicht daran beteiligt sind, bleibt sie im völkerrechtlich-juristischen Sinne wie — machtpolitisch real — Makulatur.

Daß die Imperialisten gar nicht daran denken, den Kuchen mit den Lan-

den der Dritten Welt zu teilen, machten sie noch auf eine andere Art mehr als deutlich: Noch während (1) die Konferenz lief, verhandelten die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD über vorläufige Regelungen für mineralische Rohstoffe des Tiefseebodens, womit sie ihre nationale Gesetzgebung aufeinander abstimmen wollten. Man könnte auch sagen, sie teilen den Kuchen schon unter sich auf, obwohl die Konferenz noch lief, (30 Staaten ein brauchbares Verhandlungsergebnis erzielt hatten und obwohl der Tiefseebau erst Ende dieses Jahres in Wirklichkeit werden wird. Ganz im Stil von Kolonialisten, die unter kei-



sen Umständen bereit sind, auch nur den Handstreich der Profitgierigen ab-

zuweilen bereit sind, auch nur eines Handbrot der Profitgierigen ihrer Konzernen freiwillig aufzugeben. Wie kein anderer machte dies der ehemalige US-Außenminister Kissinger deutlich: „Die USA besitzen sowohl die Technologie (um die Manganknollen zu fördern, Anm.d.Verf.) als auch die Kriegsmarine, um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen“ (9).

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:

1. „Braunschweiger Zeitung“ vom 4.8.82
2. „Die Zeit“ vom 28.3.82
3. siehe „Arbeiterkampf 200“ vom 27.4.1981.
4. Die 3. UN-SRK oder Krieg um die Weltmeere?
5. Als Festlandssockel wurde auf der Konferenz eine Zone von mindestens 200 m Festland, sofern die Wassertiefe 200 Meter nicht erreicht ist, kann diese Zone bis zu 300 m ausgedehnt werden.
6. „La Monda“
7. siehe u.a. „FAZ“ vom 13.2.82
8. „FAZ“ vom 3.6.82
9. Gegen die Resolution stimmten auch die Türkei, Venezuela und Brasilien ab. Der Bismarck-Nachfolger hat neben allen Ozeanstaaten außer Rumänien die BRD, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Italien, Luxemburg, Spanien und Thailand vgl. „FAZ“ vom 3.6.82 und „Braunschweiger Zeitung“ vom 3.6.82. Die Sowjetunion spielte auf der Konferenz eher eine erbärmliche Rolle. Nachdem offensichtlich war, daß die Industrienationen dem Abkommen nicht beitreten würden, enthielt sich die BRD der Stimme, dann die BRD war Teil der Hauptgebetgeber für die internationale Behörde geworden. Dies kann sie sich finanziell nicht leisten, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß — der Ostblock wieder die Mittel noch das Know-How hat, um in den kommenden Jahren selbst in den Tiefseebau zu gehen“.
10. Zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“ vom 4.8.82
11. Zitiert nach M. Massera, „Kampf um die Aufteilung der Weltmeere, Knappheit der Naturressourcen, Technologie-Entwicklung und Kriegesgefahr“ im Friedensjahrbuch 11, „Schwerpunkt: Kampf um die Weltmeere“, Frankfurt 1980

das Kapital, das sie selbst benutzen, von der „3. Welt“ beschaffen lassen.

Jedoch scheint diese Entwicklung an eine Grenze zu stoßen, der Druck im Kampf um die Weltmeere ist nur noch begrenzt kontrollierbar. Bisher wurde von Seiten der Metropolen die Verschuldung generell durch die gestiegenen Ölpreise erklärt. Sicher mußten die nichterdölproduzierenden Länder der „3. Welt“ mehr Devisen zur Öleinfuhr aufwenden. Der Zuwachs der Verschuldung blieb davon jedoch weitgehend unberührt. Auch im Zeitraum von 1969 bis 1973 betrug die jährliche Zunahme der Auslandsverschuldung knapp 20 %, verglichen mit einer durchschnittlichen Zunahme im Zeitraum Ölpreisanstieg von 1973 bis 1977 von 21 % ein unwesentlicher Unterschied (3). In der Zeit von 1974 bis 1978 und die Ökonomie sogar real um 23 % gesunken, die Verschuldung steigerte sich aber in diesem Zeitraum wie in den Jahren zuvor.

In seiner letzten Rede vor dem Gouverneur der Weltbank wies McNamara, gewiß kein Redner für die „3. Welt“, eindringlich auf die entstehenden Probleme hin. Er betonte, daß die Verschuldung Größenordnungen erreicht habe, die nicht mehr finanzierbar seien. Veränderungen in der Situation dieser Länder seien dringender denn je, „denn wenn die notwendigen Maßnahmen hinausgezögert oder die finanzielle Hilfe aus dem Ausland dafür unzureichend ist, dann sind diese Länder gezwungen, den Anpassungsprozeß unter Bedingungen durchzuführen, die gekennzeichnet sind von geringem oder negativem Wachstum, nur unbedeutendem oder überhaupt keinem sozialen Fortschritt und von politischem Unruhen, die sich dann mit Sicherheit einstellen“ (3).

Wenn 1981 allein acht Länder ihre Zahlungsfähigkeit antizipieren und in Umschuldungsverhandlungen eintreten mußten, ist das ein deutliches Zeichen, daß diese Form der Ausbeutung durch die Metropolen an ihre Grenzen stößt. Von diesen acht Ländern waren fünf vom afrikanischen Kontinent. Ende 1979 betrug mauritanische Auslandsverschuldung 121 % des Nationalinkommens, Togo 86 % und bei weiteren acht afrikanischen Ländern lag dieser Satz bei über 40 %, in der Vergangenheit bedeuteten Umschuldungsverhandlungen meist einen weitgehenden Verlust an nationaler Souveränität. Und deshalb versuchte die Länder auch bis zum letzten, andere Wege als durch diese Mühle der Metropolen zu gehen. Durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird in solchen Verhandlungen rückwärtlos in die innenpolitischen Verhältnisse eingegriffen. In Ghana (1967) und in Zaire (1978) wurde die Zentralbank kurzzeitig von einem „Vertrauensmann“ des IWF übernommen. Die Umschuldungsverhandlungen von Chile 1972/73 wurden von den Metropolen so gestaltet, daß Chile zwei Jahre lang keine Kredite und keine „Entwicklungshilfe“ mehr bekam. Im Frühjahr 1974 wurden Pinochet dann Kreditsummen zur Verfügung gestellt, die die Forderungen unter der Unidad Popular um ein Mehrfaches überstiegen. Die

Forderungen der Metropolen in solchen Verhandlungen laufen meist auf folgendes hinaus: „Die Verminderung der Ausgaben erfolgt vorrangig durch Abbau von Subventionen, Einstellung der Verlustfinanzierung von Staatsbetrieben und Reduzierung von Entwicklungsprojekten, aber auch von ordentlichen Ausgaben wie Personalkosten und Transferleistungen. Die völlige Preisfreigabe bei allen Gütern von Staatsbetrieben und die Reduzierung von Subventionen ist in vielen Fällen vom IWF gefordert und durchgesetzt worden“ (6). Die Zahlungsfähigkeit und das Abschneiden von den ausländischen Kapitalmärkten führt zu einem Mangel an Devisen. Dieser Mangel bedeutet „fast immer (7) Wachstumsverluste, (8) Arbeitslosigkeit und immer oft drastische Einschränkung der privaten Lebenshaltung sowie der Versorgung mit öffentlichen Gütern“ (7).

So endet für die meisten Länder der „3. Welt“ der Prozeß der importierten Verarmung mit einer Diktatur unter dem IWF und einem Regime der Militärs.

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:

1. „Zur Verschuldungsfrage der Dritten Welt“ — Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1981
2. OECD/OECD, External Debt Statistics for Developing Countries: Latest Trends, Paris 1980
3. „Die Entwicklung der Auslandsverschuldung seit 1973“ M. Hordius, in: „Geld und Weltwirtschaft“, 1980
4. Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht vom 30.4.1981
5. Ansprache an den Gouverneur von R. S. McNamara, Washington, 30.6.1980
6. „Die Berechnungen des IWF in der Kritik“ H. B. Schäfer in: „Geld und Weltwirtschaft“, 1980
7. „Die Diskussion um die Neuordnung internationaler Umschuldungen“, derselbe



Gibt es eine neue Einheit der chilenischen Linken?

Unter dieser Fragestellung wollen wir die gestiegene Bedeutung der chilenischen Linken im Wechselverhältnis zur neuen Massenbewegung in Chile darstellen. Zugleich wollen wir hiermit den Hintergrund darstellen, auf dem die im September letzten Jahres gemachten Vereinbarungen der chilenischen Linken in Mexiko-Stadt zu sehen sind.

Wie konnte die Massenbewegung widerentstehen?

Nach dem Putsch vom 11. September 1973 organisierte die Junta ein fürchterliches Gemetzel, insbesondere unter

den organisierten Kräften. Dabei sollen ca. 30.000 Menschen ums Leben gekommen sein (bei einer Einwohnerzahl von 10 Mio.), 5.000 Menschen „verschwinden“, d. h. sie wurden verschleppt, gefoltert und tauch in größtenteils nie wieder auf. Die Gortias haben sie ermordet. Nach dieser tiefen Niederlage der Volksbewegung, die auch eine ideologische Krise nach sich zog, erholte sich die politische Kampfkraft nur langsam.

Die Wiederbelebung des Widerstandes erfolgte zunächst nur punktuell, d. h. von Menschen, die am härtesten von der Repression betroffen waren. Hierbei spielte die Vereinigung der Angehörigen von Verschwundenen und politischen Gefangenen, in der vor allem Frauen organisiert wurden, eine hervorragende Rolle.

Das ökonomische „Modell“ der Chicago-Boys lief nur über die totale Ausbeutung der Arbeiterschaft und entsprechend der Rücknahme sozialer Rechte. Aber Forderungen nach besseren sozialen Bedingungen und höheren Löhnen in einzelnen Betrieben zeigten vom ungebrochenen Kampfeswillen der chilenischen Arbeiterschaft.

Da die chilenische Gewerkschaftszentrale CUT zerschlagen war, blieb es schließlich nur der von der Junta gegründeten gelben Gewerkschaft sowie einigen nicht verbotenen christdemokratischen Gewerkschaften vorbehalten, den Protest der Arbeiter zu formulieren. Die absolute Untauglichkeit dieser Organe schürte geradezu den Widerstand der kämpferischen chilenischen Arbeiterklasse, ermöglichte aber auch die Ausweitung von Widerständen.

Um das Verhältnis Arbeiter-Kapitalisten in einigermaßen geordnete Bahnen und von der Junta kontrolliert verlaufen zu lassen, wurde Mitte 1979 der sogenannte „Plan laboral“ verabschiedet. Im Rahmen dieses Plans können einzelne Betriebsgewerkschaften (nur auf dieser Ebene ist gewerkschaftliche Arbeit erlaubt) Forderungen an die betreffende Betriebsleitung stellen, sie dürfen sogar einen Streik beschließen, der jedoch nur 60 Tage dauern darf. Danach können die Kapitalisten Aussperrung vornehmen und neue Arbeiter einstellen. Daß so gezielte Streiks normalerweise nur geringen Druck auf die Kapitalisten ausüben, liegt auf der Hand. Hat eine einzelne Betriebsgewerkschaft gar nicht das Geld, einen Streik von 60 Tagen zu organisieren, d. h. darf sie aber auch keine Unterstützung von anderen Gewerkschaften, und sei es nur aus derselben Branche, anfordern. Da, wo Streiks tatsächlich eine gewisse nationale Bedeutung erlangen könnten, nämlich in für den Staat wichtigen Großbetrieben, sind Streiks generell verboten.

Die totale Knebelung der Arbeiterrechte nach 1973 führte jedoch die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns über alle traditionellen ideologischen Grenzen hinweg vor Augen. Darüber hinaus zog das Bewußtsein der eigenen Beschränkung neue Formen des Kampfes nach sich: Da es schwierig war, von anderen Betriebsgewerkschaften Unterstützung zu bekommen, wurden Streiks von außen durch Streikendemonstrationen unterstützt, die Frauen der Arbeiter organisierten Hungerstreiks und Solidaritätsessen.

In diesem Zusammenhang spielen die Komitees, die sich an der Basis bilden, eine besondere Rolle. Die Basiskomitees bildeten sich angesichts der poli-

Bewaffnete Propaganda: Ein Transparent wird aufgehängt

tischen und ökonomischen Repression in allen besonders betroffenen Sektoren, d. h. in den Elendsvierteln, in der Studentenschaft, bei den Arbeitern, den Arbeitslosen usw. Die ersten Komitees waren die der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, die in der Regel von Frauen organisiert wurden.

Die Komitees haben den Vorteil, daß in ihnen alle Betroffenen zusammenarbeiten, die der Wusch ein, ihre miserable Situation zu verändern. Es waren meist soziale Probleme, die die Menschen zusammenbrachten. In den Komitees arbeiten meist die politisch bewußtesten Menschen mit, hier werden Aktionen vorbereitet, koordiniert, z. B. die Unterstützung von Arbeitskampfen. Aber auch die Koordination von gewerkschaftlichen Aktivitäten und politischen Aktionen waren die Folge. Die Basiskomitees verfügten seit dem letzten Jahr mit den sogenannten „Comités para la defensa del pueblo“ (C.D.P.) (Komitees zur Verteidigung des Volkes) auch über regionale Koordinationsgremien. In den Komitees realisiert sich die Einheit der Linken von der Basis her.

Die Widerstandskomitees

Der MIR versuchte, aus den Basiskomitees heraus die bewußtesten Kräfte in den sogenannten Widerstandskomitees zu organisieren, um damit zu einem Neuanfang linker Organisation in den Massen zu gelangen. Diese Widerstandskomitees hatten die Aufgabe, die vereinzelt Kämpfe zusammenzufassen, um zu einer besseren Organisation, zur Radikalisierung und Verbreiterung der Massenbewegung beizutragen. In den Widerstandskomitees wurde auch die Frage des Schutzes von politischen Aktionen diskutiert. Eine gewisse Bewaffnung erschien den Betroffenen angesichts der brutalen Repressionen notwendig. Somit wurden aus diesem Kreis die ersten Selbstverteidigungsgruppen aufgebaut. Da es verboten war, Flugblätter zu verteilen, zu Demonstrationen aufzurufen, überhaupt eine politische Meinung zu äußern, geschweige denn über Massenmedien zu verbreiten, mußte dies mit Hilfe eines bewaffneten Schutzes geschehen. Nicht mehr und nicht weniger bedeutet die „Taktik der bewaffneten Propaganda“. Der nächste Schritt war der Aufbau der sogenannten Volksmilizen, die sich aus den Widerstandskomitees heraus entwickelt organisierten, und deren Aufgaben prinzipiell andere waren als die der bewaffneten Propaganda. Die Volksmilizen sehen ihre Aufgaben darin, besonders verfaßte Institutionen und Personen der Diktatur mit bewaffneten Mitteln anzugreifen. Seit 1980 rief eine Welle von bewaffneten Aktionen über das Land.

Da diese Aktionen nur der Unterstützung tatsächlicher Kämpfe dienen, also quasi in direktem Kontakt mit den Widerstandskomitees erfolgten, erfreuten sie sich einer großen Beliebtheit. Die Aktionen der Volksmilizen (z. B. Einlagerungen von Banken, Erschießung von Folterern) zeigten dem Widerstand sowohl die Verletzlichkeit der Junta als auch die Stärke der eigenen Organisation. Die Notwendigkeit bewaffneter Kampfhandlungen, in Chile bis 1973 kaum verankert, wird erstmals von der Massenbewegung anerkannt. Daß hierfür auch die Ereignisse in Nicaragua und El Salvador eine gewisse Rolle gespielt haben, ist unbestreitbar.

Die chilenische Linke

Die hier skizzierten Tendenzen zur Radikalisierung und Vereinheitlichung der Massenbewegung sind von der traditionellen Linken, besser gesagt, von ihren politischen Repräsentanten im Ausland kaum oder nur unzulänglich zur Kenntnis genommen worden. Gefangen im Traum vom friedlichen Weg zum Sozialismus und der Enttäuung über die verlorene Macht, die die Gortias ungesetzmäßig an sich geknüpft hatten, waren sie wenig in der Lage, auf die veränderten Bedingungen angemessen einzugehen. Die Unidad Popular, das einzige Volksfrontbündnis unter Präsident Allende, ist nach dem Putsch 1973 nicht in der Lage gewesen, den Kampf gegen die Diktatur zu organisieren. Mehr noch: Die inneren Differenzen zwischen der revolutionären KPChile (PC), der sozialistischen Partei (PS), die wiederum in sich zerfiel und gespalten ist, sowie der linken Christdemokraten führten zu einer faktischen Auflösung der Unidad Popular.

Die am deutlichsten sichtbare Trennungslinie zwischen traditioneller und revolutionärer Linken verlief zwischen der PC und dem MIR.

Die PC

Die PC versuchte nach dem Putsch die Bildung einer sogenannten antifaschistischen Volksfront, die sich im wesentlichen an der in den dreißiger Jahren entwickelten Volksfrontstrategie der Kommunisten orientierte. Dieses Bündnis hatte zum Ziel, alle antifaschistischen Kräfte (einschließlich oppositioneller Kreise der Bourgeoisie) zusammenzuschließen, um damit die Diktatur zu stürzen und die Wiedereinführung einer bürgerlichen Demokratie zu ermöglichen. In diesem Rahmen sollte die Linke wieder einen größeren Spielraum erhalten. Die chilenische PC ging schließlich soweit, den Kampf fast nur noch auf die Person Pinochets zu konzentrieren. Als wichtigsten zu gewinnenden Bündnispartner sahen sie die Christdemokraten an. Abgesehen von der Tatsache, daß diese Partei den Protest der Volksmassen für bürgerliche Politiker vom Schlage Eduardo Frei nutzbar machen wollte, ging sie auch von einer eklatanten Fehlschätzung aus: daß die Christdemokraten das Bündnis mit den „Kommunisten“ überhaupt wollten. Jedoch das umgekehrte war der Fall: Frei-Christdemokraten hatten den Putsch aktiv mit vorbereitet und wollten nun lediglich eine Beteiligung an der Macht des Diktators, für die sie andererseits nicht gerade die Unterstützung der „Kommunisten“ gebrauchen konnten. Überdies schafften internationale Fragen (Haltung zum „Realen Sozialismus“) Schwierigkeiten, die nicht nur für die rechte Christdemokratie unüberbrückbar waren, sondern auch für das Spektrum der linken Bündnispartner. Afghanistan wurde auch für die chilenische Linke zur Greichenfrage.

Der MIR

Der MIR, der 1973/74 aufgrund der äußerst brutalen Verfolgung am Rande der physischen Vernichtung stand, orientierte von Anfang an auf das Recht des chilenischen Volkes auf Wi-

derstand einschließlich bewaffneter Widerstandsformen. Der MIR orientierte seine Politik auf die Schaffung einer einheitlichen Widerstandsfront von der Basis her und befürwortete ein Bündnis der gesamten Linken. Insbesondere bekämpfte der MIR die Illusionen, mit der rechten Christdemokratie ein Bündnis von oben installieren zu können. Aus der wiedererwachenden Volksbewegung organisierte er die sogenannten Komitees des Widerstandes, deren Aufgabe es war, die politisch bewußtesten Menschen zu organisieren, um so zu einer Radikalisierung der Kämpfe beizutragen.

Die Widerstandskomitees folgten dem Kampf der Bevölkerung das Element der revolutionären Gewalt hinzu.

Von Beginn der konterrevolutionären Phase an vertrat der MIR, daß alle im Exil lebenden Genossen nach Chile zurückkehren sollten. Dies führte seit Anfang 1978 zu einer relativ groß angelegten Rückkehrkampagne, in deren Rahmen eine große Anzahl Genossen illegal nach Chile zurückkehrten. Sichtbares Zeichen der zurückgewonnenen Stärke des MIR ist vielleicht die Anwesenheit ihres Generalsekretärs, Andres Pascal Allende, der sich seit Anfang 1979 in Chile befindet und als Staatschef Nummer 1 gilt. Der Neffe des 1973 ermordeten Präsidenten, der sich in regelmäßigen Abständen mit Erklärungen an das chilenische Volk wendet, genießt mittlerweile unter den Massen großes Prestige. Seine Präsenz in Chile trägt sicherlich dazu bei, die Entwicklungen im Lande realistischer zu beurteilen als etwa Luis Corvalan, Generalsekretär der PC, der sich ab und an über Radio Moskau an das chilenische Massen wendet.

Der MIR hatte im August 1977 Bemühungen unternommen, sozusagen auf höchster Ebene zu einem Bündnis mit der Unidad Popular zu gelangen, mußte jedoch einsehen, daß dies ohne praktische Konsequenzen blieb.

Der große „Umschwung“, speziell bei der PC, kam erst im letzten Jahr, ausgelöst im wesentlichen durch drei Faktoren: 1. durch den sichtbaren Aufschwung der Massenkämpfe (Streiks, bewaffnete Aktionen) seit Anfang 1980, in denen sich auch die eigene Parteibasis radikalisierte, 2. durch den Sieg der PSLN in Nicaragua und der damit verbundenen Angst, völlig an Einfluß zu verlieren, wenn man sich nicht der Frage der bewaffneten Kämpfe stellt und 3. durch das Plebiszit, das auch dem letzten PCler klarmachte, daß Kaiser Pinochet bis in die neunziger Jahre hinein nicht gewillt sein würde, seine Macht mit irgendeinem auch noch so bürgerlichen Oppositionellen zu teilen. Seit dieser Zeit reißen die Bemühungen der chilenischen Linken, zu einer einheitlichen Front auch auf höchster Ebene zu gelangen, nicht mehr ab. Der vorläufige Höhepunkt dieser Anstrengungen war ein Treffen im September letzten Jahres in Mexiko-Stadt, welches angesichts der geschiedenen Differenzen zu sehr weitreichenden Übereinkünften gelangte. Dies ist u. E. in entscheidendem Maße ein Verdienst der Politik des MIR.

Die Erklärung von Mexiko

Hier die u. B. entscheidenden Passagen der Erklärung von Mexiko: „Chile ist

nicht ruhig (...) Ausdruck dieses Prozesses sind die Reorganisationsen, die wachsende Aktivität, das Aufkommen von neuen und stärkeren Kampfformen in der Gewerkschaftsbewegung, bei den Einwohnern der Elendsviertel, bei den Studenten, den Bauern, bei den Angehörigen der politischen Gefangenen, der Verschwundenen und der im Exil lebenden Menschen. (...) Der Kampf der Massen ist die unabdingbare Basis des Befreiungsprozesses des chilenischen Volkes (...) In tiefem Empfinden für unsere Verantwortung fordern wir die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des chilenischen Volkes, unter den aktuellen Bedingungen gegen die Tyrannei zu rebellieren. Daraus folgt, daß die Volksbewegung diejenigen Kampfmethoden anwenden wird, die sie unter den objektiven Gegebenheiten in der jeweiligen Situation für am meisten geeignet hält. Bei der Entwicklung der Massenkämpfe werden sich im Kampf sehr unterschiedliche Aktionsformen artikulieren, mit dem Ziel, die Diktatur zu destabilisieren. Außerdem bürgerlichen Ungehorsams, direkte Aktionen und auch die der bewaffneten Propaganda fügen sich in den Rahmen einer Strategie des Zusammenbruchs (der Junta, d. V.), die die Perspektive des Volksaufstandes hat (con perspectiva insurreccional).

Es wird nicht darum gehen, mit der Diktatur zu verhandeln, wie man unserem Volke die Rechte zurückgeben könnte, die man ihm entziehen hat. Es ist unvermeidlich, einen komplexen und brandenden Prozess der Volksmobilisierung zu durchlaufen. In diesem Prozess werden alle Modellisten des Kampfes ihren Platz haben und die militärische Dimension des politischen Kampfes wird sich in vernünftiger und progressiver Form entwickeln. (...) Wir haben bei diesem Treffen eine tiefe Selbstkritik in unseren Parteien konstatiert mit dem Interesse, Fehler, aktenrechtliche Verhaltensweisen und Arbeitsstile zu überwinden, die der Entwicklung eines Prozesses der Vereinigung und des Pluralismus unseres Volkes entgegenstehen. (...)

Die Einheit der Linken wird im Schöße der Volksbewegung geschmiedet und ist ein Prozeß, dessen Schauplatz Chile ist. (...)“ (zitiert nach „Punto Final“ No. 197, Hervorhebungen d. V.).

Die Erklärung wird unterzeichnet von Vertretern folgender Organisationen: Anselmo Sule, Hugo Miranda (Partido Radical), Volodia Teitelboim, Alejandro Toro (PC), Clodomiro Almeyda, Gato Gomez (PS), Nelson Oquivilles, Gladys Diaz (MIR), Adonis Bopulveda, Luis Guzman (PS 24 Congr.), Jose Miguel Insulza, Gabriel Ompar (Mapu OC), Javier Omandon, Ximena Herrera (IC), Roberto Celdun, Juan Silva (Mapu).

Das Treffen von Mexiko hat für die Entwicklung der Linken in Chile selbst offenbar eine mobilisierende Wirkung gehabt: Mittlerweile finden auf allen Ebenen Absprachen, Verhandlungen und Diskussionen statt, die eine engere Kooperation zum Ziel haben. Der MIR strebt in diesem Zusammenhang den Aufbau einer politischen Linksfront an, die dann mit einer politischen Plattform den Widerstand gegen die Junta anführt. Für diese gemeinsame politische Plattform gibt es nach Mexiko gute Aussichten.

Latinoamerika-Kommission



Japan:

Tsuruga — ein Jahr danach

Genau ein Jahr ist es her, seit der Unfall des AKW Tsuruga ans Licht der Öffentlichkeit gelangte. Das Ausmaß der entstandenen Umweltverschmutzung war so groß, das Tsuruga durchaus als das Harrisburgh Japans bezeichnet werden kann. Am 18.4.81 wurde aufgrund einer Indiskretion ein sechs Wochen lang vertuschter Unfall den zuständigen japanischen Behörden gemeldet. Durch einen überlaufenen Abwassertank wurden 56 AKW-Arbeiter intensivem radioaktiven Strahlen ausgesetzt. Gleichzeitig wie die Meeresbucht von Tsuruga starke Spuren der Verunreinigung durch Kobalt 60 und Mangan 54 auf. Was ist seitdem passiert?

Aufgrund der starken Empörung der Bevölkerung über diesen ungeheuerlichen Vertuschungskandal und vor allem wegen der großen Aufmerksamkeit des Falles in den Medien waren die Verantwortlichen, allen voran das Ministerium für internationalen Handel und Industrie, MITI, gezwungen, der Sache nachzugehen — zumindest formal. Neben den 51 in der elfjährigen Betriebsgeschichte des AKW Tsuruga bereits gemeldeten Unfällen wurden insgesamt neun weitere schwere Pannen aufgedeckt, hiervon alleine fünf, die im Januar 1981 passiert waren. Diese „Untersuchungsarbeiten“ des MITI endeten am 18.5.1981 mit einem Schlussbericht. Bekannt wurde, daß dabei mindestens 300 Arbeiter einer starken Strahlendosis ausgesetzt waren.

Und unmittelbar nach den Reinigungsarbeiten beim Unfall am 24.1.1981 beging ein AKW-Arbeiter Selbstmord. Trotz dieser für sich sprechenden, schlimmen Nachrichten waren unabhängige Untersuchungen vor der weiterhin betriebenen Verschleierung. Es gibt deutliche Zeichen und Beweise, daß alle Aufmerksamkeit (zumindest damals, als das AKW Tsuruga das Tagesthema war) auf den überlaufenen Abwassertank gelenkt werden sollte, um einen noch viel schwerwiegenden Unfall zu verhindern (vergl. „Hangenpaten Shinbun“, Nr. 38 und 44).

Per Kabinettsorder wurde das AKW Tsuruga im Juni 1981 für sechs Monate stillgelegt. Von einer straf-

Per Kabinettsorder wurde das AKW Tsuruga im Juni 1981 für sechs Monate stillgelegt. Von einer strafrechtlichen Verfolgung der AKW-Betreibergesellschaft sah das MITI trotz der schwerwiegenden Verstöße gegen die Melde- und Aufzeichnungspflicht des Elektrizitätswerkes ab. Auch eine Anzeige der AKW-Gegner blieb ohne Erfolg. Die Argumentation der Staatsanwaltschaft lautete, eine Meldepflicht bestände eben nur dann, wenn ein Unfall eine „erhebliche“ radioaktive Leckage oder Verunreinigung verursacht. D. h. fol- so nur dann, wenn die Katastrophe nicht mehr zu vertuschen geht. Im Falle Tsuruga war die Notwendigkeit einer Meldung demnach nicht gegeben. Die Enthüllung des Unfalls vom 8.3.1981 war lediglich ein peinlicher Fehler des bürokratischen Geheim-schutzsystems.

Von Betreiberseite wurde alles getan, um die Affäre herunterzuspielen und die Wiederinbetriebnahme vorzubereiten. Ende 1981 wurden Entschädigungsleistungen in Höhe von insgesamt 1.225 Mio. Yen (rd. 12 Mio. DM) mit den betroffenen Fischern und sonstigen Geschäftsschädigten vereinbart. Im AKW selbst wurden Schönheitsreparaturen und einige Verbesserungen am Abwasser-system vorgenommen. Eine Untersuchung und Beseitigung der eigentlichen technischen Fehler wurde nicht durchgeführt. So weisen z. B. die entdeckten Spuren von Cäsium 134 auf

Touren

Dies ist sicherlich ein Ausdruck für die Schwäche der japanischen Anti-AKW-Bewegung, obgleich zu berücksichtigen ist, daß es sich hier nicht um ein geplantes oder im Bau befindliches AKW, sondern um ein „betriebsreifes“ AKW handelt, wo erfolgreiche, massenhafte Gegenaktionen schwerer durchführbar und als in der Planungs- bzw. Bauphase.

Technische Fehler und Unfälle werden allerdings nicht nur aus Tsuruga gemeldet. Bekanntgeworden sind in dem einen Jahr folgende

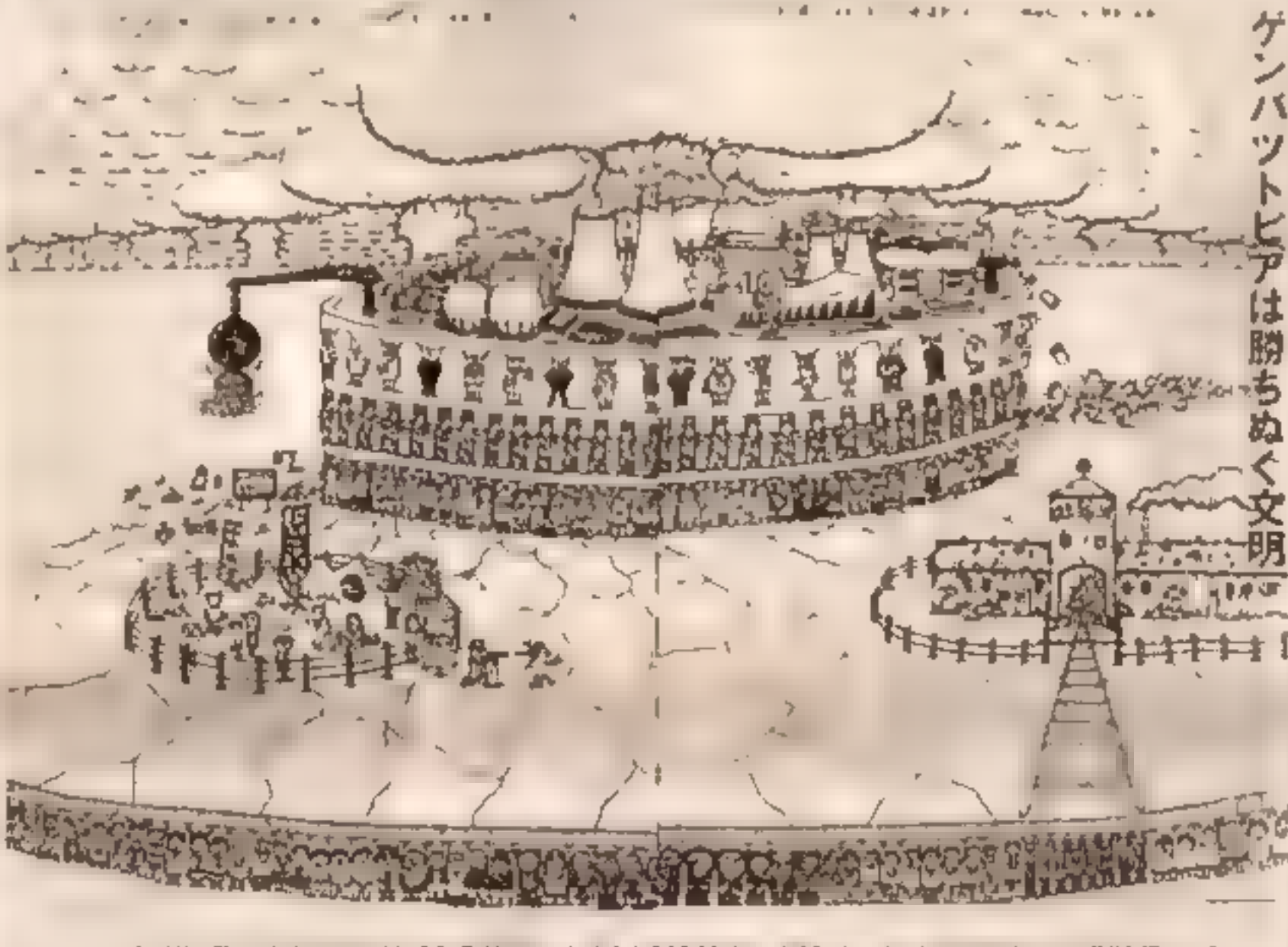
- 4.2.82: AKW Takahama I, Abnormalität bei vier Rohren im Dampferzeuger entdeckt

- 8.7.: ATR „Pugen“, Miß in der Dampfzufuhrleitung zur Turbine. 1 t radioaktives Kühlwasser ausströmt (ATR = Advanced Thermal Reactor; Kühlsystem: Leichtwasser R 20, Brennstoff: niedrig angereichertes Uran, Plutonium, Natur-Uran).

Diese Auflistung gibt nur einen Bruchteil von den Pannen wieder, die überhaupt bekannt geworden sind. Trotz des alljährlichen atomaren Holocaust treiben die japanischen AKW-

in keiner Weise veranlaßt, ihre Sicherheitstechnischen Überprüfungen und Kontrollen zu verbessern, geschweige denn! Ihr Atomprogramm zu überdenken. Im Gegenteil, das Atomprogramm wird zudem zügig ausgebaut. So wurde der Bau des 1.100 MW Reaktors Nr. III von Hamanaka freigegeben. Ferner wurden die notwendigen prozeduralen Schritte bis zur Erteilung der endgültigen Baugenehmigung wie z. B. „öffentliche“ Anhörungsverfahren, Gutachten des MITI und des „unabhängigen“ Atomenergie-Sicherheitsausschusses, Voruntersuchungen, Ankauf des benötigten Geländes und der Flächengerechte mit erpresserischen Mitteln etc. allorts trotz erheblicher Proteste der örtlichen Bevölkerung durchgeführt. So etwa hinsichtlich AKW Iketa III, Oi III und IV, Maki I und Kyowa/Tomari I. Die Kaltblütigkeit und der mörderische Vorwitz der japanischen Atompolitik zeigt sich aber noch viel krasser, wenn man erfährt, daß der Bau eines zweiten Reaktors in Tsuruga mit 1.160 MW im Januar dieses Jahres genehmigt und darüber hinaus das erste Anhörungsverfahren für den Bau des Prototyps „Monju“, eines 280 MW Schnellen Brütters, in Tsuruga unter starkem Polizeischutz abgehalten worden ist. Damit werden noch in diesem Jahrzehnt auf einem Küstenstrich von rd. 60 km Länge auf der Japan-Meer-Seite in der Fukuoka Präfektur — genannt „AKW-Ginza“, ins Deutsche übertragen etwa „AKW-Kudamm“ — 13 AKWs einschließlich eines Schnellen Brütters und eines ATR-Typs mit einer Gesamtkapazität von rd. 11.500 MW oder einem Fünftel der nationalen AKW-Kapazität stehen. Übertrifft werden könnte dies nur noch durch die Realisierung des geplanten Atom-parks in Shimokita in der Aomori Präfektur (1982) und neben 20 AKWs mit insgesamt 22.000 MW auch eine WAA, ein ATR, der Holmthalen des Atomschiffes Mutsu sowie Atom-Müll-Zwischen- und Endlager vorgesehen. Für die hierzu bereits seit 1969 existierenden Pläne ist das benötigte Land zu fast 100 % aufgekauft, und um die Aufgabe der Fangrechte existierenden Pläne ist das benötigte Land zu fast 100 % aufgekauft, und um die Aufgabe der Fangrechte durch die dortigen Fischerverbände wird derzeit geahndet. Angesichts eines solch mörderischen Vorhabens zeigen sich die japanischen AKW-Betreiber dennoch optimistisch. Nicht nur sind dort Bodenbeschaffenheit und Bevölkerungsdichte für japanische Verhältnisse fast ideal, auch erhofft man sich nur einen schwachen Widerstand in der örtlichen Bevölke-

ゲン
ハ
ツ
ト
ビ
ア
は
勝
ち
ぬ
く
文
明



Abnormalitäten der Brennstäbe und daher auf Fehler des Reaktors hin.

Unmittelbar nach Ablauf der Stilllegungsfrist wurde das AKW am 25.12.81 wieder in Betrieb genommen — trotz der über 100.000 gesammelten Unterschriften der Bevölkerung, die eine endgültige Stilllegung des AKWs forderten. Sarkastischerweise wurde gleich am nächsten Tag ein Leck in der Umwälzpumpe entdeckt, so daß der Reaktor erneut abgeschaltet werden mußte. Doch auch während des zweiten Testlaufs wurde wieder ein Leck entdeckt, diesmal an der Wasserversorgungspumpe, so daß der Betrieb am 12.1.1982 ein zweites Mal gestoppt werden mußte. Seit dem 22.1.82 läuft der Tsdereaktor von Tsuruga wieder auf vollen

- 22.5.81: AKW Mihama I, 3 t radioaktives Kühlwasser fließen aus dem Kühlsystem aus, 15 Arbeiter sind starken Strahlen ausgesetzt.
- 31.8.: AKW Oi II, Beschädigungen an vier Brennelementen entdeckt.

AKW Genai I, an 233 Rohren des Dampferzeugers wurden Risse entdeckt.

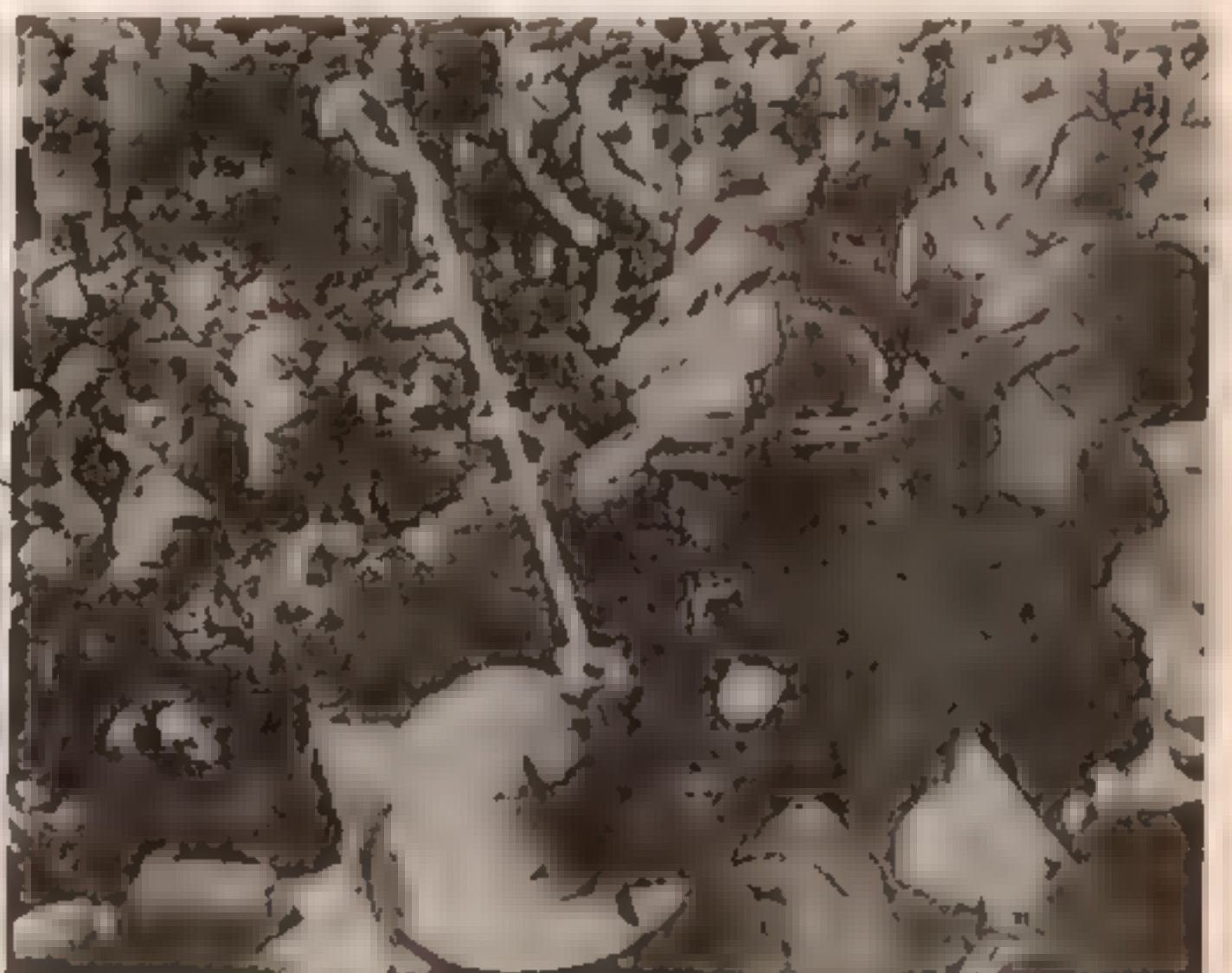
- 12.9.: WAA Tokaimura, Plutoniumkonzentration plötzlich anstieg.

- 22.10.: AKW Oi I, Korrosion bei insgesamt 754 Rohren entdeckt, davon 26 im Dampferzeuger.

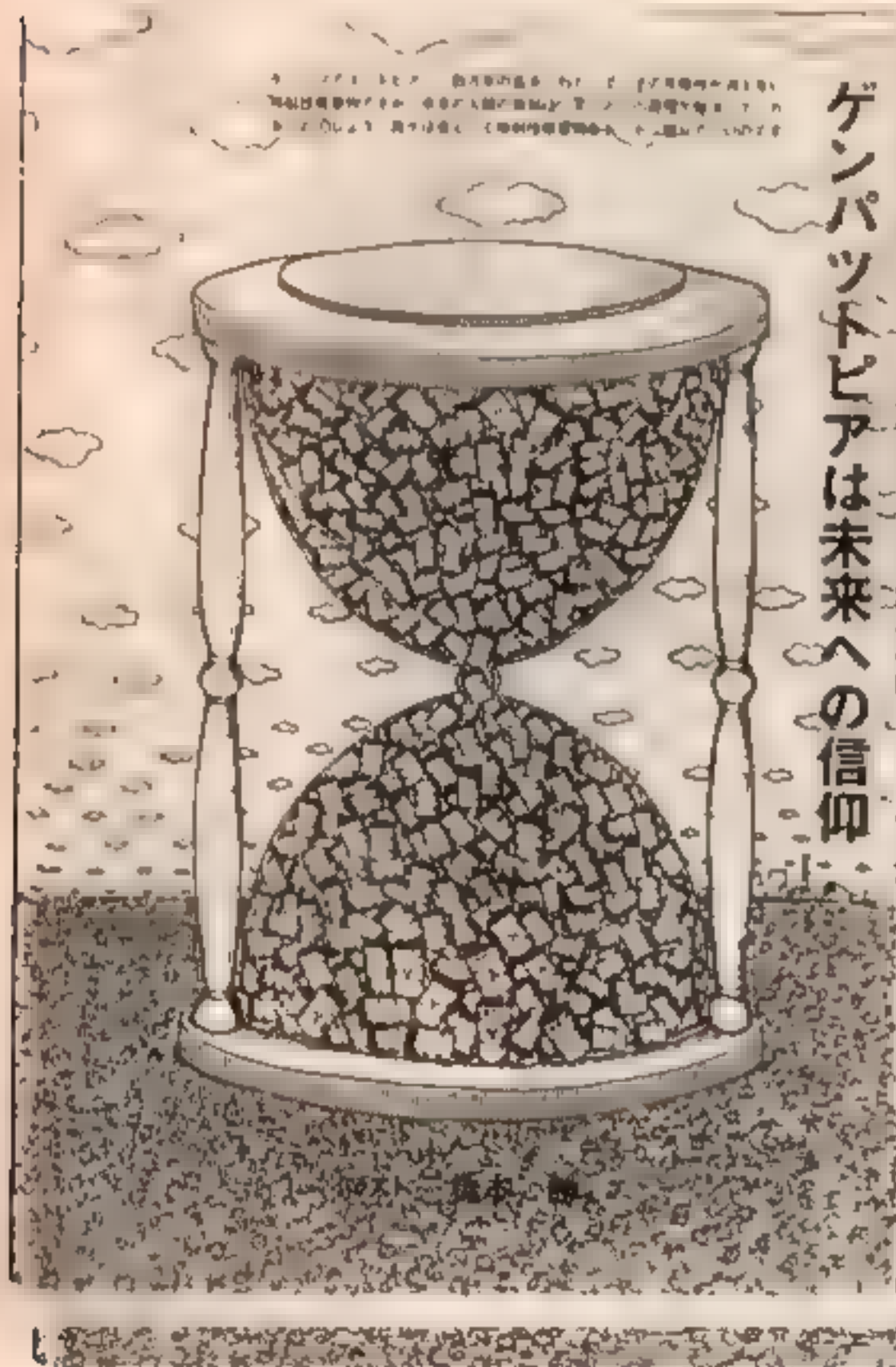
- 12.11.: AKW Tokai I, Arbeiter werden einer über zweifach höheren der zulässigen Strahlendosis ausgesetzt.

Betreiber die Outputleistungen aber in die Höhe. Nachdem die jährlich durchschnittliche Kapazitätsauslastung 1975 auf einem Tiefstand von 36 % lag, erreichte sie 1980 und 1981 hintereinander über 60 %, was nur noch von der BRD übertroffen wird (64 %). Dieser Prozentsatz entspricht aber fast einer Vollauslastung, wenn man bedenkt, daß jedes AKW wegen der alljährlichen technischen Überprüfungen mindestens drei Monate stillsteht, so daß die höchstmögliche Auslastung im Jahresdurchschnitt bei rd. 70 bis 75 % liegen dürfte. So ist mit dieser Politik die nächste Katastrophe vorprogrammiert.

Die Unfälle von Tsuruga und anderswo haben das Verantwortliche



Kundgebung gegen das öffentliche Anhörungsverfahren für das AKW Hamanaka (März 1981)



DKP solidarisch mit Khomenys Schlägerbanden

Mit Mord und Terror unterdrückt das reaktionär-islamische Regime des Iran jede Mäße und demokratische Opposition. Massen-Erstickungen, Folter, Vergewaltigung politischer Gefangener, Hinrichtung von Kindern und Jugendlichen lediglich wegen Teilnahme an Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Die DKP jedoch besteht darauf, das Mörder-Regime als Repräsentant der „iranischen Revolution“ zu verurteilen. Dieser Logik folgten auch sämtliche Ermordeten, Gefolterten und Verfolgten natürlich „Konterrevolutionäre“. Dieses schliche Weltbild überträgt die DKP nun auf die in der BRD lebenden Iraner. Es war ihnen keine Überraschung, daß die DKP prompt solidarisierte, als in Mainz ein großer Trupp von Khomeny-Anhängern in feierlicher Manier über ein Studenten-Wohnheim herfiel. Ein weiteres Schlaglicht auf das Demokratie-Verständnis der DKP!

Am 24. April überfielen ca. 200 bewaffnete Khomeny-Schläger ein Studentenwohnheim in Mainz und verletzten 28 oppositionelle Iraner z.T. schwer. Zwei Tage später starb die deutsche Studentin Stefanie Denner, die angesichts des Überfalls einen schweren Schock erlitten hatte. Der Einsatz war genauestens geplant, die Schläger waren im Besitz der Namen und Zimmernummern der oppositionellen Iraner. Fünfzig von ihnen sperrten die Eingänge ab, während die anderen im Wohnheim warteten. Die Polizei nahm 86 der Schläger erst fest, als sie in Mainz ausgedehnte Demonstrationen durch Mainz marschierten.

Die Medien berichteten zwar ausführlich über die Vorfälle und machten auch keinen Hehl daraus, daß die iranische Botschaft in Bonn an der Vorbereitung des Überfalls beteiligt war; sehr schnell allerdings wurde alles mit dem Mantel des Schweigens bedeckt. Der rheinland-pfälzische Innenminister berichtete unmittelbar nach dem Überfall, daß die 180 Beteiligten darauf hinwiesen, daß dieser Überfall nur ein Akt gewesen sei. Er war auch wohlinformiert über das „generalisierbare“ Vorgehen der Schlägerbande („Frankfurter Rundschau“, 27.4.). Schon zu diesem Zeitpunkt wurde seitens der offiziellen Stellen angedeutet, daß bei einem derartigen „Mißbrauch des Gastrechtes“ die sofortige Abschiebung die angemessene Antwort sei. Der mit den Untersuchungen beauftragte Generalstaatsanwalt Hempel sprach sehr schnell von „Bewertungsschwierigkeiten“, die u.a. mit der Angst der Opfer vor einer Aussage begründet wurden, und von „schwer erhellbaren Tatsachen“. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte einer der Anwälte der Opfer bereits zwölf schriftliche Aussagen vorgelegt und sprach den Verdacht der Strafvereitelung aus, da bis dahin keine Gegenüberstellungen erfolgt waren!

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat inzwischen die Abschiebung der 86 Iraner beschlossen und — in Absprache mit Außenminister Genscher — eine Landtagsdebatte über den Überfall abgefragt. Eine Aufklärung der Hintergründe soll offenbar verhindert werden. Dabei gab selbst der Verfassungsschutz zu, daß er Hinweise habe, daß ein Teil der Schläger mit Diplomatenpässen in die BRD eingereist seien; man gehe aber davon aus, daß die „Revolutionen“ lediglich iranische Einrichtungen schützen“ („FR“, 7.5.). Wie inzwischen bekannt wurde, sprechen 60 der 86 Festgenommenen keine Fremdsprache: ein weiteres Indiz dafür, daß sie eigens in die Bundesrepublik geschickt worden waren, um oppositionelle Iraner zu terrorisieren („Publikation“ der Moslemischen Studentenvereinigung (MSV), Sympathisanten der Volksmodjehedin Iran, Nr. 14).

Die Drahtzieher sitzen in der iranischen Botschaft

Der iranische Botschafter deckte von Anfang an die verhafteten Schläger, die er vermutlich selbst in Teheran angefordert hatte. Nach der verurteilten Botschaftsbesetzung oppositioneller Iraner im August 81 war er sofort in die Gefangnisse gerückt und hatte, hinter einem Spiegel sitzend, in breiter Zusammenarbeit mit der westdeutschen Polizei die Verhafteten identifiziert und deren Daten umgehend nach Teheran weitergeleitet („Publikation“ des MSV, „tar“, 24.). Für die oppositionellen Iraner wurden diese Denunziationen mit Sicherheit die Todesurteile mit einer Rückkehr in den Iran bedeuten — das ist natürlich auch den westdeutschen Behörden bekannt.

Nach dem Mainzer Überfall wurde Navab in anderer Weise aktiv: Er besuchte einige, nicht alle, verhafteten Iraner (die damals noch nicht identifiziert waren, sondern sich teilweise Mohammed Muselman nannten) und fragte nicht einmal nach den Gründen für den Überfall. Stattdessen erging er sich in Anschuldigungen gegen die Polizei, sprach von „Mißhandlungen“ und „schweren Rechtsbrüchen“ („FR“, 28.4.). Die Verhafteten sitzen in Gemeinschaftszellen und sprechen, nach Angaben der Ermittlungsbehörden, ihre Aussagen ab.

Ausland, Pässe von Bahai's (verfolgte islamische Sekte im Iran), „Konterrevolutionäre“ und „sogenannten Studenten“ nicht mehr zu verlängern, wobei zu bemerken ist, daß nur Studenten der medizinischen, technischen, naturwissenschaftlichen und agrarwissenschaftlichen Fächer als Studenten anerkannt sind, alle anderen Fächer sind nicht akzeptiert.

— Etwa im Oktober 1981 wurde Navab in einem geheimen Schreiben des iranischen Außenministeriums aufgefordert, für 19 Delegierte des Zentralkomitees der islamischen Republik Partei ein „sicheres Gebäude“ in der BRD anzumieten, das „der Sicht von (deutschen) Regierungsbeamten ... entzogen ist“. „Sollte während des Aufenthaltes bei den geheimen Angelegenheiten bei einer möglichen Auseinandersetzung mit der Polizei oder anderen Bedarf nach Zusammenarbeit bestehen, leisten sie im Rahmen der Möglichkeiten unbemerkt ihre Mitarbeit, die zu keinem Echo in der Presse und internationalen Kreisen führt“. Die geheime Weiterreise der mit 600 000 DM



Einige iranische Studenten, die in Mainz von einer Demonstration zurückkehrten. (Bild: FR-Archiv)

Die Sympathisanten der Volksmodjehedin haben in ihrer regelmäßig erscheinenden „Publikation“ des Moslemischen Studentenverbandes wiederholt an Hand von Dokumenten die Machenschaften der iranischen Botschaft in Bonn enthüllt (Nr. 5 und 13). — Ende Juli 81 forderte Navab „Revolutionen“ zum Schutz der iranischen Botschaft und der konsularischen Vertretungen von der Regierung in Teheran an.

— Ohne Datum ist ein Schreiben, in dem der „Bruder Hossein Kowsari“ von der „Revolutionen“ beauftragt wird, in einer abgesprochenen, geheimen Mission in die BRD zu reisen.

— Ebenfalls vom Juli 81 stammen Dokumente, die belegen, daß auf Drängen des Teheraner Außenministeriums sich die „Deutsche Welle“ bereit erklärte, Sendungen über die islamische Republik in persischer Sprache von Mitgliedern der iranischen Botschaft in Bonn zu versenden (die „tar“ übrigens, die diese Vorgänge jetzt kritisiert, hatte Anfang 1980 kritische zwei Artikel der iranischen Botschaft ausgerechnet zur Frauenfrage abgedruckt; der Berichterstatter der „tar“ fuhr anschließend mit Journalisten Visum in den Iran).

— Nach einem Regierungserlaß vom 9.8.81 wird den Auslandsvertretungen Irans die Summe von 1 Mrd. Rial (25 Mio. DM) zur Verfügung gestellt, und zwar für Herbolis (berühmte Schlägerbanden in Iran), die als Studenten ins Ausland geschickt werden. — Ebenfalls vom August 81 datiert ein Rundschreiben des iranischen Außenministeriums an die Vertretungen im

ausgerüsteten Delegation nach England und Frankreich sollte ebenfalls von Navab organisiert werden.

Diese Dokumente, deren Echtheit von Navab zwar bestritten wird, belegen, daß eine der Hauptaufgaben der iranischen Botschaft die Beispitzelung und Terrorisierung oppositioneller Iraner ist. Oppositionellen Studenten wird durch diese Anordnungen die Möglichkeit zum Weiterstudium (keine Verlängerung der Pässe, keine Genehmigung zur Deviseneinfuhr) genommen — und damit auch der Anlaß für den Aufenthalt in der Bundesrepublik, was Abschiebung in den Iran und dort Gefangnis, wahrscheinlicher aber Hinrichtung.

In Zukunft ist eine weitere Verschärfung des Vorgehens der Khomeny-Banden zu erwarten. Der berüchtigte Anführer der Herbolis (Schlägertruppen, die seit dem Aufstand gezielt gegen Demonstrationen und Versammlungen linker und demokratischer Kräfte eingesetzt wurden und aus der arbeitslosen Jugend in den Shums rekrutiert werden), der Mullah Hadi Chaffar, befand sich nachweislich zum Jahrestag des Aufstandes (11.2.) zu Ostern (beide Male in Hamburg) und am 24.4. (in Mainz) in der Bundesrepublik. Hier wie auch im übrigen westeuropäischen Ausland soll er Herbolis-Banden organisieren. Hadi Chaffar ist u.a. dafür bekannt, daß er verurteilte Demonstranten in Krankenhäusern vor den Augen der Ärzte erschlug und im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftierte Frauen und Mädchen vergewaltigte (was nach islamischen

Atomkraft-Daten für Japan

(Stand März 1981; aus: „Nan-gan-paiu Shunbun“, Sondernummer v. 6.8.1981 sowie Nr. 42)

AKWs (Leichtwasserreaktoren):

In Betrieb: 22 Reaktoren (davon 10 DWR, 11 SWR, 1 GR), Gesamtleistung 15 511 MW
Im Bau: 11 Reaktoren, 10 110 MW, Inbetriebnahme bis 1986.
Planung: Die Energieplanung ist erst vor kurzem revidiert worden und sieht jetzt eine Erhöhung der Umwandlung aus der Kernenergie auf 46.620 MW bis 1990 vor, das sind 11 % des Gesamt-Primärenergiebedarfs (54 AKWs). Bis zum Jahre 2000 sollen 90.000 MW erreicht werden und der Anteil der Kernenergie auf 17 % klettert. In 1977 lag er noch bei 2 %.

Fortgeschrittener Thermischer Reaktor (ATR - Advanced Thermal Reactor):

In Betrieb: Prototyp „Fugen“ in Tsuruga, 165 MW.

Schneller Brüter:

In Betrieb: Pilotanlage „Joyo“ in Oara, 100 MW
Planung: Prototyp „Monju“ in Tsuruga, 280 MW, für 1988, Kommerzieller Brüter für 1995.

Urananreicherungsanlage:

In Betrieb: Pilotanlage in Ningyotoge, 75 t UTA/Jahr.
Im Bau: Prototyp in Hyogo, 1-2 t UTA/Jahr, für 1983
Planung: Kommerzielle Anlage 1000 t UTA/Jahr, für 1986.

Brennstoffproduktion:

In Betrieb: Konversion in Tokaimura, 3 t/Tag
Verarbeitung in Yokosuka, Tokaimura und Kumodori, insges. 1.035 t/Jahr.
Im Bau: Pilotanlage Konversion für Plutoniumbrennstoff in Tokaimura, 10 kg/Tag, für 1983
Planung: Kommerzielle Konversion für Plutoniumbrennstoff, für 1990.
Prototyp Verarbeitung f. Plutoniumbrennstoff, 5 t/Jahr für 1985
Kommerzielle Verarbeitung für Plutoniumbrennstoff, für 1997

WAA:

In Betrieb: Prototyp in Tokaimura, 0,7 t/Tag (210 t/Jahr).
Planung: Kommerzielle Anlage, 5 t/Tag, für 1990.

Atomkraft-Beseitigung:

Zwischenlagerung
Niedrigaktiver Müll: auf dem AKW-Gelände in 2004 Fässern.
Stand März 1981: 235 156 Fässer (zusätzlich entsprechend 9 920 Fässer in anderer Form); im Fiskaljahr 1980 angefallen: 47.811 Fässer (+ 1.993); Gesamtvermögen: 331.700 Fässer, für weitere 106.000 Fässer im Bau.
Hochaktiver Müll: WAA Tokaimura.

Endlagerung:
Niedrigaktiver Müll: 1955-1969 insges. 1 661 Fässer entsprechend 407,5 Kuris in Küstengewässer verpackt, ca. 40 km vor der Küste von Chiba in ca. 2.600 m Tiefe.
Geplante Endlagerung:
Niedrigaktiver Müll: unterirdisch und im Pazifik 900 km vor der japanischen Küste, 1.100 km nördlich der Marianen-Inseln in bis zu 6 000 m Tiefe.

Hochaktiver Müll: unterirdisch, evtl. in Shimokawa (Hokkaido); geschätzter Müllanfall 3.400 t bis 1985, 7 700 t bis 1990.

Strahlendosis (Fiskaljahr 1980)

Strahlendosisgesetz Arbeiter:
35.954 (davon 3.976 Festangestellte, 31.978 Tagelöhner).
Durchschnittl. Strahlendosis je Arbeiter: 0,36 rem (Festang.: 0,21 rem, Tagel.: 0,38 rem).
Höchstwerte in AKW-Fukushima I: 0,61 rem (Festang.: 0,30 rem, Tagel.: 0,64 rem).
Insgesamt über 25 % der Tagelöhner 0,5 - 4 rem, rd. 6 % 1,5 - 4 rem.
Insgesamt 14 % der Festangestellten 0,5 - 2,5 rem.
Anzahl der Strahlenerkrankten und -toden nicht nachweisbar.
Die bei einer parlamentarischen Anfrage durch einen JSP-Abgeordneten (Sozialistische Partei) im März 1977 genannte Zahl von bis dahin insgesamt 75 Strahlentoten wurde bisher nicht demontiert.

Staatshaushalt (Fiskaljahr 1982):
Für den nuklearen Brennstoffkreislauf: 459 Mrd. Yen oder rd. 4,5 Mrd. DM (einschließlich Kredite), 7,7 % mehr als im Vorjahr.

Strategiedebatte in der polnischen Opposition



Seit dem Frühjahr wird in der polnischen Opposition über die Perspektiven des Widerstands gegen das Militärregime diskutiert. Die Lähmung nach dem Schock vom 13. Dezember scheint überwunden, die Aktionen im Mai haben bewiesen, daß die SOLIDARNOSC auch in der Illegalität politisch tätig ist.

In der Widerstandsbewegung zeichnen sich drei große Linien ab:

- 1) Die Linie der „nationalen Verständigung“, d. h. eines Arrangements mit dem Militärregime. Die „nationale Verständigung“ wird von der Kirche und der DIP (Gruppe Erfahrung und Zukunft, eine Vereinigung systemimmanenter Reformen) vertreten.
- 2) Die Linie der „nicht selbst beschrankenden Revolution“, die zwar das Militärregime beenden, aber mit der PVAP einen historischen Kompromiß schließen will. Diese Linie vertritt unter anderem Jacek Kuron.
- 3) Die Linie der kompromißlosen Revolution, der umfassenden Umwälzung, wie sie u. a. von Kowalewski vertreten wird.

Zwischen diesen Fronten argumentieren Solidarnosc-Funktionäre wie Bujak, die zumindest zunächst einen dezentralisierten und gewaltfreien Widerstand favorisieren.

Die Thesen Jacek Kurons

Die Thesen Kurons stammen aus dem Februar 1982 viele Beiträge zur Strategiedebatte beziehen sich auf diese Thesen. Kuron tritt dafür ein, den Widerstand „um einen zentralen Kern (zu) gruppieren und diesem eine absolute Disziplin unter Beweis (zu) stellen“, d. h. auch eine parteimäßige Struktur aufzubauen. Das Militärregime, das er nur als Stützhalter der Sowjets begreift (und deshalb auch von „Besetzung“ Polens redet), habe „einen Schlüssel unter alle pazifistischen Hoffnungen gezogen.“ Die Konsequenz, die Kuron zieht, läuft auf den Aufstand gegen das Militärregime bei gleichzeitiger Verständigung mit der PVAP/ Staatsmacht hinaus. „Deshalb muß die Führung des Widerstands die Gesellschaft gleichzeitig auf größere Konzessionen hinsichtlich eines Kompromisses mit der Staatsmacht und auf die Liquidierung der Besetzung durch eine Demonstration des organisierten Ganzen vorbereiten.“

Diese Strategie schließt Kuron deshalb realistisch, weil ohne nationale Verständigung“ Polen in die Katastrophe, die „unvermeidbare soziale Explosion“ treiben würde. Er baut darauf, daß, die Anhänger eines Kompromisses im Regierungslager“, durch den Widerstand ermuntert, gegen das Militärregime aufstehen werden. Zugleich hält Kuron es für möglich, einen sowjetischen Einmarsch zu vermeiden. Denn erstens hätten sich die Sowjetführer verreckt:

„Die Sanktionen (des Westens — AK) haben die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Westen eingeschränkt, ohne die die Wirtschaft des Blockes nicht normal funktionieren kann. Aber die 1. und der 2. sowjetische AK) haben die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Westen eingeschränkt, ohne die die Wirtschaft des Blockes nicht normal funktionieren kann, dazu die Last der immer tieferen Rüstung, was bereits über seine Kräfte ging.“

Man müsse daher zweitens der sowjetischen Regierung zu verstehen geben, „daß eine nationale Verständigung der Polen — und sei es ohne die aktuellen Führer dieses Landes — nicht die militärischen Interessen der UdSSR bedroht und für deren ökonomische Interessen nur vorteilhaft sein kann.“

Dazu gehört die nebulöse Aussage, daß „eine bewaffnete Intervention jedoch der letzte Akt der UdSSR“ wäre.

Das Konzept von Kuron baut in seine Strategie die Lähmung der SU durch die imperialistische Konfrontationspolitik ein. Darin liegt jedoch zugleich seine größte Schwäche, denn die zunehmende Kriegsgefahr war einer der wichtigsten Gründe dafür, daß die Sowjetunion auf rasche und gründliche „Beruhigung“ in Polen drängte. Es dürfte eine Illusion sein, zu glauben, daß — beiseite man nur das Militärregime — ein historischer Kompromiß in Polen möglich wäre. Kuron vertritt im Kern eine Wiederherstellung der Situation vor dem Putsch. Die Unmöglichkeit des „nationalen“ Kompromisses, die vor dem 13. Dezember sowohl vom polnischen Staat als auch von der SOLIDARNOSC-Führung konstatiert wurde, wird von Kuron nicht problematisiert. Die entscheidende Voraussetzung seiner Strategie ist, daß ein historischer Kompromiß möglich sei; aber gerade diesen Beweis bleibt Kuron schuldig.

Zbigniew Kowalewski

Kowalewski vertritt eine realistische Einschätzung der Situation in Polen und gehört zu den konsequenteren

Kritikern an Kuron Kowalewski hält den Widerspruch zwischen der „Zivilgesellschaft“ und dem „bürokratischen Apparat“ für unversöhnlich, weshalb ein Kompromiß ausgeschlossen sei. Der Kompromiß sei ein taktisches Mittel, aber als „strategisches Ziel ist er eine Illusion“. Konsequenz vertritt Kowalewski, daß „die Minderdiktatur nur durch eine revolutionäre Aktion der Massen gestürzt werden“ könne. Im Gegensatz zu Kuron sieht er die Perspektive eines Sturzes der Militärherrschaft als eine nicht beschränkte Revolution. „Jede Revolution stellt unversöhnlich die Machfrage und stellt darauf ab, sie zu lösen. Wenn nicht, dann liegt die Kontroversion.“

Kowalewski lehnt ein straffes, zentralisiertes Organisationsmodell ab, ohne allerdings einen Weg aufzuzeigen, wie ohne einen zentralisierten Stab der Aufstand durchgeführt werden könnte. Kowalewski sieht die Gefahr einer sowjetischen Intervention im Falle eines Aufstandes zwar für gegeben, aber nicht als unvermeidlich an.

Wenn er auch andere Konsequenzen daraus zieht, so ist doch Kowalewski wie Kuron der Meinung, daß relevante Widersprüche zwischen Militär und Partei bestehen, die eine „Stabilisierung der Staatsmacht“ erschweren würden. Der Aufstand bzw. eine „Serie von Bruchierungen“ könnte diese Widersprüche ausnutzen, „weil sich alle Widersprüche der Staatsmacht im Militärapparat konzentrieren“.

Die Einschätzung, daß der Aufstand in Polen nicht einen strategischen Kompromiß, sondern die Machfrage auf die Tagesordnung setzen würde, ist sicherlich richtig. Die Unbekannte in dieser Rechnung ist die sowjetische Intervention. Aus dem von Kowalewski als „unabhängiger Kompromiß, sondern die Machfrage auf die Tagesordnung setzen würde, ist sicherlich richtig. Die Unbekannte in dieser Rechnung ist die sowjetische Intervention. Aus dem von Kowalewski als „unabhängiger Kompromiß, sondern die Machfrage auf die Tagesordnung setzen würde, ist sicherlich richtig. Die Unbekannte in dieser Rechnung ist die sowjetische Intervention.“

Zbigniew Bujak

Bujak gehört zu der im April gebildeten „Provisorischen Landeskommision“ der Solidarnosc in Polen. Neben ihm gehören diesem Führungsgremium Bogdan Lis, Wladislaw Frasyniuk und Wladislaw Hardek an.

Bujak schätzt die Haltung der Bevölkerung so ein, daß diese sich von einem Aufstand keine Lösung erwarte, „sondern im Gegenteil, daß sie (die „Explosion“ — AK) eine brutale innere und äußere Intervention mit sich bringen könnte.“ Er vertritt daher das Konzept „gewaltfreier Widerstandsformen“. Er hält einen Aufstand für „nicht realistisch, und dies vor allem aufgrund der militärisch-politischen Struktur des Staates.“ Diese Struktur verbiete eine zentralisierte Organisation, wie Kuron sie anstrebt. „Mit dieser formalisierten Struktur würde sich die Terror Spirale schnell entwickeln“ und zu einer größeren Einbeziehung der herrschenden Gruppierungen führen. Daher sei der Aufstand, wenn überhaupt, die letzte Etappe des Kampfes. Vorläufig orientiert Bujak darauf, die SOLIDARNOSC dezentral wieder aufzubauen, d. h. in den Betrieben Zellen zu bilden, Zeitungen herauszugeben und den Informationsfluß aufzubauen. Der Schwerpunkt soll dabei auf der gewerkschaftlichen Tätigkeit liegen. „Die Bewegung wird letztendlich die auf diese Weise demonstrierte Gegenwertigkeit unserer Gewerkschaft im öffentlichen Leben akzeptieren müssen.“

Bujaks Einschätzung, daß es momentan erst einmal darum geht, die SOLIDARNOSC wieder aufzubauen und in den Betrieben zu verankern, ist begründet. Dazu wird allerdings die strategische Frage noch nicht beantwortet, wie erstens das Januszki-Regime beseitigt und zweitens eine sowjetische Intervention verhindert werden kann.

Die verschiedenen Stellungnahmen zeigen die Problematik des polnischen Widerstands deutlich auf. Das größte Problem ist nicht Januszki, sondern die Sowjetunion, die gerade in der sich ausweitenden Kriegsgefahr nicht tatenlos stehen wird, wie einer ihrer wichtigsten Verbündeten zusammenbricht bzw. für den RgW und die WVO (Warschauer Vertrags Organisation) ausfällt. Es ist richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß eine Intervention für die Sowjetunion schwerwiegende politische und ökonomische Folgen hätte, von den militärischen ganz zu schweigen. Aber welche Alternative bietet sich der SU? Den Versprechungen, man werde die Verpflichtungen im WVO erfüllen, wird die SU nicht glauben, egal, wie ernst sie gemeint und Kurons Idee, eine Intervention der SU würde ihr „letzter Akt“, ist im doppelten Sinne falsch. Erstens muß eine Intervention der SU in Polen nicht zum Ausbruch eines Krieges werden; und zweitens wäre dieser, wenn er kommt, auch Polens „letzter Akt“ (für diese Erkenntnis reicht ein Blick auf die Landkarte). Zu vermeiden ist eine sowjetische Intervention als Antwort auf einen revolutionären Sturz des Januszki-Regimes zumindest solange nicht, wie die Sowjetunion unter dem Druck der NATO-Konfrontation steht. Dies zu übersehen, wäre eine gefährliche Illusion. Die Intervention zu vermeiden setzt eine nicht unerhebliche Änderung der internationalen Lage voraus. In diesem Punkt jedoch scheitern die Stellungnahmen zur Strategie allemal. Eine rationale Diskussion um diese Frage könnte, wenn sie endlich geführt würde, nur ein Ergebnis haben. Daß die SOLIDARNOSC alle antimilitaristischen und antiparteilichen Bewegungen als ihre natürlichen Verbündeten begreift. Davon ist jedoch bislang leider nichts zu spüren.

Die Thesen der Kirche

Der „Gesellschaftliche Rat“ beim Bischof

Die Thesen der Kirche

Der „Gesellschaftliche Rat“ beim Primas der Katholischen Kirche Polens hat in zehn Thesen ein Modell der „Verständigung“ dargelegt, das auf eine vorstufende Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinausläuft. Der „Gesellschaftliche Rat“ schlägt in den von Erzbischof Ogiński gebilligten Thesen eine „Verständigung zwischen Staatsmacht und Gesellschaft“ vor, an der die SOLIDARNOSC, die Bauerngewerkschaft, andere relevante Gruppen und natürlich die Katholische Kirche teilhaben sollen.

Die Staatsmacht müsse der Gesellschaft die Möglichkeit der Diskussion und Einflußnahme zugestehen.

„Andererseits stellt es eine unumgängliche Voraussetzung der inneren Stabilisierung dar, daß die (Gesellschaft) die Erfordernisse des Systems und die objektive Situation des Landes sowie deren Verbesserung durch die bestehenden internationalen Verträge begreift.“

Dementsprechend fordert die Kirche strikte „Apollonität der Gewerkschaften“ und kritisiert die SOLIDARNOSC als unversöhnlich für den Militärcoup. „Sie bemüht sich auch, den gewaltigen Forderungsdruck der Gewerkschaftsmassen zu brechen.“ Dies waren jedoch Handlungen, die eindeutig unzureichend waren (). „Solidarnosc“ hätte jedoch in bedeutend entwickelterer und konsequenter Weise die Idee der Verständigung über ein begrenztes gesellschaftliches, gewerkschaftliches Programm vertritt. Man war das Thema gerade dies, daß die SOLIDARNOSC nicht nur diese Idee vertritt, sondern mit den Abkommen von Odessa und Sektin ein solches Programm dem Staat abgab. Der polnische Staat zeigt

sich als unwillig, auch nur das „beschränkte“ Programm zu realisieren. Alle taktischen Fehler der SOLIDARNOSC mal beiseite gelassen (wie etwa den skandalösen Anfall an die Arbeiter der anderen RgW-Länder), auch SOLIDARNOSC gar nichts anderes übrig als die Politik, die sie verfolgte. Insbesondere der Flügel um Walesa hat sich in den letzten Monaten vor dem Putsch um ein Abbremsen bemüht. Es zeigt sich aber in den Herbstmonaten 1981, daß die Bewegung der Kontrolle der SOLIDARNOSC zu engem drohte und es hartes Abbremsen auf die Spaltung der SOLIDARNOSC provoziert hätte.

Das Programm der Kirche im Illusorisch, denn die „Erfordernisse des Systems“ lassen sich nicht aushebeln mit einer eigenständigen Volksbewegung, die sich nicht ökonomische, sondern auch politische Interessen vertritt und vertreten muß in einem System, wo der Staat oberster Befehlshaber der Ökonomie ist. Wo politische und ökonomische Macht so eng zusammenfallen wie in Polen, ist eine wirkliche Trennung zwischen ökonomischen und politischen Interessen von vornherein imaginär.

Die Gruppe Erfahrung und Zukunft

Die DIP besteht wesentlich aus profilierten Intellektuellen aus verschiedenen Bereichen der polnischen Gesellschaft. Die DIP hatte bereits vor dem August Streik 1980 umfassende Reformen gefordert (Vergl. AK 185, Krienscheile in der PVAP). Nun hat die DIP eine umfangreiche Analyse der Situation in Polen vorgelegt. Sie gehen davon aus, daß die durch die Militärregierung geschaffene Lage eine Zuspitzung der Widersprüche des polnischen Systems beinhaltet, die eine Lösung der ökonomischen und politischen Krise unvermeidlich macht.

Detailliert geht die DIP auf die internationale Entwicklung ein. „Zweifellos kann der unmittelbare Druck des Westens auf die Regierung Januszki nur sehr begrenzte Früchte tragen, weil ihr Manövrierraum ohnehin sehr schmal ist. Mehr noch. Dieser Manövrierraum wird umso schmaler, je offener der Druck des Westens wird.“

Der Spielraum der Militärregierung werde durch die sowjetischen Interessen begrenzt, was sich nur ändern könne, wenn die SU einsehe, daß eine „derartige Politik zu viel Schaden anrichtet“, und wenn in der Sowjetunion werde durch die sowjetischen Interessen begrenzt, was sich nur ändern könne, wenn die SU einsehe, daß eine „derartige Politik zu viel Schaden anrichtet“, und zwar in ökonomischer Hinsicht und „vor allem auch (durch) den Preis einer neuen Runde des Wettstreits.“

Auf der anderen Seite veruche die Reagan-Regierung, „die internationale Position der Vereinigten Staaten zu stärken und ihre militärische Überlegenheit wiederzugewinnen.“ Die SU, so die DIP, werde versuchen, sich mit den USA über Rüstungsbegrenzung zu verständigen. Hierbei betrachte die SU „Polen als eine Karte, die sie im Gylgen spielen kann. Damit ist nicht die Neutralisierung oder die Entlastung Polens aus der sowjetischen Einflusssphäre gemeint, weil dies nach unserer Meinung keine realistische Perspektive ist. Wir denken vielmehr an die Liberalisierung der Innenpolitik in Polen und an die Möglichkeit umfassender Reformen.“

Erstaunlich nur, daß die DIP nicht darauf eingeht, was es dem Westen für eine Liberalisierung in Polen der SU wendliche Zugeständnisse machen sollte. Es sei denn, der Imperialismus hätte davon relevante Vorteile.

Auf der Grundlage dieser Einschätzungen entwickelt die DIP drei Varianten der Entwicklung in Polen.

- 1) Die Konfrontations-Variante. An dieser sei die „überwältigende Mehrheit des Parteiapparats interessiert, der dadurch seine unkontrollierte Macht, Privilegien und das Gefühl der Sicherheit wiedergewinnen würde.“ Diese Variante widerspreche jedoch den „längerfristigen Interessen der Sowjetunion“.
- 2) Variante der Wirtschaftlichen Konsolidierung. Diese sei für den „Machapparat besonders attraktiv“ und würde von der SU favorisiert.

Diese Variante würde Wirtschaftsreformen und — beschränkte — Aktionsmöglichkeiten für die Gewerkschaften einschließen. Sie sei denkbar unter der Militärherrschaft, wenn finanzielle Hilfe von Ost und West kommt.

3) Die Reform-Variante. Voraussetzung der „optimistischen“ Variante sei „zumindest eine Teil-Emancipation der Gesellschaft und ein anderes Modell der Machtausübung.“ Dieser „Kompromiß zwischen der Macht und der Gesellschaft“ biete die Möglichkeit, die „Probleme des Landes zu bewältigen.“

Ähnlich der Kirche schlägt die DIP ein Forum der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte vor. Für diese Variante spricht: „Es ist die einzige Variante, die einen realen Zugang zu Auslandshilfe eröffnet und die Wiederaufbau der Wirtschaft ermöglicht.“ (...) Sie sichert die Interessen aller Seiten und gibt sowohl der Partei als auch dem Warschauer Fakt die notwendigen Garantien. Und nur so kann unser Land vor der Katastrophe, vor einer unkontrollierbaren Explosion oder der Situation geschützt werden.“

Die unausgesprochene Voraussetzung dieser Überlegungen ist die These, daß es dem Westen um Freiheit und Wohlbild der Polen geht und daß dieser — wenn nur die SU bzw. Januszki die Zügel lockern würde — Polen helfen werde. Aber die Tatsachen sind hartnäckig: Die DIP hat bereits vor dem August Streik 1980 umfassende Reformen gefordert (Vergl. AK 185, Krienscheile in der PVAP). Nun hat die DIP eine umfangreiche Analyse der Situation in Polen vorgelegt. Sie gehen davon aus, daß die durch die Militärregierung geschaffene Lage eine Zuspitzung der Widersprüche des polnischen Systems beinhaltet, die eine Lösung der ökonomischen und politischen Krise unvermeidlich macht.

Alle Hoffnungen auf friedliche Reformen, auf „nationale Verständigung“ sind in Polen illusorisch; der historische Kompromiß ist unmöglich, da bei Kowalewski ganz recht. Und der Weg des Aufstandes, der Gewalt ruft mit tödlicher Sicherheit die Sowjets ins Land. Diese Lage hat die SOLIDARNOSC vor dem Putsch gelähmt, sie lähmt sie auch heute. Der Ausweg liegt nicht in Polen, er liegt im Westen. Polen wird nur dann eine erfolgreiche Revolution durchführen können, wenn die Kriegsgefahr bewirkt wird, wenn für die Sowjetunion nicht jeder Quadratmeter, der zwischen ihr und der NATO liegt ein lebenswichtiger Schutz ist. Und die SOLIDARNOSC wird nur dann zu einer realistischen Strategie kommen, wenn sie diese Wahrheit zu ihrem Programm macht, wenn der Antimperialismus fester Bestandteil ihrer Politik wird. Bis dahin ist es noch weit.

Alle Hoffnungen auf friedliche Reformen, auf „nationale Verständigung“ sind in Polen illusorisch; der historische Kompromiß ist unmöglich, da bei Kowalewski ganz recht. Und der Weg des Aufstandes, der Gewalt ruft mit tödlicher Sicherheit die Sowjets ins Land. Diese Lage hat die SOLIDARNOSC vor dem Putsch gelähmt, sie lähmt sie auch heute. Der Ausweg liegt nicht in Polen, er liegt im Westen. Polen wird nur dann eine erfolgreiche Revolution durchführen können, wenn die Kriegsgefahr bewirkt wird, wenn für die Sowjetunion nicht jeder Quadratmeter, der zwischen ihr und der NATO liegt ein lebenswichtiger Schutz ist. Und die SOLIDARNOSC wird nur dann zu einer realistischen Strategie kommen, wenn sie diese Wahrheit zu ihrem Programm macht, wenn der Antimperialismus fester Bestandteil ihrer Politik wird. Bis dahin ist es noch weit.

Alle Hoffnungen auf friedliche Reformen, auf „nationale Verständigung“ sind in Polen illusorisch; der historische Kompromiß ist unmöglich, da bei Kowalewski ganz recht. Und der Weg des Aufstandes, der Gewalt ruft mit tödlicher Sicherheit die Sowjets ins Land. Diese Lage hat die SOLIDARNOSC vor dem Putsch gelähmt, sie lähmt sie auch heute. Der Ausweg liegt nicht in Polen, er liegt im Westen. Polen wird nur dann eine erfolgreiche Revolution durchführen können, wenn die Kriegsgefahr bewirkt wird, wenn für die Sowjetunion nicht jeder Quadratmeter, der zwischen ihr und der NATO liegt ein lebenswichtiger Schutz ist. Und die SOLIDARNOSC wird nur dann zu einer realistischen Strategie kommen, wenn sie diese Wahrheit zu ihrem Programm macht, wenn der Antimperialismus fester Bestandteil ihrer Politik wird. Bis dahin ist es noch weit.

J., Hamburg

Literatur

1. „Ökonomische Einzelnen, Altmacht des Staates“, Positionspapier der DIP, in „Zeit“ Nr. 20 (1982, 14. Mai).
2. Gesellschaftliche Verständigung — der einzige Ausweg für Polen. Thesen des Gesellschaftlichen Rates in „FAZ“ Nr. 117 (1982, 22.5).
3. Bujak, Dokument aus dem polnischen Untergrund in „Zeit“ 26.3.82, ders. Fürst Positionspapier, in „Zeit“ 26.3.82.
4. Kowalewski: Eine antimilitaristische Gewerkschaft kann in einem totalitären Staat nicht existieren, in „Zeit“ 26.3.82, ders. Zur Diskussion in „SOLIDARNOSC“, Interview der „KVE“ vom 21.5. Nr. 20 (1982).
5. Kuron, Perspektiven aus einer ausweglosen Situation, in „Zeit“, 24.5.1982.

Die Entwicklung der USPD (Teil 2)

Am 21. Dezember 1915 hatten erstmals (außer Karl Liebknecht und Otto Ruhle) 18 weitere SPDler aus dem Kreis des „marxistischen Zentrums“ um Haase, Kautsky und Ledebour im Reichstag ihre Zustimmung zu neuerlichen Kriegskrediten verweigert. In den Spartakusbüros wurde dies als „ein Schritt voran“ begrüßt, gleichzeitig aber nicht mit harter Kritik gepart. Die Verweigerung habe keinen grundsätzlichen Bruch mit der Politik der Vaterlandsverteidigung beinhaltet; einige der Verweigerer hätten lediglich „nach Jahr und Tag das Haar der Annexionspolitik in der Suppe der imperialistischen Vaterlandsverteidigung entdeckt“.

Wie bereits diese harte und schonungslose Kritik war, wird klarer, wenn man genauer betrachtet, was das treibende Motiv eines Teils dieser 18 „Dezembermänner“ war. So schrieb Kautsky in einem Appell an den Parteivorstand, das Votum der 18 doch bitte nicht falsch zu verstehen: „... Verlieren dagegen die oppositionellen Massen das Vertrauen zur Minderheit, dann verlieren sie damit auch das Vertrauen zur Partei, dann droht uns nach dem Kriege die Flucht der radikalen Elemente aus der Partei und ihr Zustrom zu einer Richtung antiparlamentarischer Massenaktionen. Das Vertrauen verliert aber die Minderheit, wenn sie an den entscheidenden Momenten nicht zu hören ist, wobei die Massen keine genaue Untersuchung darüber anstellen, ob das Scheitern aus Zaghaftigkeit oder aus Disziplin geschah“ (1). D.h. ein partieller 'Bruch' mit der Mehrheit war unumgänglich, um den vollständigen Bruch der oppositionellen Massen mit der Sozialdemokratie zu verhindern.

Wenngleich die Gruppe Internationale ebenfalls noch in der SPD verblieb, so ging sie dennoch zügig an den Ausbau ihrer Strukturen und politischen Fundamente. Auf einer Reichskonferenz im Januar 1916 formierte sie sich offiziell als Spartacus-Gruppe, und das in klarer Abgrenzung zu den 18, bzw. zur SAG: „Aber schon beginnt ein neues Wort neues Leben zu verbreiten, 'Opposition'. Schon beginnt in der 'Opposition' das selbstbewusste Spiel der 'Sammlung': 'Einheit, Einheit über alles; wer nicht in der Gesamtpartei, aber in der 'Opposition' ... Dreimal nein! Ja, wenn die 'Opposition' eine Gemeinschaft in der Gesamtpartei, aber in der 'Opposition' ... Dreimal nein! Ja, wenn die 'Opposition' eine Gemeinschaft ist, Gelbes und des Willens wäre, einzig in Prinzip und Taktik, aktionsfähig und aktionsbereit. Aber sie ist es nicht. Gemeinsame Arbeit, soweit Übereinstimmung herrscht - ja. Sammlung ohne Klärung, ohne Übereinstimmung? - Nein! Sammlung zur Unterwerfung rückwärtiger Entscheidungen unter die Botmäßigkeit vorsichtiger Rechnungsträger! - Nein! Heute unter der Militärdiktatur und dem Burgfrieden, in den Tagen der Götterdämmerung und Stille, weniger denn je. Sammlung bis zu den Anhängern der Politik des 4. August, die sich heute von ungefähr zur 'Opposition' rechnen? - Was da heißt: Sammlung auf dem Boden dieser Politik? - Nein! Auch nicht Zusammenstoß auf jener mittleren Linie, auf jener breiten und krummen Kompromißstraße des 'marxistischen Zentrums'. Keine andere Sammlung als auf der schmerzhaften Bahn, die die Grundtatsache des internationalen revolutionären Sozialismus weisen, und von der nicht am Fußes breite abgewichen werden darf, soll nicht die Zukunft eine noch traurigere Kopie der traurigen Vergangenheit und Gegenwart sein. Nicht 'Einheit', sondern Klarheit über alles!“ (2).

Die Gründung der SAG

Als die 18 'Dezembermänner' im März des folgenden Jahres auch noch gegen den Notetat der Regierung stimmten, wurden sie von der Mehrheit aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen (Liebknecht hatte dieses Schicksal schon vorher erlitten). Ob sie wollten oder nicht (und ihre bisherige Ablehnung jeglicher fraktioneller Arbeit in der Partei belegt, daß sie eben nicht wollten) - nun blieb ihnen nichts anderes mehr übrig, als sich zur SAG zusammenzuschließen. So heißt es in ihrer 'Gründungs Erklärung': „Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer SAG zusammenzuschließen“.

Im ersten Teil dieses Artikels (AK 221) haben wir den Entwicklungsprozeß der oppositionellen Strömungen in der SPD bis zum Dezember 1915 darzustellen versucht. Während die Mehrheit der SPD die Kriegspolitik des deutschen Reiches durch Bewilligung aller finanziellen Mittel, durch Kriegspropaganda und eine Politik des Burgfriedens mit dem Herrschenden voll und ganz unterstützte, war die radikale Linke unter ihren Parolen „Krieg dem Krieg“ und „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ gegen die Mehrheitspolitik aufgetreten. Sie hatte sich dem Aufbau eigener organisatorischer Strukturen innerhalb der SPD begonnen (Spartakusbüros, fraktionelle Arbeit).

Zwischen diesen beiden Polen existierte mit dem „marxistischen Zentrum“ eine dritte Strömung, die den späteren personellen und politischen Kern der USPD versammelte. Diese Strömung, ihrem politischen Selbstverständnis nach die wahren Grundsätze sozialdemokratischen Gedankengutes, hatte mit zunehmender Dauer des Krieges erste vorsichtige Schritte unternommen, ihre von der Mehrheitspolitik abweichenden Positionen öffentlich zu machen.

Als Hauptgründe für diese Entwicklung des Zentrums hatten wir festgelegt:

- wachsender Protest und Druck der kriegspolitischen Massen;
- Enttarnen der radikalen Linken und verschärfte Kritik an der Halbmäßigkeit des „Zentrums“;
- wachsender Druck des SPD-Vorstandes auf die Abweiche.

In diesem zweiten Teil wollen wir die Entwicklung bis zur Gründung der USPD 1917 weiterverfolgen.

(3). Und der zweite Grund: „Hätte sie sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartakusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei“ (Kautsky, 4). Ausgesprochen hart fiel denn auch die Kritik des Spartacus an der Gründung der SAG aus. „Was machte den 24. März (die Abstimmung gegen den Notetat) zur Sensation? Das war der Gehalt der Fraktionsmehrheit im Bund mit den bürgerlichen Parteien ... die Entfernung der 18 aus der Fraktion. Aber dabei waren die 18 Objekt und nicht Subjekt. Das war von ihnen so wenig gewollt, daß sie noch im Januar 1916 öffentliche Zusammenkünfte mit der verräterischen Fraktionsmehrheit, ja sogar heftige Szenen mit den bürgerlichen Parteien bürgerlich zu vermeiden suchten und daß sie jetzt nach dem 24. März die Miene der gekränkten Unschuld und nicht die geballte Faust der Rebellion zeigen ... Was der 24. März etwas an Fortschritt bietet, es ist nicht zuletzt die rückwärtigen radikalen Kritik aller Halbmäßigkeit entzogen; es bestätigt die Fruchtbarkeit dieser Kritik für die Stärkung des oppositionellen Geistes ... Vor der Forderung des Weltkrieges krachten alle Kompromisse ein und zusammen. Wer zwischen kämpfenden Heeren herumtrübt, wird im Kreuzfeuer zusammengeschossen, wenn er sich nicht in der letzten Not zu denen hüben oder zu denen drüben rettet, wo er dann freilich nicht als

gegen die Kriegskredite gestimmt hätte. (7)

Nach dem Fraktionsausstoß der 18 'Zentristen' und der Gründung der SAG versuchten die Rechten, jede Propagierung der oppositionellen Meinungen innerhalb der SPD zu verunmöglichen. Der Berliner 'Vorwärts', das Zentralorgan der Partei mit einzigem Einfluß der SAG, war eines der ersten und bekanntesten Opfer. Andere folgten. Im Oktober 1916 wurden beim 'Vorwärts' oppositionelle Redakteure gefaßt, ein Bevollmächtigter des Parteivorstandes sollte künftig über den Inhalt der Zeitung entscheiden. Jetzt durfte der von den Militärbehörden mit Verbot bedrohte 'Vorwärts' natürlich wieder erscheinen ...

Überall wurden aus unbequemen Parteimitglieder aus Funktionen gedrängt. Das Zusammenspiel von Parteirechten und Militär brachte politische und antimilitaristische Genossen zu Hunderten in die kaiserlichen Gefängnisse oder mit Stellungsbefehl an die Front.

Reichskonferenz der Opposition

Auf Einladung der SAG fand im Januar eine „Reichskonferenz der Opposition“ statt, an der 137 Sozialdemokraten aus 72 Bezirken, darunter 19 Reichstagsabgeordnete, teilnahmen, von diesen waren etwa 35 der

schuß beschloß „organisatorische Konsequenzen gegen Arbeitsgemeinschaft und Spartakusleuten“. In ähnlichen Ortsgruppen wurde die Opposition für „außerhalb der Partei stehend“ erklärt. (10) Wo sich die Mehrheit gegen die Rechten erklärte, wurden neue SPD-Ortsvereine gegründet, so beispielsweise in Berlin, Leipzig, Bremen und Braunschweig.

Der Vorstand der SAG erteilte daraufhin Anfang Februar 1917 einen Aufruf zum „organisatorischen Zusammenschluß aller vom Parteivorstand vergewaltigten Organisationen und Genossen“.

Wachsender Widerstand

Es erscheint notwendig, an dieser Stelle kurz auf die politische Entwicklung in Deutschland einzugehen, da die Entwicklung der USPD auch ein Reflex auf die Klassenkämpfe im Lande war.

Am 1. Mai 1916 organisierte der Spartakusbund - ohne SPD und Gewerkschaften - in Berlin eine illegale Kundgebung mit knapp 10 000 Teilnehmern. Auch in anderen Städten tauchten die Flugblätter von Spartacus auf den verbotenen Kundgebungen zum 1. Mai auf. Karl Liebknecht wurde bei der Berliner Manifestation verhaftet und wenig später zu knapp drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Hatten die Militärbehörden damit gerechnet, dadurch die Anti-Kriegs-Bewegung entzupfen und einschlachten zu können, so mußten sie sich wegen entzupften und einschlachten zu können, so mußten sie sich bald eines besseren belehren lassen. Schon am 29. Juni strukturierten 55 000 Soldaten in Berlin und 8 000 Arbeiter in Braunschweig gegen das Liebknecht-Urteil.

Der politische Stellenwert dieser Aktionen wird auch daran ersichtlich, daß sie ohne Unterstützung der SAG-Führung zustandekamen.

In der Folge traten - teilweise in Verbindung mit politischen Forderungen - auch „Lebensmittelunruhen“ auf.

Materialie Grundlage sowohl für den innerparteilichen Terror des sozialchauvinistischen Flügel, als auch für die Radikalisierung der Bevölkerung und der SAG-Anhängerschaft war die Entwicklung der Kriegslage.

Bei der Schlacht in Verdun, an der Somme und in Flandern hatten die deutschen Truppen schreckliche Verluste hinnehmen müssen. Im Winter 1916/17, dem berüchtigten „Kohlrübenwinter“, starben Tausende an Hunger, Kälte und Mangelkrankheiten. Anfang des Jahres 1917 eröffnete die deutsche Führung den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“, was wiederum von den USA als Grund zum Kriegseintritt benutzt wurde. Innenpolitisch bedeutete das „Hilfsdienst-Gesetz“, von Hindenburg und Ludendorff mit den Stimmen auch der SPD durchgesetzt, den Arbeitszwang für alle Arbeiter vom 17. bis zum 60. Lebensjahr. Die Arbeitsstelle konnte nicht mehr frei gewählt werden. Spartakus sprach von der „Kameraderung des ganzen deutschen Proletariats“.

Der Arbeiterbund drängte weg von der rechten Politik des SPD-Vorstandes.

„Über die Tätigkeit des Parteivorstandes berichtete Ebert: Von den Parteimitgliedern waren im September 1914 rund 30% zum Heeresdienst eingezogen. Die Parteipresse hatte sechs Wochen nach Kriegsbeginn 20% ihrer Abonnenten verloren. Bis zum 31.3.1916 ging die Zahl der Mitglieder gegenüber 1914 um 64% zurück. Der Rückgang der Abonnenten betrug 46%, der Abonnentenrückgang der 'Arbeiterjugend' 48% ... Der Abgang von 59% der Mitglieder, wenn von den 30% zum Heeresdienst ein-

gezogen abgesehen wird, bedeutete einen Verlust von 369 000 Mitgliedern. (Am 31.3.14 registrierte die SPD 1 085 903 Mitglieder) ... Die Politik des 4. August halbierte die SPD!“ (11)

Die Gründung einer Partei links der SPD stand also auf der Tagesordnung. Offen blieb die Frage, ob sie ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der unzufriedenen Bevölkerung werden würde, und vor allem, ob sie Wege zur Beendigung des Krieges aufzeigen und entsprechende Kämpfe leisten könnte.

Der Gothaer Gründungspartei-tag der USPD

„Parteilosen, die Stunde der Entscheidung ist für uns alle gekommen!“ So begann das Schreiben, mit dem die SAG aufrief, die „erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen“ (12). Am 6. April 1917 trafen sich in Gotha 143 Delegierte aus dem ganzen Reich. Unter ihnen waren nicht nur Vertreter der SAG, sondern auch Mitglieder des Spartakusbundes.

„Eine einheitliche, geschlossene Sozialdemokratie sei damals (auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag der SPD) aus der Konferenz hervorgegangen, jetzt sei sie gespalten und die Aufgabe der Versammlung sei, die Partei zu neuem Leben zu erwecken ... Die Spaltung sei nur scheinbar, nun gelte es, die Wiedergeburt der Sozialdemokratie vorzubereiten“. So Eugen Praeger, einer der Mitbegründer, über die Pläne, die ein Teil der SAG mit der Parteigründung verband. (13) Das wurde auch an den Stellungnahmen weiterer Referenten deutlich: Haase wollte „die Partei wieder zur grundsätzlichen Politik zurückführen“, „die alte Betriebliche Sozialdemokratie neu aufbauen“. Dittman proklamierte gar: „In Wahrheit sind wir die Partei!“ (14).

Anschließend an einer Analyse, die den 4. August lediglich als „Umkippen“ der SPD, als Verrat usw. bezeichnete, nicht aber als logisches Resultat eines Prozesses der gesetzten Abstumpfung der Klassengegenstände und teilweise Verpöhnung mit dem herrschenden System, sollte die „ursprüngliche“ sozialdemokratische Politik neu belebt und vom Verrat ihrer alten Führer getrennt werden. Ein konsequenter Bruch mit der SPD unterblieb, bzw. wurde bewußt vermieden.

Im Gegensatz zu mehreren Rednern, die eine Kontinuität im Sinne der alten „revolutionären“ Sozialdemokratie anstrebte, betonte Fritz Heckert von der Spartacusgruppe: „Wir stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß das alte Programm und die alte Partei nicht mehr die Grundlage unserer ferneren Tätigkeit bilden kann, daß nicht mehr die Beschlüsse der Parteitage Deutschlands, die vor dem 4. August 1914 gefaßt worden sind, die Grundlagen für unsere neuen Aufgaben sein können ... Als wir uns das Erfurter Programm geschaffen haben, da war die sozialistische Zeitperiode noch nicht angebrochen. Damals galt es, diese große Zeit herbeizuführen, und deshalb sind in unserem Programm viele Punkte bereits überwunden, überwunden durch den historischen Verlauf. Und aus diesem Zweideutigen unserer Programme ist es zu erklären, daß die Massen so verführt worden sind.“ (15)

Gegründet wurde die USPD schließlich, ohne die existierenden Kontroversen, deren es reichlich gab, genauer herausgearbeitet zu haben. „Der grundsätzliche Gegensatz wurde zwar ausgedrückt, aber eine tiefgreifende Auseinandersetzung blieb aus.“ (16).

Insbondere an dem Punkt, der in der Vergangenheit der Hauptauseinandersetzungspunkt in der SPD gewesen war, der Kriegsfraße, unterließ eine grundsätzliche Abrechnung mit der Vergangenheit, die ja auch die Vergangenheit der Versammelten selber war. Ledebour sprach sich sogar ausdrücklich gegen den „Verteidigungsphilismus“ des Spartacus aus; dieser sei gar nicht sozialdemokratisch (17). Lediglich die Spartacus-Redner versuchten, die Debatte in dieser Richtung voranzutreiben. Die SAG „überschätzte die Möglichkeiten des Parlamentarismus und unterschätzte die Möglichkeit proletarischer Massenaktionen, grundsätzliche Differenzen von erheblichem Ausmaß unspannten die gesamte handbreite politische Überzeugung der in Gotha versammelten Sozialisten. Einzelne Nuancen machten die Tragweite der Divergenzen nur noch deutlicher. So wollte Kurt Eisner ins neue Parteihaus die Bestimmung aufnehmen-

Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien:

Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien:

	SPD	USPD	KPD
1914	1.085.905	—	—
1917	243.061	ca. 120.000	—
1918	249.411	70- - 120.000	—
1919	1.012.299	ca. 300.000 (März) ca. 750.000 (Nov.)	106.056 (Okt. zählende)
1920	1.180.208	893.923 (Okt.)	78.056 (Okt. eingeschrieben)
1921	1.221.059	ca. 340.057 (April)	449.700 (Jan. geschätzt) 341.764 (eingeschr.) } Sommer 161.146 (zählende)
1922	1.174.103	300.659 (Jan.) 290.762 (Sept.)	328.017 (eingeschr.) 255.883 (zählende)
1923	VS: 1.380.970 (Sept.) 1.361.072 (März)	—	294.230 (eingeschr.)

nicht: Krause S. 303

ein Held, sondern als Flüchtling anlangt. Der Weg der 18 war nur ein weiser Umweg und kein erfahrener“ (5).

Die SAG-Gründung entsprang also sowohl objektiven Zwängen (Ausschluß), als auch gleichmaßen politischen Kalkül (den Anschluß an die Massen nicht zu verlieren, um so dafür zu sorgen, daß die Massen der SPD nicht allzuweit davonlaufen).

Wenn auch beide Flügel der Opposition weiterhin in der SPD verblieben, so doch mit deutlich unterschiedlichen Zielsetzungen. „Nicht Spaltung oder Einheit, nicht neue Partei oder alte Partei heißt die Parole, sondern Zurückeroberung der Partei von unten auf durch Rebellion der Massen, die die Organisationen und ihre Mittel in eigene Hände nehmen müssen, nicht durch Worte, sondern durch Taten der Rebellion ... Der Entscheidungskampf um die Partei hat begonnen“ (5), so Spartakus.

„Die Minderheit hielt die Politik der Mehrheit für falsch, ohne daraus, was ihr vielfach unterstellt wurde, den Schluß zu ziehen, daß mit dieser Mehrheit keine gemeinsame Arbeit mehr möglich sei, daß man sich von ihr trennen und neu organisieren wolle“ (6). Oder, nach Kautsky: „Die Sache, der die Unabhängigen dienen, hatten sie im Rahmen der Gesamtpartei viel erfolgreicher vertreten können als in der Spaltung“. Seiner Ansicht nach war der Tag absehbar, wo die Mehrheit der SPD-Fraktion

Spartacusgruppe zurückrechnen. (8) In seinem Einleitungsreferat betonte Haase, „die oppositionellen Elemente (sollten) sich zusammenschließen“. Die Notwendigkeit eines fraktionellen Zusammenschlusses ergab sich für ihn weniger aus den seit über zwei Jahren existierenden und offensichtlich unvereinbaren Positionen, sondern wurde erst durch die administrativen Maßnahmen des Vorstands unumgänglich. Entsprechend „wählte er es ab, die alte sozialdemokratische Partei zu 'zertrümmern'. Die Hauptaufgabe sei, in der Partei die Meinung der Minderheit weiter zu propagieren und Einfluß innerhalb der Partei zu behalten. Demgegenüber vertrat Ernst Meyer (Gruppe Internationale) die Forderung nach 'selbständigen Aktionen der Völker in den verschiedenen Ländern'. Er wollte entzweiten Kampf gegen den Parteivorstand“ Meyer: „Deshalb hängt die Frage der Zugehörigkeit der Partei nur davon ab, wie wir bleiben in der Partei nur solange, als wir den Klassenkampf gegen den Parteivorstand führen können. In dem Augenblick, wo wir darin gehemmt werden, wollen wir in der Partei nicht bleiben“ (9). Die Frage des Zeitpunktes der endgültigen organisatorischen Trennung von der SPD war für die Gruppe Internationale lediglich eine taktische Frage.

Nach dieser „Reichskonferenz“ war für Ebert, Scheidemann, Noske und Komorow der Zeitpunkt der Spaltung gekommen. Der Parteiaus-

men, daß in bestimmten Situationen, Opportunismus auch in der alten Partei beifügen dürfen." (18). Haase wandte sich scharf gegen die Politik des Spartacus, „die Arbeitsgemeinschaft mit der Humanistische vorwärtszusetzen“ (19).

Die Spartacusgruppe schloß sich demnach der USPD an — im Gegensatz zu den Bremer Linksradianten — unter Aufrechterhaltung der eigenen Organisationsstruktur und nicht ohne ausdrücklich festzuhalten, unter welchen Umständen sie dies tat. „Man hat gesagt, die Gruppe International wurde auch dem Kriege von der Arbeitsgemeinschaft doch wieder trennen. Aber wir werden uns nur dann trennen, wenn ihre Politik nicht noch den Grundsätzen der Gruppe International gefolgt wird.“ (20).

Sie betrachtete die USPD als „schützenden Dach“ für ihre eigenständige Arbeit.

Bereits deutlich angelegt war auf dem Gründungsparlament die weitere Entwicklung der USPD bzw. ihr Ende (mit dem wir uns noch genauer auseinandersetzen wollen), also die Gründung der KPD einerseits, die Rückkehr vieler USPDler zur SPD andererseits.

Die USPD sollte — was die Intentionen einiger ihrer Gründer angeht — und konnte — was die objektiven Grundlagen ihrer Herausbildung betraf — nichts anderes sein als ein historisch notwendiger Zwischenschritt zur Gründung und zum Aufbau einer radikalen, revolutionären Alternative einerseits, zur dauerhaften Bindung von Teilen des Proletariats an die Sozialdemokratie andererseits. Daß diese „Zwischenstellung“ der USPD ihre gesamte Entstehung prägte, haben wir versucht nachzuweisen.

Der 'Zentriismus' als Partei

„Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben.“ Diese klare und für jeden Sozialdemokraten natürlich höchst bedrohlich erscheinende Feststellung war es im Grunde, die den Entwicklungsprozeß zur USPD ab Sommer 1916 enorm beschleunigte. Der den Zentriismus vom „marxistischen Zentrum“ an sich erheblich sympathischeren Vorstellung, innerhalb der alten SPD weiterzuwirken, waren die materiellen Grundlagen durch die Entwicklung des Krieges und die Radikalisierung der Massen weitgehend entzogen. Es wurde immer offensichtlicher, daß dieser zunehmenden Radikalisierung auch etwas radikalere Worte und Taten der Partei entsprechen mußten — bis hin zur organisatorischen Trennung von der Mutterpartei — um, gegen Spartacus, einen massenhaften Bruch mit dem System zu verhindern. „Was die Wortführer der SAG — darin unterscheiden sie sich von der Spartacus-Gruppe — mit der

Gründung einer neuen Partei anstrebten, war: gerade die „alte Partei“ mit ihren Grundsätzen wieder aufzubauen. Keine neue, radikalere Partei sollte ins Leben treten. Wiederaufstehen sollte die alte Partei mit allen ihren Traditionen, all ihren radikalen Beschlüssen und wohl auch mit all ihrer Stärke auf Reformen orientierten Praxis.“ (21)

„Das heißt schon vor Gründung der USPD, daß die SAG die Grundsätze der Partei nicht aufgeben wollte, sondern sie nur radikaler Organisation den Vorrang zu geben.“ (22)

Bestätigt wird diese Einschätzung durch Kautsky selbst, dem „die Gefahr die von Spartacus ausgeht“, ein ausgesprochenes Dorn im Auge war, wenn er rückblickend feststellt: „In der Kriegspolitik blieben wir mit der Masse der neuen Partei im besten Einvernehmen; dagegen vertieften sich bald unsere Bedenken gegen ihr Verhältnis zum Spartakismus“ (23).

Entsprechend resümiert Krause, der ausführlichste westdeutsche USPD-Chronist: „Für die SAG-Anhänger war bei der USPD-Gründung zweierlei maßgebend: einerseits schien es auszuweichen, in der alten sozialdemokratischen Partei auf eine entscheidende politische Änderung zu warten, andererseits mußten sie befürchten, bei weiterer Radikalisierung ihren Einfluß auf die Arbeitermassen einzubüßen und das Terrain der Spartacus-Gruppe zu überlassen“ (24).

Wobes der SAG das Warten — und hier wäre Krause zu widersprechen — solange nichts ausgemacht hatte, wie das Anwachsen der Massenbewegung gegen den Krieg und das Erstarken des Spartakus als revolutionäre Alternative für die Sozialdemokratie nicht bedrohlich erschien. Erst zu dem Zeitpunkt, als die Loyalität vieler Menschen von der SPD ein gewisses Ausmaß erreicht hatte und der Einfluß der SPD auf die spontanen Massenaktionen immer geringer wurde, erst da wurde den Zentristen ihre Handlungsunfähigkeit in der alten Partei, die Unmöglichkeit auf diese Entwicklungen auch flexibel zu sein, aber immer noch „im Geiste der alten Sozialdemokratie“ zu reagieren, schmerzhaft bewußt. Je attraktiver die Alternativen außerhalb der SPD wurden, umso notwendiger wurde es, die sozialdemokratischen Ideale wieder vorzutreiben — und das war im organisatorischen Rahmen der alten SPD tatsächlich unmöglich.

Genau dies waren schon die Leitgedanken gewesen, mit denen Kautsky die Gründung der SAG gerechtfertigt hatte: „Die Gefahr, die von der Spartacusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der breiten, ungeschulten Massen. Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben, das wird von allen übereinstimmend versichert, die von dort kommen.

Die unzufriedenen Massen verstehen nichts von seiner besonderen Politik, aber sie sehen in ihm den Mann, der für das Ende des Krieges wirkt, und das ist ihnen jetzt die Hauptsache“ (25).

Und weiter: „Die Arbeitsgemeinschaft ist gegenüber diesen beiden Extremen (Spartakus einerseits, Generalkommission der Gewerkschaften und Parteivorstand andererseits) das Band, das die Partei tatsächlich noch zusammenhält. Hatte sich die SAG nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartakusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei“ (26).

D.h. die Gründung der USPD war nicht nur ein Schritt der Trennung von der SPD, und damit ein „Linksruck“, ein Fortschritt, sondern sie war gleichzeitig gegen Spartakus, gegen jegliche revolutionäre Alternative zur SPD gerichtet. Wenngleich die Spartacusgruppe — selber noch im Aufbau begriffen — zu diesem Zeitpunkt diese Alternative noch nicht darstellte, die USPD-Gründung in dieser Hinsicht also „präventiv“ Charakter hatte, so wurde die Radikalisierung der Massen dennoch zunehmend stärker, und somit für die SPD bedrohlicher. Darüber hinaus zeigte die Februarrevolution im Rußland erstmals seit der Pariser Commune wieder die praktische Aktualität und reale Möglichkeit einer radikalen, sozialistischen Lösung der „Kriegsfrage“.

Die Aufgabe, eben diese Entwicklung für Deutschland zu verhindern, war der USPD von ihren Gründern bereits mit in die Wiege gelegt worden.

Im dritten Teil werden wir genauer untersuchen, wie sich dies bereits im Gründungsdokument der USPD, dem von Kautsky verfaßten „Friedensmanifest“, widerspiegelt.

JO/KB Freiburg
Z./KB Göttingen

Anmerkungen

1. H. W. Bartsch, Die Linken in der Dt. Sozialdemokratie, DDR 1958
2. Spartacusbrief Nr. 14, 12.1.1916
3. Krause, USPD, S. 66
4. H. W. Bartsch
5. Spartacusbrief 16, 30.3.1916
6. ebd.
7. Krause S. 66
8. ebd. S. 66
9. ebd.
10. Eugen Praeger, Das Leben des Bruns, S. 123
11. W. Bartsch, S. 162
12. Praeger S. 129
13. H. W. Bartsch, H. W. Bartsch, S. 177
14. H. W. Bartsch, S. 166
15. H. W. Bartsch, S. 66
16. ebd.
17. Praeger S. 140
18. Krause S. 66
19. Praeger, S. 139
20. Reich, in: Krause, S. 66
21. Krause, S. 63
22. Krause, S. 69
23. H. W. Bartsch, S. 69
24. Krause S. 69
25. H. W. Bartsch, S. 69
26. ebd.

Neues aus dem Blätterwald

„Voran“ — Klassenkampf ausgerechnet in der SPD

Immer öfter wird man auf Demonstrationen angesprochen, ob man nicht die 'Voran' kaufen möchte. Der Untertitel 'Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Filken und Gewerkschaft' läßt schon ahnen, daß es sich bei den Herausgebern vermutlich um eine der zahlreichen trotzkistischen Kadergruppen in der SPD handelt.

Das Redaktionskollektiv der 'Voran' hat seinen Sitz in Remscheid. Das vorrangige Ziel der Gruppe um die Zeitschrift ist es, einen starken Flügel bei den Jusos aufzubauen, neben den traditionellen Stamokap-Anhängern (DKP-nah) und Reformisten. Angesichts der stagnierenden Mitgliederentwicklung der Jusos wäre es auch möglich, daß sie dieses Ziel erreichen. Je mehr Mitglieder sie für die SPD-Jugendorganisation gewinnen, umso größer kann ihr Einfluß dort werden.

Das 'Jugendprogramm'

Im Juni 1981 gab die 'Voran'-Redaktion die Broschüre 'Jugend für Sozialismus - Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse' (1) heraus. Ziel der Broschüre ist es, Arbeiterjugendliche für die Jusos und die 'Voran' zu gewinnen.

Arrogant äußert sich die Redaktion gegenüber der 'Jugendbewegung': „Auch die Politik der SPD ist für die nur ein Teil des herrschenden Systems; über die Politik ihrer Führung können sie nur Empörung empfinden. Deshalb wenden sie sich von ihr ab. Dies ist falsch... Ihre Ungeduld lenkt sie in sektiererische Bahnen. Sie starten blinde und verwerfliche Gewaltaktionen oder machen sich in einem K. Gruppenkaputt.“ (S. 31). Also ist die SPD kein Teil des herrschenden Systems? Aber sicher ist es lohnender, sich in der SPD kaputt zu machen als in diesen 'K. Gruppen'?

Dieselbe Arroganz zeigt sich beim Thema 'Frauen und Mädchen'. Dazu heißt der 'Voran'-Redaktion anscheinend nur 218 und Leichtlohngruppen ein, sowie: „Erst erst Ende der 60er Jahre begann sich eine neue Frauenbewegung zu bilden - allerdings keine proletarische. Die Forderungen der neuen Frauenbewegung sind pauschal männerfeindlich als politisch weitblickend und dementsprechend teilweise verworren. Eine oft gehörte Forderung:

Beseitigung von Hausfrauenarbeit. Eine weitere ruft nach einem Anti-Diskriminierungsgesetz“ (S. 22). Da für aber sind die Jusos eine lupenrein proletarische Bewegung...

Dieselben hohen Maßstäbe werden auch an die Friedensbewegung angelegt. „Selbstverständlich unterstützen wir jede Forderung und jeden Kampf für eine Teilhaberschaft hier und heute. Doch das genügt uns nicht. Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft wird dem weltweiten Rüstungswettlauf endgültig ein Ende bereiten“ (S. 59).

Grundsätzlich bestreiten die 'Voran'-Aktivisten, daß vom westdeutschen Imperialismus eine Kriegsgefahr ausgeht. Diese Gefahr scheint für sie erst gegeben, wenn in der Bundesrepublik ein faschistisches Regime herrscht. Denn erst besteht ihrer Meinung nach die Gefahr eines Atomkrieges. Infolgedessen scheint ihnen die Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zweitrangig. Hauptziel ist die Umwandlung der Friedensbewegung in eine 'sozialistische' (?) Bewegung.

Unlogisch ist ihre Argumentation in Bezug auf die SPD. Ihre Mitarbeit bei den Jusos begründen sie folgendermaßen: „In den kommenden Jahren wird es in allen Ländern der Erde wieder zu Spannungen, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und verstärkten Klassenkämpfen kommen. In diesem Prozeß werden die Arbeiter zuerst auf ihre traditionellen Organisationen (=SPD und DGB; Anm. d. Verf.) zurückgreifen bei der Suche nach einer politischen Antwort“ (S. 51).

Andererseits wird angegeben, daß es bei einem Teil der Jugend bereits 'gärt' und daß diese Jugendlichen keineswegs auf die traditionellen Organisationen zurückgreifen. Warum das dann eines Tages Arbeiter mit revolutionärem Bewußtsein tun sollten, bleibt unklar.

Jedenfalls ist es schlimm mitanzusehen, wie sich Genossen ausgerechnet in der SPD abrackern, statt am Aufbau von Alternativen zu den Regierungsparteien mitzuarbeiten.

be, Hürth

Anm. 1: Der Text ist erhältlich bei der Redaktion 'Voran', 5630 Remscheid, Hammerberger Str. 75



Leserbrief

Von wegen, „Kein Bock mehr auf Kommunismus“

Zum Artikel von Kt. über die Diskussion im KBW

Im einzelnen will ich an den Ausführungen von Kt. nichts viel aussetzen. Nur, daß er im Vorspann verkündet: „Liest man die Bekenntnisse (??, G.K.) der Genossen Koenen etwas genauer, so kann man in seinen Beschreibungen und in seiner Rhetorik auch all-gemeine Probleme organisierter sozialistischer Arbeit heute und in diesem Land wiedererkennen.“

Irgendwie hat Kt. dann doch nicht so genau gelesen, ich habe jedenfalls in seinem Artikel nichts von dem allgemeinen Problem sozialistischer Arbeit wiedererkennen können, und erst recht nicht die Probleme des KB. Stattdessen leckt man die Wunden des KBW, nicht ohne Genugtuung. Auch wenn man in Kt. lesen kann, daß der Koenen nicht so von Hämme trüfte, wie man es sonst im „Arbeiterkampf“ als Spezialpfeil pflegt. Was nicht hindert, daß ganz anders in der Fußnote ich als „Vertreter der harten antihomosexuellen, vaterländischen Richtung im KBW“ vorgestellt werde. Angenehm, meine Damen und Herren von der 5. Kolonne Moskau?

Mal im Ernst, könnt ihr mit diesem blöden, gewohnheitsmäßigen Gebälke mit denutatorischen Formeln nicht einfach aufhören. Oder dann das Lenin-Zitat oben rechts: wen soll die große rhetorische Geste erschrecken, mit der ihr mich da vom Platz stellen wollt? Zum hundertsten Mal soll ich mir diesen Hut des „durch die Schrecken des Kapitalismus, wild gewordenen Kleinbürgers“ wieder aufsetzen? Soll mich dicken, wenn dop-

pernd das Urteil gesprochen wird „Die Unbeständigkeit des Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen „Mode-Strömung bis zur ‚Tollheit‘ fortreißen zu lassen — all das ist allgemein bekannt.“ Allerdings Freunde, die Masche ist in unsere Diskussionen allgemein bekannt, und erschrecken tun hier nur noch die vielen Tütchen.

Aber das alles mehr nur am Rande. Wirklich wichtig ist mir, die Überschrift hier zurückzuweisen, die ihr dem Artikel verpaßt habt: „Kein Bock mehr auf Kommunismus.“ So etwas ließ sich aus dem Artikel beim besten Willen nicht herauslesen. Es ist reine Rechthaberei von eurer Seite: endlich hofft ihr den Beweis in Händen zu halten, daß die sog. „Vaterlandsverteidiger“ mit fliegenden Fahnen ins Lager der Bourgeoisie überlaufen, sich zum bürgerlichen Anti-Kommunismus konvertieren. Es ist aber schon eher das Gegenteil wahr. Nach unserer Meinung finden sich in der gesellschaftlichen Gesamtbewegung schon viel mehr „Umwälzungsfermente einer alten und Bildungsfermente einer neuen Gesellschaft“, von denen Marx sprach, als die Kommunisten bisher in der Lage waren zu entdecken. Und weiß diese Revolution heute mit einer gesellschaftlichen, revolutionären Bewegung beginnt und tatsächlich schon begonnen hat: deshalb machen wir uns auch möglich realistische Gedanken darüber,

gegen welche inneren wie äußeren Feinde sie durchzukämpfen sein wird. Mithin: viel Bock auf Kommunismus; und das Vaterland ist der blaue Planet und seine Bewohner. Mir liegt daran, es euren Lesern mitzuteilen, um dem Defätismus entgegenzutreten, den ihr dauernd über die Lage in der Linken verbreitet.

Gerd Koenen, 9.6.82

Die „schwankende Stagnation“ des KABD - Kritik der Wirtschaftsanalyse im REVOLUTIONÄREN WEG -

Diese von der Gruppe „Neue Düsseldorf Nachrichten“ herausgegebene Broschüre beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen des KABD bezüglich der politischen Ökonomie, die diesem als Programm bei seiner bevorstehenden Parteigründung dienen sollen.

In aller Ausführlichkeit wird von den Autoren nachgewiesen, daß der KABD den Marxismus weder verstanden noch

Für Genossen, die mit dem KABD — dem vielleicht akurilsten Ponal der m-Bewegung — konfrontiert sind, mag die Broschüre durchaus nützlich sein. Bestellungen an:

J. Petersen
Postkarte 064268 A
41 Duisburg 14.

SPD und Friedenspolitik? — Nach wie vor dem SPD-Partei-tag brandaktuelle Broschüre in ansprechender Aufmachung und zu ebenbürtigen Preisen. 2,- DM. Mit vielen Zitierten, Karikaturen und Bildtafeln ange-reichert finden sich folgende Artikel auf den 40 Seiten wieder:

- Die SPD und die Kriegskredite
- War 1914 für die SPD das Sündenfall?
- Die Panzerkreuzerflotte 1928. Seit 1945 — Kampf gegen Militarisation, Atomwaffen

ung und Kriegsvorbereitung

- „Friedenspolitik“ (des DGB) im Schlepptau der Militärischen
- 1951/1952 Volksbefragung gegen Reaktivierung
- Die Bewegung der Atomwaffen gegen die Politik der SPD
- Die SPD-Links und die Nachrüstung
- Kommt ein Moratorium?

noch zu haben bei M. Pickardt, PF 910 552, 8500 Nürnberg.

Buchbesprechung: Heimatkunde - Innenansichten / Außenansichten

Interessante Reportagen, die sich für die Agitation eignen, faktenreich, gut geschrieben, kritisch, findet man selten. Hier sind zwei Bücher, herausgegeben vom „Eichhorn-Verlag“, die diesem Anspruch genügen und obendrein spannend zu lesen sind.

Unter dem Motto „Deutsche Reportagen“ erschien zum einen „Heimatkunde“ von Helmut Ohmanns, zehn Jahre Redakteur beim „Stern“, jetzt „freier Autor“. Zum zweiten: „Ansichten von innen“ von Gerhard Kromschöder, Redakteur beim „Stern“, spezialisiert auf „Reportagen“ im Stil Wehrlichs. Wie die Titel verraten, ergänzen sich beide Bücher: Ohmanns beschreibt Aspekte der „deutschen“ Wirklichkeit von innen — vom unglaublichen Kleinrieg in der wendischen Kleinstadt Hertzogenrath, in der die Konkurrenz zwischen den Sportclub-Produzenten „adidas“ und „puma“ das geistige Leben bestimmt, über Berichte zur Jugendarbeitslosigkeit, Bundeswehr-Nazis bis hin zur Behandlung der Asylanten. Ohmanns wird mit seinem Stil des tiefen und gerechten, den er sich vor zwei Jahren als Co-Autor der „Stern“-Serie „HÖR Deutschland“ erworben hat, in der neben dem Stichwort vom „Computer-Kraut“ auch der „Neue Götzepo“ einem breiten Publikum zugänglich gemacht wurde.

Gerhard Kromschöder berichtet aus dem Innenkreis vornehmlich politischer Gruppierungen und gesellschaftlicher Kräfte, von der Lobby der Bundeswehr über Jugendbanden zum alten Geist rechtsradikaler Exortisten bis hin zum Ku-Klux-Klan in der BRD nach der Story „Hitlers neue Gurus“. Statt des Verfalls von Beschreibungen über Beschreibungen — hier insbesondere das „Kromschöder-Geschichte“ zur Anregung und als Beispiel.

F., Hamburg



„Adolf Hitlers Ideologie vertrat ich auch“ — die „Armanen“-Mitglieder Bayer und Hamphoff in den Uniformen ihrer „Nationalen Kampfeinheit“



„Adolf Hitler als echte Chance für die achtziger Jahre“ — Heinz Bucher und Kromschöder beschwören die Gelster einer Quelle im Pfälzer Wald



„Sie haben die arischen Idealmaße“ — Sektengründer Bucher an den Externsteinen bei Detmold beim „Vermessen“ des neuen Mitglieds Kromschöder

Hitlers neue Gurus



Wir sitzen im Kreis. Die Frauen tragen lange weiße Kleider, die Männer schwarze Kuriel und schwarze Kurzbundhosen. Das diffuse Licht der Abendsonne fällt durch die farbigen Wappenschilder der Saalwände. In unserer Mitte leuchtet ein Schillerstein, den Kopf auf den Boden gedrückt. Die Deckenbretter vor unserer Schausee sind von einem Atem beschlagen.

„Hundert“, sagt Großmeister Adolf, „sind wir viel besser als wir Menschen, wenn fremde Mächte versuchen, Spione in unseren angedachten Zirkel einzuschleichen.“ Verunsichert blicke ich zu dem schwarzen Hund hinüber.

Doch „Tasso“ blinzelt nur verschlafen. Großmeister Adolf sieht auch am: „Wir begrüßen einen neuen Ordensbruder. Wir nehmen jetzt die Hand unseres Nachbarn und bilden Wotans Zauberkreis, der unserem neuen Mitglied arische Erleuchtung bringen wird.“

Mit dieser Aufnahmezeremonie habe ich die höchsten Weihen der „blonden arisch-berauschten Rasse“ empfangen, der „weltweit und ethisch höchstehenden Rasse der Erde“. Sie ist das Ergebnis „tausendjähriger Reinzucht, vielleicht auch als Folge der Mischung mit Engeln, die damals vom Himmel herkamen.“ Jetzt bin ich „arischer Lichtträger und Sonnenpriester Wotans.“

„Religion“, sagt Großmeister Adolf, „kann man sich nicht aussuchen wie eine Parteimitgliedschaft. Religion ist eine Bedingung, und für den Arier ist die germanische Urreligion der einzige ihm angemessene Glaube.“ Wir haben Thing auf Burg Gieberg bei Gießen, über tausend Jahre alt. Unser dem grauen Gemäuer, so sagt Großmeister Adolf der endlichen Arier-Runde, „begegnen wir uns Wotans-Kult mit germanischer Vorzeit, die positiv ausstrahlt auf unseren heiligen Kreis.“

Tasso nickt auch, steht auf. Er kommt auf mich zu, trostet an mir vorbei und läßt sich von neuem bärtigen Beistand rechts neben mir verschieben. Es beginnt zu dämmern. Zwei mit Ruben verzaute Karren sind jetzt die einzige Lichtquelle. Sie stehen auf dem Aker am Ende des Saales. Links hängt ein Heiligenbild Wotans, rechts eine Zeichnung der Götter Frigg. In der Mitte steht die ein Meter hohe geschnitzte „Irmunsa“, das Symbol des Wotans-Glaubens. Sie steht auf den ersten Blick wie eine Armbrust aus und soll die Weltwale symbolisieren, die den Himmel stützt. Auf dem Aker liegen Blumen und Apfel, Räucherstäbchen brennen.

Mit der Errichtung des Altars, so habe ich in der Gottesdienstordnung gelesen, ist der Ritus von Burg Gieberg „nicht mehr als ein gewöhnlicher Raum zu betrachten, sondern als ein den Göttern geweihter Tempel.“ Für den Umgang mit unseren germanischen Gottheiten gilt die Fabelregel „das übliche Verhalten, das man als Gast eines geschätzten Vorgesetzten an den Tag legen sollte.“

„Unter alter Glaube“, sagt Großmeister Adolf in das wachsende Dunkelheit hinein, „am wie diese Burg von Feinden als zerfallen, aber mit zähem Willen immer wieder aufgebaut. Jetzt findet unser Germanen-Glaube ständig neue Anhänger.“ „Es ruft über unseren Köpfen, wir rücken zusammen. Die Worte der Großmeister und nicht mehr zu verstehen. Ein Dübentanker jagt im Tiefflug vorbei, die Scheiben scheppern, die Ohrenschmerzen. Mit dem Dübentanker wird mir bewußt, wo ich bin: mitten in Deutschland, mitten im zwanzigsten Jahrhundert — und mitten in unserer Kulturgeschichte des neugermanischen „Armanen-Ordens.“

Mit mir werden zwei weitere Novizen in den Arier-Bund eingeführt. In der Ordensrunde stehen wir mir gegenüber. Es sind Hans-Joachim, ein Pfälzer, blauer Schürze, und Thomas, 18 Jahre alt und Schlomer, der sich wegen des Dübentankers jetzt die Ohren zupf. Hans-Joachim trägt eine grüne Uniform, die mit Hakenkreuz und Runen besetzt ist.

Die beiden, so erfahre ich später, gehören zur „Nationalen Jugend Ost (NJO)“, die in „Wehrsport-Lagern“ unter Anleitung erfahrener SS-Leute den Umgang mit Waffen übt. Besonderer Höhepunkt im Trainingsprogramm der schwarzuniformierten Neonazi-Truppen das „Juden verbuddeln.“ Dabei muß ich einer der Jungen nackt ausziehen. Ihm wird

ein Judenstern auf die Brust gemalt. Dann wird er bis zur Brust in ein Erdloch eingegraben, und die anderen Jungen müssen ihn mehrmals Ziel dieser Folter-Übung einerseits die Herrschaft der Jung-Nazis zu setzen, Befehle bedingungslos auszuführen — auch hilflosen Kameraden gegenüber —, andererseits die Schmerzempfindlichkeit des Opfers im Erdloch zu erproben.

Hans-Joachim Bayer und Thomas Hamphoff, mit denen ich jetzt im Armanen-Zirkel auf Burg Gieberg sitze, waren Wehrsportübungen und KZ-Spiele auf die Dauer nicht realistisch genug. Sie wollten wirklich kämpfen — und tauchten vor Monaten nach Süddeutschland in den reichen Untergrund ab. Seitdem agieren sie in einer „Kampfeinheit Nationaler Sozialisten“ im Durskreis der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“, die unter Terrorismus-Verdacht festgenommene Friedrich Busse, der Hitler für eine „überwiegende historische Persönlichkeit“ hält.

Für den Armanen-Novizen Thomas Hamphoff ist Hitler sogar „ein Götter“, und er sagt: „Die Ideologie, die Adolf Hitler vertreten hat, die vertritt ich auch.“ Sein Mitkämpfer Hans-Joachim Bayer orientiert sich wie er an der Rassenlehre des Dritten Reiches: „Bei den Juden ist es so, daß ich diese Rasse als minderwertiger ansehe als die nordische Rasse — und darin werden die beiden Jung-Nazis in dem arischen Rassen-Vorurteil der Armanen nur bestätigt.“

Nach mir erheben nun auch Thomas und Hans-Joachim die Weihen der nordischen Ordensgemeinschaft. „Bei einem einzigen Thing drei neue Mitglieder“, sagt Großmeister Adolf herzlich und entzündet ein neues Räucherstäbchen, „das zeigt, daß immer mehr germanische Menschen zu Wotan zurückfinden. Möge uns auch die Zukunft so viele neue Glaubensbrüder bescheren wie in den letzten Monaten vor diesem Thing.“

Doch nicht nur die Armanen, auch andere braune Religionszirkel haben Hochkonjunktur. Heute neue Wotans-Jünger nennen sich Gylfingern, Götter-Orden, Heidenische Glaubensgemeinschaft und Ariergemeinschaft.

„Der Herr Adolf Wilhelm, der die Armanen-Verfassung des Ordens der Gylfingern, heute neue Wotans-Jünger nennen sich Gylfingern, Götter-Orden, Heidenische Glaubensgemeinschaft und Ariergemeinschaft.“

„Der Herr Kern der neuen Rasse-Religionen, so schätzt der Münchner Sektenspezialist Pfarrer Friedrich Wilhelm Hasch, „besteht inzwischen aus über 1500 Leuten.“ Neben unverwundlichen Alt-Nazis und schwärmerischen Germanenstümlern haben die Arier-Sekten jetzt vor allem Zulauf von jungen gewalttätigen Neonazis, die sich dort die höheren Weihen für ihre Aktionen gegen Ausländer, Juden und Demokraten verschaffen. Friedrich Wilhelm Hasch: „Wenn sich politisch extremes Handeln auch noch religiös begründen läßt und göttlichen Sendungsbewußtseins dazu kommt, fallen die letzten Schranken.“

So geben sich die wotangläubigen „Gylfingern“ besonders kämpferisch. Bei Treffs werden Waffen geweiht und auch mal symbolisch verbrannt — „an einer Holzstange nach altem Brauch in luftiger Höhe.“ „Gylfingern“-Oberpriester Wolfgang Kattberg aus Krefeld ist Gründungsmitglied der unter Terrorismus-Verdacht stehenden „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSD).

Im Hakenkreuz sehen die „Gylfingern“ ein „religiöses Heil- und Meditationszeichen.“ Sie sind überzeugt, daß „Adolf Hitler an der Heldenfeier (das seinen herrlichen Platz im Himmel Wotans erhalten hat. Er ist einer ihrer „Fürsprecher vor den Göttern, den wir mit den Worten anrufen: ADOLF, heil zur Einheit Deutschlands.“

Bei geheimen „Gylfingern“-Treffs schirmt eine „Wehrsportgruppe“ von VSD-Chef Busse den Thingplatz ab. Dafür revanchieren sich „Gylfingern“-Führer Kattberg mit „religiösen Seminaren“, die er bei den Jung-Nazis hält, und mit einem Gebet für Nazi-Terroristen: „Ziehen wir die sogenannten Neonazis in unsere Gedanken ein, welche gleich unseren heidnischen Märtyrern nur wegen ihres Glaubens verfolgt werden.“

Der „Götter-Orden“ mit 400 Mitgliedern ist schlagkräftigste Germanen-Truppe. Der Orden will an das „Glaubensleben der arischen Vorfahren“ anknüpfen, weil „sie aus dem Judentum hervorgebrachte christliche Religion dem Wesen unserer Seele so sehr entgegensteht.“ Die „Götter-“ Maxime lautet: „Alles, was deutsch heißt, ist für uns heilig und unantastbar.“

Auf der Terrasse meines Hauses in Herborn im Westerwald saß ich dem Ingenieur Günther Gabke gegenüber. Er vertritt das „Götter-Kanzler-Amt.“ Ich bin als Novize in den Orden eingetreten, um nach einjähriger Probezeit zum „Götter-Kanzler“ zu avancieren. In meinem „Götter-Schulungsbrief Nr. 3“ habe ich gelesen, warum die „Sechs-Millionen-Vergangenheitsgesetze“ jeder Grundlage entbehren: „Nach zuverlässigen Zahlen des Internationalen Roten Kreuzes und zwischen 1939 und 1945 138.000 Juden, einschließlich der normalen Sterbefälle und Kriegsverluste, gestorben.“

Herr Gabke gibt mir das Buch „Frömmigkeit nordischer Art.“ „Das ist Pflichtlektüre für jeden angehenden Götter-Kanzler“, ermahnt er mich. Der Autor Professor Hans Günther war der führende „Rasshygieniker“ der Nazis. Mit seinen Theorien des arischen Herrenmenschen schuf er die Rechtfertigung für die Nürnberger Gesetze, die Millionen Menschen in den Konzentrationslagern das Leben kosteten.

„Adolf Hitler“, sagt mir der Ober-Götter-Kanzler und Apfelkuchen, „war der letzte große Staatsmann, der die Bedeutung der Rassenfrage erkannt hat.“ Für die Ausländer, die unserer nordischen Rasseerbe durch Vermischung bedrohen, hat der ehemalige NSD-Funktionär folgenden Rezept: „Wir müssen endlich dazu kommen, daß wir den Türken hier die Häuser anzünden und Bomben auf die Fabriken werfen, in denen sie arbeiten.“

Die „Heidenische Glaubensgemeinschaft Deutschlands“ ist die jüngste Wotans-Sekte. Gegründet wurde sie von dem Mannheimer Werbeartikel-Hersteller Heinz Bucher. Vorher war er aus der NSD aus, weil sie ihm recht radikal genug war. Seitdem nennt er sich „Groß-Götter-Manhart.“ Ich treffe Heinz Bucher im Teutoburger Wald, wo er die Externsteine bei Detmold „bedugsprechen“ will. Die vier hochaufragenden Sandsteinfelsen mit ihren kühnen Höhlen und eingemeißelten Reliefs sind für ihn eine „germanische Sternwarte“ und „das älteste Zentrum uralter menschlicher Mythenkulte.“

Der Groß-Götter sagt zum höchsten Punkt der Externsteine: „Dort oben stand das heidenische Irmunsa, das heilige Symbol des Wotans-Glaubens. Karl der Große hat sie herabgeschleift. Seitdem haben wir das Christentum, eine jüdische Sekte mit einem jüdischen Gott.“

Wir klettern in eine der Höhlen in der Felsenwand. Dort muß ich mich mit hochgezogenen Armen in eine Vertiefung im Boden stellen — um „da an dieser Stelle besonders intensiv von unseren Vorfahren empfangen.“ Dann muß ich mich als Neuzugang auch noch in eine in der Fels geschlagene Mulde legen, die die Form eines menschlichen Körpers hat — „zum Vermessen.“

Das Testergebnis scheint meinen Prüfer zufrieden zu stellen. „Sie haben die arischen Idealmaße“, sagt Groß-Götter-Manhart stöhnend. Damit bin ich in seinen Arier-Club aufgenommen.

Fortsetzung von voriger Seite

Im «Ratskeller» von Horn-Bad Meinberg hält Manhart vor Anhängern einen «rassenkundlichen Vortrag». «Die Semiten», sagt er, «haben einen Dreieckschädel und kein Vorderhirn.» Ein armer Irrer, denke ich. Später wird er deutlicher: «Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers», sagt der Sektan-Chief, «ist eine echte Chance für die achtziger Jahre.» Und er sagt auch, was das Ziel seines Koh-Zirkels ist: «Wir wollen mit einem kämpferisch-germanischen Heidentum den jugendlichen Enthusiasten der neuen nationalen Bewegung den Rücken stärken.»

Ich frage den Groß-Goden, ob das auch für den Münchner Oktoberfest-Anschlag gilt. Dort wurden 13 Menschen getötet und über 200 verletzt. «Töten», sagt Manhart, «kann durchaus eine Würdigung Gottes sein, weil Gott ja auch tötet.»

Die «Artgemeinschaft» ist die älteste Wotans-Gruppe. Sie versteht sich als «Auser-Gesellschaft» zur «Bewahrung und Erneuerung der Weißen Menschheit». Ich besuche den Sektan-Gründer Dr. Wilhelm Kussow in Herbolz-Lichterfelde. In seinem Wohnzimmer steht ein dreistufiger «Irmisul»-Altar. Seit einem halben Jahrhundert betreibt er Rasseforschung. «Semitisch-arische Kreuzungen» hält er für «katastrophal». Ein hüfchen «europäische Blutmischung» findet er dagegen durchaus positiv. So bewundert er an Himmler dessen «falsch-östlichen Züge», an dem Dichter Rainer Maria Rilke das «in gewisser Weise slowisch mitbestimmte Erscheinungsbild», und Beethoven hält er für einen großen Komponisten, obwohl der «late ostische» wirkte.

Der 80-jährige sieht nun sein Lebenswerk bedroht. Bei der letzten Vorstandssitzung der Artgemeinschaft wurde er als Vorsitzender gestürzt. «Da sind jetzt schlimme Leute dabei», klagt der ehemalige Oberstudienrat, «geradebekannte Neonazis und Leute von der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die wollen die Artgemeinschaft für ihre radikalen politischen Ziele mißbrauchen.»

Rechtsvertreter des neuen Vorstandes ist ein Artgemeinschafts-Mitglied aus Hamburg, der Anwalt Jürgen Rieger. Er ist ein engagierter Jurist und ein rühriger Rasse-Experte. Sein Buch «Rasse — ein Problem für uns» ist als jugendgefährdend indiziert. Rechtsanwalt Rieger ist Vorsitzender der «Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung», was sich recht wissenschaftlich anhört. Vor ein paar Jahren hieß der Arier-Verein des Rechtsanwalts eindeutig: «Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege». In einem Prozeß gegen Rechts-Terroristen in Bückeburg wurde Rieger teilweise als Verteidiger ausgeschlossen — wegen des Verdachts, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen.

Unter den braunen Religionen-Zirkeln hat der «Armanen-Orden» zur Zeit den größten Zulauf. Ich besuche Großmeister Adolf, der mich zusammen mit den beiden Jung-Nazis auf Burg Gleiberg in seinen Geheimbund aufgenommen hat, in seinem Haus in Ammerland am Starnberger See. Bürgerlich heißt er Adolf Schleipfer.

Herr Schleipfer lebt alternativ. Auf den ersten Blick wirkt er fast friedlich. Früchte und Gemüse baut er biodynamisch in seinem Garten an. In seinem Haus gibt es kein Platin, keinen Fernsehapparat. Es gibt keinen Alkohol und keine Zigaretten. Alle Kleider für die Kinder näht seine Frau



„Semiten haben einen Dreieckschädel“ — Rassenkundler Bucher



„Wir schaffen das neue Reich, egal was es kostet — auch nächstes Jahr ist Oktoberfest“ — Mitglieder des Neonazi-Schlägertrupps „Werwolf“

Sigrun selbst.

Herr Schleipfer zeigt mir seinen selbstgebohrten Brunnen. «Heute braucht niemand mehr nach Indien zu fahren, wir haben genug eigene religiöse Traditionen in Deutschland», sagt der Armanen-Führer. Er schenkt mir einen seiner selbstgebohrten Salatköpfe. «Vor ein paar Jahren galten wir als Nazis, weil wir für das einfache Leben eintraten. Heute liegen wir mit unseren Ideen voll im Trend der Zeit.»

Herr Schleipfer zieht seine graue Strickjacke über und weicht sich den Knopf «Atonkraft? Nein danke!» mit der fluchenden Sonne an. «Ich bin gegen Kernkraft, weil sie das Leben zerstört», sagt er.

An der Heckklappe meines Volkswagen-Busses klebt das Erkennungszeichen der Nazi-Internationale, der Slogan «Nation of Odin» (Das Volk Wotans) und das Keltkreuz. Es ist das Parteisymbol der Terrorismusverdächtigen deutschen «Volkssozialistischen Bewegung» sowie das Emblem des amerikanischen Ku-Klux-Klan und der rechten französischen Terror-Organisation FANE.

Wir fahren zu einer Sonnenwendfeier am Starnberger See, veranstaltet von der rechtsextremen «Wiking-Jugend». Der zehn Meter hohe Holztapfel wird angezündet. Flamme empor!

Vor mir, mit Fackeln in der Hand, eine Gruppe alter Männer, ehemalige SS-Leute der «Totenkopf-Verbände». Diese Truppe erwarb sich besondere Meriten bei der Bewachung der ersten Konzentrationslager Adolf Hitlers.

Neben der Knobelbecher-Generation gleich die Turnschuh-Generation, junge Leute aus München. Mädchen in getigerten Setin-Hosen, die Haare schneekig bunt gefärbt. Jungen in glitzernden, langen Sakkos, engen Röhrenhosen und Teddy-Boy-Frisuren. Einige auch mit den verschlissenen Jeans-Jacken der Rocker, die Ärmel abgerissen. Auf den Rücken ist eingestrichelt: «Werwolf». So nannte Hitler seine Guerilla-Truppe gegen die eintreffenden Alliierten. Und mit «Werwolftruppe» wollte auch der in München erscheinende «Volkssozialist» und Nazi-Terrorist Klaus Ludwig Uhl den bewaffneten «Marsch auf Deutschland» antreten. So hatte er es in Paris im Exil angekündigt.

Die Mitglieder der «Werwolf-Truppe» am Sonnenwend-Feuer tragen schwarze Baretts mit dem SS-Totenkopf. «Diese Jungs», sagt mir ein NPD-Funktionär, «sind unsere härteste Truppe. Die machen Kleinholz, wenn's drauf ankommt.» Hinter den adrett uniformierten Jungs und Mädchen der Wiking-Jugend eine Handvoll junger Männer in schwarzer Montur: Lederjacke, Cordhose, Fallschirmjäger-Stiefel — Mitglieder der «Volkssozialistischen Bewegung».

Das Feuer ist niedergebrannt, und gemeinsam singen alle — ehemalige SS-Leute, Wiking-Jugendliche, der alternative Großmeister Adolf, die Münchner Poln-Rocker, NPD-Funktionäre und Volkssozialisten: «Brüder im Osten und Westen, Brüder in Österreich! Aus den zerschlagenen Resten bauen wir ein neues Reich.»

Am Rande der Wiese steht ein alter Opel Kapitän, die Längsseite mit dem Punk-Spruch besprüht: DESTROY, zerstöre! Und lachend sagt mir ein junger «Werwolf»: «Wir schaffen das neue Reich, egal, was es kostet — auch nächstes Jahr ist wieder Oktoberfest.»

Anmerkungen zum Film „Reds“ und zur Besprechung in AK 221

Ich stimme mit J. und Ch. darin überein, daß der Film „Reds“ historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung in einer Form zugänglich (macht), die mehr Menschen als jedes Flugblatt und jede schriftliche Beschreibung erreicht — und daß angesichts der Kriegspolitik Reagans diesen Vorzügen des Films — besonders der Thematisierung der Frage „Krieg und Revolution“ — eine besondere Bedeutung zukommt. Auch „die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau“ ist „für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie“ eigentlich überraschend gut. Ich kann J. und Ch. allerdings nicht zustimmen, wenn sie meinen, daß man/frau dem Film aufgrund der genannten „Vorzüge“ den „Hollywood-Stil“ verzeihen könne. Die Tatsache, daß gerade heute die genannten Probleme aufgegriffen und dargestellt werden, darf nicht dazu verleiten, die geringe ästhetische Qualität mit einem Bedauern hinzunehmen und als nicht so erheblich zu akzeptieren.

Ich meine, daß der Stil eines Films die soziale Wirkung entscheidend bestimmt. So weckt Warren Beatty bei seinem Publikum — und vor allem bei einem breiten Publikum — Interesse für die Oktoberrevolution, sein Film ist aber nur an der „Oberfläche“ politisch, weil er dem Publikum gestattet, weiterhin in „alten“ Klischees zu empfinden, beispielsweise von einer romantischen Liebe mit einem Hauch Emanzipation zu träumen — folgenlos zu träumen. Auch die Oktoberrevolution bleibt letztlich etwas Exotisches. Sie wird im Film eben nicht als „eines der herrlichsten Abenteuer, das die Menschheit aufzuweisen hat“ (J. Reed) dargestellt. Wäre es so, dann müßte der/die Zuschauer/in ein ganz klein wenig von dem „alten“, „erfüllen“ können, daß die Revolution auch für ihn/sie die einzige Möglichkeit ist, Kriege zu verhindern und sich — vielleicht etwas schnodderig dahergewagt — die ganze Scheiße vom Hals zu schaffen. Oder, etwas vorsichtiger gesagt: Beatty müßte seinem Publikum die Chance geben, ein ganz klein wenig in diese Richtung „produktiv“ werden zu können.

Regisseure wie Bunuel, Chabrol, Visconti, Godard o. a., auch viele lateinamerikanische Filme und Produktionen aus der „Dritten Welt“ gehören dazu, die — obwohl sie nicht ein so „großes“ Thema wie die Oktoberrevolution zum Gegenstand haben — in irgendeiner Weise Betroffenheit ausstrahlen, das „Normale“ als „nicht normal“ entlarven, das scheinbar Bekannte, Vertraute als das Fremde (Entfremdete) darstellen. Filme, die den Anstoß zur Veränderung eigener Wahrnehmungsformen und Denkweisen geben. Von diesem Fortschritt in der Entwicklung der filmischen Produktivkräfte ist in Warren Beattys Film wenig bzw. nichts zu finden.

Ich habe auch nicht — wie J. und Ch. — „positive Gefühle für den russischen Oktober empfinden“ können oder Trauer, Wut und Sehnsucht „nach Verhältnissen, wo die Vereinbarkeit von Liebesbeziehung und Emanzipation mehr sein kann als eine romantisch-kurze Episode“. Gerade in dieser Hinsicht ging ich „leer“ aus — mein Bedürfnis nach ästhetischem Genuß wurde enttäuscht. Wenn ich in diesem Zusammenhang von ästhetischem Genuß spreche, so heißt das nicht, daß ich mich — als Formalist — an dem „Hollywood-Stil“ moße oder daß er mir sogar „Bauchschmerzen“ macht. Ästhetischer Genuß oder Kunstgenuß ist verbunden mit dem Bedürfnis (und der Fähigkeit), einen Film nicht nur konsumieren zu wollen, sondern „sich an der Produktion selbst zu beteiligen, selbst in gewissem Umfang produktiv zu sein, einen gewissen Aufwand an Phantasie zu treiben, seine eigene Erfahrung der des Künstlers zugehen oder entgegenzuhalten und so weiter“ (Brecht). Ästhetischer Genuß ist nicht zu trennen von der Fähigkeit, dargestellte Gegenstände bzw. Geschehnisse „richtig, das heißt tief, umfassend“ zu betrachten. Diese Fähigkeit — Brecht nennt sie die „Kunst der Betrachtung“ — ist allerdings heute ein Privileg weniger und soll es nach Ansicht der Herrschenden möglichst auch bleiben.

In Warren Beattys Film ist alles so glatt, ohne Widerhaken, geht runter

wie Öl. Der Film bot mir keine Möglichkeiten, „produktiv“ zu werden. Außer ein paar politischen Informationen gab's für mich nur Bekanntes, alles Bekanntes, nichts war auf eine faszinierende Art neu, reizte gar: Widerspruch, tat weh usw. Meine erste Reaktion: Wie kann man nur die Oktoberrevolution und den Versuch einer Frau, sich zu emanzipieren, so schön, glatt, in so „hellen“ Bildern darstellen? Ich hatte den Eindruck, Beatty wollte mich dazu verleiten, die Darstellung der Oktoberrevolution zu konsumieren, woraufhin ich anfangs etwas ärgerlich reagierte, dann schmerzhaft im Kinosaal ein Stück tiefer rutschte, ab und zu bei etwas kitschigen Stellen eine süßsaure Mine aufsetzte.

Ein spontaner Gedanke nach dem Film war: Hättest du doch einen Film von Bunuel oder Chabrol oder — gesehen. Einen Film, der durch die Verwendung der im Laufe der Geschichte des Films entwickelten filmischen Mittel und Möglichkeiten einen Ausschnitt von Realität — und sei er auch noch so gering — tiefer, umfassender, politischer hätte darstellen können als „Reds“. Es ist gerade die „Glätte“ der filmischen Stilmittel Hollywoods, die eine tiefgreifende Darstellung politischer Inhalte verhindert, die sich gegen die Aufnahme politischer Inhalte sträubt. Gerade diese Form hat — um eine Annäherung Brechts zu variieren — Beatty zu einer adäquaten „Organisierung der Inhalte“ gehindert.

All dies hört sich zweifellos so an, als wollte ich den Film mit dem Prädikat „nicht lebenswert“ versehen. Ein derartiger Verriß wäre aber überheblich — und er wäre falsch, obwohl der Film für die westdeutsche Linke aus wirklich nicht das große Ereignis ist. Zu bedenken ist aber, daß der Regisseur, wenn er sich der erwähnten entwickelten filmischen Mittel, Montagetechniken usw. bedient hätte, nicht das breite Publikum erreicht hätte, das er offensichtlich erreichen wollte. Er hätte vielmehr nur wieder den kleinen Kreis der Filmkenner angesprochen. Ein Vergleich: Was ein Film in „Hollywoodstil“ wie „Holocaust“ geschafft hat, nämlich die kollektive Verdrängung der „Endlösung“



der Judenfrage durch die Mehrzahl der Bundesdeutschen aufzubrechen — wie tiefgreifend sei dahingestellt, das hätte die großartige und erschütternde Filmmontage „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais, Hanna Eisler und Paul Celan zweifellos nicht geschafft.

Deshalb wäre es falsch, den einen Film gegen den anderen auszuspielen. Etwas dem Film „Holocaust“ wegen der einfacheren populäreren Darstellungsweise und wegen der „Breitenwirkung“ den Vorzug zu geben vor dem Kunstwerk „Nacht und Nebel“. Oder aber — genauso einseitig — die ästhetische Qualität des Resnais-Films als Maßstab zu setzen, damit aber die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem „berühmten kleinen Kreis der Kenner“ (Brecht) zu ignorieren.

Es geht also keineswegs darum,

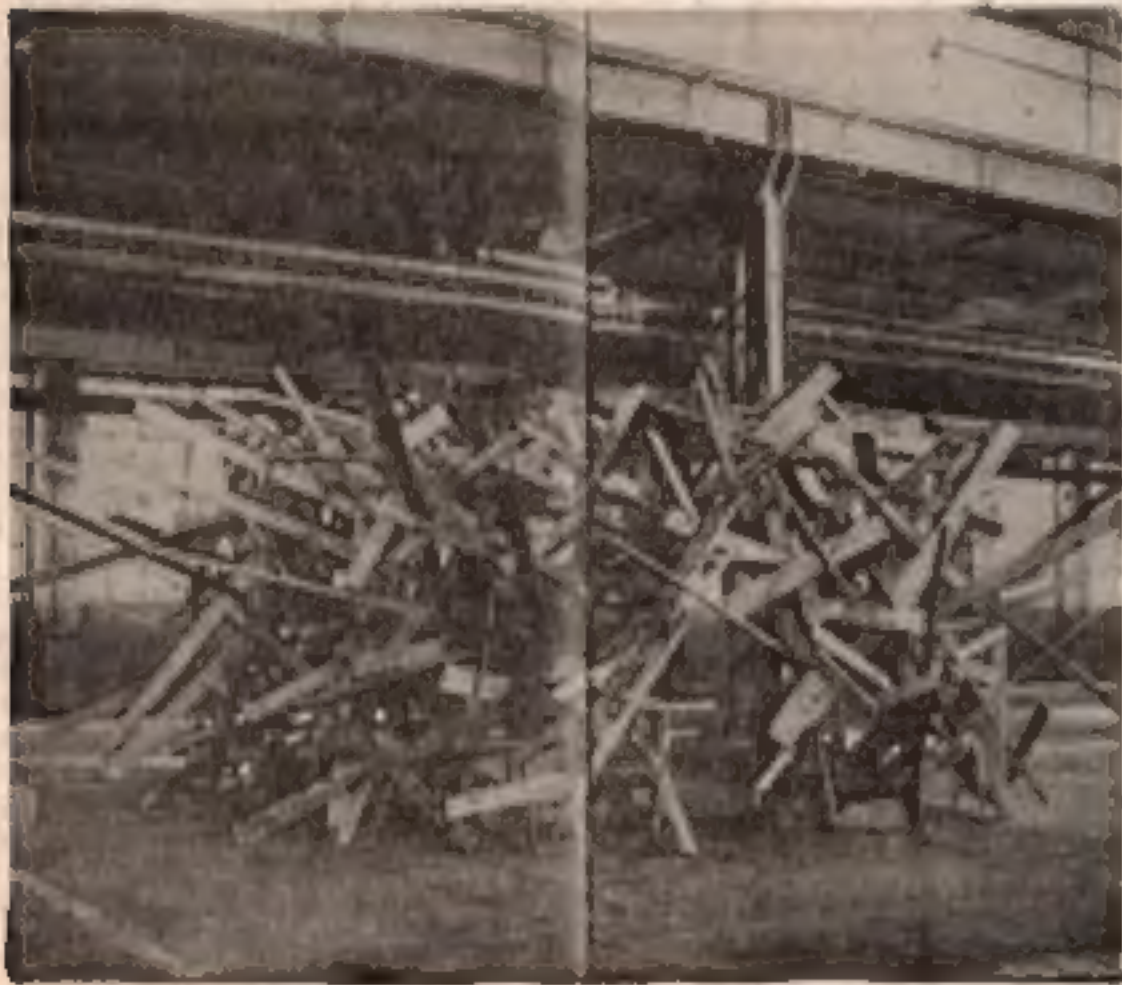
„Reds“ abzuqualifizieren. Die Frage ist vielmehr: Wie läßt sich langfristig — und im Kapitalismus ist das immerhin in Ansätzen möglich und notwendig — „der kleine Kreis der Kenner“ zu einem „großen Kreis der Kenner“ zu machen? (Brecht). Interessante Vorschläge zu einer möglichen Diskussion über diese Frage finden sich u. a. bei Brecht in den Aufsätzen über die Realismusfrage und — wenn auch unter anderen Bedingungen geschrieben — bei Mao-Tse-tung in der „Rede auf der Konferenz über Fragen der Kunst und Literatur in Yenan“, insbesondere in dem Abschnitt „Über Popularisierung und Hebung des Niveaus“ und über die Beziehung von politischem und künstlerischem Kriterium der Literatur- und Kunstkritik.

G., Kulturkommission

Es gibt viele Filme (nicht nur von

„Praktisch gesprochen: Zweifel ruhig aufkommen lassen und sie mit Schokoladenpudding, Schattenmorellen und Sahne vernaschen. Das bringt's.“ (Bogomir Ecker, Katalog)

H A L L E 6



Wolfgang Luy

„Auffallend jedoch: die Dominanz einer neugewonnenen Gegenständlichkeit, damit verbunden der Hang zum Erzählerisch-Verstellten, Einbestimmung von Relikten der alltäglichen Erfahrungswelt, (...)“ (Jürgen Vorrath, Katalog)
Ausspruch einer Betrachterin: „Völlig unökonomisch gestapelt!“



Hubert Kleool, „Drei Gebäude“, Beton

„Konzentration also auf Material, Raum, Zeit, Prozess, im Medium schon die Botschaft setzend, eine Konzentration mit häufig meditativem Charakter. Gerade auf diese Weise lag in der Arbeit der Kunst ihr Reichtum (Cladders)“. (Jürgen Vorrath, Katalog)



Jochen Krüger, „Beeten“

„Hier expandierte künstlerische Auseinandersetzung insofern, als sie auf dem Boden der Warengeellschaft Möglichkeiten des Austausches von Erfahrung neu reflektierte und modellhaft vorstellte, vorwegnahm.“ (Jürgen Vorrath, Katalog)

Charly Willner, aufbewahrt, entfaltungsgerüst: DIE SOZIO-KULTURELLE ENTWICKLUNG (Ein Teil des EVOLUTIONS BÜROS AUF DEM MARKTPLATZ. SCHAUZENE. EIN ÖFFENTLICHES LEHRBILD.)



„Ich lasse mich auf Natur ein, auf meine eigene, die des Materials und die umgebende.“

Dabei verrichte ich, meinen Willen zu beweisen und mein Können zu zeigen.

So setze ich mit Farbe übergezogene Leinwände dem Wattenmeer aus und lasse es in die Malerei einfließen. Farbe wird ausgewaschen, die Flut läßt ein verändertes Arbeitsprodukt zurück, und ich kann erneut Farbe auftragen. Ein Wechselspiel entsteht, von dem ich ein Teil bin.

So setze ich mit Farbe übergezogene Leinwände dem Wattenmeer aus und lasse es in die Malerei einfließen. Farbe wird ausgewaschen, die Flut läßt ein verändertes Arbeitsprodukt zurück, und ich kann erneut Farbe auftragen. Ein Wechselspiel entsteht, von dem ich ein Teil bin.

Dabei lerne ich ein wenig davon, das Sein in seiner Ganzheit wahrzunehmen, daß ich selber ein Stück Natur bin, sie nicht beherrsche und nicht über ihr stehe. Ich erlebe, bewußt zu sein, erkenne meine Identität als Teil der Natur...

D O R N I M

MIKROCHIPS

Was soll denn daran so schlimm sein? Über dreißig passen auf die Reißfläche einer Zündholzsachtel, eine technische Revolution vergleichbar der Entdeckung der Elektrizität. Winzige Schönheiten, gestütztes Mineral, aufgedampft Gold: Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in den Industrieländern werden in den nächsten Jahren durch sie vernichtet, die verbleibenden Arbeiter werden mit ihrer Hilfe ein Vielfaches gegenüber heute produzieren - Nützliches und Schlimmes: Spararme Motoren, Nähmaschinen, Roboter in jedem Heim, fünfzig Fernsehprogramme, totale Überwachung aller, Waffen tödlich genau und winzig, Maschinen, die sich selbst herstellen. Bis zu hunderttausend Schaltungen auf wenigen Quadratmillimetern, ihr Anblick ist verführerisch schön, ihre Möglichkeiten verführen zu Regelung, Optimierung, Steuerung von allem und jedem. Willige dienstbare Geister, wie nämlich dagegen Goethes Zauberlehrling, dessen behexter Bogen, außer Kontrolle geraten, Wohltat zum Unheil werden läßt. Götter Anders steht uns in einem ganzen Wald solcher Bogen und kein rettender Meister im Sicht.

Vor einigen Jahren habe ich Bilder gemalt, die den Menschen als „ein bloßes Zubehör der Maschine“ zeigten - inzwischen ist viel geschahen - auf diesen Bildern haben winzige Maschinen, mikroskopisch kleine Silikonplättchen ihn ganz verdrängt.

A U G E

Wir können hier aus Platzgründen nur einige Bildbeispiele zeigen, wobei wir solche ausgewählt haben, die unserer Meinung nach die besten Ansätze zu einer Auseinandersetzung bieten. Im einzelnen umfaßte die Ausstellung darüber hinaus:

- die sogenannten „Neuen Wilden“, die sich ziemlich zahm gebärdeten. U. a. eine Serie von Ölbildern in dunklen Farben, Bildinhalt: Gemalte Schrift in unterschiedlichen Variationen: „Dorn im Auge“, „Ekel“, „Makel“ etc.
- Daneben die reine Materialshow. Das Material in seiner „eigentlichen Realität“ als Inhalt und Zweck, nicht etwa als Mittel zur Darstellung. Z.B. eine große Fläche Papier, die sich selbst darstellt.
- relativ umfangreich der Themenkomplex „Natur/Ökologie“ mit reichlich mystisch-religiösem Einschlag: Da hingen z.B. ins Meer gesenkte Metallplatten, deren Veränderung der Oberfläche im Wasser die „künstlerische Schaffenskraft der Natur“ beweisen sollten.
- Oder ein Raum voll getrockneter Pflanzen, die symbolisieren sollen, daß Pflanzen dieser Art bei entsprechender Beschwörung (die die Künstlerin mit den Besuchern eigenhändig vornimmt) in den Abgasen der Stadt Heilkräfte entwickeln.
- In einer Ecke der Halle war der Weg des Eichhörnchens „Retatöskri“ von Baumwipfel zu Baumwipfel in Schrift und Bild aufgezeichnet (äußerst bemerkenswert).
- Ein Produkt fiel wegen seinem Bezug zur Tagespolitik aus dem Rahmen: Ein Raum von Jörg Möller (HbK Hamburg), in dem u.a. auch ein großer Pappmache-Altar voller roter Geschwüre, wie es ihn auch in der „Natur“ gibt, ausgestellt war. Der Künstler benutzte ihn für eine Aktion im Rahmen eines Initiativfestes gegen die Elbverschmutzung. Er selbst ließ sich zur Ausstellungseröffnung durch einen öffentlichen Aushang entschuldigen, weil er im Zusammenhang mit einer ähnlichen Aktion auf einem Polizeirevier festsaß.
- Altkameralfotografen: Tagebuchnotizen werden per Farbfotos aus dem Familienalbum zu etwas Bedeutendem stilisiert. Eine Zusammenstellung von Stuyvenantreklame (Sonnenuntergänge) als kritischer Beitrag zur Vermarktung der Sonnenuntergänge durch die Industrie. Auch die Uhr in der Glotze vor der Tageschau war es wert, gezeigt zu werden: Dutzende Variationen von Zeigerstellungen unter dem Titel „Büderinflationen“ (wohl war).
- Neo- und Fotorealismus, darunter eine Serie von Ölgemälden, im wesentlichen schwarz mit der Andeutung von Mauerziegeln oder Stufen am Rand, betitelt „Tunnel“ bzw. „Treppe“.
- ganz wichtig das „Van-Gogh-Museum“. In diesem Raum waren lauter Industrieprodukte vom Plastikarbeitsbecher über Quetsche-Entchen bis zu Gummistiefeln und Kodakfotopapier ausgestellt. Alles schön gelb. Schön, wie das Gelb in van Gogh's Bildern.

Für die Stadtmenschen eine friedlich grinsende Pappkuh auf dem Dach der gegenüberliegenden Fabrikhalle. Eine zarte Versuchung fürs Auge in dieser doch etwas trüben Kunstschau. Sehr erholdend...



Helmut-Erich Gödecke, „Einfluß des Prüfs“



Manfred Frix, „Mikrochip“

DORN IM AUGE?

fragen
an einen
freund

du sagst
du hast Kunst
und hergebrachte Ästhetik
überhaupt
den Wunsch nach dem goldenen Schnitt
du verziehst auf Harmonie
in deiner Kleidung
in deinem Alltag
in deiner Wohnung
du verziehst auf Sicherheit
und Regelmäßigkeit
in deinem Leben
du bekämpfst das epheum
die Kleinbürgerei
sie ist dein Hauptfeind
du liebst das Risiko
natur gegen mann
die unwürdige Erotik
von Yin und Yang
wusst.

du sagst
deine Freiheit
steht über allem
und mit vierzig
bist du so wie du bist
neue schätze wartest fern

ja, wenn
wenn dir das alles
so widerwärtig ist
warum
beschäftigst du dich dann
dein Leben lang ausgerechnet
mit Schönheit?

he S.1.52

In Hamburg fand – begleitet von großem Pressegetöse – vom 20. bis 31.5. die „2. Woche der bildenden Kunst“ statt (in Tradition der ersten von 1980). Das Unternehmen präsentierte sich schon vorein in jeder Hinsicht als BRD-Spitzenreue in Sachen bildender Kunst, Zeit- und Kulturkritik. Man erhoffte sich auch internationale Geltung. Das offizielle Programm versprach „die Möglichkeit, bildende Kunst und schöpferische Vielfalt ins Stadtleben einzubinden und die künftigen Chancen von Kunst im öffentlichen Raum (früher: Kunst am Bau) beispielhaft zu demonstrieren.“ Und weiter: „Die Künstler streben aus der Isolation der Museen, wo zudem oft kein Platz für sie ist, zu lebendigen Mäßen im Stadt- und Stadtleben.“

Als Zugnummer und zeitkritischer Höhepunkt war die über 50 KünstlerInnen umfassende Sammelausstellung „Dorn im Auge“ angekündigt, auf der „die Auswirkungen der Umweltkatastrophe, der Konfrontationspolitik und des Zeitgeistes auf die Produktion, das Selbstverständnis und das Zukunftsbewusstsein Hamburger KünstlerInnen dargestellt und untersucht“ werden sollten. „Künstleraktionen im Stadtleben“ sollten der Bevölkerung darüberhinaus „Einblick in die künstlerische Praxis vermitteln.“

Als weitere Attraktion galt der Komplex „Kunst im öffentlichen Raum“, wie die Ausstellung „Dorn im Auge“ untergebracht in einer aussergewöhnlichen Fabrik in Hamburg-Barmbek, wo „Impulse gegeben“ und „neue Arbeitsweisen“ gezeigt werden sollten. Hamburgs Kultursenator fand die schönen Worte: „Die Künstler können durch die Arbeit in dieser Halle Impulse gewinnen, öffentliche Räume so zu gestalten, daß ihnen ihre Qualität als Lebensraum und soziales Umfeld zurückgegeben wird.“ den Objekte, Wandbemalungen, Raumgestaltungen u.a. von mehr als 50 Künstlern und Künstlerinnen gezeigt.

Über diese Hauptattraktionen hinaus boten die OrganisatorInnen der Woche ein umfangreiches Begleitprogramm mit diversen Ausstellungen, Aktionen und Vorführungen aus Grenzbereichen der bildenden Kunst (bis hin zu Film- und Videoveranstaltungen), einschließlich Führungen durch die einschlägigen Galerien und Angeboten zu Atelierbegehungen. Insgesamt ließ sich der Hamburger Senat das Spektakel 250000 DM kosten.

Auch kulturpolitisch wurden Sensationen angekündigt. Das Zaub-

wort hieß Selbstverwaltung. Das Programm strich die Verantwortlichkeit der „Arbeitsgruppe bildende Kunst“ für die Organisation der Woche heraus. Die Arbeitsgruppe ist ein Zusammenschluß aller Institutionen und Gruppen, die in Hamburg mit zeitgenössischer Kunst befaßt sind, von der Kulturbörse der Kunsthalle u.a. über Kunsthandel, Ausbildungsstätten bis hin zur quasi gewerkschaftlich organisierten „Freien Vereinigung bildender Künstler“, die auch die Hauptverantwortung für die Selbstverwaltung der Ausstellung „Dorn im Auge“ trug. Im Ton stolzen sozialdemokratischen Integrationsbewußtseins heißt es dazu im Programm: „Seit drei Jahren funktioniert diese Arbeitsgruppe. Sie hat durch ihr gemeinsames Vorgehen bereits weit über Hamburg hinaus Aufsehen erregt. Man bewundert, daß die, die sonst miteinander konkurrieren, regelmäßig an einem Tisch sitzen und trotz unterschiedlicher Interessen Gemeinsamkeiten entdecken.“ Und überhaupt: „Einiges wurde erreicht.“

Solche Ankündigungen ließen – bei aller gebotenen Skepsis gegenüber dem glänzigen Kunstbetrieb – interessante ästhetische Experimente, vielleicht gar wirklich neue Ansätze zur Entwicklung des Verhältnisses von Kunst, Politik und Gesellschaft erwarten. Gemeinsam an den goldenen Ankündigungen erwies sich die Realität allerdings als etwas grau.

Zunächst: der herausragende kulturpolitische Fortschritt schrumpfte bei genauer Betrachtung auf die Umrisse des Sparprogramms des Hamburger Senats, in dessen Rahmen gerade jünge Mittel für den Ausbau eines Kulturzentrums (der sog. Museumsinsel) von 7 Mio. auf 2 Mio. gekürzt und damit das gesamte Projekt gekippt wurde (in der bürgerlichen Presse wurde nur das „neue Angebot“ von 2 Mio. erwähnt, die Reduzierung aber verschwiegen – so macht man Medien-Wahrheit!). Im übrigen sind sich viele Beteiligten einig, daß die Kunstwoche im Konkreten auf die Selbstverwaltung der KünstlerInnen abgewälzt wurde und als sozialdemokratisches Legitimationsobjekt (besonders vor der Wahl) erhalten mußte, dem die tatsächliche „provinzielle“ Behandlung der bildenden Kunst gegenübersteht.

Adam Jankowski, Vorsitzender der „Freien Vereinigung bildender Künstler“ in Hamburg, bringt das auf den Nenner: „Zwar hat Tarnowski sich auf verbaler Ebene neue ideologische Positionen zu eigen gemacht, wie die ‚Selbstverwaltung‘, oder die ‚Förderung von Alternativen‘ und solche Geschichten ...

grundsätzlich aber hat sich nichts geändert“ – bzw. ändert sich eben zum Schlechten. Wie weit Hamburger Kulturpolitik damit exemplarisch für die BRD ist, lassen wir hier unerörtert. Wir wollen auch nicht auf kommunale Einzelheiten eingehen, sondern uns nach dem kulturpolitischen Exkurs dem Ausstellungsinhalten selbst widmen.

Auch hier ist die Realität grauer als die Ankündigung: „Dorn im Auge“ erwies sich als eine technisch schlecht gemachte Sammlung zusammengewürfelter Arbeiten und Stillrichtungen, deren kritischer Bezug zum „Zeitgeist“ z.T. nur mit Mühe hergestellt, z.T. nur über komplizierte Spekulationen und Interpretationen aus dem begleitenden Katalog erschlossen werden konnte. Selbst die Stanzdaten, destruktivsten und provokativsten Beiträge kommen über ein mattes Plagiat dadaistischer Vorbilder nicht hinaus, ja bleiben z.T. weit hinter deren kritischer Radikalität zurück.

Andererseits bietet die Sammlung auch nur in vereinzelter Fülle schlichten ästhetischen, spielerischen oder humorvollen Genus – wie etwa bei Ansicht einer künstlichen Kuh auf einem künstlichen Rasen in dem ganz und gar künstlichen Fabrikgelände. Diese Ausstellung vermittelt kaum die Realität von Künstlern und Künstlerinnen in der Gesellschaft, Denkansätze, ist weniger Seismograph einer benutzten Realität, sondern vermittelt eher die Hilflosigkeit von KünstlerInnen vor und außerhalb der Gesellschaft, das altbekannte Bild des Elfenbeinturms – in nicht einmal neuer Gestalt. Bei aller Freude an einzelnen Objekten, Bildern, Aktionen, die mensch auch in dieser Ausstellung haben mochte, ist die Isolation freischwebender, klassenunabhängiger, politisch desorientierter Individuen, die außerhalb der gesellschaftlichen Realität stehen, der überwältigende Eindruck dieser Veranstaltung, ist das eigentlich Beunruhigende! Auch die im Programm angekündigten Außenaktionen fanden geradezu peinliche Grenzen: So z.B. konnte ein eigen aus Wien angereister Künstler seine fett im Programm angekündigte Aktion „anonyme Selbstmalerei über das Thema Zukunft“ (bei der Menschen auf der Straße zu gemeinsamer Kreativität zum Thema „Zukunft“ angeregt werden sollten) nicht durchführen, weil die Organisatoren es nicht fertigbrachten hatten, ihm dafür die notwendige wegerechtliche Erlaubnis zu beschaffen. Er kehrte unver-

richteter Dinge nach Wien zurück. – Voilà! Die Realität der Förderung des Dialogs zwischen Künstler und Bevölkerung seitens der Stadt!

Die Objekte, Wandbemalungen u.a. des Komplexes „Kunst im Raum“ brachten nur insofern Neues, als die üblicherweise in Museen ausgestellten Objekte nunmehr in die Räume einer Fabrik verlagert worden waren. Dessen ungeachtet blieben die AusstellungsbesucherInnen in der üblichen Manier zu konsumierenden Statisten einer Parade der Originalität erniedrigt, blieb das „Objekt“, die „Konzeption“, die Kunst die alte unantastbare heilige Kuh: das Künstler-Ghetto, das geistige wie das räumliche, ist nur verschoben, die Fabrik ist jetzt Museum – nach den großen Ankündigungen ein ödes Fazit, auch wenn manches für sich betrachtet wenigstens bunt war.

Ob das Begleitprogramm in einzelnen Aktionen dem gestellten Anspruch gerecht wurde, vermögen wir nicht einzuschätzen. Zu hoffen wir. Bezeichnend allerdings für die angestrebte Verbindung zwischen Künstlern und „Stadt“ usw. dürfte z.B. sein, daß eine gleichzeitig stattfindende Kunst-Ausstellung des Fuhlsbüttler Knastes im Programm nicht einmal erwähnt wurde. Von dem absoluten Nebeneinander von „Woche der bildenden Kunst“ und alternativen Stadtleben, Aktionswoche „Rettet die Elbe“ u.a.m. ganz zu schweigen.

Kurz und gut: wenn die Hamburger Woche der bildenden Kunst etwas deutlich zeigt, dann eben, daß Kunst und Politik (einschließlich alternativer Kultur) trotz sich verschärfender Krisenereignisse auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens (noch immer) zwei getrennte Welten sind, und daß offizielle Kulturpolitik es sich viel kosten läßt, die Kunst in diesem Zustand der zahllosen Hofnarren zu halten. Vor diesem Hintergrund verkommt so etwas wie die „Woche der bildenden Kunst“ am Ende zur Public Relation Aktion im Interesse kommunaler Politik und des Kunsthandels, wo die konkreten Ausstellungsgegenstände beziehungsweise Bedeutung und Erklärung nicht an sich selbst, sondern erst in den entsprechenden Hochglanzkatalogen erhalten.

Trotz unserer Kritik an dem nicht erfüllten Anspruch von „Dorn im Auge“ u.a. können wir diese Ghettoisierung der Kunst nicht akzeptieren. Wir stellen deshalb exemplarisch ein paar Ausschnitte zur Diskussion.

I. und F./Hamburg

DADA-
ISMUS
„Narrenspiel
aus
dem
Nichts“

Der Dadaismus entstand 1916 in Zürich, das damals ein Zentrum der fortschrittlichen und kritischen Intelligenz war, die aus den kriegsführenden imperialistischen Staaten Europas emigriert war – Lenin verfaßte zu der Zeit in Zürich sein Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium ...“

Oberflächlich gesehen ist Dada ein Reflex der künstlerischen Avantgarde auf den 1. Weltkrieg. Weitergehend aber ist Dada eine Reaktion der Intelligenz auf den Zerfall bürgerlicher Sinn- und Wertvorstellungen.

Alle Dadaisten waren oder wurden sehr schnell zu radikalen Kriegsgegnern, die sich als „Internationale des kulturellen Protests“ verstanden. Aus dem Bewußtsein der eignen Ohnmacht und der Sinnlosigkeit aller bisher gültigen – auch künstlerischen – Werte entwickelte sich der Protest der Intelligenz gegen die bürgerliche Gesellschaft, die sich selbst zu zerstören schien. Als Teil der Intelligenz, die materiell und ideologisch im Bürgertum verwurzelt ist, sahen die Dadaisten die Ursache der gesellschaftlichen Verhältnisse allerdings nicht im Klassenwiderspruch, sondern in der Entwicklung einer Gesellschaft, die ihre ursprünglichen Ideale verraten hätte und deren technischer Fortschritt seinen Höhepunkt in der Entwicklung eines gigantischen Vernichtungsapparates finde.

„Die Ohnmacht des Geistes – geschossen wird doch.“ (Heartfield) (1)

Die gesellschaftliche Entwicklung wäre vom Individuum nicht mehr beeinflussbar, hätte sich verabschiedet und hätte den einzelnen Menschen zum Rädchen einer riesigen Maschine degradiert, die sich destruktiv gegen ihn richtete, so die Auffassung der Dadaisten. „Woher Geist haben in einer Welt, die mechanisch weiterläuft? Was ist der Mensch? Eine bald hinführende, bald traurige Angelegenheit, die von ihrer Produktion, von ihrem Mühen gespielt und gezwungen wird.“ (2)

Dada proklamierte keine neuen Werte, sondern trieb die Absurdität der bisher gültigen Werte auf die Spitze. Ideologisch angelehnt an anarchische und nihilistische Ideen, teilweise auch enttäuscht über den Verrat der Sozialdemokratie 1914 und aufgrund ihres individualistischen Selbstverständnisses, sahen die Dadaisten ihre Perspektive nicht im Klassenkampf, sondern in der Zerstörung der bürgerlichen Kultur mit ihren eigenen Mitteln. Das bedeutete, die Inhalte und Formen der bürgerlichen Kultur und das ihr zugrunde liegende Kunstverständnis radikal in Frage zu stellen: Es gab weder „triviale“ noch „hohe“ Kunst, keine voneinander getrennten Kunstparten, keinen verbindlichen Stil, son-

dern wanderten ein willkürliches und zufälliges Ineinander verschiedener Ausdrucksformen. „Da der Bankrott der Ideen des Menschenbild bis in die innersten Schichten verdrängt hat, treten in pathologischer Weise die Triebe und Hintergründe hervor. Da keinerlei Kunst, Politik oder Bekenntnis diesem Dembruch gewachsen scheinen, bleibt nur die Blague (d.h. Scherz, Pöbelerei) und die blutige Pose.“ (3)

Alles und jedes konnte als Mittel benutzt werden, die bürgerliche Gesellschaft anzugreifen: Keine schönen Bilder, sondern Collagen aus verschiedenen Materialien. Keine Gedichtabende und Kammermusik – stattdessen Lautgedichte, die nicht aus Wörtern, sondern aus Lautsilben bestanden und mit „Lärm-Musik“ auf einfachen Gegenständen untermauert von mehreren Akteuren zelebriert wurden. Der Wettlauf zwischen einer Nähmaschine und einer Schreibmaschine ...

„Man kann wohl sagen, daß uns die Kunst nicht Selbstzweck ist – dazu bedürfte es einer mehr ungeborenen Naivität –, aber sie ist uns eine Gelegenheit zur Zeitkritik und zu wahrhaftem Zeitempfinden.“ (4)

Mit dem Erstarken der revolutionären Bewegung in Europa nach der Oktoberrevolution polarisierte sich die Dada-Bewegung. Ein Teil schloß sich der revolutionären Bewegung an und versteht sich nun

als Künstler, der am politischen Kampf teilnimmt (hauptsächlich in Berlin – Heartfield, Grosz, Hausmann). Um 1923 zerfällt Dada im Zusammenhang mit der Niederlage der Arbeiterbewegung und der kapitalistischen Restauration. In Frankreich entwickelt sich aus dem Dada-Kreis der Surrealismus, andere Dadaisten wenden sich der Religion und dem Mystizismus zu. „Wenn die Surrealisten sagen: Wir schockieren, so antworten ihm Grosz und andere: Der Bourgeois der Ära des Imperialismus ist durch nichts mehr schockiert, außer durch den Kommunismus.“ (5)

Anmerkungen

- (1) Heartfield, 29. aus Siepmann, E., Montage: John Heartfield. Von Club Dada zur Arbeiter-Illustrierten Zeitung, Berlin (W), 2. Aufl. 1977.
- (2) Hausmann, Raoul, Dada in Europa, in: Westzoll, Hans u.a., Tendenzen der Zwanziger Jahre. 16. Europäische Kunstausstellung Berlin 1977, 2. Aufl.
- (3) Bak, Hugo, Die Flucht aus der Zeit, Luzern 1946.
- (4) ebd.
- (5) Heartfield, a. Ann. (1)

1. Kulturkooperation

Anmerkung

Ein Nihilist
das ist
ein Nihilist
das ist
ein Nihilist

